



universität
wien

MAGISTERARBEIT

**Im Spannungsfeld von Antisemitismus und
Islamophobie:**

**Der mediale Umgang mit dem Nahostkonflikt.
Eine Analyse der Berichterstattung über die
zweite Intifada des Nachrichtenmagazins
„Profil“**

Verfasserin
Silke Raßmann, Bakk.phil

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 / 841
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Univ. Prof. Thomas A. Bauer

DANKSAGUNG

Mein Dank gilt an dieser Stelle meiner Familie, allen voran meiner Mutter Monika, die mein Studium von Beginn an mit Stolz gefördert hat und mir stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

Ebenso möchte ich mich bei meinen lieben Freunden bedanken, die mich gerne bei inhaltlichen Fragen oder organisatorischen Problemen beraten haben und immer für mich da waren.

Ein besonderer Dank gilt meinem Freund Robert, der mich im täglichen Leben, mit viel Verständnis und Rücksicht, stets aufs Neue zur Fertigstellung dieser Arbeit motiviert hat und mich vor allem bei Rückschlägen besonders unterstützt hat.

Außerdem möchte ich mich noch bei meinem Arbeitgeber, Mag. Armin Lubenik bedanken, der mir stets die nötige Freizeit und den nötigen Freiraum für mein Studium, sowie für die Erstellung dieser Arbeit, gewährt hat.

Inhaltsverzeichnis

1. Erkenntnisinteresse	5
2. Aufbau der Arbeit.....	7
3. VORURTEILSFORSCHUNG	9
3.1. Vorurteil - Einstellung – Stereotyp.....	9
3.2. Funktionen von Einstellungen	15
3.3. Theorien - Modelle - Zusammenhänge	16
3.3.1. Das Drei – Komponenten – Modell des Vorurteils	16
3.3.2. Explizite versus implizierte Vorurteilskomponenten	17
3.4. Messung von Einstellungen und Stereotypen	24
3.4.1. Direkte Messverfahren	24
3.4.2. Indirekte Messverfahren	26
3.4.3. Strukturanalytische Messverfahren	27
4. ANTISEMITISMUS	28
4.1. Verortung und Begriffsannäherung	28
4.2. Die historische Entwicklung des Antisemitismus	33
4.2.1 Von der Antike bis zum 2. Weltkrieg	33
4.2.2. Der eliminatorische Antisemitismus der NS – Diktatur	39
4.3. Neue Formen des Antisemitismus	42
4.3.1 Sekundärer Antisemitismus	43
4.3.2. Latenter Antisemitismus	44
4.3.3. Antizionismus	46
4.3.4. Philosemitismus	48
4.4. Das antisemitische Vorurteil im Speziellen –	48
einige Anmerkungen	48

4.5. Antisemitismusforschung in Österreich	52
4.5.1. Bernd Marin	54
4.5.2. Hilde Weiss.....	60
4.5.3. Heinz P. Wassermann.....	67
4.6. Fazit Antisemitismusforschung in Österreich	71
5. ISLAMOPHOBIE	72
5.1. Begriffsannäherung	72
5.2. Historische Ursprünge	75
5.3. Was führt zu Islamophobie?	79
5.4. Islamophobie – zentrale Brennpunkte.....	79
5.5. Der Islam in den Medien	82
5.6. Islamophobie - empirische Daten aus der Bundesrepublik Deutschland	85
5.7. Islamophobie in Österreich	86
5.7.1. Islamfeindlichkeit in der österreichischen Rechten	86
5.7.2. Beispiele für Islamophobie in österreichischen Medien	88
5.8. Antisemitismus unter Muslimen – Islamophobie unter Juden	91
6. ZWISCHENFAZIT	94
7. MEDIEN – KRIEG – QUALITÄT	97
7.1. Journalismustheorie	97
7.1.1. Journalismus und Systemtheorie.....	100
7.1.2. Journalismus in Anlehnung an Habermas` Theorie des kommunikativen Handelns	101
7.2. Journalistische Rollenbilder	103
7.3. Qualität und Ethik im Journalismus.....	105
7.3.1. Medienethik	105

7.3.2. Der Qualitätsbegriff.....	108
7.3.3. Das Objektivitätspostulat	117
7.4. Besonderheiten der Kriegsberichterstattung –	
einige Anmerkungen.....	119
7.5. Kriegsberichterstattung im Nahen Osten	121
8. FRIEDENSJOURNALISMUS	123
8.1. Was ist Friedensjournalismus?	123
8.2. Vorhandene Ansätze des Friedensjournalismus.....	124
8.2.1. Konstruktive Konfliktberichterstattung nach Kempf	124
8.2.2. Friedensjournalismus nach Galtung	126
8.3. Konfliktsensitiver Journalismus nach Nadine Bilke	128
8.3.1. Konfliktsensitivität	129
8.3.2. Wahrhaftigkeit.....	130
8.3.3. Richtigkeit.....	130
8.3.4. Relevanz	130
8.3.5. Vermittlung	131
8.3.6. Problemfelder für eine konfliktsensitive Kriegs- und Krisenberichterstattung.....	132
9. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG.....	136
9.1. Zentrale Studien aus der Bundesrepublik Deutschland	136
9.1.1. Astrid Hub „Das Image Israels in deutschen Medien zwischen 1956 und 1982“	136
9.1.2. Siegfried und Margarete Jäger: „Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus.“	141
9.2. Forschungsinteresse.....	145
9.3. Forschungsleitende Fragen und Thesenbildung	146
9.4. Methodenwahl – die Diskursanalyse.....	147

9.5. Auswahl der Analyseeinheiten	150
9.6. Leitfaden für die Analyse	154
9.7. Hintergrundinformation zur ersten und zweiten	159
Intifada	159
9.8. Analyse der Artikel	161
9.8.1. Artikel A	161
9.8.2. Artikel B	167
9.8.3. Artikel C	172
9.8.4. Artikel D	177
9.8.5. Artikel E	181
9.8.6. Artikel F	185
9.9. Ergebnisse und Interpretationen	189
9.9.1. Kategorie 1: Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei	189
9.9.2 Kategorie 2: Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei	191
9.9.3. Kategorie 3 : Opfer – Täter – Diskurse	192
9.9.4. Kategorie 4: Andere Akteure	194
9.9.5. Kategorie 5: Konfliktsensitiver Journalismus	194
9.9.6. Allgemeine Ergebnisse	196
9.9.7. Vergleich der Ergebnisse mit Siegfried und Margaretes Studie: „Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus.“	197
9.10. Reflexion der Forschungsfragen	198
10. Tipps für die journalistische Praxis	200
11. Fazit und Ausblick	202
INHALTSVERZEICHNIS	204
Anhang	

1. Erkenntnisinteresse

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt erfordert ein besonderes Fingerspitzengefühl und die Berücksichtigung von vielen unterschiedlichen Diskursen, sowie historischen und religiösen Zusammenhängen. Dieser Herausforderung möchte ich mich in der vorliegenden Arbeit stellen.

Beide Konfliktparteien des Nahen Ostens, sind in der europäischen Welt, mit vielen Stereotypen und Vorurteilen versehen. Die gesellschaftlichen Phänomene Antisemitismus und Islamophobie stehen einander gegenüber.

Die Geschichte des Antisemitismus geht zurück bis in die Antike. Er hat sich im Laufe der Historie zwar unterschiedlich entwickelt und neue Formen angenommen, ist aber dennoch immer noch fest in unserer Gesellschaft verankert und wird immer wieder neu konstituiert. Diverse wissenschaftliche Untersuchungen belegen dies. Gerade in Gestalt des Antizionismus, sprich in der Ablehnung der Errichtung und Rechtfertigung eines jüdischen Nationalstaates, sind antisemitische Ressentiments häufig zu finden. Ebenso verschwimmt die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus oft – eine Problematik, die vor allem Journalisten, immer wieder vor enorme Herausforderungen stellt. Es lässt sich daher vermuten, dass auch die mediale Berichterstattung über den Nahostkonflikt anfällig für antisemitische Diskurse sein könnte.

Die Auseinandersetzung mit der Seite der Palästinenser ist nicht weniger heikel, da sie unmittelbar mit der Auseinandersetzung mit dem Islam, verknüpft ist. Anti – Islamismen sind ebenso fester Bestandteil eines Europas, das in weiten Teilen mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen hat. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte haben Europa in einen „Multikulti – Kontinent“ verwandelt. Diese Entwicklung stellt uns vor gesellschaftliche Herausforderungen, die schwer zu lösen sind,

solange Hass, Angst und Vorurteile regieren. Gerade wenn es um den Islam geht, ist die Angst vor dem „Fremden“ besonders groß.

Die Kommunikationswissenschaft muss sich der Tatsache bewusst sein, dass gerade Medien, als so genannte vierte Gewalt, einen großen Anteil an der Verfestigung und Aufrechterhaltung von Rassismen und Vorurteilen besitzen und somit Feindseligkeiten gegenüber bestimmten Gruppen in einem Land, beziehungsweise in einer Gesellschaft massiv verstärken können. Des Weiteren ist der Bereich der Kriegsberichterstattung ohnehin schon ein besonders heikles journalistisches Handlungsfeld, in welchem die Einhaltung von Qualitätsstandards oft noch schwieriger möglich ist.

Zentrales Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit ist die Frage, ob sich antisemitische oder antiislamische Diskurse in österreichischen Medien finden lassen, beziehungsweise mit welchen Images und Charakterisierungen die beiden Konfliktparteien versehen sind. Als Untersuchungsgegenstand aus der österreichischen Medienlandschaft wurde „Profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreich“ ausgewählt. Aufgrund der langen Historie des Nahostkonfliktes, wurde der Untersuchungszeitraum auf die zweite Intifada, der letzten offiziellen Phase kriegerischer Auseinandersetzungen, beschränkt. Da ich mich lediglich mit einem Medienprodukt auseinandersetze, ist mir natürlich klar, dass die Arbeit keine Ergebnisse liefern kann, die auf die gesamte österreichische Medienwelt, umgelegt werden können.

Im Vordergrund der Analyse steht somit die kritische Betrachtung journalistischer Praxis anhand konkreter Beispiele und nicht die Suche nach universellen Aussagen. Die generierten Thesen zielen nicht auf allgemeine Gültigkeit ab, sondern verstehen sich als Anreiz für weitere wissenschaftliche Untersuchungen, denn der Bereich des Nahostkonfliktes, ist meines Erachtens, als Non Topic in unserem Fach zu bezeichnen. Gleinser (2009) beschäftigt sich zwar im Rahmen ihrer Diplomarbeit mit dem Israel – Libanonkrieg, analysiert dabei allerdings die Berichterstattung in der „Jüdischen Allgemeinen“ und die dort vorkommende

Erinnerungskultur an die Shoah. Ansonsten existieren in der Publizistik und Kommunikationswissenschaft kaum weitere Arbeiten zum Nahostkonflikt. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themenbereich der Kriegsberichterstattung widmet sich anderen Kriegen und Konflikten. Die entsprechenden Arbeiten aus der Politikwissenschaft, weisen wiederum kaum publizistische Aspekte auf. Diese Forschungslücke gehört zweifelsohne gefüllt. Die vorliegende Arbeit soll damit beginnen.

2. Aufbau der Arbeit

Der theoretische Teil der Arbeit beginnt mit einer Einführung in die Vorurteilsforschung, wobei die Entwicklung dieses Forschungsfeldes, sowie die Beschäftigung mit Begrifflichkeiten im Vordergrund stehen. Dieses Hintergrundwissen dient als Basis für die Auseinandersetzung mit den höchst komplexen gesellschaftlichen Phänomenen des Antisemitismus und der Islamophobie, die im Anschluss folgt und einen der zentralen Bestandteile der vorliegenden Arbeit ausmacht.

Sowohl für den Themenbereich des Antisemitismus, als auch für jenen der Islamophobie, erfolgt eingangs jeweils eine Begriffsannäherung, sowie eine Darstellung der historischen Entwicklungen. Nachfolgend werden die wichtigsten Formen und Brennpunkte beider Phänomene erläutert, sowie Ursachen, Gründe und Funktionen derer Existenz, beschrieben. Ebenso wird ein Überblick über die Antisemitismusforschung in Österreich, beziehungsweise über Islamophobie in Österreich, gegeben. Eine Gegenüberstellung der beiden Phänomene und die Herausarbeitung ihrer Unterschiede und Gemeinsamkeiten, runden diesen Teil der Arbeit ab.

Der nächste große Block beschäftigt sich mit den Zusammenhängen von Krieg - Frieden – Medien – Qualität und Ethik. Neben einigen Ausführungen zur Journalmustheorie, finden sich in diesem Block auch Anmerkungen zum Kriegs- und Krisenjournalismus. Der Hauptfokus, liegt

allerdings in der Beschäftigung mit den Themenbereichen Ethik und Qualität im Journalismus. Diese bildet die notwendige theoretische Basis für die Auseinandersetzung mit dem Forschungsfeld des Friedensjournalismus, welche sich im letzten Teil des theoretischen Abschnittes der vorliegenden Arbeit findet.

In Punkto Friedensjournalismus liegt der Fokus auf Nadine Bilkes Modell eines konfliktsensitiven Journalismus. Eine Annäherung an dieses erfolgt durch die Beschreibung der Friedensjournalismus – Modelle von Kempf und Galtung. Bilkes Forderungen an einen Friedensjournalismus werden ebenso präsentiert, wie die fünf Kriterien ihres Modells, sowie die zentralen Problemfelder, mit denen konfliktsensitiver Journalismus, konfrontiert ist. Bilkes Modell wird auch im empirischen Teil dieser Arbeit eine wichtige Rolle spielen.

Im empirischen Abschnitt werden Erkenntnisinteresse, forschungsleitende Fragen, die Methode der Diskursanalyse, sowie die Auswahl des Untersuchungsmaterials beschrieben. Zum besseren Verständnis der inhaltlichen Aspekte der Analyse werden einige Hintergrundinformationen zur zweiten Intifada gegeben. Nach der Analyse der ausgewählten Daten, werden die Ergebnisse interpretiert und in Bezug zu den Forschungsfragen gesetzt. Abschließend werden einige Tipps für eine konfliktsensitive und vorurteilsfreie Berichterstattung über den Nahen Osten notiert.

3. VORURTEILSFORSCHUNG

3.1. Vorurteil - Einstellung – Stereotyp

Eines der wesentlichen Ziele, der vorliegenden Arbeit, ist es, das Phänomen des Antisemitismus und jenes der Islamophobie zu durchleuchten. In beiden Fällen sind wir mit Vorurteilen, Stereotypen und negativen Zuschreibungen gegenüber bestimmten Gruppen konfrontiert. Es ist dadurch unabdingbar sich mit dem Feld der Vorurteilsforschung und ihren Theorien auseinanderzusetzen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden zum Verständnis des antisemitischen und antiislamischen Vorurteils beitragen.

Die sozialpsychologische Literatur hält eine Menge an Definitionen zu den zentralen Begriffen der Vorurteilsforschung: „Vorurteil“, „Stereotyp“ und „Einstellung“ bereit. Eine nähere Auseinandersetzung mit diesen Definitionen, zeigt jedoch schnell wie diffizil eine Abgrenzung dieser Begriffe ist. Auch finden sich immer wieder widersprüchliche Definitionen. Es soll dennoch versucht werden einen Überblick über die wichtigsten Definitionen zu geben ohne dabei wertend vorzugehen oder „DIE RICHTIGEN“ Begriffserklärungen finden zu wollen.

Laut Schäfer und Six (1978) wird ein „Vorurteil“ im Alltagsgebrauch als eine Beurteilung von Sachverhalten verstanden, die durch Einzelpersonen oder Gruppen erfolgt ist und im Hinblick auf enthaltene Verallgemeinerungen oder Bewertungen, als unkorrekt angesehen wird. Ebenso kann ein Vorurteil gegen bestimmte Gruppen gerichtet sein und sozial unerwünschtes Verhalten mit sich führen. Vorurteile können also in Urteilen, Meinungen, Einstellungen und Handlungen auftreten. (zit. nach Braunecker 1988:11).

Die Literatur der Sozialpsychologie versucht exaktere Definitionsversuche zu liefern. Der Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Stereotypen, setzte in den 1920er Jahren in den USA ein.

Damals beschäftigte sich die Vorurteilsforschung vor allem mit dem Problem der Rassenvorurteile. Als zentrales Ereignis der Vorurteilsforschung muss das Erscheinen von Gordon W. Allports Buch „The nature of prejudice“ im Jahr 1954 gesehen werden. Wolf (1979) bezeichnet Allport als Stammvater der Vorurteilsforschung, der durch sein breites Werk und seine Vielzahl an theoretischen Überlegungen die Basis für die Entwicklung des Feldes legte. Der Begriff Vorurteil leitet sich laut Allport (1954: 6, zit. nach Gniechwitz 2006:6) vom lateinischen Wort „præjudicium“ ab, worunter ein Urteil ohne vorherige Erfahrung verstanden wird.

.Allport (1954:23) versteht unter einem Vorurteil:

„...eine Antipathie, die sich durch eine fehlerhafte oder starre Verallgemeinerung gründet. Sie kann ausgedrückt oder auch nur gefühlt werden. Sie kann sich gegen eine Gruppe als Ganzes richten oder gegen ein Individuum, weil es Mitglied einer solchen Gruppe ist.“

Wie wir Allports Definition entnehmen können, ist der Aspekt des Gruppenbezuges entscheidend. Auf diese Tatsache werden wir immer wieder stoßen. Auch Brown (1995), Jahoda (2001), Ahsmore (1970) und Milner (1981) sehen in der Kategorisierung von Menschen hinsichtlich ihrer Gruppenzugehörigkeit ein entscheidendes Merkmal des Vorurteils. Die Vorurteile richten sich als negative Einstellungen gegen eine sozial definierte Gruppe und gegen jedes, dieser Gruppe zugeordnete Mitglied. (zit.nach Gniechwitz 2006:7) Billig (1985, zit nach Gniechwitz 2006:7) weist aber darauf hin, dass Vorurteile zu diesen Kategorisierungen führen und nicht umgekehrt. In der Forschung beschäftigt man sich übrigens vorwiegend mit negativen Vorurteilen. Diese können durch Erfahrungen entstehen oder Ideologien als Grundlage haben. Der Mensch als Mitglied in einer Gesellschaft konstruiert sein eigenes Wissen und somit auch seine Vorurteile durch soziale Interaktionen und Ausverhandlungen, nicht nur durch eigene Einschätzungen. Diese Tatsache begründet oft die lange Aufrechterhaltung von Vorurteilen.

Allport (1954: 23ff) unterscheidet auch zwischen Voreingenommenheit und Vorurteil. Voreingenommenheit entsteht durch einen gewöhnlichen Urteilsfehler, der durch neue Informationen widerlegt und berichtigt werden kann. Ein Vorurteil ist jedoch so hartnäckig, dass es durch keinerlei „Beweismaterial“ oder neue Erkenntnisse geändert werden kann. Zentral ist dabei auch die Tatsache, dass auf die drohende Widerlegung eines Vorurteils mit Affekten reagiert wird, während Voreingenommenheit rationaler und ohne Gefühlsaspekte berichtigt werden kann. Der Einfluss von Affekten und Emotionen ist ebenso zentraler Bestandteil aller weiteren Forschungsstränge, bis hin zur modernen Vorurteilsforschung.

Nach Allport (ebd.) besteht ein Vorurteil aus zwei Komponenten: aus negativen Einstellungen und aus irrtümlichen Überzeugungen.

Die Aussage

„Ich möchte nicht mit Juden im selben Haus leben“

ist beispielsweise eine Einstellung.

Die Aussage

„Es gibt zwar Ausnahmen, aber im Allgemeinen sind alle Juden ziemlich gleich“

würde hingegen für eine Überzeugung stehen.

Viele Theoretiker, die dieser Forschungsrichtung von Allport folgen, ordnen die Vorurteilsforschung daher als ein Teilgebiet der Einstellungsforschung ein. Der Begriff des „Vorurteils“ wird somit noch dem Begriff der „Einstellung“ untergeordnet. (vgl. Barres 1978: 23, zit.nach Walloch – Cherbes 1988: 9/ Gniechwitz 2006:6f). Auch Witte (1989) sieht das Vorurteil als „Untermenge aus den möglichen Einstellungsobjekten“ und spricht sich daher für eine solche Unterordnung aus. Im anglo – amerikanischen Raum wird bevorzugt der Begriff „attitude“ für Einstellungen gewählt.

Der Begriff „Einstellung“ kann nach Thurstone und Chave (1948, zit. nach Braunecker 1988:12)

„...die Gesamtsumme der Neigungen und Gefühle eines Menschen anzeigen, ebenso Vorurteile oder Vorbehalte, vorgefasste Meinungen, Gedanken, Befürchtungen, Bedrohungen und Überzeugungen bezüglich irgendeines Gegenstandes“

Laut Eagly und Chaiken (1998:269) ist eine Einstellung

„...eine psychische Tendenz, die dadurch zum Ausdruck kommt, dass man ein bestimmtes Objekt mit einem gewissen Grad von Zuneigung oder Abwertung bewertet.“

Auch Stroebe und Insko (1989:9, zit.nach Gniechwitz 2006:6) bezeichnen Einstellungen also eine: „tendency to evaluate an entity (attitude object) with some degree of favour or disfavour“

Im Lexikon zur Soziologie (Fuchs/Klima/Wienold et al.1988) finden wir unter „Einstellung“ folgendes:

„...die Disposition oder Bereitschaft, auf ein Objekt (Gegenstand, Person, Idee usw..) mit bestimmten (positiven oder negativen) Gefühlen, Wahrnehmungen und Vorstellungen, sowie Verhaltensweisen zu reagieren“

Sherif und Sherif (1979, zit. nach Gniechwitz 2006:6) weisen ebenso auf die Trennung von Einstellung und Vorurteil hin und beziehen sich dabei auf die bereits angesprochene Bedeutung der Gruppe. Während sich, laut Sherif und Sherif, Einstellungen auf Objekte, Personen, Werte, Gruppen, Ideen u.v.m. beziehen können, ist das Vorurteil eine spezielle Einstellung, die sich ausschließlich gegen Mitglieder einer Gruppe richtet, die vorher als eine, nicht zur eigenen Gruppe dazugehörigen, Outgroup definiert wurde.

Laut Rokeach (1970, zit.nach Gniechwitz 2006:6) stellen Einstellungen die:

„relativ überdauernde Organisation untereinander verknüpfter Überzeugungen dar, die Handlungen gegenüber einem Sachverhalt oder einer Situation beschreiben, bewerten und rechtfertigen, wobei jede einzelne Überzeugung kognitive, affektive und konative Komponenten aufweist.“

Auf die eben zitierten drei Komponenten von Einstellungen oder Vorurteilen wird später noch näher eingegangen werden.

Nun ist es noch notwendig sich mit dem Begriff „Stereotyp“ auseinanderzusetzen. An diesem Punkt werden wir uns dem Abgrenzungsproblem erneut bewusst werden. Viele Theoretiker verwenden die Begriffe „Vorurteil“, „Stereotyp“ und auch „Einstellung“ überhaupt synonym. Der Begriff „Stereotyp“ setzt sich aus den griechischen Begriffen „stereos“ und „typos“ zusammen. Wobei „stereos“ so viel wie „hart“, „starr“ oder „fest“ bedeutet und „typos“ mit „Entwurf“, „feste Norm“ oder „charakteristisches Gepräge“ übersetzt werden kann. In die Sozialwissenschaft eingeführt wurde der Terminus von Walter Lippmann im Jahre 1922 mit seinem Buch „Public Opinion“. Lippmann verglich die stereotype Arbeitsweise des Buchdruckes (es werden immer wieder idente Seiten produziert) mit den „pictures in our head“. Die Idee dahinter war Lippmanns Annahme, dass wir, Menschen oft nicht als Individuen, sondern als Teil einer Gruppe sehen und ihnen entsprechend unserer vorherrschenden Meinung über diese Gruppe, einen Stempel aufdrücken. (vgl. Gniechwitz 2006:10/Petersen&Six 2008:21)

Katz & Braly (1933), die laut Gniechwitz (2006:10), die bis heute bedeutsamsten empirischen Arbeiten zu Stereotypen durchführten, folgten Lippmanns Metapher, fügten aber noch hinzu, dass es sich bei Stereotypen um „starre Eindrücke oder feststehende Fakten handelt, die von vielen Menschen geteilt werden.“

Zimbardo (1995: 371, zit.nach Gniechwitz 2006: 5) versteht unter einem Vorurteil „negative Stereotype, die sich auf Gruppen von Menschen beziehen“.

Zentral bei der Entstehung von Stereotypen ist also die Bereitschaft in soziale Kategorien einzuteilen und zwischen Eigen- und Fremdgruppen zu unterscheiden. Jeder Mensch ist dabei natürlich Mitglied vieler Kategorien. Soziale Kategorien (also Gruppen) können durch äußerliche Merkmale (z.B.: Hautfarbe), durch geteilte Überzeugungen (z.B.: Religion) oder durch

Ähnlichkeiten (z.B.: Karrierefrau) gebildet werden. Diese sozialen Kategorien stellen einen eine Art Ordnungsrahmen und Orientierungshilfe in der Gesellschaft dar. In der Sozialpsychologie und in der Vorurteilsforschung im Speziellen sind sie daher interessant, da die Einteilung in soziale Kategorien sofort Auswirkungen darauf hat, wie eine Person wahrgenommen wird und mit welchen Eigenschaften sie belegt wird. Von Mitgliedern sozialer Kategorien werden also in der Regel bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen erwartet. (vgl.Petersen&Six 2008:21/Klauer 2008:23)

Viele Zugänge gehen auch davon aus, dass von „Stereotypen“ gesprochen wird, wenn die kognitive Einstellungskomponente vorliegt und von „Vorurteilen“ erst dann, wenn das Stereotyp mit Bewertungen verknüpft wird und zu emotionalen Reaktionen führt, spricht die affektive Komponente erfüllt wird. (vgl.Gniechwitz 2006:5/Häcker&Stapf 1998/Schäfer 1988/Schlöder 1996). Die Ansicht von Quasthoff (1973:27, zit.nach Walloch – Cherbes 1988:10), dass das Stereotyp die verbale Äußerungsform der Überzeugung darstellt, ist meines Erachtens, veraltet und nicht mehr relevant. Condor (1990: 230, zit.nach Gniechwitz 2006:5) hält für den Begriff „Stereotyp“ treffend fest:

„Like so many widely - used terms, stereotype has been used in such a variety of ways, that it is often unclear whether any two authors are discussing the same issue“

Wie so oft bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten, muss festgehalten werden, dass es keine eindeutigen Abgrenzungen und Definitionen gibt. Dies ist auch schlüssig, da keiner der drei Begriffe wahrscheinlich völlig unabhängig voneinander betrachtet werden kann, sondern vielmehr die Koppelungen und Verknüpfungen berücksichtigt werden müssen. Die Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten soll aber nicht unbefriedigend wirkend. Für mich persönlich ist diese dennoch von Bedeutung, um die verschiedenen Ansätze und Facetten zusammen fassen zu können und diese bei späteren Betrachtungen immer im Hinterkopf zu haben.

3.2. Funktionen von Einstellungen

Katz (1960, zit.nach Güttler 2003:105f) unterscheidet folgende Funktionen von Einstellungen:

- **Nützlichkeits- oder Anpassungsfunktion:** Einstellungen können für uns Menschen zweckmäßig sein und uns helfen persönlichen Nutzen zu erreichen, Nachteile zu vermeiden oder soziale Belohnungen zu bekommen. Wir stellen uns besonders gerne sozial erwünscht dar. Einstellungen sind also auch Strategie zur Selbstdarstellung
- **Wissensfunktion:** Einstellungen helfen sich in einer komplexen sozialen Umwelt zurechtzufinden, geben Orientierungs- und Interpretationshilfe. Einstellungen können Komplexität reduzieren und Handlungsanweisungen für bestimmte soziale Gruppen vorgeben
- **Ichverteidigungsfunktion (defensive Funktion) =** tiefenpsychologischer Aspekt von Einstellungen: Einstellungen sind Abwehrmechanismen, die uns helfen Ängste abzuwehren, innerpsychische Konflikte zu vermeiden, Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren und unser Selbstwertgefühl zu steigern. Negatives kann auf andere Gruppen projiziert werden und innerpsychische Aggressionen werden so nach außen verlagert.
- **Expressive Funktion:** Einstellungen tragen zum Aufbau unserer persönlichen und sozialen Identität bei und dienen somit unserer Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung

3.3. Theorien - Modelle - Zusammenhänge

3.3.1. Das Drei – Komponenten – Modell des Vorurteils

In der Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten ist bereits mehrfach erwähnt worden, dass Vorurteile mehrere Komponenten aufweisen können. Das sogenannte Drei – Komponenten – Modell, wurde für den Einstellungsbegriff entwickelt, kann aber auch für den Vorurteilsbegriff angewandt werden. Es besagt, dass Einstellungen kognitive, affektive und konative Komponenten besitzen.

Die affektive Komponente ist die emotionale Komponente. Sie bezieht sich auf unterschiedliche Emotionen, wie beispielsweise Sympathie oder Antipathie. Auf der affektiven Ebene, taucht ein Vorurteil in Form von Reaktionen des Nervensystems oder verbalen Gefühlsäußerungen auf. Als Grundlage dient dabei die, dem Vorurteil zugrunde liegende, negative Bewertung. (vgl. Gniechwitz 2006:8). Es ist allerdings zu beachten, dass es möglich ist, dass ein negatives Vorurteil, durch einen offensichtlich positiven Bias versteckt wird. Dies erklärt sich durch die Anpassung unseres Handelns an soziale Erwünschtheit und der Angst vor eventueller juristischer Konsequenzen. (vgl. Gardner 1994, zit. nach Gniechwitz 2006:8).

Die konative Komponente ist auf unser Verhalten bezogen und kann sich in konkreten Handlungen oder verbalen Äußerungen zeigen. Es kann zur Meidung einer Gruppe oder sogar zu diskriminierenden Handlungen kommen. (vgl. Dovidion/Gaertner 1986/Dion 2003:507/Gniechwitz 2006:9). Diskriminierung kann also eine Folge von Vorurteilen sein. (vgl. Billig 1996, zit. nach Gniechwitz 2006:9). Hier muss man allerdings vorsichtig sein, denn nicht jedes Vorurteil mündet in diskriminierendem Verhalten und die Zusammenhänge zwischen Vorurteilen und Diskriminierungen oder Rassismus sind bei weitem nicht so simpel. (vgl. u.a. Ashmore & Del Boca 1981/Devine 1989a/Brown 1995).

Wie bereits auf der affektiven Ebene, darf man auch bei der konativen Ebene das Prinzip der sozialen Erwünschtheit, sowie Angst vor sozialer Ausgrenzung und Sanktionen, nicht unbeachtet lassen. Im Umgang mit Outgroups, wird auf die Reaktion der Gesellschaft geachtet und „gesellschaftsfähige“ Diskriminierungen unterliegen dem Wandel von sozialen Normen. Viele Forscher weisen daher auch auf die Bedeutung der Verhaltensintension hin. Nur weil der Wunsch nach einem gewissen Verhalten vorhanden wäre, muss dieses nicht immer erfolgen oder kann sogar im Gegenzug in toleranten und positiv besetzten Handlungsweisen zum Ausdruck kommen. Die „Theorie des überlegten Handelns“, sowie die „Theorie des geplanten Handelns“, spielen dabei eine bedeutende Rolle. Viele Untersuchungen der Einstellungsforschung, beschäftigen sich daher auch mit der Frage, inwieweit Einstellungen, Prophezeiungen für mögliches zukünftiges Handeln geben können. Die Gefahr mögliches Handeln von Menschen zu unterschätzen, wird allerdings wohl immer gegeben sein.

Die kognitive Komponente umfasst Meinungen und Überzeugungen, wie sie vor allem in Form von Stereotypen auftreten und wird als irrationale Überzeugung hinsichtlich eines Objektes oder eine Gruppe betrachtet. Dies erklärt Brown (1995, zit.nach Gniechwitz 2006:10) durch die Ansicht, dass Vorurteile schwer mit Fakten zu beweisen sind. Auch Gadenne & Moser (1987, zit.nach Gniechwitz 2006:10) sind der Meinung, dass sich Vorurteile auf der kognitiven Ebene auf subjektive Urteile beziehen und deshalb ohne reale Bezüge auf die, zu beurteilenden Gruppen oder Gegenstände, auskommen. Dem Träger des Vorurteils, erscheint dieses natürlich schon recht und richtig. (vgl.Sidanius 1988/Snyder 1984, zit. nach Gniechwitz 2006:10)

3.3.2. Explizite versus implizierte Vorurteilkomponenten

Die Vorurteilsforschung unterscheidet in ihren Forschungsansätzen zwischen impliziten und expliziten Vorurteilkomponenten. In der kognitiven Psychologie und in der Sozialpsychologie haben sich daher diverse Zwei – Prozess – Modelle entwickelt, die dieses Phänomen beschreiben sollen.

Weitere Bezeichnungen dieser Dichotomie wären: „bewusst“ versus „unbewusst“ oder „kontrolliert“ versus „unkontrolliert“ (vgl. Devine 1989a/Lepore&Brown 1997, zit. nach Gniechwitz 2006:97f).

Auch Zick und Küpper (2007:324f) weisen auf diese Unterscheidung hin. Sie sprechen allerdings von „traditionell offenen Formen“ versus „moderne subtile Formen“ des Vorurteils. Gerade bei heiklen gesellschaftlichen Thematiken, wie beispielsweise jener des Antisemitismus, erscheint es logisch, dass vor allem die subtilen Formen eine bedeutende Rolle spielen. Antisemitische Vorurteile (und auch andere rassistische und fremdenfeindliche Vorurteile) werden oft tabuisiert und aus Angst vor Ächtung nicht offen gezeigt. Diese Tatsache erschwert die empirische Arbeit der Vorurteilsforschung enorm.

Adorno (1973:24, zit. nach Gniechwitz 2006:97) bringt dies folgendermaßen auf den Punkt:

„Indes, das Individuum, kann geheime Gedanken haben, die es, wenn möglich, unter keinen Umständen offenbaren wird, es kann Gedanken haben, die es nicht ausspricht, weil sie so vage und ungeordnet sind, dass es sie nicht in Worte zu kleiden mag.“

Für die weiteren Ausführungen werde ich mich auf die Gegenüberstellung von impliziten und expliziten Vorurteilskomponenten konzentrieren und daher diese Begrifflichkeiten verwenden.

Diverse Theorien basieren auf diesen, bereits erwähnten, Zwei - Prozess - Modellen. Sie unterscheiden zwischen „Bottom Up“ – Prozessen und „Top Down“ Prozessen. Unter „Bottom – Up“ Prozessen, versteht man die Aufnahme und Weiterleitung eintreffender Informationen. Sie werden auch als datengeleitet bezeichnet und verlaufen langsam, elaboriert und unter Verwendung systematischer Herangehensweisen. Die „Top – Down“ – Prozesse hingegen, arbeiten auf der Grundlagen von Assoziationen, sind von Hypothesen geleitet und verwenden Heuristiken. Wie das eintreffende Wissen bewertet, organisiert, klassifiziert und interpretiert wird, hängt vom bereits bestehenden Wissen, sowie von Erwartungen, Einstellungen und

Motivationen ab. Implizite Prozesse verlaufen in der Regel also automatisch, unbewusst und intuitiv (vgl. Gniechwitz 2006:97f).

Devine beschäftigte sich intensiv mit verschiedensten empirischen Ergebnissen, die sich mit Vorurteilen über Schwarze in den USA, auseinandersetzten. Ihm war nicht klar, wie es sein konnte, dass einige Studien zu dem Schluss kamen, dass Vorurteile gegenüber Schwarzen im Abnehmen wären und andere wiederum genau das Gegenteil besagten nämlich, dass die Vorurteile immer noch genau so weit verbreitet wären. (vgl. Gniechwitz 2006:99/Devine 1989b/Devine & Elliot 2000) Diese Frage beantwortete Devine (1989a, zit.nach Gniechwitz 2006:99) mit einer grundsätzlichen Unterscheidung zwischen dem Wissen um Stereotype und persönliche Überzeugungen. Er zeigte in diversen Studien, dass es kaum empirische Unterschiede zwischen wenig und stark vorurteilsbehafteten Personen hinsichtlich der Kenntnis kultureller Stereotype gibt. Stereotype werden im Zuge der Sozialisation erworben und kognitiv verankert. Sie haben also eine andere Entstehungsgeschichte als unsere individuellen Überzeugungen. In seinem Zwei – Prozess - Model unterscheidet Devine zwischen automatischen und kontrollierten Prozessen. Stereotype können automatisch und schnell aufgerufen werden, unsere persönlichen Überzeugungen erfordern im Gegenzug mehr Aufmerksamkeit. Eine vorurteilsfreie Person, muss daher in einer entsprechenden Situation, das automatisch aktivierte Stereotyp unterdrücken, da es im Widerspruch zur persönlichen Überzeugung steht. (vgl.ebd.) Devine & Monteith (1999.zit. nach Gniechwitz 2006:99) betonen, dass es allerdings Bedingungen gibt um diese Unterdrückung durchzuführen. Der Mensch muss sich bewusst sein, dass er von Stereotypen beeinflusst wird, es bedarf der erforderlichen kognitiven Ressourcen und es muss eine entsprechende Motivation bestehen. Diese Motivation richtet sich sehr oft nach dem Prinzip der sozialen Erwünschtheit. Durch die Sehnsucht nach Anerkennung, beziehungsweise der Angst vor sozialen Sanktionen, äußern sich Menschen oft genau entgegengesetzt ihren eigenen Überzeugungen. (vgl.

Devine 1989a, Devine et al. 2002, zit.nach Gniechwitz 2006:100/Schmidt Mast&Krings 2008:33ff).

Plant und Devine (1998, zit.nach Gniechwitz 2006:100) unterscheiden daher auch zwischen externaler Motivation und internaler Motivation. Die externe Motivation richtet sich nach der sozialen Erwünschtheit, während die interne Motivation, eine situationsübergreifende Motivation darstellt und ein Charakteristikum von wenig vorurteilsbehafteten Menschen ist. (vgl. auch Devine 1989b/Devine & Monteith 1999)

Das Kontinuum – Modell von Fiske und Neuberg (1990) unterscheidet zwischen stereotypen oder kategorialen Prozessen und individualisierenden oder eigenschaftsbasierenden Prozessen, je nachdem ob ein Interaktionspartner als Vertreter einer bestimmten Kategorie, beziehungsweise Gruppe wahrgenommen wird oder ob er als Person mit individuellen Eigenschaften beurteilt wird. Die kategoriale Verarbeitung entspricht dem impliziten Prozess. Der erste Eindruck einer Person erfolgt automatisch durch Kategorienzuschreibung. Entsprechende Stereotype können dabei in Millisekunden abgerufen werden. Nur mit entsprechender Motivation, erfolgt auch eine Auseinandersetzung mit individualisierenden Informationen.

Brewer (1988) geht in seinem Zwei Faktoren Modell von den gleichen beiden Prozessen aus, vertritt in seinem Modell allerdings die Ansicht, dass die Stereotypenaktivierung zwar im ersten Moment automatisch erfolgt, sich der Mensch dann aber bewusst entscheidet ob er dieser weiter folgt. Stereotype Verarbeitung ist somit auch ein bewusst gewählter Verarbeitungsprozess, er kostet allerdings deutlich weniger Zeit als die personalisierte Wahrnehmung. (vgl. Schmid Mast & Krings 2008:37ff)

Fazio unterscheidet in seinem MODE – Modell ebenfalls zwischen Prozessen, denen ein bewusster Verarbeitungsprozess zu Grunde liegt und solchen, die als spontane Reaktion auf die Wahrnehmung einer Situation erfolgen. Obwohl sich die Termini „explizit“ und „implizit“ in diesem Forschungsfeld etabliert haben, halten Fazio und sein Kollege Dovidio eine

Unterscheidung in direkte und indirekte Einstellungen, für treffender. Sie beziehen sich dabei allerdings, vor allem, auf den Bereich der Einstellungsmessung. Im Gegensatz zu direkten Messungsmethoden sind sich die Untersuchungsteilnehmer bei indirekten Verfahren, nicht im Klaren darüber, dass ihre Einstellungen zu einem bestimmten Sachverhalt gemessen werden. Wird eine implizite Einstellung einmal aktiviert, beeinflusst diese maßgeblich alle weiteren Wahrnehmungs- und Verarbeitungsprozesse. Ist man einer Person gegenüber positiv eingestellt, ist es wahrscheinlich, dass man vorwiegend ihre positiven Eigenschaften wahrnehmen wird. Ist eine Person jedoch mit negativen Attributen versehen worden, werden hingegen vor allem negative Eigenschaften wahrgenommen, beziehungsweise auch positive Eigenschaften schlecht gemacht und somit relativiert. Eine explizite Informationsverarbeitung hingegen beinhaltet eine sorgfältige Prüfung, eine Analyse von positiven und negativen Aspekten, sowie die Abwägung von Kosten und Nutzen verschiedener Verhaltensabsichten. (vgl. Dovidio&Fazio 1992/Gniechwitz 2006:100f).

Ob nun eine explizite oder implizite Informationsverarbeitung erfolgt, hängt von zwei Faktoren ab: Motivation und Gelegenheit. Deshalb steht der Terminus MODE in Fazios Modell auch für „Motivation and Opportunity as Determinants“. (vgl.ebd.)

Im Gegensatz zu Devine, der die automatische Aktivierung sozial geteilter Stereotype als universell ansieht, unterscheiden Fazio und seine Kollegen, zwischen mehr oder weniger vorteilhaften Personen und gehen somit von einer gewissen Variabilität bei impliziten Prozessen aus. Genau genommen, unterscheiden sie zwischen drei Gruppen von Menschen. Die erste Gruppe aktiviert negative Einstellungen gegenüber einer Person oder einem Sachverhalt automatisch und ist dann aber zu vorurteilsfreiem Verhalten motiviert. Sprich, wenn Motivation und Gelegenheit entsprechend groß sind, korrigiert diese Gruppe von Menschen, ihre automatisch aktivierten negativen Einstellungen. Dieser Prozess kann externale oder internale Gründe haben. Eine externale Motivation liegt bei einer

Orientierung an externen Normen und Standards vor. Menschen mit externaler Motivation richten sich stark nach sozialer Erwünschtheit. Internale Gründe hingegen sind eigene persönliche Gewissensbisse, die einen dazu bringen, von seinen negativen Einstellungen abzuweichen. Die zweite Gruppe nach Fazio und Kollegen aktiviert negative Einstellungen ebenfalls automatisch, zeigt in der Folge aber keine Motivation diese zu überdenken oder zu korrigieren. Diesen Menschen, sind ihre negativen Einstellungen nicht unangenehm und sie scheuen sich auch nicht, diese offen zu kommunizieren. Die dritte Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass auf der Ebene der automatischen Informationsverarbeitung bereits von Anfang an, positive Konzepte aktiviert werden. (vgl. Gniechwitz 2006:102f)

Denkt man die Modelle von Devine und Fazio einen Schritt weiter, stellt sich die Frage, was mit den automatisch aktivierten negativen Einstellungen passiert, die durch Motivation und Gelegenheit ausgelöste Prozesse, korrigiert wurden. Die meisten Theoretiker gehen davon aus, dass die neu erworbene Einstellung, die alte Form überformt beziehungsweise ersetzt. Das „Dual – Attitudes Modell“ von Wilson und Kollegen (2000) geht jedoch davon aus, dass zwei gleichberechtigte Einstellungen nebeneinander existieren können. Die alte Form bleibt in der impliziten Einstellung erhalten, während die neue Form die explizite Haltung, darstellt. Des Weiteren, unterscheiden sich, implizite und explizite Formen von Einstellungen, dahingehend, dass die impliziten Formen deutlich schwerer veränderbar sind.

Auch Kunda & Thagard (1996, zit.nach Schmid Mast & Krings 2008:38f) gehen übrigens davon aus, dass zwei Prozesse parallel ablaufen. Einerseits ein stereotypenbasierter Verarbeitungsprozess und andererseits ein eigenschaftsbasierter Verarbeitungsprozess. In einem Punkt weichen Wilson und seine Kollegen jedoch deutlich von den vorherigen Modellen ab. Sie gehen nämlich davon aus, dass das Individuum keine Motivation für eine Einstellungsänderung braucht, sondern lediglich der Faktor Gelegenheit bedeutend ist. Unter Gelegenheit verstehen sie dabei vor allem Zeit, aber auch kognitive Kapazität. Sie konnten in diversen

Experimenten den Einfluss von Zeit nachweisen und haben gezeigt, dass Menschen unter Zeitdruck oft andere Urteile fällen als ohne Zeitdruck. Aus theoretischer Sicht ist es allerdings umstritten, ob durch diese Tatsache alleine, der Faktor der Motivation völlig außer Acht gelassen werden kann. Logisch scheint jedoch, dass Zeitdruck gewisse Auswirkungen auf unsere Informationsverarbeitung haben kann. (vgl. Gniechwitz 2006:105f).

Nach Betrachtung der ausgeführten Modelle sollen nun folgende Eigenschaften von impliziten und expliziten Einstellungen, zusammenfassend festgehalten werden (vgl. Gniechwitz 2006:106)

Implizite Einstellungen:

- Entstehen automatisch, ohne willentliche Kontrolle
- Haben Stereotypinformationen als Grundlage, die unreflektiert über die Sozialisation erworben wurden
- Leiten spontane Reaktionen (wie z.B.: nonverbales Verhalten)
- Sind schwer veränderbar

Explizite Einstellungen hingegen

- Sind absichtsvoll, kontrolliert, willentlich
- Haben Stereotypinformation als Grundlage, die bewusst verarbeitet wurde
- Leiten gezieltes, absichtsvolles Verhalten (wie z.B.: motivierte Meinungsäußerung)
- Sind relativ leicht zu beeinflussen

3.4. Messung von Einstellungen und Stereotypen

3.4.1. Direkte Messverfahren

Direkte Messverfahren haben die längste Tradition in der Stereotypen- und Vorurteilsforschung. Da sie einfach anzuwenden sind, werden sie trotz diverser Kritikpunkte, immer noch oft genutzt. Anbei sollen einige gebräuchliche Verfahren kurz vorgestellt werden.

Katz und Braly führten bereits 1933 das **Checklistverfahren** ein, bei welchem, Merkmale in einer Liste angeführt sind und dann beispielsweise die 5 typischsten Merkmale einer Gruppe bestimmt werden müssen. Das Checklistverfahren birgt einige Nachteile. Es verlangt dichotome Entscheidungen; die Merkmale vermeintlicher Stereotype werden vom Versuchsleiter ausgewählt; es kann nicht zwischen Kenntnis und Akzeptanz eines Stereotyps unterschieden werden und die Gefahr, dass Probanden nach dem Prinzip der sozialen Erwünschtheit antworten, ist enorm hoch. (vgl. Eckes 2008:98)

Das Problem der dichotomen Entscheidungen kann durch das **Ratingverfahren** umgangen werden. Beim Ratingverfahren sind die Merkmale meistens in Form einer fünfstufigen Skala (z.B.: von „überhaupt nicht“ bis „voll und ganz“) abgestuft. Um der Gefahr zu entgehen, dass die Probanden nach dem Prinzip der sozialen Erwünschtheit antworten, werden solche Tests oft mit dem Hinweis versehen, man solle nicht seine eigenen Meinungen wiedergeben, sondern einschätzen, wie andere Menschen, die Gruppen beurteilen würden. (vgl.ebd:99)

Das **Stereotypdifferenzial** wiederum arbeitet mit bipolaren, siebenstufigen Adjektiv – Skalen (z.B.: freundlich – unfreundlich) und stützt sich auf die Technik des semantischen Differenzials. Der Mittelpunkt 4 stellt den neutralen Mittelwert dar, signifikante Abweichungen werden dem Stereotyp der Gruppe zugerechnet. Somit können auch individuelle Stereotypenmaße berechnet werden. (vgl.Snider&Osgood 1969/Gardner 1973, beide zit.nach Eckes 2008:99)

Beim **Prozentschätzverfahren** müssen die Probanden angeben, wie viel Prozent der Angehörigen einer Gruppe ein bestimmtes Merkmal aufweisen. Die Merkmale werden entweder vom Versuchsleiter bestimmt oder zuerst von den Probanden in einem freien Antwortverfahren, gefiltert. Persönlichkeitseigenschaften, Einstellungen, offenes Verhalten und äußeres Erscheinungsbild können erfragt werden. Schwierig ist allerdings die Frage, ab welchem Prozentwert der Antworten, von einem Stereotyp gesprochen werden kann. (vgl.Eckes 2008:99)

Ein ähnliches Verfahren stellt der **diagnostische Quotient** dar. Hier müssen Probanden, die Prozentwerte, nicht nur den Angehörigen einer bestimmten Gruppe zuordnen, sondern zusätzlich auch noch den Prozentsatz von allen Menschen, denen sie das Merkmal zuschreiben würden, angeben. Der diagnostische Quotient ergibt sich durch Division des ersten Prozentsatzes mit dem zweiten. Ist das Ergebnis (DQ – Wert) größer als 1,0, ist das Merkmal für die betreffende Gruppe charakteristischer als für die gesamte Menschheit. Die Bezeichnung gesamte Menschheit, stellt für Probanden, allerdings oft einen schwierigen Bezugspunkt, dar. (vgl.Mc Cauley&Sitt 1978, zit.nach Eckes 2008:99)

Um die Ergebnisse des Prozentschätzverfahrens genauer einordnen zu können, besteht die Möglichkeit im Anschluss noch eine **Stereotypevaluation** durchzuführen. Die mit Prozentwerten versehenen Merkmale, müssen von den Probanden, zusätzlich noch auf einer Skala von -3 (negativ/schlecht) bis +3 (positiv/gut) beurteilt werden. So kann bestimmt werden, welche Wertigkeit, die Merkmale für den Probanden besitzen und es kann am Schluss zwischen positiven und negativen Stereotypen unterschieden werden. (vgl.Eagly&Mladinic 1989, zit. nach Eckes 2008:100).

Die verwendeten Methoden können in verschiedenste Richtungen verfeinert und ergänzt werden um beispielsweise Gruppenvariabilitäten oder Unterschiede hinsichtlich Geschlecht, Alter oder ethische

Zugehörigkeit der Probanden in die Untersuchungsergebnisse einbauen zu können. (vgl.Eckes 2008:100f)

3.4.2. Indirekte Messverfahren

Die Hauptkritikpunkte an der Idee, Vorurteile und Stereotype auf direktem Wege messen zu können, liegen auf der Hand. Einerseits, sind wir mit dem Prinzip der sozialen Erwünschtheit konfrontiert, sprich die Probanden wollen sich selbst so darstellen, wie es den sozialen Konventionen entspricht. Andererseits, sind Vorurteile und Stereotype in einem hohen Maße, gar nicht bewusst für die Befragten zugänglich. Direkten Messverfahren bleibt also vieles verborgen, da die Probanden nicht alles sagen wollen, beziehungsweise sagen können. In diesen Bereich des Unbewussten und Verborgenen, können sich lediglich indirekte Messverfahren Zutritt verschaffen. (vgl.Eckes 2008:101).

De Houwer und Moors (2007, zit. nach Degner&Wentura 2008:153) definieren indirekte Messmethoden als „Verfahren, die versuchen automatische Prozesse zu erfassen, die sich durch Unbewusstheit, Unkontrolliertheit, Non – Intentionalität, Zielunabhängigkeit, Effizienz und Schnelligkeit auszeichnen“. Eine besondere Rolle spielen vor allem Reaktionszeitverfahren mit denen Automatismen des kognitiven Systems untersucht werden. Die Probanden sollten sich bei indirekten Messverfahren nicht bewusst sein, welche Ziele, die Untersuchung verfolgt und somit weniger strategisch und sozial erwünscht handeln. Schnelligkeit ist ein wesentliches Element von impliziten Verfahren. Bei der **Primingtechnik** wird den Probanden, beispielsweise, kurz vor der eigentlichen Aufgabe ein Stimulus („Prime“) geboten, der vorhandene Stereotypen, quasi voraktiviert und dann zu einer Beschleunigung der Reaktion führt. (vgl.Eckes 2008.101).

Eine Methode zur impliziten Messung, die durch eine lange Forschungstradition entstand, ist der **IAT (Implicit Association Test)**. Der IAT besteht aus mehreren aufeinander aufbauenden Kategorisierungsübungen und beruht auf einer doppelten

Diskriminierungsaufgabe für jeweils zwei Stimulusdimensionen (z.B.: schwarz – weiß und positiv – negativ) Verschiedene Stimuli (z.B.: Namen, Eigenschaften) müssen von den Probanden so schnell wie möglich anhand der vorgegebenen Paarungen bewertet werden. Beispielsweise muss bei Namen bestimmt werden, ob diese eher Menschen mit weißer oder mit schwarzer Hautfarbe tragen. Die Antwortmöglichkeiten werden dabei meist einmal in vorurteilskonsistenter Weise und einmal in vorurteilsinkonsistenter Weise gewählt. In der Regel ist die Reaktionszeit bei Paarungen, die vorurteilskonsistent sind, deutlich schneller als bei jenen, die vorurteilsinkonsistent sind. Die Zeiten, in der die einzelnen Aufgaben bewältigt werden, liefern also eine Menge an Ergebnissen zu den Stereotypen – und Vorurteilskonstrukten, die die Probanden verinnerlicht haben. Kritiker der IAT Methode, wenden immer wieder ein, dass schneller Reaktionszeiten bei gewissen Paarungen auch ganz andere Gründe als Vorurteilshaftigkeit besitzen können. Sie weisen beispielsweise darauf hin, dass manche Paarungen einfach vertrauter sein können, als andere. Diverse Kritikpunkte wurden allerdings durch neue Studien wieder dementiert. Es lässt sich also festhalten, dass der IAT Test durchaus eine gute und nützliche Methode darstellt, um implizite Vorurteile zu messen. Niedrige Korrelationen und geringe Reliabilitäten sind allerdings häufig möglich. (vgl.Gniechwitz 2006:107ff/Eckes 2008:102).

3.4.3. Strukturanalytische Messverfahren

Strukturanalytische Verfahren weisen darauf hin, dass die Merkmale einer Gruppe unterschiedlich enge Verbindungen untereinander aufweisen können. Gruppen können sich mehr oder weniger ähnlich sein. Diese Ähnlichkeitsbeziehungen zwischen Gruppen, können mit strukturanalytischen Messverfahren mit einbezogen werden. Es wird dabei vor allem mit dimensionalanalytischen Verfahren gearbeitet, wie, beispielsweise, der mehrdimensionalen Skalierung oder diversen Clusteranalysen, mit denen die Merkmale einer Gruppe, kategorial geordnet, wahrgenommen werden können. (vgl.Eckes 2008:102)

4. ANTISEMITISMUS

4.1. Verortung und Begriffsannäherung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem, derart komplexen Phänomen, wie jenem des Antisemitismus verlangt auch eine Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten. Einleitend sollen daher einige Definitionen dargestellt werden. Ebenso soll gleich anfangs darauf hingewiesen werden, dass die Antisemitismusforschung, sprich die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Antisemitismus, einen interdisziplinären Charakter aufweist. Nach Strauss (2002) spielen, unter anderem Fragestellungen, Konstellationen und Zusammenhänge aus der Religionswissenschaft, der Soziologie, Psychologie, Ethnologie, Philosophie, Politikwissenschaft und Geschichte eine bedeutende Rolle. Die Multidimensionalität dieses Forschungsfeldes erklärt sich dadurch, dass Antisemitismus, historisch nicht erklärt werden kann ohne dabei ökonomische, soziale, politische, religiöse und kulturelle Entwicklungszusammenhänge mit einzubeziehen. (vgl. Gniechwitz (2006: 3). Auch Benz (2002) bezeichnet den Antisemitismus, als derart komplexes Phänomen, dass monokausale Zusammenhänge nur mangelnden Erklärungsgehalt liefern können. Des Weiteren ist die Antisemitismusforschung stark mit der allgemeinen Vorurteilsforschung verknüpft. Auf diese wurde daher vorab bereits eingegangen.

Interessant ist, dass dem Begriff „Antisemitismus“, streng genommen, eine völlig falsche Bedeutung zu Grunde liegt. An und für sich, ist Antisemitismus nämlich nicht „nur“ als feindselige Haltung gegenüber Juden zu verstehen, sondern gegenüber allen semitischen Völkern. Semiten sind heterogene Völkergruppen (wie beispielsweise die Assyrier, Aramäer oder Elamiter) mit der Gemeinsamkeit, dass ihre Schrift ohne Vokalbezeichnungen auskommt. Der Begriff „Semiten“ bezeichnet also alles andere als eine geschlossene Masse und inkludiert auch viele arabische Völkergruppen. Somit ist er eigentlich völlig ungeeignet um

darunter feindselige Einstellungen gegen Juden zu verstehen. (vgl. Frindte/Wammetsberger/Wettig 2003, zit.nach Gniechwitz 2006: 11)

Dennoch ist die Bezeichnung Antisemitismus zu einer „established convention“ geworden und aus unserem Begriffsinventar nicht mehr wegzudenken. (vgl. Almog 1990: 142, zit. nach Gniechwitz 2006:11). Ebenso ist man, bezüglich der Begriffsentstehung übereingekommen, diesen auf den deutschen Journalisten Wilhelm Marr, der selbst konvertierter Jude war, zurückzuführen. Marr führte die Bezeichnung 1879 in seiner judenfeindlichen Schrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“ als politisches Schlagwort ein. Seitdem ist der Begriff zum allgemeinen Terminus für verschiedenste negative Einstellungen gegenüber Angehörigen des Judentums geworden. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Formen von Antisemitismus, kann man den Begriff durch Beifügung eines Adjektivs (wie z.B.: latenter Antisemitismus, religiöser Antisemitismus usw.) genauer spezifizieren. (vgl.Gniechwitz 2006:11f) Laut Petzold (2004) wurde der Begriff allerdings bereits vom Bibliographen Moritz Steinschneider im Jahr 1870 verwendet. Unabhängig davon, seit wann, die entsprechenden Begrifflichkeiten definiert wurden, müssen wir uns allerdings bewusst werden, dass sich die Anfänge des Antisemitismus bereits in der Antike finden. Auf die historische Entwicklung wird im nachfolgenden Kapitel näher eingegangen.

Klug (2003: 5) definiert Antisemitismus kurz als „Feindseligkeit gegenüber Juden als Juden“. Die einzige Begründung für diese Feindseligkeit stellt also die Zugehörigkeit zur Gruppe der Juden dar. Diese Definition beinhaltet keine Motive. (vgl. Zick/Küpper 2007:320).

Derart kurz gefasste Definitionen, wie jene von Klug (2003:5) reichen wohl nicht aus um einen Begriff wie jenen des Antisemitismus auf den Punkt zu bringen. Dies kritisierte, unter anderem, Silbermann (1982: 12, zit. nach Gniechwitz 2006:12) Begriffserklärungen erscheinen ihm oft einfach zu ungenau. Für Silbermann beruht Antisemitismus vor allem auf tradierten antisemitischen Einstellungsinhalten. Des Weiteren entspricht

Antisemitismus für ihn anderen Vorurteilen. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass sich die Wissenschaft allerdings uneinig ist, ob das antisemitische Vorurteil mit anderen Vorurteilen gleichzusetzen ist oder bestimmte Alleinstellungsmerkmale und Besonderheiten aufweist.

Benz (2002) versucht Antisemitismus wie folgt zusammenzufassen:

„ die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen, unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven“ (Benz 2002, zit nach Gniechwitz 2006: 12)

Auf den historischen Wandel des Antisemitismus weisen Frindte, Funke und Jakob (1999, zit. nach Zick/Küpper:2007:320) hin. Sie definieren Antisemitismus als „negatives Stereotyp durch das Nicht – Juden versuchen, Juden als Juden zu verleumden“, wobei sich die Verleumdungen historisch ändern können. Auf diesen Punkt der historischen Veränderung von Antisemitismus, wird die Arbeit immer wieder eingehen. Traditionelle Formen des Antisemitismus, die historisch unveränderlich bleiben, stehen mittlerweile neuen Formen gegenüber. Ob neue Formen des Antisemitismus, subtile oder versteckte Formen des traditionellen Antisemitismus darstellen oder völlig andere Grundlagen besitzen, ist ebenfalls einer der zentralen Diskussionspunkte in der Forschung. (vgl. Zick/Küpper 2007: 321) Die sozialpsychologische Perspektive, auf die sich die Vorurteilsforschung stützt, geht jedoch davon aus, dass der traditionelle Antisemitismus, den Ausgangspunkt darstellt und alle anderen Formen aus ihm abgeleitet werden können. (vgl.ebd: 319).

Auch Gniechwitz (2006) stützt sich auf diese Zugangsweise.

Das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ kurz „GMF“, welches an der Universität Bielefeld stationiert ist und regelmäßig Forschungsergebnisse in der Schriftenreihe „Deutsche Zustände“ publiziert, hat sich ebenfalls mit dem Antisemitismusbegriff auseinandergesetzt. (vgl.Zick/Küpper 2007:319) Antisemitismus wird im GMF Projekt als „feindselige Mentalität“ definiert, „die sich gegen jüdische Gruppen und ihre

Symbole richtet“. Methodologisch, ist dies meist durch die Zustimmung von Befragten, zu gewissen negativen Äußerungen über Juden, das Judentum und ihre Symbole zu erfassen. (vgl. Heitmeyer 2002; Heyder/Iser/Schmidt 2005, zit. nach Zick/Küpper 2007: 320)

Zick und Küpper (2007:319) zitieren auch eine häufig gebrauchte Definition der renommierten Antisemitismusforscherin Helen Fein (1987: 67). Fein versteht unter Antisemitismus:

„a persisting latent structure of hostile beliefs toward Jews as a collective manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore and imagery, and in actions – social or legal discrimination, political mobilisation against the jews, and collective or state violence – which results in and/or is designed to distance, or destroy Jews as Jews.“

Diese Definition von Fein, umfasst viele Dimensionen und Kategorien des Antisemitismus. Sie weist darauf hin, dass dieser sowohl im Individuum als auch im gesellschaftlichen Kollektiv, manifestiert ist. Beim Individuum zeigt er sich, über Einstellungen und Werte, in der Gesellschaft wiederum, spielen vor allem Mythen, Ideologien und Bilder eine große Rolle. Diskriminierung erfolgt sowohl sozial, als auch im Zuge der Politik und kann in zerstörerischen Absichten münden, beziehungsweise zumindest dazu dienen, Juden auf Distanz zu halten.

Im Rahmen einer Untersuchung zum Antisemitismus in EU Staaten, widmete sich das Zentrum für Antisemitismusforschung einem detaillierten Vergleich diverser Definitionsversuche und sprach sich im Herbst 2003 für die, eben zitierte Definition, von Helen Fein aus. Diese Entscheidung wurde von der internationalen Wissenschaft akzeptiert. (vgl. Gniechwitz 2006:3). In deutscher Übersetzung ist Antisemitismus nach Feins Definition:

„eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich bei Individuen als Haltung, in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore, sowie Einbildungen und in Handlungen manifestieren – soziale und rechtliche Diskriminierungen, politische Mobilisierungen gegen Juden und kollektive oder staatliche Gewalt -, die dazu führen und / oder darauf abzielen, Juden als Juden zu entfernen, zu verdrängen oder zu zerstören.“

Obwohl an dieser Stelle nur einige gängige Definitionen festgehalten wurden, lässt sich unschwer die enorme Bandbreite der Begriffserklärungen erkennen. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC nach der englischen Bezeichnung European Monitoring Centre of Racism and Xenophobia) hält zwei Gemeinsamkeiten aller Definitionen von Antisemitismus fest (vgl. Gniechwitz 2006:12)

- 1) Sie beziehen sich alle auf feindselige Einstellungen oder Handlungen gegenüber Juden
- 2) Sie beinhalten fast alle den zentralen Aspekt, dass sich die Feindseligkeit gegen Juden dadurch begründet, dass sie Juden sind

Fein (1987) spricht in diesem Zusammenhang von „hostility that is directed towards Jews as Jews“. (zit. nach Gniechwitz 2006: 12) Auch Pollack und Eger 2002 sprechen von „hostility towards jews beacause the are jews or hostility towards jews, because of their actual or perceived religious background or identification“ (zit.nach Gniechwitz 2006: 12)

Die EUMC definiert Antisemitismus des Weiteren wie folgt:

„any acts or attitudes that are based on the perception of a social subject (individual, group, institution, or state) as `the` (deceitful, corrupt, conspiratorial, etc.) Jew“ (zit. nach Gniechwitz 2006: 13)

Auch Frindte, Wammetsberger & Wettig (2003) knüpfen hier an:

„Unter Antisemitismus verstehen wir [...] solche individuellen und sozialen Konstruktionen, mit denen Nichtjuden (als Mitglieder sozialer Gruppen oder Gemeinschaften) die Juden als Juden (also als Mitglieder anderer sozialer Gruppen oder Gemeinschaften) zu diskriminieren und zu diffamieren versuchen, indem sie den Juden extrem negative soziale Attribute zuschreiben, um ihnen die Rechtmäßigkeit ihrer Existenz als Mitglieder sozialer Gemeinschaften zu beschränken oder abzuspochen.“ (zit. nach Gniechwitz 2006:13)

Die Definition von Frindte, Wammetsberger und Wettig, sowie jene der EUMC, betonen die Bedeutung von Stereotypen und Vorurteilen. „Die

Juden“, als Individuen, unterliegen enormen Stereotypisierungsprozessen und kollektiven Zuschreibungen, wodurch an späterer Stelle nochmals erneut auf die Vorurteilsforschung eingegangen werden muss - und zwar hinsichtlich des antisemitischen Vorurteils im Speziellen. Davor folgt ein Überblick über die historische Entwicklung des Antisemitismus.

4.2. Die historische Entwicklung des Antisemitismus

4.2.1 Von der Antike bis zum 2. Weltkrieg

Eines der zentralen Felder der Antisemitismusforschung, ist die Aufarbeitung der sozio - historische Entwicklung der Judenfeindschaft und die Beschäftigung mit ihren jeweiligen zentralen Ursachen und Motiven. Antisemitismus, existiert seit nicht weniger als 2500 Jahren, er hat sich in seiner inhaltlichen Form jedoch den jeweiligen gesellschaftlichen, ökonomischen und systemischen Gegebenheiten angepasst. Antisemitismus ist daher aus unterschiedlichsten Gründen entstanden und weiter vermittelt worden. (vgl. Bergmann 2001, zit.nach Gniechwitz 2006:15/ Walloch-Cherbes 1988:32)

Durch die Tatsache, der langen antisemitischen Tradition, scheint es nachvollziehbar, von einer scheinbaren Allgegenwärtigkeit von Antisemitismus auszugehen, sprich von etwas, dass es immer schon gegeben hat und auch immer geben wird. Viele Theoretiker (z.B.: Bergmann 2002) weisen aber darauf hin, dass die Unterstellung einer derartigen historischen Kontinuität auch Gefahren bergen kann. Bergmann hält es aus funktionalistischer Perspektive für sinnvoller, von einem kulturell tief verankerten Motivvorrat auszugehen, der in jeder Epoche wieder aktualisiert werden kann. (vgl. Gniechwitz 2006:16). Bergmann betont also, dass antisemitische Feindbilder unter den entsprechenden kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, immer wieder abgerufen werden können. Hannah Arendt hingegen weist immer wieder darauf hin, dass die These vom ewigen Antisemitismus als absurd und gefährlich zurück gewiesen werden muss. (vgl. Arendt 1986, zit. nach Gniechwitz 2006:16).

Der historische Ausgangspunkt des Antisemitismus findet sich im ersten Jahrhundert n.Chr., als sich die frühen Christen, vom Judentum abspalten. Der ursprüngliche Antisemitismus ist religiös motiviert und zeigt eine enorme Ambivalenz. Einerseits, besitzt das Judentum, eine grundlegende Bedeutung für die Entstehung der christlichen Religion; andererseits unterscheiden sich das Judentum und das Christentum in einigen wesentlichen Punkten (z.B.: ist der Dreifaltigkeitsglaube der Christen im Judentum unmöglich, da es diesen als Bruch des Monotheismus betrachtet und prinzipiell nur einen einzigen Gott duldet). Es entwickelten sich antijudaistische Motive, die unter anderem dazu führten, dass die Judenfeindschaft zu einem wahren christlichen Dogma wurde. (vgl. Gneichwitz 2006:17/Rohrbacher&Schmidt 1991).

Claussen (1987:19) weist auf die paradoxe Tatsache hin, dass die Evangelien, die Geschichte von Juden erzählen und daher eigentlich nur von Juden handeln. Er bezeichnet Judenhass, daher im Grunde, als Christenhass. Auch Freud betonte immer wieder, dass christlicher Antijudaismus sich, aus psychoanalytischer Sicht, im Grunde, gegen die christliche Herrschaft selbst richtet. (vgl. Gneichwitz 2006:16)

Bevor sich im frühen 2. Jahrhundert n. Chr. eine breite judenfeindliche Haltung durchsetzte, hatte zwischen den verschiedenen religiösen Gruppierungen ein reger Austausch existiert. Praktische Auswirkungen für die Juden, folgten ab Ende des 4. Jahrhunderts, als sich die christlichen Glaubensgrundsätze durchsetzten. Es kam immer wieder zu religiös motivierten Übergriffen und Diskriminierungen. Unter Theodosius dem Ersten wurde das Christentum im Jahr 438 zur Staatsreligion erhoben. Christen durften nicht mehr an jüdischen Zeremonien teilnehmen oder zum jüdischen Glauben übertreten. (vgl. Gneichwitz 2006:16f) Auch die Heirat zwischen Juden und Christen, sowie der Bau von Synagogen, wurden per Gesetz verboten. (vgl. Beck 1968: 719, zit. nach Gneichwitz 2006:17).

Bis ins 13. Jahrhundert dominierten religiös motivierte Judenfeindbilder die Gesellschaft. Sie wurden in Schmähchriften, von Predigern festgehalten

und dadurch gut verankert. Gredig 1994 (S.147) zitiert beispielsweise einen Auszug einer Schrift von Gregor von Nyssa:

„Sie [die Juden, Anmerkung SR] sind Mörder des Herrn, Totschläger des Propheten, hasserfüllte Rebellen gegen Gott, sie treten das Gesetz mit Füßen, leisten der Gnade Widerstand und verschmähen den Glauben der Väter. Sie sind Statisten des Teufels, eine Rasse von Schlangen, Verrätern, [...]verabscheuungswürdig, Feinde von allem, was schön ist.“

Wie sich auch in diesem Auszug sehen lässt, ist der stärkste Vorwurf der Christen an die Juden, jener des Göttermordes, also die Kreuzigung Jesus. Des Weiteren beschuldigte man die Juden, vor allem des Ritualmordes, der Brunnenvergiftung und der Hostienschändung. Den Juden wurde unterstellt, christliche Kinder zu entführen und zu töten um ihr Blut für religiöse Zeremonien verwenden zu können. Die eben genannten Beschuldigungen, hielten sich teilweise bis ins 20. Jahrhundert. (vgl.Oomen&Schmid 1978:12, zit.nach Walloch-Cherbes 1988:33/Gniechwitz 2006.17f)

Im 13. Jahrhundert kamen neue Motive der Judenfeindschaft hinzu. Durch den Ausschluss der Juden von öffentlichen Ämtern und dem Militärdienst, sowie der Verweigerung der Zulassung zu Handwerken und Zünften, verschlechterte sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Position der Juden nochmals enorm. (vgl. Gniechwitz 2006:19) Aus Handel und Handwerk ausgeschlossen, überließ man den Juden lediglich den Geldverleih gegen Zins. Sie wurden so oftmals zu den einzigen willigen Kreditgebern. Der, den Juden dadurch, erbrachte Aufstieg, machte sie erneut zu Opfern und führte zu einer Verfolgungswelle im 13.und 14. Jahrhundert. (vgl.ebd/Bergmann 2002) Die neuen antisemitischen Motive waren also wirtschaftlicher Natur. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert entwickelte sich ein Stereotypenkomplex, das bis in die heutige Zeit existiert. Er beinhaltet die Zuschreibungen des geldgierigen, trickreichen, raffgierigen und unehrlichen jüdischen Geschäftsmanns. Juden wurden als Wucherer abgetan und mit kleinkriminellen Handlungen in Zusammenhang

gebracht. Man unterstellte ihnen des Weiteren, sich in politische Ämter einzukaufen.

Ebenfalls in der beginnenden Neuzeit, tauchten erstmals stereotype Aussagen über das sexuelle Verhalten von Juden auf. Ebenso wurden alle Zuschreibungsprozesse aufrechterhalten, welche die Gefahr der Juden für die Christen zum Ausdruck brachte. Juden wurden auch weiterhin mit Erscheinungen in Verbindung gesetzt, die außerhalb des menschlichen liegen und beispielsweise mit dem Teufel, abartigen Tieren oder Krankheiten, verglichen (vgl. Gredig 1994, zit nach Gniechwitz 2006:19f).

Im 17.und 18. Jahrhundert, unter Einfluss der Aufklärung und der französischen Revolution, verbesserte sich die Lage der europäischen Juden, zunehmend. Das christlich – jüdische Verhältnis entspannte sich und die sozio – kulturellen Beziehungen nahmen zu. (vgl.Bergmann 2002, zit. nach Gniechwitz 2006:21). Es kam zu einer europaweit einsetzenden Gleichberechtigung der Juden, die allerdings ebenfalls die Bildung neuer Stereotype und Vorurteile mit sich brachte. Neue Elemente im antijudaistischen Diskurs waren der Vorwurf, dass Juden die gesamte Herrschaft der Welt erringen wollen, sowie die Annahme, dass Juden alle Völker aussaugen, von denen sie aufgenommen und akzeptiert werden, da sie von jeher Wucherer seien. Neben dem traditionellen Antisemitismus, der sich auf religiöse und wirtschaftliche Vorurteile stützte, entwickelten sich nun bereits Formen des modernen Antisemitismus, da auch kulturelle, nationalistische und prorassistische Argumentationen für die Verachtung und Diskriminierung von Juden genutzt wurden. (vgl.Bergmann 2002/Gniechwitz 2006:23f).

Zwischen 1819 und 1848 kam es in Deutschland erstmals seit dem Mittelalter wieder zu gewalttätigen und diskriminierenden Handlungen gegenüber Juden. Das Bildungsbürgertum und einige wichtige Literaten hatten den Antisemitismus wieder salonfähig gemacht und in akademischen Hetzzeitschriften zum Ausdruck gebracht. Trotzdem traten

die Juden 1848 in das parlamentarische Leben ein und durften sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen. (vgl. Giechwitz 2006:22).

In Österreich erfolgte 1867 eine gesetzlich geregelte Gleichstellung der Juden. (vgl. Broder 1986:182, zit.nach Walloch-Cherbes 1988:36). Gniechwitz hält für diese Zeit zwei bedeutende Entwicklungslinien fest. Einerseits kam es zu einer gelungenen Emanzipation und Assimilation der Juden in Deutschland, wodurch sie nicht mehr so stark als eigenständige soziale Gruppe wahrgenommen wurden. Andererseits kam es zu einer Entchristlichung, wodurch sich der Antisemitismus von seiner religiösen Bindung löste und somit laut Erb & Bergmann (1989) „ein ideologischer Raum für den modernen Antisemitismus frei wurde“.

Durch die, im 19. Jahrhundert aufkommenden, Rassentheorien und die darin enthaltenden Einteilungen zwischen höheren und niedrigeren Rassen, wurde der Grundstein für die Etablierung der arischen Rasse gelegt. Unter dem Begriff „Anthroposoziologie“, konnten sich Rassentheorien als wissenschaftliche Disziplin etablieren. Ludwig Woltmann, einer der führenden Vertreter in Deutschland, sah die germanische Rasse schnell als Kulturbringer für andere Rassen. Die Juden wurden als Rasse definiert und der arischen Rasse als minderwertige und unterlegene Geschöpfe, untergeordnet. Im Zuge dieser Definition als Rasse wurden den Juden bestimmte äußerliche und körperliche Merkmale zugeschrieben, die ebenso noch fest in unserer Gesellschaft verankert sind. Der Begründer der französischen „Ligue antisémitique“ Edouard Drumont hielt als wesentliche optische Merkmale der Juden die „gebogene Nase“, die „blinzelnden Augen“, die „hervorstehenden Ohren“, die „enggestellten Zähne“, die „vierkantige Form der Fingernägel“, den „langen Oberkörper“, den „Plattfuss“, das „runde, nach außen gerichtet Kinn“, und die „weiche heuchlerische Hand des Schurken“ fest. Neben den angeblichen körperlichen Merkmalen von Juden wurden auch erneut gewisse Charaktererscheinungen als typisch jüdisch konstatiert. Auch hierzu finden sich diverse Aufzeichnungen des eben erwähnten Drumont. (vgl. Gniechwitz 2006:23).

„Der Semit ist betriebsam, geldgierig, ränkevoll, verschlagen, listig. [...] Der Semit ist Kaufmann aus innerem Drange, er lebt und webt für den Tausch stets im Verlangen sich oder seines Gleichen in Vorteil zu setzen. Der Semit besitzt keine schöpferische Gabe, der Arier ist erfinderisch, vom Semithentum geht nicht die geringste Entdeckung aus. Der Semit beutet die Erfindung des Ariers aus, organisiert und verwerthet sie, natürlich zu seinem Vorteil. Er lebt nur mitten in einer Bevölkerung, für deren Zivilisation er nicht getan hat.“ (Drumont 1890; zit. nach Gredig 1994:160f)

Wie aus diesem Zitat erkenntlich ist, änderten sich im 19. Jahrhundert auch die Begrifflichkeiten. Wie bereits erwähnt, wählte Wilhelm Marr 1879 erstmals das Wort Antisemitismus. Drumont unterscheidet zwischen Ariern und Semiten. Weitere Dichotomien dieser Zeit waren Deutscher versus Jude oder Deutschtum versus Judentum. (vgl. Gniechwitz 2006:24)

Die Rassentheorie sorgte somit für die Rechtfertigung einer neuerlichen wirtschaftspolitischen Benachteiligung der Juden. Durch seine Verunsicherungen und Schuldzuweisungen wurde der Antisemitismus, zu einem wirkungsvollen politischen Instrument, welches zuerst die unteren Bevölkerungsschichten mobilisierte, sich jedoch bald durch alle Gesellschaftsschichten zog. Bis 1919 wurde die Judenfeindschaft jedoch noch nicht zur politischen Strategie einer bestimmten Partei. (vgl.ebd.:24f)

Durch die offizielle Parole des Historikers Heinrich von Treitschke und dem Hofprediger Adolf Stoecker im Jahr 1879 „Die Juden sind unser Unglück“ wurde dem modernen Antisemitismus offiziell der Segen erteilt. Er wurde zum Eckpfeiler des späteren Vernichtungsantisemitismus der Nazis, der sich ebenfalls auf Rassentheorien stützte. (vgl. Benz 2002/Gniechwitz 2006:25)

Zusammenfassend können wir für die historische Entwicklung des Antisemitismus von der Antike bis zu seinem abscheulichen Höhepunkt der NS Diktatur einiges festhalten. Waren es im Frühchristentum und Mittelalter vor allem religiöse Motivationen, die zu Judenfeindschaft führten, kamen im Laufe der Historie weitere Bereiche hinzu. Stereotype zum wirtschaftlichen Handeln haben sich im Laufe der Jahrhunderte extrem vervielfacht und

sind zum dominantesten Bereich des Antisemitismus geworden. Ab dem 18. Und 19. Jahrhundert wurden religiöse Beweggründe fast vollständig verdrängt. Ebenfalls hinzugekommen sind Äußerungen über die körperlichen Merkmale der Juden, die ebenfalls in der Rassentheorie ihren Höhepunkt erreichten. Physiognomie, Statur, Haartracht und Bartwuchs waren zentrale Themenbereiche. Entscheidend ist die Tatsache, dass das äußerliche Erscheinungsbild der Juden stets mit einer Entartung, mit einer Abweichung von der Norm, gleichgesetzt wurde. Stereotype Bilder über geistige Fähigkeiten und die Intelligenz von Juden, sind im Wesentlichen erst im modernen Antisemitismus zu finden. Dies gilt auch für den sexuellen Bereich. Ab dem 18. Und 19. Jahrhundert wurde den Juden gerne ein entwurzeltes Triebleben, sowie Schamlosigkeit und Lustgier unterstellt. Historisch stets unverändert und in allen Formen des Antisemitismus auftauchend, ist das Vorurteil, dass Juden immer eine Gefahr für Nicht – Juden darstellen. (vgl. auch Gniechwitz 2006:26)

4.2.2. Der eliminatorische Antisemitismus der NS – Diktatur

An dieser Stelle der Arbeit möchte ich anmerken, dass es für mich persönlich eigentlich keine Worte gibt, um ein derart entsetzliches Verbrechen an der Menschheit, wie den 2. Weltkrieg, fassbar zu machen. Zu unbegreiflich, verabscheuungswürdig, beschämend und entsetzlich sind die Ereignisse dieser traurigsten Epoche Europas. Es sollen an dieser Stelle auch nicht erneut Opferzahlen zitiert werden. Wir sollten diese Zahlen alle kennen. Ebenso reichen weder die Vorurteilsforschung noch andere wissenschaftliche Stränge, an dieser Stelle der Historie aus, um entsprechende Erklärungsversuche liefern zu können. Die Vorurteilsforschung zielt allerdings auch nicht darauf ab, solche extreme Formen des Antisemitismus erklären zu wollen. Ohnehin kann keine wissenschaftliche Erklärung auch nur annähernd ausreichen, um den Holocaust in seiner ganzen Unfassbarkeit greifbar zu machen. Dennoch ist es natürlich unabdingbar, dass sich gerade die Wissenschaft mit den Ereignissen des 2. Weltkrieges auseinandersetzt.

Bergmann (vgl.u.a.2002) betont immer wieder, dass der Holocaust ein Zusammenspiel von radikalen und ideologischen Zielsetzungen mit entsprechenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Entwicklungen war. Nach dem 2. Weltkrieg kam es in Deutschland zu einer dramatischen politischen Radikalisierung. Inflation, Verarmung und Lebensmittelknappheit führten zu Existenznöten und Zukunftsängsten, wodurch die Bevölkerung wieder anfälliger für judenfeindliche Stereotype und Vorurteile wurde. Es kam zu einer antisemitischen Sturmflut, die in der NSDAP mündeten und unter anderem zum Machtantritt Adolf Hitlers führten. Dessen Größenwahn und Fanatismus brachten dem Antisemitismus noch mehr Aufschwung.

Betrachtet man die nazistische Propaganda, findet man auch wieder mittelalterliche Stereotype, wie etwa den Vorwurf des Ritualmords. Zentrale Basis des Antisemitismus in der NS – Zeit war jedoch, die bereits erläuterte, Rassentheorie. Die Juden wurden als niedrigere Rasse mit schwachen, hässlichen und gebückten Körper, propagiert. Die Vermischung der arischen Rasse mit der jüdischen, wurde als größte drohende Gefahr angesehen. Diverse Gesetze sorgten dafür, dass jüdische Mitmenschen enteignet und sozial ausgegrenzt werden konnten. Juden wurden aus dem öffentlichen und wissenschaftlichen Dienst verdrängt. Die dadurch entstandenen Lücken in der Wissenschaft sind, übrigens bis heute, dramatisch. Man denke nur daran, wie viele grandiose Wissenschaftler, Forscher und Nobelpreisträger durch die NS – Zeit, dem universitären Betrieb entrissen wurden oder wie viele geniale Denker das Land verlassen mussten und nie wieder versöhnlich in ihre Heimaten zurück gekehrt sind. Den Höhepunkt der gesetzlich legitimierten Ausgrenzung, stellen die Nürnberger Gesetze des Jahres 1935 dar. Juden waren nun offiziell Bürger zweiter Klasse und mussten gelbe Sterne als Erkennungsmerkmal tragen. Schon bald zeichnete sich, wenn auch vielleicht für viele Deutsche (und auch Österreicher) nicht denkbar, eine gewaltvolle Lösung der „Judenfrage“ ab, die schließlich mit der Verlagerung in Ghettos begann und letztendlich mit der systematischen

Massendeportation ein entsetzliches Ende fand. Goldhagen (1996) prägte daher auch den Begriff des eliminatorischen Antisemitismus und forderte immer wieder, den Antisemitismus der NS – Diktatur als eigenständigen Forschungsbereich, anzusehen. Goldhagen ist übrigens, wie auch etwa Elsässer, ein Verfechter der Kollektivschuldthese. Er geht davon aus, dass die Vorraussetzungen für den Holocaust in tief verankerten kognitiven Strukturen und Werten der deutschen Bevölkerung zu finden waren. Bekannt ist, dass die These der kollektiven Schuld der deutschen Bevölkerung, immer wieder zu heftigen Diskussionen führte. Elsässer (1995:128, zit.nach Gniechwitz 2006:30) hält jedoch fest, dass unter „Kollektiv“ nicht die gesamte deutsche Bevölkerung gemeint ist, sprich 100%, sondern die überwiegende Mehrheit, die sich über alle Klassen und Schichten der Bevölkerung, verteilte. Als logische Folge der Kollektivschuldthese, sieht Elsässer auch seine Vermutung, dass der Großteil des deutschen antisemitischen Gedankengutes, nicht vergangen ist sondern in psychischen Strukturen weiterlebt.

Die Tatsache, dass sich die obigen Ausführungen, auf Deutschland stützen, soll keineswegs die Rolle Österreichs verschleiern. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung und die vorhandene Menge an Literatur über den Holocaust und seine Ursachen, ist in der Bundesrepublik schlichtweg eine größere als im österreichischen Raum. Ob die Aufarbeitung des Holocausts deshalb besser funktioniert, als in Österreich, sei dahingestellt. Festgehalten muss allerdings werden, dass sich Österreich viel zu lange auf seine These „des ersten Opfers“ stützte und die Beschäftigung mit dem Holocaust daher erst äußerst verzögert eingetreten ist. Die Gründe für den sofortigen Anschluss an Deutschland im Jahr 1938 sind aber sicherlich ähnlich. Auf die Antisemitismusforschung in Österreich soll aber ohnehin noch in einem eigenen Kapitel der Arbeit eingegangen werden.

4.3. Neue Formen des Antisemitismus

Die Tatsache, dass antisemitische Denkweisen mit dem Ende des Nationalsozialismus ja nicht einfach verschwunden sind, wirft natürlich die Frage auf, welche neuen Formen des Antisemitismus in unseren Gesellschaften zu finden sind.

Bergmann & Erb (1990:52) halten folgende drei zentralen Merkmale des „Antisemitismus nach Auschwitz“ fest:

- Reaktion auf den Holocaust durch Leugnung oder Schuldprojektion
- Es handelt sich in den meisten europäischen Ländern um einen Antisemitismus ohne Juden
- Bezugnahme auf die Existenz und Politik des Staates Israels

Herausheben möchte ich an dieser Stelle vor allem das Phänomen des „Antisemitismus ohne Juden“. Während Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen in der Regel auch Kontakt mit „Fremden“ haben, finden wir bei antisemitischen Denkweisen oft das Phänomen, das die entsprechende Person keinerlei Kontakt oder Bezug zu Angehörigen des Judentums hat.

Folgende vier Formen des neuen Antisemitismus sollen nun erläutert werden:

- Sekundärer Antisemitismus
- Latenter Antisemitismus
- Antizionismus
- Philosemitismus

Strittig ist, wie bereits erwähnt, die Frage, inwieweit neue Formen des Antisemitismus direkt aus den traditionellen Formen resultieren oder sich völlig unabhängig von diesen entwickelt haben. Bergmann und Benz gehen von mehreren historischen Phasen der Judenfeindschaft aus, wobei

die älteren Vorurteilsschichten nicht vergessen werden, sondern immer nur durch eine neue Schicht überlagert werden. (vgl. Benz 2002, zit. nach Gniechwitz 2006: 33) Auch Gredig (1994:154) ist der Ansicht, dass es keine reinen Neuentwicklungen gibt, sondern lediglich Hauptakzente verschoben werden. Rensmann (1998) geht ebenso davon aus, dass der primäre Antisemitismus in seinen sekundären Formen wiederholt wird.

Bergmann und Erb (1995) hingegen sind von einer fast vollständigen Ablösung des primären Antisemitismus durch den sekundären Antisemitismus, überzeugt. Die Kontinuitätsthese geht davon aus, dass sich der Antisemitismus von einer politischen Ideologie weg zu einem privaten Vorurteil gewandelt, sich inhaltlich aber kaum geändert hat. Claussen (1987) weist in diesen Zusammenhang darauf hin, den Antisemitismus nicht immer nur als anthropologische Konstante in Stein zu meißeln, sondern vor allem die Bedeutung der Individuen und der gesellschaftlichen Inhalte zu beachten. Die Frage lässt sich also unterschiedlich beantworten. Außerdem ist es oft schwierig, strikt zwischen primären und sekundären Formen des Antisemitismus zu unterscheiden, da die Grenzen nicht selten verschwimmen. (vgl. Gniechwitz 2006:34)

4.3.1 Sekundärer Antisemitismus

Der Begriff des sekundären Antisemitismus, wurde vor allem von Bergmann und Erb geprägt. Er charakterisiert sich hauptsächlich durch die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und zeigt sich häufig in Form von Leugnung, Relativierung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Forderung nach einem endgültigen Schlussstrich unter der Vergangenheit. Entschädigungszahlungen an Juden werden beispielsweise abgelehnt. Schuldabwehr, Erkenntnisabwehr, Erinnerungsabwehr und Verantwortungsablehnung sind die klassischen Mechanismen des sekundären Antisemitismus. Es handelt sich um einen Nachkriegsantisemitismus, der nicht ungelöst von den Fragen nach Schuld, Moral und Verantwortung betrachtet werden kann. Empirisch kann

der sekundäre Antisemitismus sehr gut erfasst werden. Seit Ende der 1970er Jahre gibt es sehr aussagekräftige Forschungsergebnisse. (vgl. Zick/Küpper 2007:325/Gniechwitz 2006:38)

Der nicht unumstrittene, Henryk M. Broder, der 1986 sein populäres und inzwischen auch neu verlegtes Buch „Der ewige Antisemit“ veröffentlichte, beschreibt den sekundären Antisemitismus so:

„...dass es Antisemitismus nicht *trotz* sondern *wegen* Auschwitz gibt, weil die Täter und deren Erben permanent an ihre Taten und an ihr Versagen erinnert werden.“
[Hervorhebungen im Original]

4.3.2. Latenter Antisemitismus

Im Gegensatz zum sekundären Antisemitismus steht der latente Antisemitismus nicht in direktem Zusammenhang mit dem Holocaust. Er bezieht sich vielmehr auf ein kommunikationswissenschaftliches Phänomen, nämlich auf jenes der Kommunikationslatenz. Im latenten Antisemitismus steckt eine diffuse und subtile Antipathie gegenüber Juden, die jedoch nicht öffentlich, sondern auf Umwegen, zum Ausdruck kommt. (vgl. Zick/Küpper 2007:326) In der breiten Öffentlichkeit werden heikle Themen gerne gemieden. Antisemitismus wird gesellschaftlich verachtet und somit tabuisiert. Kaum jemand möchte in der Öffentlichkeit als Antisemit erkannt werden. Die öffentliche Meinung über Juden wird als Folge dessen der guten Meinung über Juden angepasst, zum anderen wird über Juden überhaupt geschwiegen um der kollektiven Missachtung vorzubeugen. Antisemitismus verlagerte sich von der Öffentlichkeit weg, hin in einem halböffentlichen und privaten Rahmen (z.B.: Vereine, Stammtisch, usw), da in der vertrauten Umgebung mit keinen Sanktionen zu rechnen ist. Oft sind antisemitische Haltungen auch „nur“ in Anspielungen versteckt (vgl. Gniechwitz 2006:39f)

Bergmann und Erb (1986) führten den Begriff der „Kommunikationslatenz“ ein, um die parallele Existenz von persönlichen Vorurteilen und öffentlichen Kommunikationsverbot zu beschreiben. Sie schließen damit an die Luhmann'sche Systemtheorie an. Luhmann unterscheidet

zwischen Bewusstseinslatenz und Kommunikationslatenz. Unter Bewusstseinslatenz ist das gänzliche Fehlen oder die Unkenntnis eines Themas im Bewusstsein zu verstehen, die Kommunikationslatenz hingegen meint nur das Fehlen der entsprechenden Kommunikation über die vorhandenen Themen. Bergmann und Erb sprechen sich dafür aus, dass im Falle des Antisemitismus eindeutig eine Kommunikationslatenz und keine Bewusstseinslatenz vorliegt, da in empirischen Versuchen, in denen das Kommunikationsverbot quasi aufgehoben wird, sehr offen und sehr häufig antisemitische Äußerungen fallen. Des Weiteren bedenke man nur, wie viel öffentliche Kritik entsteht, wenn eine Person des öffentlichen Lebens eine antisemitische Aussage tätigt. Die darauf folgenden Reaktionen, erklären sich schlichtweg dadurch, dass ein Kommunikationsverbot gebrochen wurde. Das Thema Antisemitismus fällt demnach sicherlich nicht in den Bereich der Bewusstseinslatenz, sondern lediglich in jenen der Kommunikationslatenz. Bergmann und Erb unterscheiden außerdem zwischen faktischer und funktionaler Latenz. Faktische Latenz meint ein Nichtvorhandensein, beziehungsweise eine Unkenntnis und Nichtberücksichtigung von Themen. Die funktionale Latenz betont die gesellschaftliche Schutzfunktion der Kommunikationslatenz. Ein Thema wird nicht kommuniziert, da es funktional besser so ist. Kutsch (1995) weist allerdings darauf hin, dass die Kommunikationslatenz nicht der einzige Grund ist, warum antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit stark rückgängig sind. Auch der Generationeneffekt spielt eine Rolle. Die heutigen Generationen, wurden kaum noch von einer nationalsozialistischen Erziehung geprägt. (vgl. Gniechwitz 40ff)

Vorreiter für den Begriff des latenten Antisemitismus war Adornos (1971:109, zit.nach Gniechwitz 2006:41) Begriff des „Krypto – Antisemitismus“. Er bezeichnete damit ebenfalls das, durch Tabus entstandene Phänomen, des versteckten Antisemitismus. Adorno geht sogar zu der Annahme über, dass durch die Tabuisierung des Antisemitismus erneut ein Argument für ihn geschaffen wird: nach dem

Motto: wenn man öffentlich nichts über Juden sagen darf, wird schon etwas Wahres dran sein.

Viele Forscher weisen auf die Tatsache hin, dass sie im latenten Antisemitismus die größere Gefahr sehen, als in jeglichen öffentlichen und politischen Erscheinungsformen.

4.3.3. Antizionismus

Unter Antizionismus versteht man die feindselige Ablehnung eines unabhängigen jüdischen Nationalstaates. Die ständige Präsenz des Nahostkonfliktes und die brisante Situation zwischen Israel und Palästina hat die Folge, dass die Trennlinien zwischen Antisemitismus, Antizionismus und legitimer Israelkritik verschwimmen. Es ist äußerst schwierig, Israel zu kritisieren, ohne dabei auch gleichzeitig einer antisemitischen Aussage zuzustimmen. Antizionistische Einstellungen sind daher zweifelsohne oft mit antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen verbunden. Andererseits verwendet der Staat Israel den Vorwurf des Antisemitismus auch gerne zu seinem eigenen Schutz, wie es beispielsweise Moshe Zuckermann immer wieder betont.

Durch die Kritik an Israel und den Israelis können antisemitische Ressentiments neu kommuniziert werden, ohne dabei das gesellschaftliche Tabu zu brechen. Interessanterweise finden sich antisemitische Äußerungen und Haltungen in diesem Zusammenhang in allen politischen Richtungen, auch in der Linken. Nach Haury (2004, zit. nach Zick/Küpper 2007: 337) trägt antisemitische Israelkritik dazu bei, die Identität der Linken zu stabilisieren und öffentlich offiziell so zu wirken, als stünde man auf der richtigen Seite. Aus dem rechten Lager, in Deutschland besonders brisant, waren Jürgen Möllemanns Aussagen im Jahr 2002, in dem er Israel Konflikt als „hemmungslosen“ Vernichtungskrieg bezeichnete und die Selbstmordanschläge der Palästinenser befürwortete. In Österreich, sorgte Jörg Haider, immer wieder für entsprechenden Gesprächsstoff.

Entscheidend für die Grenzziehung zwischen Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik, ist die Frage ob ein Stereotypisierungsprozess erfolgt. Wird die Gruppe der Israelis negativ bewertet und zwar auf Grundlage eines negativ konstruierten Judenbildes, kann man von unangemessener Israelkritik oder sogar von Antizionismus sprechen. Auch das EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) betont in ihrer Abgrenzung die Tatsache, dass bei antizionistischen Haltungen, Israel immer als Repräsentation „der stereotypen Juden“ gesehen wird. Eines der extremsten Argumente des Antizionismus, ist der Vergleich mit dem Holocaust und der Vorwurf, die Israelis fügen den Palästinensern genau dasselbe Leid an, wie die Nationalsozialisten den Juden. (vgl. Gniechwitz 2006:44f)

Heyder, Iser und Schmidt (2005:146, zit.nach Zick/Küpper 2007:329) halten folgende Kriterien fest, an denen sich bestimmen lässt, ob eine Israelkritik den Vorwurf des Antisemitismus erfüllt. Es reicht wenn eines der folgenden Kriterien zutrifft

- Die Aberkennung des Staates Israels, sowie die Aberkennung des Rechtes Israels auf Selbstverteidigung
- Historische Vergleiche mit der Shoa
- Verurteilung bestimmter politischer Maßnahmen, die man in einem anderen Land nicht verurteilt
- Die Übertragung antisemitischer Stereotype auf Israel und die Gleichsetzung mit einem kollektiven Judentum

Bei Gesser (2004, zit.nach Gniechwitz 2006:45) finden wir zusätzlich noch das Kriterium der Dämonisierung. Wenn Israel als etwas grundsätzlich Böses angesehen wird, ist der Vorwurf des Antisemitismus ebenfalls gegeben.

Gniechwitz (2006:46) fasst den Antizionismus wie folgt zusammen:

„als eine extrem scharfe und unverhältnismäßige Kritik am Staat Israel..., die sich durch eine historische Blindheit oder Einäugigkeit auszeichnet und antisemitische Stereotype mittels Verallgemeinerung transportiert“

4.3.4. Philosemitismus

Auch das Phänomen des Philosemitismus, soll an dieser Stelle kurz erwähnt werden. Philosemitismus kann als eine Form des „positiven“ Rassismus verstanden werden. Fest verankerte negative Stereotype und Vorurteile werden entsprechend positiv umgewandelt. Die ökonomische Veranlagung der Juden wird beispielsweise als gut und wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft angesehen. In Deutschland fand man dieses Argument häufig nach dem Nationalsozialismus, wenn es um den Wiederaufbau des Landes ging. Häufig tritt eine solche positive Einstellung öffentlich auf, stellt aber auf einer privaten und latenten Ebene weiterhin ein negatives Vorurteil dar. Tradierte negative Vorurteile werden zwar durch positive ersetzt, bleiben in Form von Heterogenitätsurteilen aber weiter bestehen. Pollock (1955) versteht unter Philosemitismus auch die, ebenfalls in Deutschland oft bemerkbare, Unterscheidung zwischen „guten“ (also deutschen) Juden und den „fremden“ „schlechten“ Juden. (vgl. Gniechwitz 2006:46f)

4.4. Das antisemitische Vorurteil im Speziellen –

einige Anmerkungen

Wie bereits im Kapitel der Vorurteilsforschung angemerkt, möchte ich kurz auf das antisemitische Vorurteil im Speziellen eingehen. Zick und Küpper (2007:322) betonen, als Besonderheit des antisemitischen Vorurteils, vor allem die enorme Vielfalt an existierenden Mythen. Sie ziehen sich durch die gesamte Geschichte des Antisemitismus und werden historisch weiter getragen. Zick und Küpper (2007:322) unterscheiden zwischen vier Formen von Mythen. Alle sind in den bisherigen Erläuterungen zu Historie und Formen des Antisemitismus bereits vorgekommen:

- Religiös begründete Mythen
- Weltlich begründete Mythen
- Rassistische begründete Mythen
- Politisch begründete Mythen

Unabhängig davon ob wir diese Mythen teilen oder für richtig halten – sie sind in unserer Kultur und in unserem Wissen verankert und somit jederzeit leicht aktivierbar. Diese angelernte Kenntnis von Vorurteilen und deren prinzipielle Existenz wurden bereits an Hand der Theorien von Devine näher erläutert.

Freilich kann nun argumentiert werden, dass Mythen keine Besonderheit des antisemitischen Vorurteils darstellen und auch in vielen anderen rassistischen und ablehnenden Haltungen zu finden sind. Zick und Küpper betonen diese dennoch, da sie beim Antisemitismus besonders absurd und irrational sind. Des Weiteren hatten antisemitische Mythen besonders zerstörerische Konsequenzen und mit der realen jüdischen Existenz keinerlei oder kaum etwas zu tun. (vgl. Zick/Küpper 2007:335)

Ebenso interessant ist die Tatsache, dass der Antisemitismus eng mit anderen Vorurteilen verknüpft ist. Bereits Allport ging davon aus, dass verschiedene Vorurteile eng miteinander verbunden sind. Heitmeyer (2002, zit.nach Zick/Küpper 2007:330) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ und ist ebenfalls überzeugt, dass die Zustimmung zu einem Vorurteil meistens damit einhergeht, dass auch Vorurteile gegen andere Gruppen existieren. Diese Gruppen müssen nicht immer „gesellschaftlich“ fremde Gruppen sein, sprich Migranten oder Menschen mit anderer Glaubensbekenntnis, es kann sich auch um sozial schwache Gruppen aus der „eigenen“ Gesellschaft handeln (z.B: Obdachlose, Arbeitslose usw). An dieser Stelle möchte ich auch erneut Bergmann & Erbs (1992) Schlagwort „Antisemitismus ohne Juden“ festhalten. Die bedeutendste Besonderheit des Antisemitismus, liegt für mich darin, dass dieser auch existiert, wenn

keinerlei direkter Kontakt zu Angehörigen des Judentums vorhanden ist und auch in der Vergangenheit keinerlei direkte Erfahrungen gemacht wurden.

Ebenso ordnen Zick und Küpper (2007:334) Antisemitismus als ein Element des Populismus, ein. Durch, die Tatsache, dass Antisemitismus vor allem Identität und Differenz herstellt, und zusätzlich auch noch legitim erscheint, ist er leicht propagandierbar und somit gut im Populismus einsetzbar. Entsetzlicherweise müssen wir in ganz Europa bemerken, dass Rechtspopulismus enorm zunimmt. Da dieser, das Unbehagen und die Ängste der Menschen schürt, sowie für Sicherheit und Ordnung sorgen will, stützt er sich gerne auf Rassismen und Antisemitismus.

Doch welche Funktionen hat das antisemitische Vorurteil? Zick und Küpper 2007 (332) unterscheiden zwischen individuellen und sozialen Funktionen. Die individuellen Funktionen können nochmals in zwei Bereiche zerlegt werden: in die kognitiven und in die evaluativen Funktionen.

Auf der kognitiven Ebene schaffen Vorurteile ein Bild der Wirklichkeit, das dem Vorurteilsträger sinnhaft und differenziert erscheint, während die evaluativen Funktionen darin bestehen, dass sich der Vorurteilsträger ein positives Selbstbild und eine positive Selbstbewertung schaffen kann. Er kann seine Überzeugungen zum Ausdruck bringen und jegliche negative Situationen oder Probleme auf andere projizieren. Somit erfüllen Vorurteile eine Sündenbockfunktion.

Auf der sozialen Ebene erfüllen Mythen nach Zick Küpper (2007:332f) folgende vier zentrale Funktionen:

- Die Wahrnehmung kausaler Zusammenhänge und die Erklärung problematischer Ereignisse oder problematischen Verhaltens
- Die spezifische und ungleiche Behandlung von anderen Gruppen wird gerechtfertigt

- Differenz wird hergestellt und diese schafft
- Identität und ermöglicht die Angehörigkeit zu einer Gruppe

Zick und Küpper (2007: 333) weisen darauf hin, dass gerade antisemitische Vorurteile und Mythen diese Funktionen mühelos erfüllen. Die Berliner Senatsverwaltung fasste in einem Bericht aus dem Jahr 2004 sogar spezifische Funktionen des Antisemitismus zusammen. Es wurde von folgenden Funktionen ausgegangen:

- Integrationsfunktion
- Dissoziationsfunktion
- Sündenbockfunktion
- Vereinfachungsfunktion

Die Integrationsfunktion dient der Abgrenzung nach außen und auch der Abgrenzung zu anderen politischen Positionen. Ebenfalls integrierend wirken eine gemeinsame Kommunikationsbasis, sowie die diversen Bedrohungsszenarien, die gerne im Zusammenhang mit Angehörigen des Judentums, verbreitet werden. Unter einer Dissoziationsfunktion versteht man, dass Antisemitismus auch als Streitmittel in der eigenen Gruppe verwendet werden kann. Die Sündenbock – Funktion betreffend, erwähnte die Berliner Senatsverwaltung allen voran, die in Deutschland häufig gefundene Schuld – Umkehr. Selbst im Jahr 2004 waren bei einer repräsentativen Umfrage des GMF - Projektes noch 24% der befragten Deutschen der Meinung, dass die Juden selbst schuld wären, wenn man etwas gegen sie hat. Verantwortung kann durch diese Sündenbock – Funktion also leicht abgelegt werden. Eine Vereinfachungsfunktion des Antisemitismus lässt sich, im Bezug mit den weltgesellschaftlichen Entwicklungen, bemerken. Antisemitismus dient häufig zur Vereinfachung von komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen. In diesem Zusammenhang findet man oft Begriffe wie „Weltjudentum“ oder

„Ostküste“, die zu wahren Codewörtern einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung, mutieren können. (vgl. Zick/Küpper 2007:333).

Die Schwierigkeit, Mythen, die in einer Gesellschaft manifestiert sind, zu brechen, ist enorm. Sie verlieren ihre Kraft nämlich erst dann, wenn sie keinerlei individuelle und soziale Funktionen, mehr erfüllen können. So lange es starke Interessenskonflikte zwischen einzelnen Parteien, Gruppen oder Nationen gibt und diese sich gegenseitig auf Vorurteile und Mythen stützen, werden Vorurteile kaum entmystifiziert werden. Ebenso wird dieser Prozess nicht eintreten, solange Ungleichheit maskiert werden muss und keine anderen Möglichkeiten und Quellen zur Herstellung einer positiven Selbstbewertung sozialer Identität, vorliegen. Da die Mythen und Konflikte, noch dazu auf einer völlig irrationalen Ebene liegen, können auch rationale Argumente kaum greifen. (vgl. Zick/Küpper 2007:336)

4.5. Antisemitismusforschung in Österreich

Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen auf den internationalen Forschungsstand zum Antisemitismus einzugehen. Daher werde ich mich ausschließlich mit der Antisemitismusforschung in Österreich befassen. Eine der Fragestellungen im späteren empirischen Teil der Arbeit, wird sein, ob sich antisemitische Elemente in der österreichischen Medienberichterstattung finden lassen. Da die Medien stets auch Spiegel unserer Gesellschaft sind, ist es unabdingbar sich vorab, mit dem Antisemitismus in Österreich auseinanderzusetzen.

Eine kontinuierliche Antisemitismusforschung setzte in Österreich eigentlich erst im Zusammenhang mit der Kurt – Waldheim Affäre im Zuge der Bundespräsidentenwahl 1986 ein. 1986 bis 1987 wurden alleine vier repräsentative Befragungen in der österreichischen Bevölkerung zu antisemitischen Einstellungen von führenden Markt- und Meinungsforschungsinstituten durchgeführt. Die teilhabenden Institute waren unter anderem das Gallup – Institut, das Institut für Marktforschung Dr. Fessel +GFK, das Institut für empirische Sozialforschung (IFES), das Institut für Grundlagenforschung (IGF) und das Institut für Markt- und

Sozialanalysen (IMAS). Auch Hilde Weiss veröffentlichte eine Sammlung diverser Umfragen und Analysen zu antisemitischen Vorurteilen im Jahre 1987. Die Repräsentativbefragung des Gallup – Institutes mit dem Titel „Antisemitische Einstellungen der österreichischen Bevölkerung“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien unter der Leitung von Fritz Karmasin und Maximilian Gottschlich durchgeführt. (vgl. Braunecker 1988:36f).

Für große Kontroversen sorgte die Umfrage des Marktforschungsinstitutes Dr. Fessel, da dieses in seinem Endbericht gleich zu Beginn festhielt, dass „nun genau und verlässlich erhoben worden ist, wie stark der Antisemitismus in Österreich tatsächlich ist.“ (zit.nach Braunecker 1988:56). Sowohl aus damaliger als auch aus heutiger Sicht ist klar, dass diese anmaßende Behauptung, jede ernsthafte Antisemitismusforschung diffamiert. Antisemitische Einstellungen finden sich häufig implizit und trotz zahlreicher Versuche gibt es (und kann es auch kein) allgemeingültiges Messinstrument für Antisemitismus geben!

Des Weiteren sorgte die Umfrage für Aufsehen, da sie im Vergleich zu allen anderen Befragungen dieser Zeit, deutlich niedrigere Werte antisemitischer Einstellungen erhob. Das Fessel – Institut ging nämlich von zwei „Arten von Antisemitismus“ aus, wobei „nur“ 7% der Österreicher echte Antisemiten seien, sprich affektive Antipathien, Feindschaft und Hass hegen. Besonders heftige Kritik übte Schmiederer (1987, zit. nach Braunecker 1988:56), der der Befragung vor allem vorwarf antisemitische Vorurteile und Klischees, sprich weniger heftige, aber genauso verabscheuungswürdige Formen von Antisemitismus, zu verharmlosen. Auch das Ergebnis, dass 20-30% der Österreicher den Juden deutliche Sympathien entgegen bringen würden, stellte Schmiederer in Frage. Ebenso stellte sich Maximilian Gottschlich (1987) gegen die Studie des Fessel Institutes und sprach von einem „eklatanten Missbrauch der Meinungsforschung“ (zit.nach Braunecker 1988:57)

4.5.1. Bernd Marin

Einer, der sich über viele Jahrzehnte (auch bereits vor der Waldheim Affäre) intensiv mit dem Antisemitismus in Österreich befasste und dessen Formulierungen prägenden Einfluss hatten, ist Bernd Marin. Seine Thesen „Antisemitismus ohne Juden“ und „Antisemitismus ohne Antisemiten“ sind als Klassiker in die Geschichte der Antisemitismusforschung eingegangen.

Mit der Formulierung „Antisemitismus ohne Juden“, übernommen von Paul Lendvai (1972), verweist Marin auf die traurige Tatsache, dass fast ausschließlich alle österreichischen Juden ermordet wurden und ihr Gemeindeleben, ihre Kulturtätigkeit und ihr Einfluss im öffentlichen Leben, völlig ausgelöscht wurden. Marin ging 2000 von einer jüdischen Minderheit von 0,1% der österreichischen Gesamtbevölkerung aus. Das JBBZ (Jüdisches Berufliches Bildungszentrum) geht von etwa 12.500 jüdischen Bürgern in Österreich aus, wobei es festhält, dass viele Juden ihre Wurzeln verschweigen und die Ziffer daher höher sein könnte. Bis auf kleine Gemeinden in Vorarlberg leben fast alle Juden in Wien. Egal auf welche Zahlen man sich bezieht, Juden sind in Österreich eine äußerst kleine Minderheitengruppe, und leben sehr isoliert. Antisemitische Einstellungen sind signifikant höher in Regionen in denen heute und früher keine Juden leben oder gelebt haben, beziehungsweise bei Menschen, die noch keinerlei persönlichen Kontakt zu Juden hatten. Dieses Paradoxum nennt Marin „Antisemitismus ohne Juden“. (vgl. Marin 2000:111f und 374f/Wassermann 2002:156)

Im Zuge von seines „Antisemitismus ohne Antisemiten“ (1983: 177) spricht Marin von einem:

„Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistischen Träger, ohne das Selbstbewusstsein und Selbstverständnis einer Ideologie.“

Da Antisemitismus kein öffentliches Rechtfertigungsmuster mehr besitzt, finden wir ihn nun massenhaft im Untergrund der Privatheit. Ebenso gibt es vielleicht keinen politischen Antisemitismus mehr, aber Antisemitismus in

der Politik besitzt immer noch ein immenses Potential. (vgl. Marin 2000:113).

Fleck und Müller (1992: 485, zit. nach Wassermann 2002: 157) unterscheiden in diesem Zusammenhang übrigens zwischen einem Antisemitismus auf der „Vorderbühne“ und Antisemitismus auf der „Hinterbühne“. Unter Vorderbühne verstehen sie dabei die politische Öffentlichkeit und unter „Hinterbühne“ die Halböffentlichkeit, wie das private Leben, Stammtische, usw.

Im Gegensatz zu vielen anderen Forschern, geht Marin (2000: 116f) davon aus, dass es sich beim Antisemitismus um ein Phänomen sui generis handelt. Er glaubt also nicht, dass Antisemitismus in Österreich Teil einer allgemein hohen Vorurteilsneigung ist und schließt auch klassische psychische Erklärungsversuche der Vorurteilsforschung aus. Menschen mit antisemitischen Einstellungen, haben laut Marin, also nicht tendenziell auch Vorurteile gegenüber anderen Minderheiten oder Fremdgruppen. Daher spricht Marin beim Antisemitismus von keinem typischen Vorurteil sondern von einem Ausnahme – Vorurteil. Die Unterschiede des antisemitischen Vorurteils zu anderen typischen Vorurteilen fasst Marin in folgenden Punkten zusammen (vgl. ebd:118f):

- Der klassische Alterseffekt bei Vorurteilen, sprich eine höhere Intoleranz bei Menschen höheren Alters, lässt sich gegenüber Juden nicht immer nachweisen. Er ist prinzipiell in allen Generationen zu finden
- Im Gegensatz zu anderen Vorurteilen, findet sich Antisemitismus oft bei Menschen mit hohem Bildungsgrad. Unterscheidet man zwischen Berufsgruppen, sind niedrigere Berufsschichten, die ansonsten eher vorurteilsvoller sind, dem antisemitischen Vorurteil abgeneigter als Menschen in Führungspositionen oder Selbstständige.

- Antisemitische Vorurteile sind eng verbunden mit sozialem Abstieg und existentiellen Ängsten.
- Antisemitismus ist stark politisch beeinflusst und findet sich merklich häufiger in politisch rechten Parteien
- Betrachtet man die einzelnen Bundesländer Österreichs scheint Antisemitismus das einzige Vorurteil sein, das in Wien am geringsten ausgeprägt, obwohl nahezu alle österreichischen Juden in Wien leben

So treffend Marins Arbeiten zum „Antisemitismus ohne Juden“ und „Antisemitismus ohne Antisemiten“ sein mögen, müssen an dieser Stelle kritische Einwendungen zu einigen Punkten meinerseits festgehalten werden. Marin schreibt in seinen Ausführungen, bezüglich dem Zusammenhang zwischen antisemitischen Vorurteilen und sozialem Abstieg, dass die Vorurteilsneigung durch soziale Verschlechterungen nicht generell erhöht wird. Mag sein, dass es damals einige Forschungsergebnisse gab, die dies bestätigen – aus heutiger Sicht ist diese These, meines Erachtens, nicht mehr haltbar. Wir brauchen uns lediglich in unserem alltäglichen Umfeld umhören und umsehen: steigende Arbeitslosigkeit, Inflation, teure Mietpreise usw. erhöhen rassistische Einstellungen und leider auch diskriminierende Vorfälle enorm. Für soziale Probleme werden immer wieder Migranten und andere Minderheiten zur Verantwortung gezogen. Ebenso gibt es mittlerweile diverse Studien und Publikationen, die sich mit Antisemitismus in der politischen Linken beschäftigen. Antisemitismus lässt sich, wenn auch in verschiedenen Formen, in allen politischen Lagern finden. Was die Verbreitung von Antisemitismus innerhalb verschiedener Generationen betrifft stimmt es sicherlich, dass gerade bei jungen Menschen antisemitische Neigungen wieder zugenommen haben. Diverse Studien sprechen dennoch zumindest von einem Aussterben der traditionellen Formen des Antisemitismus, da diese doch eher von Menschen der Kriegsgeneration, beziehungsweise der Generation danach, die aus dem Elternhaus stark geprägt wurde,

aufrechterhalten wird. Dies bedeutet jedoch leider nicht, dass Antisemitismus verschwinden wird, er äußert sich lediglich in anderen Formen und Weisen.

Marin hat immer wieder diverse Forschungsergebnisse und Beiträge in Sammelbänden oder umfangreichen Publikationen zusammengetragen. Es ist unmöglich diese alle im Detail zu analysieren oder zu vergleichen. Daher werden nachfolgend einige exemplarische und bedeutsame Befunde zusammen getragen um einen Einblick in die Materie zu erlangen.¹ Es zeigt sich, dass beinahe zu allen Formen von antisemitischen Vorurteilen, die sich in der Historie entwickelt haben, empirische Befunde in Österreich zu finden sind. Lediglich der religiöse Antisemitismus wird kaum erfragt, eine Bestätigung der These, dass dieser historisch stark an Bedeutung abgenommen hat.

- **Empirische Beispiele für religiösen Antisemitismus**

➔ „Würde ein Jude zum Christentum konvertieren, bliebe er dennoch ein Jude.“ 59% der Befragten bestätigten diese Aussage 1973.

- **Empirische Beispiele für wirtschaftlichen Antisemitismus**

¹ Die exemplarischen Beispiele wurden einer Zusammenstellung von Marin (2000: 505-610) entnommen. Die Ergebnisse stammen größtenteils aus Umfragen von Markt- und Meinungsforschungsinstituten (wie dem IMAS Report) oder wurden in der Schriftenreihe SWS Meinungsprofile im Journal für Sozialforschung veröffentlicht. (Heft 1 und 2 aus dem Jahrgang 1983). Auszüge aus den Ergebnissen folgender Umfragen werden nachfolgend wiedergegeben:

1968: SWS, FB 84 (N=825)

1973: IMAS (N=963)

1976: IFES (N=460)

1980: Gallup (N=222)

1982: SWS F210 / B 170

Für weitere und genauere Informationen zum Methodendesign, beziehungsweise zur Zusammensetzung der Probanden, will an dieser Stelle auf die Original Publikationen verwiesen werden, da die gegebenen Angaben für den Zweck der vorliegenden Arbeit ausreichend sind.

- ➔ 1980 stimmten 51% der befragten Österreicher der Aussage „Die Juden beherrschen die Geschäftswelt“ zu.
- ➔ In einer Umfrage 1968 zeigte sich, dass Österreicher bestimmte Berufe immer noch in Zusammenhang mit Juden bringen. 53% der Umfrageteilnehmer hielten Bankier für einen geeigneten Beruf für einen Juden, 47% wählten Rechtsanwalt, 33% Arzt.
- ➔ 1976 glauben 54% der Umfrageteilnehmer des IFES, dass Juden wieder Macht und Einfluss in der Finanzwelt haben und 26% glauben, dass die Juden schuld sind, wenn es zu Auswüchsen des Kapitalismus kommt.
- **Empirische Beispiele für rassistischen Antisemitismus**
 - ➔ 1973 gehen noch 38% der Befragten davon aus, dass man Juden an ihrem Aussehen erkennen könne! Alter, Bildung und Herkunft der Probanden machen bei der Beantwortung dieser Frage praktisch keinen Unterschied.
 - ➔ Ebenfalls 1973 würden 35% der Befragten keinen Mann oder keine Frau jüdischer Abstammung heiraten
 - ➔ 1968 glaubten 43% der Befragten nicht, dass ein Jude, der sich als Österreicher bekennt, auch als richtiger Österreicher angesehen wird
 - ➔ 1973 stimmten 21% der Befragten zu, dass es für Österreich besser wäre keine Juden im Land zu haben.
 - ➔ 1976 glauben 18% der Befragten einer Umfrage, dass es für Nicht Juden schwierig ist, einen gewissen körperlichen Widerwillen zu unterdrücken, wenn er einem Juden die Hand gibt oder anders mit ihm zu tun hat.

- **Empirische Beispiele für Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Holocaust und dessen kollektive Verarbeitung**

- ➔ 1982 stimmen 18% der befragten Österreicher der Aussage: „Die Juden haben in der Geschichte viel Unheil gestiftet“ zu. 24% antworteten mit: stimmt eher. Der Großteil davon ist FPÖ - Wähler und besitzt einen Hauptschulabschluss. Besonders hohe Zustimmung findet sich unter Landwirten und Menschen über 50 Jahren.
- ➔ Der Aussage „Es ist nicht nur Zufall, dass die Juden in ihrer ganzen Geschichte so oft verfolgt wurden, zumindest zum Teil sind sie selbst schuld daran“ stimmten im Jahr 1982 22% der Befragten zu. 57% stimmten teilweise zu! Im Jahr 1969 stimmten noch 27% völlig zu, allerdings nur 22% teilweise.² Die meisten Befürworter im Jahr 1982 leben in Kärnten und Tirol. Bei dieser Frage finden sich nur wenige Unterschiede im Bildungsniveau der Befürworter. Es stimmten fast genauso viele Befragte mit Hochschulabschluss oder Matura zu, als mit niedrigeren Bildungsniveau. Auch der Alters- und generationenunterschied ist deutlich geringer. Auch 9% der Befragten unter 20 stimmten der Aussage zu. Die Befürworter steigen proportional mit dem Alter. Bei den über 65 –jährigen antworten 31% antisemitisch. Beruflich gibt es ebenso wenig Unterschiede, die Studenten haben aber den höchsten Anteil nicht antisemitischer Antworten.
- ➔ 1980 stimmten 18% der Befragten der Aussage „So verwerflich die Art war, in der die Nationalsozialisten das Judenproblem zu lösen

² Hierbei haben wir es mit einem Phänomen zu tun, welches sich bei vielen Umfragen beobachten lässt. Die absolute Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen nimmt über die Jahre zwar ab, die Zahl der Befragten, die teilweise zustimmt nimmt allerdings im Gegenzug stark zu. Provokant festgehalten könnte man meinen, die Befragten trauen sich, im Sinne der Kommunikationslatenz, nur weniger ihre ehrliche Meinung kundzutun und weichen auf weniger radikale Alternativen aus. Diese These bestätigt sich auch durch die große Beliebtheit der Antwortmöglichkeiten: „weder noch“ „weiß nicht“ oder ähnlichem.

versuchten, so muss man doch zugeben, dass für Österreich dadurch manches besser geworden ist“ zu.

- ➔ 1973 sind 67% der Befragten dagegen, dass Österreich, da es an den NS Verbrechen beteiligt war, sich besonders für die Juden einsetzen müsse.
- ➔ „30 Jahre nach Kriegsende sollte es keine Kriegsverbrecherprozesse mehr geben“ – 1976 stimmten 83% der Befragten einer IFES Umfrage zu.
- ➔ 85% derselben Umfrage 1976 befürworteten einen Schlussstrich unter der Vergangenheit und bejahten, dass Kriegsverbrecher wie Reder oder Hess lang genug für ihre Taten gesühnt hätten und freigelassen werden sollten.
- **Empirische Beispiele für Einstellungen zu Israel**
 - ➔ 1982 gaben 46% der Befragten an, dass sich ihre Einstellung gegenüber Israel seit dem Krieg im Libanon verschlechtert habe, nur 5% hatten eine bessere Einstellung, für 49% blieb sie unverändert.
 - ➔ 1973 glauben 25%, dass sich Juden in Israel anders verhalten und anderes denken, als Juden, die außerhalb Israels leben, 21% antworteten mit „etwas anders“

Leider gibt es keine aktuellen Daten, die Marins Ausführungen, gegenübergestellt werden können. Dies stellt sicherlich eine empirische Lücke in der österreichischen Antisemitismusforschung dar, die hoffentlich in naher Zukunft geschlossen werden kann.

4.5.2. Hilde Weiss

Die Soziologin Hilde Weiss (1984) entpuppte sich in den 1970er Jahren als Kritikerin der IFES und IMAS Studien. Diese wären, laut Weiss, zwar ausreichend gewesen um aufzuzeigen, dass antisemitisches Denken nach

dem Faschismus keineswegs verschwunden ist und bestimmte antisemitische Inhalte weiterhin in der österreichischen Bevölkerung (auch unter den Jugendlichen) verbreitet sind, sie könnten aber, teils aufgrund mangelnder Datenbasis und teils aufgrund fehlerhafter und schwacher Konzepte, keine ausreichenden Daten für die Gegenwart antisemitischer Vorurteile liefern. (vgl. Weiss 1984: 36f)

Weiss beschloss daher eine eigene Erhebung durchzuführen. Ihre Forschungsfrage ging ebenfalls von traditionellen Überlegungen aus. Sie mutmaßte ebenso, dass durch die jahrhundertelange Tradition des jüdischen Feindbildes in der Vergangenheit und dessen Legitimierung, ein bestimmtes Judenbild, versehen mit entsprechenden Stereotypen, kulturell in Österreich verankert sein müsse. Weiss erkannte aber die Notwendigkeit einen Mehrfaktorenansatz anzuwenden, sprich mehrere Variablen unterschiedlicher Bereiche und dessen Zusammenspiel zu untersuchen. Viele dieser so genannten Hintergrundvariablen, wie Bildung, Einkommen, soziale Zugehörigkeiten, sind sogar leicht zu erfassen. Neben diesen soziostrukturellen Maßnahmen, wollte Weiss auch Erkenntnisse über den Erziehungsstil der Befragten, deren berufliche und private Situation, deren politisches Interesse, deren Aggressionspotential, deren Selbstbild und deren persönliche Kontakte zu Juden, erlangen. (vgl.ebd: 31ff)

Es zeigt sich deutlich, dass Weiss mit dieser Herangehensweise viele soziologische und sozialpsychologische Theorien und Modelle anspricht. Durch Fragen nach dem Erziehungsstil, können beispielsweise die Auswirkungen von Sozialisationserfahrungen gemessen werden. Gerade der Einfluss von autoritären Erziehungsstilen stellt immer wieder eine interessante Fragestellung in der Vorurteilsforschung dar. Die Erfragung von Einstellungen wichtiger Bezugspersonen der Probanden gegenüber Juden, kann Auskunft über Streben nach Konformität, Imitation, beziehungsweise über die Theorie des „Lernen“ von Vorurteilen geben. Fragen zur politischen Meinung und zur politischen Informiertheit, zeigen den politischen Kontext von Antisemitismus auf. Auskünfte über persönlichen Kontakt zu Juden, können die Kontaktthese bestätigen oder

widerlegen. Wie wir wissen, geht diese davon aus, dass Antisemitismus höher ist umso weniger Kontakt mit Juden besteht. Des Weiteren geht die Vorurteilsforschung davon aus, dass persönlichkeitspezifische Dispositionen einen wichtigen Einfluss auf die Bildung und Aufrechterhaltung von Stereotypen haben. Deshalb sind Fragen nach möglichen Aggressionspotential oder dem eigenen Selbstbild, unter Umständen aufschlussreich. Ebenso bedeutend sind die Theorien subjektiver Deprivation, die sich mit den Auswirkungen subjektiver Empfindungen und Bewertungen beschäftigen. In diesem Bereich fällt die, sogenannte, Sündenbock – Theorie. Bei Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation werden Schuldige gesucht, Frustration fördert Vorurteile und es kommt zu möglichen Aggressionsverschiebungen. Daher ist es für eine Erhebung äußerst wertvoll, auch die ganzheitliche Lebenssituation der Befragten und den Umgang mit dieser, einschätzen zu können, gerade wenn die Wissenschaft versucht, implizite Einstellungen zu messen. (vgl. Weiss 1984: 38f)

Weiss führte 1976 eine schriftliche Repräsentativbefragung in Wien durch, aus der 862 Fragebögen ausgewertet werden konnten. Es wurde versucht die Zusammensetzung der Stichprobe, hinsichtlich Alter und Geschlecht in etwa der Zusammensetzung der Wiener Bevölkerung, anzupassen. Wie häufig, bei schriftlichen Umfragen, beteiligten sich mehr Personen mit höherem Bildungsgrad. Somit sind Absolventen von Berufs- und Fachschulen mit 40% Bevölkerungsanteil, mit 58% in der Studie vertreten und auch die Absolventen höherer Schulen sind mit 26% Anteil im Gegensatz zu 14% Bevölkerungsanteil, überrepräsentiert. Dieser Vergleich beruhte auf die gesamte Altersstruktur Wiens 1971. Weiss konnte einer möglichen Verzerrung entgegenwirken, indem sie die Altersobergrenze der Teilnehmer auf 61 Jahren festlegte. (vgl.ebd:40f)

Doch nun zu den Ergebnissen: Weiss konstatierte aufgrund ihrer Studie, dass 25% der österreichischen Bevölkerung stark ausgeprägte antisemitische Einstellungen besitzt, ebenso 25% eine mittlere Ausprägung von Antisemitismus aufweisen, 35% eine schwache Vorurteilsneigung mit

sich tragen und nur etwa 15% der Bevölkerung weitgehend vorurteilsfrei ist. (vgl. Weiss 1984:105).

Wie wir allerdings bereits wissen, ist die Messung von Einstellungen und Vorurteilen problematisch und darf nicht unreflektiert bleiben. Viel interessanter sind daher Weiss Ergebnisse hinsichtlich der ebenfalls untersuchten Hintergrundvariablen.

Von den soziodemographischen Variablen, hat Bildung den stärksten Einfluss auf Antisemitismus. Ebenfalls signifikant, aber schwächer ist der Einfluss von Alter. Über 30% der befragten Mittelschülern, beziehungsweise Absolventen der Hochschule, weisen einen niedrigen bis keinen Antisemitismus auf. Mit Pflichtschulabschluss, sind es nur 10% der Befragten. Weiss bestätigte somit diverse amerikanische Studien, die ebenfalls davon ausgehen, dass erst höhere Bildung eine Schwelle darstellt, ab der, deutlich geringere Vorurteile feststellbar sind. Andererseits ist allerdings auch die Annahme zu beachten, dass Menschen mit geringerer Bildung tendenziell öfters mit „Ja“ antworten und eine geringere Fähigkeit aufweisen, sozial erwünschte Antworten zu geben. (vgl. Weiss 1984:54ff) Beim Faktor Bildung, liegt historisch betrachtet also sicherlich eine Veränderung vor. Betrachtet man nämlich die geschichtliche Entwicklung des Antisemitismus finden wir immer wieder Abschnitte, in denen dieser gerade von der Bourgeoisie und den Intellektuellen getragen wurde. Dass es hier zu einem Wandel kam, bestätigt sich auch durch Weiss Auswertungen, aus denen hervorgeht, dass bei den ältesten Umfrageteilnehmern kein Zusammenhang zwischen Bildung und Antisemitismus besteht. Die starke Wirkung ist nur innerhalb der jüngeren Generationen feststellbar. Mittlerer Antisemitismus ist hingegen über alle Altersgruppen gleichmäßig verteilt.

Subjektive Deprivationen, wie Zufriedenheit im Berufs- und Privatleben oder die Realisierung von Zielvorstellungen, zeigten keine signifikanten Ergebnisse in Bezug auf Antisemitismus, auch wenn Personen mit mittlerem oder höherem sozialen Status generell mit geringerer

Vorurteilsneigung versehen sind. Lediglich die Dimension „Belastung am Arbeitsplatz“ stellte eine Ausnahme dar. Auch zwischen Hausfrauen und berufstätigen Frauen, gab es keinen Unterschied. Weiss wies allerdings darauf hin, dass die Zufriedenheit der Befragten zum Umfragezeitpunkt offensichtlich hoch war. Kehrt sich die Zufriedenheit um, können die Zusammenhänge anders aussehen, wobei Frustrationen über längere Zeit anhalten müssen, um sich tatsächlich in höherer Vorurteilsneigung auszuwirken. (vgl. Weiss 1984: 69ff)

Als wesentlichste Sozialisationsinstanzen stellten sich in der Erhebung Familie, Schule und damalige Freunde dar. Den größten Einfluss hatten Mütter und Freunde. Deren Einstellungen zu Juden zeigen den stärksten Effekt auf die Einstellungen der Befragten selbst. Der Einfluss des Vaters geht interessanterweise ohne Signifikanz hervor. Frühere Lehrer haben ebenso keinen Einfluss. In der aktuellen Lebensphase, stellten Freunde und Partner die wichtigsten Bezugspunkte dar. Diese beeinflussen wiederum sehr wohl die Einstellungen und Vorurteilsneigungen der Probanden. (vgl. Weiss 1984: 73ff)

Prinzipiell bestätigte Weiss Erhebung die These, dass antisemitische Einstellungen abnehmen, je mehr Kontakt zu Juden besteht. Lediglich bei älteren Personen, trifft dies nicht zu. Diese sind in der Regel als antisemitischer einzustufen, haben oder hatten aber mehr Kontakte zu Juden. Dies lässt sich wahrscheinlich dadurch erklären, dass ältere Menschen die politischen Ideologien der Vergangenheit, immer noch verinnerlicht haben oder sogar befürworten. Alter in Kombination mit Kontakt besitzt also einen starken Effekt auf Antisemitismus. Ebenso aber auch Bildung und Kontakt. Je mehr Bildung und je mehr Kontakt, desto niedriger der Antisemitismus. (vgl. ebd.:79ff)

Ebenfalls von Weiss untersucht, wurden die Variablen „soziales Selbstbild“ (anhand der Skalen soziale Resonanz und soziales Durchsetzungsvermögen) und „Aggression“. Aggression stellt sich bei Weiss zwar als eine bedeutende Variable heraus, hat aber nur einen

geringen direkten Einfluss auf Antisemitismus. Aggression als Variable nimmt also bei weitem nicht den Stellenwert ein, den sie in der Theorie der autoritären Persönlichkeit und in der Vorurteilsforschung ansonsten besitzt. Das soziale Selbstbild zeigt keinen Einfluss auf antisemitische Neigungen. Ist dieses allerdings von Frustration geprägt, kann es einen Einfluss auf die Variable Aggression besitzen. (vgl.ebd: 88ff)

Zusammenhänge zwischen politisch - gesellschaftlichen Einstellungen und Antisemitismus konnte Weiss sehr wohl nachweisen. Es bestätigte sich, dass Antisemitismus sehr oft in eine grundlegende antidemokratische Haltung eingebunden ist. Die Probanden mit stärker ausgeprägtem Antisemitismus, zeigten in der Umfrage auch ihr Misstrauen gegenüber der Demokratie und lehnten in der Regel das Demonstrationsverbot ab. Sie gehen davon aus, dass Privilegierte regieren und nicht das Volk. Betrachtet man politische Einstellung auf einer Links – Rechts – Skala, stuften sich Menschen mit stärker ausgeprägtem Antisemitismus in der Regel auch als politisch rechts ein. Hinsichtlich der Parteisympathie ist der Zusammenhang zum Antisemitismus weniger ausgeprägt. FPÖ Anhänger zeigen zwar am häufigsten antisemitische Einstellungen, mittlerer Antisemitismus findet sich aber zu gleichen Teilen unter den SPÖ und ÖVP Anhängern. (vgl. Weiss 1984: 96ff)

1976 herrschte in Österreich noch ein sehr positives Bild Israels. Selbst innerhalb der stark antisemitischen Gruppe ist der Großteil pro – israelisch eingestellt. Der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und der Einstellung gegenüber Israel, ist in Weiss Studie, daher irrelevant. Nach dem Libanonkrieg verschlechterte sich das Meinungsklima gegenüber Israel allerdings dramatisch, was sich auch in empirischen Untersuchungen niederschlug. (vgl.ebd: 102f).

Weiss liefert im Gegensatz zu vielen anderen Studien der damaligen Zeit, auch Ergebnisse für philosemitische Einstellungen. Mit positiven Vorurteilen versehen, wurden von den Probanden, vor allem der Familiensinn der Juden, die Solidarität des jüdischen Volkes und die

kulturellen und musischen Beiträge der Juden. Interessant ist, dass es sich beim Philosemitismus fast ausschließlich um ein Phänomen der älteren Generation handelt. Unter den Jungen sind kaum philosemitische Einstellungen zu finden. Es ist daher davon auszugehen, dass Philosemitismus als Einstellungsmuster aussterben wird. Je nach Kombination von Antisemitismus und Philosemitismus, bildete Weiss (1984: 63) vier Gruppen:

- ➔ „Rationale“ (Personen mit niedrigem Antisemitismus und niedrigen Philosemitismus)
- ➔ „Philosemiten“ (Personen mit niedrigem Antisemitismus und hohem Philosemitismus)
- ➔ „Ambivalente“ (Personen mit hohem Antisemitismus und hohem Philosemitismus)
- ➔ „Konsequente Antisemiten“ (Personen mit hohem Antisemitismus und niedrigem Philosemitismus)

33,8% der Probanden stuft Weiss als „Rationale“ ein. Sie sind eher jünger, eher männlich und eher höher gebildet. Warum Frauen hier schlechter abschneiden, wäre eine Frage, bei der sich eine nähere Betrachtung lohnen würde. Schlechterer Zugang zu Bildung, wäre eventuell eine mögliche Erklärung. Die „konsequenten Antisemiten“ finden sich mit 24,5% in allen Altersstufen, jedoch überwiegend mit niedrigem Bildungsniveau. 15,8% der Befragten sind der Gruppe der „Ambivalenten“ zuzuordnen. Diese sind der älteren Generation zuzuordnen, besitzen ebenfalls eher niedrigere Bildung und sind häufiger Frauen. 25,9% sind als „Philosemiten“ zu bezeichnen, wobei strittig ist ob es echte Philosemiten überhaupt geben kann oder positive Vorurteile nur vorgeschoben werden um negative Vorurteile nicht zugeben zu müssen, da diese sozial unerwünscht sind. (vgl. Weiss 1984: 64f).

1980 wurde ein Teil der Fragen in Form von mündlichen Befragungen in ganz Österreich durchgeführt. Gemäß dem Prinzip der sozialen

Erwünschtheit, konnten bei den mündlichen Interviews weniger stark antisemitische Äußerungen festgestellt werden, als bei der schriftlichen Befragungsform. (je nach Item zwischen 1% und 7% Abweichung). Ebenso zeigte sich, dass in Wien der Antisemitismus deutlich schwächer ausgeprägt ist, als in den anderen Bundesländern. Da nahezu alle Juden Österreichs in Wien leben, bestätigt dies die Kontakthypothese. (vgl. Weiss 1984: 119)

Hilde Weiss findet in ihrer 1984 (114f) veröffentlichten Publikation der Studie auch Platz über mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus nachzudenken. Neben Bildung, Gesetzen und informellen Lernprozessen plädiert sie vor allem an die Verantwortung der Massenmedien. Als Informationsquelle können Massenmedien entscheidenden Einfluss auf die politische Orientierung der Bevölkerung haben und politische Informiertheit wirkt gegen Vorurteilsneigung. Natürlich müssen die Medien hierfür in entsprechender Form informieren. Betrachtet man die zur Normalität gewordenen Hasstiraden diverser österreichischer Publikationen, werden diese, die Vorurteilsneigung freilich nur erhöhen. Es zeigt sich also welche Macht Medien in Bezug auf öffentliche Normen besitzen. Sie prägen das öffentliche Klima, den Umgang mit sozialen Minderheiten und repräsentieren Öffentlichkeit, sprich einen beträchtlichen Teil des Meinungsgutes, an dem sich der Großteil der Bevölkerung ausrichtet.

4.5.3. Heinz P. Wassermann

Heinz P. Wassermann zählt ebenso zu den Wissenschaftlern, die stets, die wenig systematische und wenig kontinuierliche Antisemitismusforschung in Österreich kritisierten. Er betont dabei vor allem die Problematik von Längsschnittvergleichen, die graphisch gerne in Form von zu-beziehungsweise abnehmenden Linien dargestellt werden. Dadurch erhält man das Gefühl eines stetigen Prozesses, es gibt allerdings keinerlei empirische Studien, die wirklich über ein derart dichtes und adäquates Datenmaterial verfügen, um einen aussagekräftigen Längsschnittvergleich

zu ermöglichen. Längsschnittvergleiche müssen diesbezüglich also stets hinterfragt werden. Oft handelt es lediglich um einzelne Momentaufnahmen, die dann interpretativ zusammengefügt wurden. (vgl. Wassermann 2002: 161).

1998 veröffentlicht Wassermann im Rahmen seiner Dissertation mit dem Titel „Und ab heute Kinder sagen wir Grüß Gott und nicht mehr Heil Hitler. Nationalsozialistisches, öffentliches und veröffentlichtes Geschichtsbewusstsein in Österreich nach 1945“ diverse empirische Ergebnisse zum Antisemitismus in Österreich. Für nähere Quellenangaben und Details zum Forschungsdesign wird auf die Dissertation selbst verwiesen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einer Auswahl, des von Wassermanns gesammelten empirischen Materials, und zwar mit einer Auswahl, die er selbst, 2002 im Band drei der Schriften des Centrums für jüdische Studien unter dem Titel „ Antisemitismus in Österreich nach 1945“ publiziert hat. Wassermann wählte für diese zusammenfassende Darstellung folgende drei zentrale Aspekte antisemitischer Forschung:

- 1) Die Zusammenhänge zwischen Nähe, Distanz, Kontakt und Diskriminierungsbereitschaft
- 2) Vergangenheitsbewältigung
- 3) Rassische Kategorien

Nachfolgend soll nun eine Conclusio von Wassermanns Zusammenschau gegeben werden.

In Kategorie 1 (Nähe-Distanz-Kontakt) präsentierte Wassermann einige Fragen, die in den Jahren 1947 und 1948 gestellt wurden und sich die Aspekte Nähe, Kontakt, Distanz beziehen. Die Probanden wurden beispielsweise danach gefragt, ob Juden dieselben Lokale besuchen sollen dürfen, ob sie etwas dagegen hätten, wenn Juden in ihr Wohnhaus ziehen würden, ob sie mit einem Juden zusammenarbeiten würden oder ob sie ein „Wiener Mädels“ ächten würden, wenn dieses einen Juden heiratet.

Interessanterweise nahmen die nicht-antisemitischen Antworten von 1947 auf 1948 dramatisch ab, sie waren aber trotzdem bei weitem mehrheitsfähig. Durch den Vergleich mit anderen Studien konnte Wassermann anschaulich darstellen, dass die österreichische Bevölkerung in den ersten Jahren nach dem Krieg alle anderen Kriegsflüchtlingen sympathischer fand, als die Juden. 1948 antworteten auch 45% von 1000 befragten Wienern aus der amerikanischen Besatzungszone, dass sich die Bevölkerung der Stadt unfreundlich gegenüber Juden verhält. Als Gründe hierfür, wurden die andere Rasse, sowie die Unzugehörigkeit der Juden genannt. Als weitere Rechtfertigungsmuster wurden die betrügerischen Absichten der Juden den Christen gegenüber, sowie die freche und aufreizende Art der Juden, die ohnehin nur Schleichhandel betreiben, angeführt. Ebenfalls deutlich sichtbar ist der Einfluss der Affäre Waldheim auf im Jahr 1986 durchgeführte Meinungsumfragen. Alle Ergebnisse aus diesem Jahr weisen eine höhere Ablehnung antisemitischer Äußerungen und Verhaltensweisen auf, als in den Jahren davor und danach. Als Erklärung hierfür könnte dienen, dass aufgrund der Affäre um die nationalsozialistische Vergangenheit Waldheims und die damit wieder hervorgerufene Diskussion um die Rolle Österreichs im zweiten Weltkrieg, die Befragten versuchten, bemüht freundlich zu antworten. Wichtig zu beachten ist allerdings bei allen Umfrageergebnissen die Rolle der so genannten Ausweichkategorien, sprich Antwortmöglichkeiten, wie „keine Meinung“ oder „weder/noch“, die eine Möglichkeit zur Verschleierung der wahren eigenen Meinung bieten. Denn auch bei Meinungsumfragen ist das gesellschaftliche Kommunikationsverbot nicht unbedingt 100%ig aufgelöst. (vgl. Wassermann 2002: 162ff)

Die Ergebnisse aus Kategorie 2 (Vergangenheitsbewältigung) zeigen fast alle einen Rückgang der antisemitischen Haltungen über die Zeit hinweg. Die Zustimmung betreffend Fragen, wie „sind die Juden selbst schuld am Holocaust“ oder „die Juden nutzen den Holocaust für ihre Zwecke aus“, sank in der Regel in den Jahren 1966 bis 1997. Das Jahr 1986 (Waldheim – Affäre) wies auch in dieser Kategorie wieder spezielle Ergebnisse aus.

Ende der 70er Jahre, beeinflusste die Ausstrahlung des Fernsehvierteilers „Holocaust“ die Antworten der Befragten, immens. Fast 10% mehr der Befragten stimmten nach der Ausstrahlung der Faktizität des Holocausts zu, als noch kurz zuvor. Es zeigt sich also immer wieder, welchen enormen Einfluss externe Faktoren und vor allem mediale Diskurse auf die („angebliche“) Meinung von Befragten haben. Für mich persönlich, in dieser Kategorie am erschreckendsten war, dass in den 80er und 90er Jahren immer noch etwa 9% der österreichischen Bevölkerung den Holocaust leugnete. Es ist zu befürchten, dass diese Werte auch aktuell, noch ähnlich sind. (vgl. Wassermann 2002: 168ff)

Für die dritte Kategorie liefert uns Wassermann leider nur eine Frage, nämlich ob die Befragten der Meinung sind, dass ein Jude an seinem Aussehen zu erkennen sei. Zu beiden Befragungszeitpunkten, nämlich 1973 und 1986, lehnte dies die Mehrheit der Befragten absolut ab. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass rassistische Ressentiments sicherlich nicht nur mit diesem einzelnen Aspekt zu durchleuchten sind. (vgl. ebd.: 2002:173)

Abschließend versucht Wassermann (2002: 174ff) die verschiedensten Ergebnisse zusammenzufassen, was ihm, meiner Meinung nach, nur teilweise gelingt. Grund dafür ist sicherlich auch, dass die Untersuchungen auf verschiedensten Designs beruhten und mit verschiedenen Stichproben arbeiteten. Vergleiche waren somit schwierig. Trotzdem kommt es in der Conclusio immer wieder zu widersprüchlichen Aussagen. Einerseits weist Wassermann beispielsweise darauf hin, dass es im zunehmenden Alter verstärkt zu antisemitischen Äußerungen kommt, andererseits spricht er von einem hohen Konsens zwischen den Altersgruppen. Zusammenfassend geht Wassermann davon aus, dass im Bereich der sozialen Distanz, das gesellschaftliche Klima jüdenfeindlicher wurde, in Bezug auf die Einschätzung der Vergangenheit der gegenläufige Trend zu verzeichnen ist. Des Weiteren kommt die Abhandlung zu dem Schluss, dass der Antisemitismus keine aussterbende Erscheinung ist. Hier kann ich dem Autor nur zustimmen. Unterm Strich hat Wassermanns Abhandlung viele

interessante Ergebnisse geliefert, die Zusammenführung in ein großes Ganzes scheitert allerdings aus verschiedenen Gründen.

4.6. Fazit Antisemitismusforschung in Österreich

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Antisemitismusforschung in Österreich immer noch in den Kinderschuhen steckt. Am intensivsten war die Forschungstätigkeit zwischen den 1960er und 1980er Jahren. Umfragen dieser Zeit zeigen, dass bis auf den religiösen Antisemitismus, der mehr oder weniger verschwunden ist, alle Formen von Antisemitismus immer noch in unserer Gesellschaft zu finden waren. Aktuelle Umfragen oder Forschungsstudien gibt es leider kaum. Publikationen aus jüngerer Zeit bieten in der Regel lediglich Überblicke und zusammenfassende Darstellungen von alten Forschungsergebnissen. Die intensive Beschäftigung mit dieser Thematik bleibt einigen „Einzelkämpfern“ überlassen; eine systematische Aufarbeitung findet nicht statt. Ebenso bleiben die neuen Formen des Antisemitismus, sowie seine aktuellen Zusammenhänge (Amerikanismus, Islam, 9/11 usw) unbearbeitet. Literatur zu dieser Thematik stammt hauptsächlich aus der Bundesrepublik Deutschland, sowie aus Amerika.

In der Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist die Antisemitismusforschung leider ebenso ein Non Topic. Nur Professor Gottschlich und seine Mitarbeiter, haben sich dieses Feld als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte gesetzt. Gottschlich wird demnächst auch ein Sammelurium von Forschungsergebnissen zum Antisemitismus in österreichischen Medien veröffentlichen. Ebenso gibt es in unserem Fach noch keine Auseinandersetzung über die mediale Verarbeitung des Nahostkonfliktes in österreichischen Medien. In Deutschland gibt es in diesem Bereich einige Publikationen. Somit kann diese Arbeit hoffentlich beginnen, eine Forschungslücke zu füllen.

5. ISLAMOPHOBIE

Nach dieser langen und intensiven Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, soll dieser nun dem Phänomen der Islamophobie gegenübergestellt werden. Es wird sich zeigen, dass diese beiden besonderen Felder des Rassismus einige Parallelen, jedoch auch entscheidende Unterschiede, aufweisen. Für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit ist es nötig beide Phänomene zu betrachten, um in der empirischen Analyse sowohl antisemitische als auch islamophobe Diskurse und Denkstrukturen herausarbeiten zu können. Übrigens beschäftigen sich mittlerweile sehr viele Wissenschaftler aus dem Bereich der Antisemitismusforschung auch mit der Islamophobie. Einerseits, weil auch sie die entsprechenden Zusammenhänge erkannt haben, beziehungsweise die Zusammenhänge durch aktuelles zeitpolitisches Geschehen, wie die Terroranschläge in New York bedeutender geworden sind und andererseits, weil es für die Vorurteilsforschung generell von Bedeutung ist, mit welchen Motiven und in welchen Formen Mehrheitsgesellschaften gegen welche Outgroups vorgehen, um allgemeine Erkenntnisse im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu erlangen.

5.1. Begriffsannäherung

Im Gegensatz zum Begriff des Antisemitismus ist der Begriff „Islamophobie“ relativ jung. Ebenso finden wir in der Literatur bei weitem nicht derart viele und langwierige Versuche einer Definition, wie dies in der Antisemitismusforschung der Fall ist. Selbst diverse Organisationen, die sich mit Islamophobie befassen, verzichten auf umständliche Definitionsversuche.

Den Begriff „Islamophobie“ prägte zum ersten Mal ein Bericht des Runnymede Trust im Jahr 1997 mit dem Titel „Islamophobia: A challenge for us all“. Dieser Bericht kann als Meilenstein der wissenschaftlichen

Beschäftigung mit Islamophobie angesehen werden und liefert auch eine der wenigen Definitionen. Der Runnymede Trust Bericht erklärt Islamophobie als eine „Art, Furcht und Hass dem Islam gegenüber – und damit einhergehend Furcht und Hass allen oder den meisten MuslimInnen gegenüber“ (vgl. Allen: 2009:23).

Im französischen Sprachgebrauch lässt sich der Begriff „islamophobe“ bis ins Jahr 1925 zurückverfolgen. 1991 wurde der Begriff in der amerikanischen Zeitschrift „Insight“ gedruckt. Das Phänomen der Islamophobie wurde auch von britischen Muslimen in den 1980er und 1990er Jahren immer wieder beschrieben, als sich diese im Zuge ihrer kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung mehr und mehr aufgrund ihrer Religion, anstatt aufgrund ihrer Herkunft, diskriminiert fühlten. Islamophobie wurde in dieser Zeit in diversen britischen Publikationen und Vereinen erläutert, auch wenn andere Begrifflichkeiten verwendet wurden. Eine enorme Menge an Personen möchte bis heute den Anspruch auf die „Erfindung“ und den erstmaligen Gebrauch des Begriffs „Islamophobie“ stellen. Wer von ihnen Recht hat, wird wohl nicht mehr zu klären sein, hat allerdings auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik glücklicherweise keinen Einfluss. (vgl. Allen 2009)

Bis heute hat sich keine Einzelperson oder Institution näher mit dem Begriff Islamophobie auseinandergesetzt, was unter anderem dazu geführt, dass dieser äußerst umstritten ist. Viele Kritiker bezeichnen ihn sogar als Nährboden für die Ablehnung von Muslimen. Parallel haben sich, sowohl in der Forschung als auch im Alltagsgebrauch, Begriffe wie „Islamfeindlichkeit“, „Antiislamismus“ oder „antimuslimischer Rassismus“ behauptet. Wolfgang Benz (2009) empfiehlt besonders den Begriff „Moslemfeindlichkeit“.

Was Definitionen betrifft, beziehen sich die meisten offiziellen Stellen auf den Runnymede Trust Bericht. Selbst die UNO, die Islamophobie neben Rassismus und Antisemitismus als internationales Phänomen anerkannt hat und immer wieder, die Gefahren durch deren rasante Ausbreitung

betont, verzichtet auf Definitionen oder Erklärungen. Auch die Kopenhager Deklaration, die 2006 als Antwort auf den Karikaturen – Streit auf internationaler Ebene sogar sieben Empfehlungen für den Kampf gegen Islamophobie erarbeitete, bietet keine Definition. Nach 9/11 wurde von der EUMC ein Beobachtungsprojekt zur Islamophobie in 15 Mitgliedstaaten der EU durchgeführt und in entsprechenden Berichten publiziert – eine Annäherung an den Begriff: ebenso Fehlanzeige!

Lediglich Wilhelm Leitmeyer (2007: 17, zit. nach Peucker 2009: 159), Initiator der Langzeitstudien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ definiert Islamophobie nochmal eigens und zwar als „Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten“

Was ist Islamophobie? Die Frage bleibt somit schwer zu beantworten und obwohl Definitionsversuche bei jeder Begrifflichkeit nie allgemeingültig sein können, ist die fehlende Auseinandersetzung mit dem Begriff der Islamophobie noch folgenreicher. Wie auch Marcel Maussen (2006:100) treffend festhält, werden somit zu viele verschiedene Arten von Diskursen in einem Begriff zusammen geschweißt. Es kann kulturelle, politische oder religiöse Diskurse über den Islam geben. Es kann die Trennung von Staat und Kirche thematisiert werden. Es kann legitime Islamkritik getätigt werden, aber es gibt auch Hassprediger, die Ängste schüren. Das Kopftuchverbot, die Diskussion um Minarette – die Liste ist endlos. Alle Diskurse gleichzusetzen wäre zwar simpel, aber falsch und würde letztlich in einer Katastrophe für die Wissenschaft enden. Es bleibt also nur auf eine entsprechende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Begrifflichkeiten zu hoffen. Eine Art Urangst vor dem Fremden ist auf jeden Fall, wie so oft im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, ein zentraler Punkt. Islamfeindlichkeit als eine Phobie zu definieren, ist unter diesem Blickwinkel, somit passend. (vgl. auch Allen 2009)

5.2. Historische Ursprünge

Wie der Antisemitismus hat auch die Islamophobie eine historische Vergangenheit, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht offensichtlich erscheint. Auch die meisten Forscher plädieren daher dafür, Islamophobie, wie den Antisemitismus, im historischen Kontext zu betrachten. Einige wenige gehen allerdings davon aus, dass es sich bei der Islamophobie ausschließlich um ein zeitgenössisches Phänomen handelt. Die Historie der Islamophobie kann und darf natürlich keineswegs mit jener des Antisemitismus gleichgestellt werden, einige historische Aspekte liefern allerdings spannende Zusammenhänge für den Umgang mit diesem Phänomen im jetzt und hier. Auf diese historischen und theologischen Punkte soll an dieser Stelle daher kurz eingegangen werden.

Die Entstehung der muslimischen Heilslehre kann mit Anfang des 7. Jahrhunderts datiert werden. Die Entwicklungen im fernen Mekka wurden von den Christen, die zu diesem Zeitpunkt seit mehr als 300 Jahren alle machtpolitischen Zentren innehatten, anfangs kaum bemerkt. Als die Dynastie der Omayyaden, innerhalb von nur wenigen Jahrzehnten, das größte Weltreich der Geschichte schuf, stand das Christentum unter Schock und ging von einer unvorstellbaren machtpolitischen und auch theologischen Gefahr aus. Die Bibel besagt, dass Ismael, der Erstgeborene des Patriarchen Abrahams, der Stammvater der nordarabischen Völker wurde und diese Völker wie Esel in der Wüste leben täten. Isaels Mutter sei eine ägyptische Sklavin, namens Hagar. Im Gegensatz zu Isaak, Abrahams Sohn mit Sara, der zum Stammvater der Juden wird und mit Gottes Segen ausgestattet ist, soll Ismael von Gottes Heil ausgeschlossen sein. Die islamische Expansion wurde als Sturm der Söhne Isaels verstanden, eine Metapher, die über Jahrhunderte standhielt. Die Muslime wurden daher Ismaeliten genannt. Bezeichnungen, die an eine Religion erinnern, wurden ohnehin strikt vermieden. Im Mittelalter war die häufigste Bezeichnung „Sarazenen“, eine alte arabische Stammesbezeichnung. Das Christentum entwickelte die Idee, dass die Araber sich diese Bezeichnung selbst zugelegt hatten, da man aus ihr den

Namen Sara ableiten konnte und sie so vortäuschen wollten, wie Isaak, von Sara abzustammen und nicht von der Sklavin Hagar. Aus diesem frühen Zeitraum stammt also die Vorstellung des „Islams auf dem Vormarsch“, der stets Gefahr mit sich bringt. Diese Metapher hat sich bis heute im kollektiven (Unter-)bewusstsein gehalten. (vgl. Naumann 2009:20ff).

Folgende Beschreibung des Historikers Edward Gibbon bringt uns, ein weiteres, tief verankertes, Vorurteil näher. Er beschreibt wie „Mohammed, das Schwert in der einen, den Koran in der anderen Hand, seinen Thron über den Trümmern des Christentums und Roms“ errichtet. (zit. nach Naumann 2009:23).

Keiner anderen Religion wird derart dauerhaft das Diktat zugeschrieben, im Namen der Religion, den „Heiligen Krieg“ zu führen. Keiner anderen Religion unterstellt man die grundsätzliche Ablehnung aller Andersgläubigen, derart überzeugt, wie dem Islam. Islamische Eroberung wird mit Zwangsbekehrung gleichgesetzt. Weshalb sonst sollte man im 21. Jahrhundert denn sonst eine derartige Angst vor dem Bau von Minaretten und Moscheen besitzen? Die historischen und theologischen Tatsachen sehen anders aus. Der Koran beinhaltet zwar harte Aussagen im Zusammenhang mit Nichtgläubigen, er beinhaltet aber auch Schutzrechte gegenüber Juden und Christen. Diese gelten im Koran nämlich nicht als Ungläubige, sondern als Besitzer von heiligen Schriften. In islamisch beherrschten Staaten sind christliche Kirchen und jüdische Gemeinden stets ein selbstverständlicher Bestandteil gewesen. Christen und Juden mussten zwar höhere Steuern zahlen und es blieben ihnen gewisse Rechte vorenthalten, sie wurden jedoch nicht zwangsbekehrt. Diese Praxis dominierte stets im Christentum und hält sich im Grunde genommen bis heute. Somit haben wir es eigentlich mit einer christlichen Projektion auf den Islam zu tun. (vgl. Naumann 2009: 23ff)

Was die beiden Religionen betrifft, so liegt die Schwierigkeit mitunter vielleicht gar nicht darin, dass diese so verschieden sind, sondern darin, dass sie im Prinzip sogar zu ähnlich sind. In beiden Religionen stellt ein

Prophet den Mittelpunkt dar und beide verstehen sich als Heilslehren für ALLE Menschen auf der Welt. Der Islam, sieht sich, da später aufkommend, als Korrektur der christlichen Offenbarung. Der Islam kann dem Christentum als nachgeordnete Offenbarungsreligion gewisse relative Rechte einräumen, das Christentum umgekehrt jedoch nicht. Das Christentum sieht den Islam theologisch daher als eine christliche Irrlehre, die durch einen falschen Propheten in die Welt gesetzt wurde. Besonders die Gestalt Mohammeds ist daher bis heute Ziel christlicher Propaganda. Während die Juden als Mörder Christus verdammt wurden, wird Mohammed als „Teufel“, „Antichrist“, „Lügner“, „Ketzer“ und „Heuchler“ bezeichnet. Außerdem schrieb man ihm gerne sexuelle Perversionen zu. (vgl.ebd: 25f)

Ebenso symbolisch bis heute aufgeladen, ist die Zeit der Kreuzzüge (1098-1291). Das europäische Selbstverständnis verbindet mit diesem Ausdruck den großen, alles entscheidenden Kampf zwischen dem Christentum und dem Islam, einen Kampf auf Leben und Tod. Historisch richtig ist, dass die Araber die religiöse Komponente der Kreuzzüge, anfangs überhaupt nicht bemerkt hatten. Aus christlicher Sicht sollten die Kreuzzüge zwar bewaffnete, aber religiös motivierte Pilgerfahrten darstellen um diverse heilige Stätten wieder der christlichen Herrschaft zu unterwerfen. Viele Europäer die sich auch ihrer späteren Geschichte des Imperialismus schämen, sehen die Kreuzzüge als eine Art Vorübung für diese spätere Entwicklung, also als raubgierige Aggression. Diese Version wird auch gerne in der arabischen Welt wiederholt. Fest steht auf jeden Fall, dass vor allem durch die Kreuzzüge, enorm viele kulturelle und wissenschaftliche Erkenntnisse der Araber bis nach Europa gelangten. (vgl.ebd: 28)

Der entscheidende Wendepunkt in der christlich – islamischen Beziehung, folgt mit dem Aufkommen der Seefahrt im 16. und 17. Jahrhundert und der damit einsetzenden europäischen Expansion, die den Europäern ermöglichte, sich den außereuropäischen Kulturen haushoch überlegen zu fühlen. (Eine Sichtweise der Arroganz, die sich leider auch heute noch, viel zu oft feststellen lässt). Die Angst- und Bedrohungsmetaphorik der

islamischen Welt konnte somit in den Hintergrund treten, ebenso wie theologische Motive. Doch wie beim Antisemitismus wurden alte Motive der Ablehnung lediglich durch neue ersetzt. Im Fall der Islamophobie tauchen vor allem politische und moralische Vorurteile auf. Die islamischen Herrscher werden metaphorisch zu launischen, despotischen Herrschern, die sich durch nichts in ihrer Machtausübung eingeschränkt fühlen. Muslime würden generell nach absoluter Macht streben, skrupellos sein und über hemmungslose und ausschweifende sexuelle Lust verfügen. Das Christentum wird nun als herrschende Religion manifestiert, die für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt sorgen kann. Der Islam hingegen wird, von nun an, mit den Attributen Armut, Unterdrückung, Unterentwicklung und Despotismus, versehen. (vgl.Naumann 2009: 30ff).

In der Epoche der Aufklärung rückt die Faszination des Fremden in den Vordergrund. Das Exotische der arabischen Welt wird idealisiert. Parallel bleibt die Angst vor dem Fremden jedoch ebenso bestehen und die bereits erwähnten Vorurteile bleiben fest verankert. Sie finden sich über lange Zeit auch im kulturellen Leben, wie beispielsweise in der Literatur oder der Malerei. In Karl Mays Roman lassen sich beispielsweise eine Vielzahl dieser Stereotype finden. (vgl.ebd: 32f)

Von einer „Rückkehr des Islams“ auf die weltpolitische Bühne spricht Naumann (2009:34) ab den 1970er Jahren. Er traf dabei auf ein Europa, welches äußerst schlecht vorbereitet war auf die islamische Kultur und Lebensweise. Beispiele für gelungene Integration sind rar, Rassismus und Rechtsradikalismus hingegen im Aufschwung. Die verstärkte Präsenz von Muslimen in europäischen Ländern, sowie die Angst vor einem islamischen Terrorismus haben alte Feindbilder, Vorurteile und Stereotype wieder aufleben lassen. Es wäre nun an der Zeit sich von diesen zu lösen, denn sie sind, wenn auch tief im kulturellen Gedächtnis verankert, laut Naumann nicht unabänderlich.

5.3. Was führt zu Islamophobie?

Die britische Organisation Runnymede Trust hat 1997 eine 8 – Punkte Tabelle erstellt, die erklärt welche Einstellungen und Überzeugungen zu Islamophobie führen. Diese 8 Punkte wurden von zahlreichen Publikationen, sowie von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. (EUMC) übernommen. Sie lauten wie folgt (zit. nach Saad 2009:201):

- ➔ Der Islam wird als monolithischer Block gesehen, der keine Antwort auf die Herausforderungen der modernen Gegenwart hat.
- ➔ Der Islam wird als eigenständig und anders gesehen; er steht in keinem positiven Zusammenhang mit anderen Kulturen.
- ➔ Der Islam wird gegenüber dem Westen als minderwertig gesehen, insbesondere als barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch.
- ➔ Der Islam sei eine aggressive und gewalttätige Form, die zum Kampf der Kulturen führt.
- ➔ Islam ist eine Ideologie, die nur auf politische und militärische Vorteile abzieht.
- ➔ Der Islam stellt sich gegen jede Kritik aus dem Westen.
- ➔ Feindlichkeit gegenüber dem Islam wird dazu genutzt, um MuslimInnen zu diskriminieren.
- ➔ Anti – Muslimisches Verhalten wird als gegeben und gerechtfertigt angesehen.

5.4. Islamophobie – zentrale Brennpunkte

Generell wird angenommen, dass das Phänomen der Islamophobie seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 stark gestiegen ist. Im Jahr 2003 stellten die Soziologen Jürgen Leibold und Steffen Kühnel jedoch fest, dass Islamophobie zu dieser Zeit noch als spezifisches Element einer

generellen Fremdenfeindlichkeit anzusehen ist. Einen dramatischen Aufschwung erlangte die Islamophobie erst im November 2004 durch die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh. Seit dieser Zeit sind Berichterstattungen über den Islam oder Muslime ein zentraler Bestandteil der europäischen und auch amerikanischen Medienlandschaft geworden. Auf den Zusammenhang von Islamophobie und Medien wird zu einem späteren Zeitpunkt nochmals eingegangen. (vgl. Königseder 2009:22f)

Seit den, eben erwähnten, zentralen Ereignissen in den Jahren 2001 und 2004, sind vor allem die Trennlinien zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus verschwommen. Außerdem wird auf islamfeindliche Äußerungen sehr oft mit einem Verweis auf den Koran, reagiert. Islamfeindlichkeit ist also nur schwer losgekoppelt von der Religion „Islam“ zu betrachten, obwohl dieser in vielen Fällen überhaupt keine Rolle spielt. Öffentliche (und private) Diskussion münden oft in der Frage: Was sagt denn der Koran dazu?

Heiner Bielefeldt (zit. nach Schiffer/Wagner 2009: 70) bemerkte bei der Beobachtung der öffentlichen Islamdebatte, dass die unterschiedlichsten Formen muslimischen Lebens und muslimischer Selbstverständnisse, stets im Schatten des vermeintlichen „eigentlichen“ Islams stehen und dieser wird mit Fanatismus, Autoritarismus und Militanz assoziiert. Den friedlichen, volkstümlichen, liberalen oder sogar feministisch inspirierten Lebensformen von Muslimen wird nur selten Beachtung geschenkt. „Islamismus“, ein Begriff unter dem man lediglich Lebensformen versteht, die ihre Ideologie auf den Islam berufen, werden gerne mit dem Wort radikal versehen und mit Fanatismus und Selbstmordattentätern gleich gesetzt. Dass Muslime eine der heterogensten Gruppen der Menschheit darstellen, wird übersehen - man wirft sie nun mal gerne alle in einen Topf. Islamfeindliche Haltungen finden sich übrigens, wie antisemitische Einstellungen quer durch alle politischen Lager und gesellschaftlichen Schichten, auch wenn unterschiedliche Motive als Grundlage dienen.

Wir halten also fest, dass Muslime vor allem mit Gewalt in Verbindung gebracht werden. Was aber sind die alltäglichen zentralen Brennpunkte der Islamophobie? Bei welchen Thematiken wird die Ablehnung gegenüber dem Islam und gegenüber Muslimen besonders spürbar?

Ein Thema, welches immer wieder (auch unter Muslimen selbst) für Brisanz sorgt, ist sicherlich die Kopftuchdebatte. Das Kopftuch gilt als „DAS Symbol“ der Islamisierung und muss immer wieder für Verschwörungstheorien herhalten. Durch das Kopftuch sind muslimische Frauen leicht erkennbar, sie sind also schon auf den ersten Blick gebrandmarkt. Automatisch wird davon ausgegangen, dass die Frau gezwungen wird Kopftuch zu tragen. Die muslimische Frau als deklassiertes, minderwertiges, unterdrücktes und fremdbestimmtes Objekt – ein Klischee, das tief in unserer Kultur verankert ist. Immer wieder gibt es Institutionen oder Arbeitgeber, die muslimische Frauen mit Kopftuch nicht dulden. Europaweit gibt es zahlreiche muslimische Frauen, die für ihr Recht Kopftuch zu tragen, sogar vor Gericht gehen. In Österreich und Deutschland gehen diese Prozesse in der Regel zu Gunsten der Glaubensfreiheit aus, doch die Probleme für bedeckte muslimische Frauen am Arbeitsplatz sind massiv. Königseder (2009: 25) weist übrigens darauf hin, dass die Kopfbedeckung muslimischer Frauen in der Arbeitswelt allerdings erst ein Thema wurde, als diese anfangen auch in gesellschaftlich anerkanntere Berufe aufzusteigen. Über die bedeckte Putzfrau regt sich nur selten jemand auf.

Ebenso heftig diskutiert wird der Bau von Moscheen und Minaretten. Obwohl die Errichtung von Gotteshäusern, ein in der Verfassung verankertes Recht darstellt, stellt sich die Mehrheitsgesellschaft nahezu geschlossen gegen muslimische Glaubens- und Gebetseinrichtungen. Zentrale Ursache hierfür ist sicherlich die Tatsache, dass eine Religion sichtbar wird, sobald sie ihre öffentlichen Einrichtungen besitzt. Die Moschee steht also symbolhaft für das Sichtbarwerden von Muslimen im öffentlichen Raum. Muslime könnten somit aus dem Schatten der Minderheit heraustreten und ähnliche Rechte wie andere Staatsbürger

erhalten. Diese an und für sich natürliche Entwicklung zwingt die Mehrheitsgesellschaft zum Umdenken, ein Prozess gegen welchen sich diese vehement wehrt. Diskussionen führen daher nur selten zu einem Ergebnis, welches für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung darstellt. (vgl. auch Königseder 2009: 25f). In Österreich existieren derzeit übrigens drei richtige Moscheen und etwa 200 einfache Gebetsräume.

Auch „Ehrenmord“ und „Zwangsehe“ werden gerne als brisante Schlagwörter verwendet, sobald es um den Islam geht. Religiöser Fanatismus, Krieg, Terror, Gewalt an Frauen und deren Unterdrückung, religiöse Symbole und kulturelle Bräuche – das sind also die stereotypen Frames, mit denen wir es bei islamfeindlichen Äußerungen und Handlungen oft zu tun haben.

Es muss allerdings freilich dennoch möglich sein, legitime Kritik am Islam zu üben. Form und Sprache der Kritik dürfen allerdings gewisse Grenzen nicht überschreiten. Vor allem die Medien und Personen des öffentlichen Lebens müssen diesen Balanceakt ernster nehmen.

5.5. Der Islam in den Medien

Dass der Islam vorwiegend negativ bewertet und diffamiert wird, scheint soweit klar zu sein. Da wir jedoch nur selten negative Erfahrungen im direkten Kontakt zu Muslimen tätigen, prägen uns vor allem sekundäre Einflüsse, allen voran die Medienwelt und das von ihr verbreitete Islambild. Das Islambild in westlichen Medien ist somit seit Jahrzehnten Gegenstand internationaler wissenschaftlicher Forschung. Schon nach der Erfindung des Buchdruckes, wurden übrigens viele Hetzkampagnen gegen die Türken, in Form von Flugschriften, geführt. (vgl. Höfert 2009).

Explizite sprachliche Diskriminierungen finden sich eher selten in der Medienberichterstattung, da diese sozial unerwünscht sind. Diskriminierungen erfolgen subtiler und sind auf den ersten Blick oft als neutrale Berichterstattung getarnt. Handelt es sich bei Akteuren um Muslime, wird dies in der Berichterstattung oft besonders unterstrichen, vor

allem, wenn es sich um negative Ereignisse handelt. Schicksale, wie die Misshandlung oder Unterdrückung von Frauen, werden gerne ursächlich mit dem Islam in Verbindung gebracht. Solche Verallgemeinerungen werden gerne mit Bildern unterlegt, beispielsweise, mit dem Bild der verschleierte Frau. Auch die Moschee wird häufig als mediales Symbol verwendet. Das Magazin „Der Focus“ druckte auf seinem Cover am 26.10.2006 beispielsweise eine Moschee ab, obwohl er über die iranischen Atombombenpläne berichtete. (vgl. Königseder 2009:29f). Gerade das deutsche Magazin „Der Spiegel“, welches sich gerne als weltoffen und liberal präsentiert, wurde übrigens oft hinsichtlich islamfeindlicher Haltungen untersucht. Am 26.03.2007 lautete das Cover des Spiegels beispielsweise: „Mekka Deutschland – die stille Islamierung.“

Natürlich gibt es auch rege Kritik an der medialen Berichterstattung über den Islam. Diese setzt, laut Hafez (2009: 107f) vor allem auf der Mikroebene, spricht bei den handelnden Individuen selbst an. In den 1990er Jahren sind bereits die Stereotype führender deutscher Journalisten kritisiert worden, wie etwa Peter Scholl – Latours Sendereihe „Das Schwert des Islams“. Aktuell müssen vor allem prominente Islamkritiker wie Alice Schwarzer, Günter Wallraff, Henryk M. Broder oder Hans Magnus Enzenberger kritisiert werden. All diese Personen, sind eigentlich Leitfiguren konstruktiver Gesellschaftskritik, verfallen beim Thema Islam aber ebenso rechtskonservativen Positionen. Schwarzer beispielsweise ist vehemente Kopftuchgegnerin und sprach oftmals von „einer islamischen Unterwanderung des deutschen Rechtsstaates“.

Eine enorme Präsenz von antiislamischen Haltungen finden wir im World Wide Web. Schiffer (2009) listet alleine etwa 50 extrem antiislamische Websites auf. Vor allem die Seiten Politically Incorrect (www.pi-news.net) und Akte Islam (www.alte-islam.de), sowie das Forum „Die grüne Pest“ stellen ein wichtiges Element der antiislamischen Szene dar. Sie haben enorme Besucherzahlen und verfügen über hervorragend organisierte Netzwerke.

Im Dezember 2008 zählte die, von einem Grundschullehrer gegründete, Seite Politically Incorrect (PI) 14 Millionen Besucher. Wie andere Netzwerke, sieht sich PI als Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medien. PI lädt praktisch dazu ein, politisch unkorrekte Äußerungen zu posten, versteht sich als pro – israelisch und pro – amerikanisch. Der Kampf gegen die Islamisierung Europas ist das erklärte Ziel. In der Anonymität des Internets, versehen mit fiktiven Namen, werden alle Tabus gebrochen, jeder User darf seine Meinung äußern. Weblogs schaffen also Räume um Feindbilder weiter aufrecht zu halten und Feindseligkeiten gegenseitig zu bestärken. (vgl. Shooman (2009))

Methodisch arbeiten antiislamische Foren und Seiten im Internet in der Regel mit Nachrichten aus anderen Medien, häufig aus dem Boulevard oder den lokalen Nachrichten. Diese Ereignisse werden dann nach eigenen Regeln interpretiert und zugespitzt. Es werden somit keine verschwiegenen Neuigkeiten aufgedeckt, sondern Einzelfälle verdichtet. Man arbeitet mit Banalitäten, Metaphern, Slogans und alten Mythen. Reale Fakten werden dadurch in den Hintergrund gedrängt. (vgl. Schiffer 2009: 355).

Besonders interessant ist auch die mediale Darstellung der muslimischen Frau. Farrokhzad (2002: 87) unterscheidet zwischen vier verschiedenen Konstruktionsformen der islamischen Frau, wobei sie sich vor allem auf türkische Migrantinnen bezieht: die „exotische Orientalin“, die „Kopftuchtürkin“, die „moderne Türkin“ und die „Fundamentalistin“. All diese Formen existieren parallel zueinander und prägen den Alltagsdiskurs entscheidend. Die Vorstellung von der exotischen Orientalin ist allerdings nicht mehr sehr weit verbreitet. Dieses Bild der islamischen Frau verbunden mit Erotik und Geheimnis, war vor allem bis zu den 50er Jahren bedeutend und wurde immer wieder in westlichen Reiseberichten manifestiert. Abgelöst wurde dieses Konstrukt durch die Arbeitsmigration. Vorherrschend war nun das Bild der kopftuchtragenden Mutter vieler Kinder, die als rückständig und unterdrückt, bemitleidet wurde. (vgl. Farrokhzad 2002: 85f) Heute sind vor allem die „Kopftuchtürkin“ und die „Fundamentalistin“ in den Medien vorherrschend. Die moderne Türkin, die

kein Kopftuch trägt, weniger religiös und beruflich erfolgreich ist, kommt in den Medien kaum vor. Auch die „Kopftuchtürkinnen“ werden nicht mehr bemitleidet. Vor allem junge Frauen der 2. und 3. Generation, die bedeckt sind, werden mit Bedrohungsszenarien versehen, was so weit führt, dass es zum Bild der Fundamentalistin kommt. Es wird muslimischen Frauen, somit abgesprochen selbstständige, erfolgreiche Frauen zu sein und dennoch aus eigener Überzeugung religiös zu leben. Bedeckte Frauen, die an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben wollen, politisch aktiv sind oder Karriere machen, gelten ohnehin als Gefahr. (vgl. ebd.87) Es ist daher festzuhalten, dass eine Dichotomie zwischen der bedeckten und nicht – bedeckten muslimischen Frau , existiert. Bedeckt steht für traditionell, nicht – bedeckt für modern. (vgl.ebd.88)

Leider ist zu bemerken, dass diese Darstellungsweisen nicht nur in Medien, wie beispielsweise dem „Spiegel“, zu finden sind, sondern auch die feministische Zeitschrift „Emma“ sobald es um muslimische Frauen geht, ihre frauenfreundliche Haltung schnell verliert. Auch sie arbeitet mit der Dichotomie Traditionalität versus Moderne und lässt Negativberichterstattung mit Bedrohungssymbolen überwiegen. Differenziertere Berichterstattung ist lediglich über muslimische Frauen zu finden, die in ihrer Heimat geblieben sind. Tatsachen wie die sozio-ökonomische Benachteiligung von muslimischen Frauen (die meist gegenüber der geschlechtsspezifischen überwiegt) werden ebenso wie das Faktum, dass es gerade von muslimischen Frauen aus, ebenfalls eine aktive feministische Gegenöffentlichkeit gibt, ausgespart. (vgl.ebd. 88f)

5.6. Islamophobie - empirische Daten aus der Bundesrepublik Deutschland

Im September 2004 veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die repräsentativen Ergebnisse einer Allensbach Umfrage zu Thema Islam. Bei der Frage, was man mit dem Islam assoziiere, nannten 93% der Probanden den Terminus „Unterdrückung von Frauen“ und 83% den Begriff „Terror“. 55% der Befragten einer weiteren Allensbach Umfrage glaubten, dass eine

friedliche Koexistenz von christlichen und islamischen Glauben aufgrund der großen Differenzen nicht möglich wäre. (vgl. Peucker 2009:160)

Heitmeyer entwickelte 2004 innerhalb seiner Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auch eine Islamophobie – Skala. Diese zeigt seitdem eine ansteigende Tendenz. In einer Befragungswelle aus dem Jahr 2006, gaben fast 30% der Befragten an, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden solle. (16,7% stimmten mit „eher“ zu und 11,8% mit „voll und ganz“). 20% der Probanden stimmten voll und ganz zu, dass sie sich durch die vielen Muslime manchmal wie „Fremde im eigenen Land“ fühlen. 19,2% stimmten dieser Frage mit „eher“ zu. (vgl.ebd.)

5.7. Islamophobie in Österreich

Eben wurde einige beispielhafte Umfrageergebnisse zu islamfeindlichen Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland wiedergegeben. Im Gegensatz zu seinem Nachbarland, verfügt Österreich über nahezu keine vergleichbaren Studien. Josef Bunzl und Farid Hafez (2009) haben allerdings einen äußerst interessanten Sammelband über Islamophobie in Österreich zusammengestellt. Dieser beinhaltet unter anderem einige Artikel über Islamophobie in österreichischen Medien, sowie in der österreichischen Politik, insbesondere innerhalb der FPÖ. Auf diese beiden Themenbereiche soll an dieser Stelle noch eingegangen werden.

5.7.1. Islamfeindlichkeit in der österreichischen Rechten

Obwohl, viele Forschungen belegen, dass sich islamfeindliche Haltungen quer durch alle politische Richtungen finden lassen, geht in Österreich vor allem das rechte Lager, sprich die FPÖ, sowie das BZÖ, immer wieder vehement gegen den Islam vor. Die FPÖ, allen voran HC Strache, arbeitet seit 2004 mit äußerst islamfeindlichen Wahlslogans. Die allgemeine Fremdenfeindlichkeit der Freiheitlichen Partei Österreichs gipfelte in den letzten Jahren vor allem in eine Muslimfeindlichkeit. Die Angst vor einer Islamisierung Österreichs wird somit zunehmend geschürt. Die

Wahlslogans gehen regelmäßig unter die Gürtellinie. Hier einige Beispiele: (vgl. Hafez: 2009: 106f)

- ➔ „Wien darf nicht Istanbul werden“ (EU Wahl 2004)
- ➔ „Pummerin statt Muezzin“ (Wien – Wahl 2005)
- ➔ „Daham statt Islam“ (Nationalratswahl 2006)
- ➔ „Glockenklang statt Muezzingesang“ (Tirol – Wahl 2008)

Einen weiteren Gipfel der Islamfeindlichkeit der FPÖ lieferte Spitzenkandidatin Dr. Susanne Winter im Jänner 2008, als sie den Propheten Mohammed als Pädophilen bezeichnete. Die Aussage erregte die Gemüter, es folgte ein riesiger Medienwirbel. Die FPÖ musste reagieren und veröffentlichte daher einige Tage später ein offizielles Dokument mit dem Titel „Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematisierung des Zuwanderungs – Islam in Europa“. Es bestand aus sieben Kapiteln. Nach einem einleitenden Kapitel über grundsätzliche Aussagen zur FPÖ, wird im zweiten Kapitel der Islam als Weltreligion beschrieben. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit dem Islam in der Weltpolitik, danach folgen zwei Kapitel, die sich den Problemen des islamischen Fundamentalismus und der Islamisierung Europas durch den Vormarsch eines radikalen Islamismus, widmen. Die letzten beiden Kapitel beinhalten Vorschläge für die Politik um den radikal islamischen Tendenzen Herr zu werden. Hafez (2009) unterzog dieses Positionspapier einer kritischen Diskursanalyse. Diese ergab, dass das gesamte Positionspapier durchgehend, klar und deutlich, Muslime mit negativen Stereotypen bekleidet und sich alten Mythen bedient. Lediglich der historische Islam und die, in der Ferne lebenden Muslime, werden positiv gewürdigt. Die Muslime in Österreich werden hingegen als andersartig, fremd, kriminell, feindlich und nicht loyal dargestellt. Was Demokratie und Menschenrechte betrifft, bezeichnet die FPÖ Muslime in Österreich als gesinnungsfeindlich. Frauen werden als unterdrückte Wesen dargestellt. Es wird immer wieder darauf verwiesen,

dass der Islam eben nicht nur eine Religion, sondern vor allem eine politische Religion, sei. Durch die Darstellung der „guten Bürger“ auf der einen Seite und der „bösen Muslime“ auf der anderen Seite, ist das gesamte Papier dualistisch eingeteilt. Ausweisung, Kopftuchverbot, Überwachung von Religionsunterricht und Verbot von Minaretten werden als Maßnahmen zur Bekämpfung der österreichischen Islamisierung genannt. Die Vorschläge besitzen allesamt autoritäre Züge, es wird sogar die Anerkennung des Islams in Österreich in Frage gestellt.

Erfolgreich in ihrer islamfeindlichen Hetze war, vor allem, auch die Kärntner und Vorarlberger Rechte, da durch entsprechende Gesetzgebungen in beiden Bundesländern, der Bau von Moscheen und Minaretten generell verboten werden konnte.

5.7.2. Beispiele für Islamophobie in österreichischen Medien

Barbara Sonnleitner publizierte 2009, ebenfalls in Bunzl und Hafez Sammelband, ihre kritische Diskursanalyse der „Profil“ Ausgabe vom 13.02.2006, die sich thematisch dem großen Karikaturenstreit widmete. Die Ausgabe schien den Leser deeskalierend über den Islam informieren zu wollen. Sonnleitner (2009: 194) urteilte nach ihrer Analyse allerdings, dass die Botschaft der untersuchten „Profil“ Ausgabe genau das Gegenteil darstelle: Profil polarisiere, eskaliere und behaupte ebenfalls, dass der Kampf der Kulturen, frei nach Samuel Huntington, ausgebrochen sei.

Schon das Titelblatt zeigt ein Porträt des Propheten Mohammed aus dem 19. Jahrhundert vom deutschen Maler Gerhard von Kügelgen. Gesicht und Hals sind allerdings von der Redaktion weiß gefärbt, als ob sie herausgeschnitten worden wären. Eine Anspielung auf das islamische Bilderverbot, auf welches im gesamten Magazin jedoch nicht eingegangen wird. Eine der wahren innerislamischen Debatten über die Karikaturen wurde somit ignoriert, der Absolutheitscharakter des Konfliktes verstärkt. (vgl. Sonnleitner 2009: 194f).

Herausgeber, Dr. Christian Rainer, verwendet in seinem Leitartikel über „die Rolle der beleidigten Moslems“, eine spöttische Abwandlung des uns allen bekannten Ausdrucks der „beleidigten Leberwurst“ Rainer suggeriert somit, dass es keinerlei Grund für die Moslems gebe, beleidigt zu sein. (vgl. ebd.:195)

Die Reportage über einen islamischen Religionslehrer an einer HTL in Graz zeigt ebenfalls eine interessante Symbolik. Er wird als Vermittler zwischen dem Westen und dem Islam dargestellt. Sein freundlicher und angepasster Charakter wird betont. Mit seiner Meinung über den Karikaturenstreit hält er lange „hinterm Berg“, bevor er diese deutlich, aus islamischer Sicht kundtut. Er wird auf einem Foto mit zwei Tafeln abgebildet. Links eine Tafel in deutscher Schrift (der Westen) und rechts eine Tafel mit arabischer Schrift. Durch die redaktionelle Betonung seiner Äußerungen, wirkt der Lehrer wie ein „Maulwurf“, der zwar komplett an den Westen angepasst ist, jedoch in Wahrheit den Islam über alles stellt. (vgl.ebd.:195f).

Im siebenseitigen Recherchebericht mit dem Sensationstitel „Karikatur eines Weltkrieges“ werden unter anderem die Reaktionen der Muslime auf den Karikaturenstreit dargestellt. Es scheint, als wären sie eine lenkbare, willenlose Masse, die fast wie Tiere ihren negativen Gefühlen freien Lauf lassen würde. Angriffe auf westliche Einrichtungen werden beschrieben und abgebildet. Bedrohungsszenarien, wie „der Islam erhebt sich geschlossen gegen den Westen“, werden initiiert. Friedliche Demonstrationen werden mit den Worten „zornig, aber artig“ beschrieben. Durch den Begriff „artig“, ein Wort welches üblicherweise mit Kindern assoziiert wird, wird eine Verniedlichung und Delegitimierung der Proteste erreicht. (vgl.ebd.197f).

Sonnleitner (2009:197f) fällt in ihrem Fazit somit ein ernüchterndes Urteil. Die „Profil“ Ausgabe zum Karikaturenstreit konnte den Anspruch einer differenzierten Berichterstattung nicht erfüllen. Der Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und Bilderverbot, wird als absoluter Konflikt dargestellt,

der nicht verhandelbar erscheint. Muslimische Beiträge oder innerislamische Diskussionen finden kaum Gehör.

Karim Saad (1999) untersuchte 48, im Jahr 2007 erschienene Artikel, der Tageszeitungen „Die Presse“ mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse, auf islamfeindliche Merkmale. Die Artikel entstammten den Ressorts Chronik und Inland. Die meisten Artikel widmeten sich überraschenderweise den Themen Integration und muslimischen Einrichtungen oder Organisationen (jeweils 10 Berichte) Danach folgten Artikel über die Festnahme von Islamisten (9 Berichte) und Berichterstattungen über kriminelle Handlungen oder Terrorismus (8 Berichte). Nur drei Artikel berichteten über islamische Akteure und nur einer über muslimisches kulturelles Leben, nämlich den Fastenmonat Ramadan. Über die Religion Islam an sich, fand sich kein Artikel.

Der Bericht über den Ramadan, wurde als einziger ausschließlich positiv wertend codiert. Er betont auch, dass „Hass, Gewalt und Intoleranz“ keinen Platz in der österreichischen Gesellschaft hätten. Bei den Artikeln über die Festnahme von Islamisten wurde der Islam in allen neun analysierten Berichten keiner Bewertung unterzogen, ein Ergebnis, das sicherlich überraschte. In 56% der Fälle wurden auch Muslime nicht bewertet, 33% nahmen eine neutrale Wertung vor, 11% zeigten eine negative Bewertung, sprich Muslime wurden als Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt. 45% aller codierten Artikel zeigen dennoch eine wenig ausgewogene Berichterstattung, sprich Betroffene werden nicht befragt oder Verdächtige kommen nicht zu Wort. Ebenso werden Bedrohungsszenarien nicht entschärft, ausschließlich positiv wertende Codierungen zu Muslimen waren ebenfalls nicht zu finden. Unterm Strich liegt die Vermutung nahe, dass bedingt islamophobe Tendenzen, ein Bestandteil der untersuchten Artikel sind. (vgl. Saad 2009: 205ff).

5.8. Antisemitismus unter Muslimen – Islamophobie unter Juden

Schiffer und Wagner (2009: 173f) wollen im Zuge ihres Vergleichs zwischen Antisemitismus und Islamophobie vor allem mit zwei Mythen aufräumen:

- 1) Hinter der zunehmenden Islamophobie steckt keine „jüdische Weltverschwörung“.
- 2) Muslime sind nicht immun gegen Antisemitismus, nur weil sie laut Definition auch Semiten sein können.

Es ist somit sowohl verkehrt von einem prinzipiellen islamistischen Antisemitismus, auszugehen (wie Matthias Küntzel beispielsweise behauptet), wie es ebenso falsch ist zu glauben, arabische Semiten können keine antisemitischen Neigungen haben. Der Begriff „Antisemitismus“ schließt auch Judenfeindschaft von Arabern mit ein und es scheint offensichtlich, dass gewisse Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Islamophobie, existieren. Seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000, sind antisemitische Vorurteile und Stereotype in Europa auch öfters unter muslimischen Migranten zu finden. Bassam Tibi wies 2003 in der Zeitschrift „Die Zeit“ allerdings darauf hin, dass antisemitische Vorurteilsstrukturen in den muslimischen Herkunftsländern, kaum Tradition aufweisen, sondern vielmehr ebenso Ergebnis der europäischen Vordenker, sind. Durch die Anschläge vom 11. September 2001 und den von den USA ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“, wurde vor allem medial, das Bild eines „radikalen islamistischen Terrors“ entworfen. Viele Menschen – vor allem extreme Linke, Rechtsextreme und eben auch viele Migranten, sahen die Ursache für diesen islamistischen Terror in der israelischen Besatzungspolitik, sowie in der pro – israelischen amerikanischen Haltung. Antizionistische und antiamerikanische Einstellungsmuster wurden miteinander verbunden. (vgl. Wetzel 2009: 45f).

Viele muslimische Migranten verbündeten sich solidarisch mit den Palästinensern und übernahmen somit teilweise auch antisemitische Stereotype. Diese Solidarisierung ist auch immer mehr unter türkischen Migranten beobachtbar, obwohl diese immer eine geringe Disposition für Antisemitismus, aufwiesen. Einige Forschergruppen sehen als Ursache dieses Phänomens, vor allem Neid. Neid sozial benachteiligter Muslime auf besser gestellte jüdische Mitbürger, sowie der Vorwurf, dass jüdische Migranten aufgrund ihrer Vergangenheit, andere Rechte in Europa besitzen, beziehungsweise anders behandelt, würden. (vgl. Wetzel: 2009)

Eine ebenso bedeutende Rolle spielt der Opferdiskurs. Muslime, die sich in ihrer neuen Heimat diskriminiert und ausgestoßen fühlen, sowie unter schlechten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen leben, solidarisieren sich mit den Palästinensern, die sie ausschließlich als Opfer der Israelis, sehen. Es wird in der Folge nicht zwischen Juden in Israel und anderen Juden unterschieden, sondern die Ablehnung richtet sich gegen die gesamte Gruppe. Erste Forschungen zeigen, dass vor allem muslimische Jugendliche anfällig für israelische Propaganda sind. Die entsprechende Hetze erfolgt vor allem über Fernsehen, Internet und Musik. Islamistische Kreise, die den Islam nicht als Religion, sondern als Gesellschaftskonzept für ihre politischen Ziele, betrachteten, nutzen die diffuse Disposition Jugendlicher gerne aus. Vor allem in Frankreich, kam es diesbezüglich in den letzten Jahren zu gefährlichen Entwicklungen. (vgl.ebd).

Wie immer, ist allerdings Vorsicht geboten! Keineswegs alle Muslime, tragen antisemitische Vorurteile in sich. Ebenso ist kein Zusammenhang zwischen antisemitischen Neigungen und realen antisemitischen Handlungen oder Verbrechen unter muslimischen Migranten bekannt. Empirische Untersuchungen diesbezüglich stehen immer noch aus, eine Lücke, die die Forschung ebenso versuchen sollte, zu füllen. Die ohnehin schon islamfeindliche Stimmung darf durch den Vorwurf eines generellen Antisemitismus nicht noch mehr verschlimmert werden, über gewisse Tendenzen darf allerdings auch nicht hinweggesehen werden. (vgl.auch Wetzel: 2009).

Ebenso wenig dürfen islamfeindliche Einstellungen unter Juden, nicht übersehen werden. Einige bedeutende jüdische Intellektuelle, wie beispielsweise Henryk Broder oder Ralph Giordano, wettern ebenso eifrig gegen die „Islamisierung Europas“. Die Vorsitzende des deutschen Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, beispielsweise, sprach in einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ im Jahr 2007 von „den Defiziten der Muslime“ und forderte diese auf „nun endlich weltliche und spirituelle Aspekte zu trennen und sich zu modernisieren und zu integrieren“. (vgl. Schiffer/Wagner 2009: 182).

Das paradoxe an den eben beschriebenen Phänomenen, ist die Tatsache, dass sich in diesen Fällen, Vorurteile nicht mehr von einer Mehrheitsgesellschaft aus gegen eine Outgroup richten, sondern sich zwei, von der Gesellschaft gleichermaßen, benachteiligte Outgroups, gegenüberstehen. Viele Forscher gehen aus, dass gerade in diesen Konstellationen, selbst erlebte Diskriminierungen und Demütigungen, auf die andere Gruppe, projiziert werden. Aufgestaute Aggressionen können so entladen werden. In den Bereichen Antisemitismus und Islamophobie spielt natürlich der Nahostkonflikt eine besonders bedeutende Rolle. Dieser hat immer wieder direkten Einfluss auf die Radikalisierung der Konflikte zwischen Juden und Muslimen. Solange dieser nicht gelöst werden kann, werden sich auch die Verflechtungen in Europa nicht auflösen

6. ZWISCHENFAZIT

Sowohl der Antisemitismus, als auch die Islamophobie, stellen besondere Formen der Menschenfeindlichkeit dar. In diesem Zwischenfazit sollen ihre besonderen Merkmale, sowie ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten, nochmals überblickshaft, dargestellt werden.

Beide Phänomene besitzen eine lange historische Vergangenheit. So wie die Historie des Antisemitismus, nicht nur auf den Holocaust reduziert werden darf, darf auch die Islamophobie keineswegs als aktuelles und durch Migrationsbewegungen entstandenes Phänomen, konstituiert werden. Der historische Kontext beginnt im Prinzip, bereits mit der Herausbildung der jeweiligen Religionen. Das Christentum, das Judentum und der Islam stehen in äußerst schwierigen Beziehungen zueinander, denn alle drei Religionen verstehen sich als Heilslehren für die gesamte Menschheit und rücken von bestimmten Prinzipien und Weltanschauungen nicht ab.

Während religiöse Mythen im Bereich des Antisemitismus mehr oder weniger verschwunden sind, spielen sie bei der Islamophobie eine äußerst bedeutende Rolle. Muslime werden stets im Zusammenhang mit dem Islam betrachtet, Juden allerdings kaum im Zusammenhang mit dem Judentum. Der Islam ist eng verknüpft mit den Schlagwörtern „Extremismus“, „Terrorismus“ und „Märtyrertum“. Es wird oft das Symbol des „heiligen Krieges“ verwendet. Der Islam wird als Religion der nichtigen Triebe und der Unterdrückung betrachtet. Aktuelle Diskussionen haben oft religiöse Symbole des Islams zum Thema, wie etwa das Kopftuch oder die Moschee.

Im Laufe der Geschichte, wurden sowohl die Juden als auch die Muslime, oft mit sexuellen Stereotypen versehen. Beiden Gruppen, wurde ein ausschweifendes sexuelles Verhalten, sowie Lustgier, unterstellt. Auch

sexuelle Mythen haben an Bedeutung verloren, beiden Gruppen werden allerdings immer noch häufig aufgrund ihrer Geburtenrate, diskriminiert.

Aktuell werden sowohl die Juden als auch die Muslime als Bedrohung angesehen. Im Fall der Juden, haben sich vor allem wirtschaftliche Mythen gehalten. Bei der Diskriminierung von Muslimen spielen wirtschaftliche Dimensionen, keine Rolle. Es stehen eher rassistische Motive im Vordergrund.

Sind bestimmte Gruppen mit derart vielen Vorurteilen versehen, wie Juden oder Muslime, treten Spannungsfelder auf. So ist es beispielsweise schwierig, konstruktive und legitime Kritik an Israel zu leisten, genauso wie es heikel ist, den Islam kritisch zu hinterfragen. Auf der einen Seite haben wir es also mit dem Spannungsbereich Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik zu tun, auf der anderen Seite ist die Abgrenzung zwischen Islam – Islamismus und Terrorismus, äußerst schwierig.

Das Phänomen der Islamophobie wirkt aktueller und jünger, als jenes des Antisemitismus. Durch unsere multikulturellen Gesellschaften, ist Islamophobie schlicht, präsenter als Antisemitismus. Im Gegensatz zum „Antisemitismus ohne Juden“, hat unsere Gesellschaft Kontakt mit Muslimen. Wir leben mittlerweile mit ihnen zusammen, begegnen ihnen und sind mit ihrer Kultur konfrontiert. Dies ist sicherlich ein entscheidender Unterschied zwischen den beiden Phänomenen.

Ebenso herrscht im Fall der Islamophobie im Gegensatz zum Antisemitismus, keineswegs eine Kommunikationslatenz. Während Antisemitismus in der Gesellschaft tabuisiert wird, werden antiislamische Stereotype und Vorurteile offener kommuniziert. Auch in den Medien und in der Politik sind diese leicht zu finden. So findet sich beispielsweise im Internet, viel Platz für islamophobe Botschaften. Antisemitische Diskurse sind, aufgrund des Wiederbetätigungsverbotes, seltener zu finden.

Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den beiden Phänomenen, trat zeitversetzt ein. Während man sich mit dem

Antisemitismus vor allem in den 1970er und 1980er Jahren beschäftigte, handelt es sich bei der Islamophobie um ein noch sehr junges, aber äußerst aufstrebendes Forschungsfeld. Definitionen und historische Entwicklungen sind noch nicht so intensiv bearbeitet, wie beim Antisemitismus. Es ist für die Zukunft allerdings eine rege Forschungstätigkeit zu erwarten. Was den Antisemitismus betrifft, scheint die Forschung hingegen eingeschlafen zu sein. Es existieren beispielsweise wenig aktuelle Daten. Die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Islamophobie, wurden jedoch von der Wissenschaft erkannt und bilden einen neuen und spannenden Forschungsschwerpunkt. Für die Zukunft ist zu hoffen, dass beide Phänomene vor allem in ihren aktuellen Kontexten und Zusammenhängen, erforscht werden.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Phänomene, sollte keinesfalls eine Wertung mit sich führen. In beiden Fällen handelt es sich um besonders verabscheuungswürdige Formen von gesellschaftlicher Diskriminierung und Rassismus. Sowohl antisemitische als auch antiislamische Diskurse können schreckliche und zerstörerische Folgen für Gesellschaften und deren Zukunft besitzen, dies hat die Vergangenheit leider immer wieder bewiesen.

7. MEDIEN – KRIEG – QUALITÄT

Der letzte große Block des theoretischen Teils dieser Arbeit wird sich den Zusammenhängen zwischen Medien, Krieg, Frieden, Qualität und Ethik widmen. Medien spielen eine bedeutende Rolle im Krieg, sowie in Krisen- und Konfliktsituationen und ihr Einfluss ist keineswegs zu unterschätzen. Was kann die Berichterstattung von Journalisten bewirken? Welche Prozesse können sie in einer Gesellschaft steuern oder beeinflussen? Wie groß ist ihre Wirkungsmacht und welche Vorurteile und Stereotypen können sie soziokulturell verankern? Was können Medien positiv beeinflussen? Können sie gerade in einer Kriegs- oder Krisensituation qualitativ hochwertig und friedensstiftend berichten? Mit all diesen Fragen werden sich die nächsten Kapitel beschäftigen bevor anschließend einige Konzepte des Friedensjournalismus präsentiert werden, allen voran Nadine Bilkes Modell eines konfliktsensitiven Journalismus, das sie im Rahmen ihrer Dissertation entwickelte und veröffentlichte. Nadine Bilke beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit den Themen Friedensjournalismus und Konfliktberichterstattung und hat erfrischend neue und moderne Modelle erarbeitet. Sie lehrt am Institut für Journalistik in Dortmund arbeitet in der Neuen Medien Redaktion des ZDF. Die Beschäftigung mit dem Friedensjournalismus erfordert allerdings eine schrittweise Annäherung. Grundlegend müssen vorab einige Modelle des Journalismus, sowie der Qualitätsbegriff und die Zusammenhänge zwischen Medien und Krieg, näher erläutert werden.

7.1. Journalismustheorie

Die Journalismustheorie beschäftigt sich mit der Frage was Journalismus ist, unter welchen Bedingungen er entsteht, welche Funktionen er hat und was er für die Gesellschaft leisten sollte. Die Wissenschaft findet auf diese Fragen, je nach theoretischer Sichtweise, unterschiedliche Antworten.

Um das Berufsbild des Journalisten zu beschreiben, würde folgende Definition aus dem Handbuch der Massenkommunikation (Koszyk/Pruys, zit.nach Bilke 2002:51) ausreichen:

„Journalismus: Hauptberufliche Tätigkeit von Personen, die an der Sammlung, Prüfung, Auswahl, Verarbeitung und Verbreitung von Nachrichten, Kommentaren sowie Unterhaltungsstoffen durch Massenmedien beteiligt sind. Journalisten [...] arbeiten in fester Anstellung oder als freie Mitarbeiter für Presse und Rundfunk, Agenturen und Pressedienste, aber auch in Pressestellen von Firmen, Verbänden und der Verwaltung.“

Auch der deutsche Journalistenverband (DJV) versteht unter einem Journalisten:

„wer hauptberuflich, produktiv oder dispositiv Informationen sammelt, auswertet und/oder prüft und Nachrichten unterhaltend, analysierend und/oder kommentierend aufbereitet, sie in Wort, Bild und / oder Ton über ein Medium an die Öffentlichkeit vermittelt oder den publizistischen Medien zu dieser Übermittlung bereitstellt.“ (zit.nach Striemy 2008: 57)

Klar ist, dass solche Definitionen, abgesehen davon, dass sie den heutigen realen Arbeitsbedingungen von Journalisten nur bedingt entspricht, wissenschaftlich zu kurz greifen. Scholl und Weischenberg (1998, zit nach. Bilke 2002:51) unterscheiden drei verschiedene Verständnisse bei der Definition von Journalismus.

- Journalismus als Addition von Personen
- Journalismus als Addition von Berufsrollen
- Journalismus als Ergebnis von Kommunikationsprozessen

Die Auffassung von Journalismus als Addition von Personen, die auch in den beiden Zitaten wiedergegeben wurde, prägte eine normativ – ontologische Publizistikwissenschaft, die allerdings eindeutig veraltet ist. Journalismus wurde damals als Begabung angesehen und auf einzelne publizistische Persönlichkeiten und deren Charaktereigenschaften reduziert. Man ging von einer gewissen Berufung zum Journalisten aus. Heute ist klar, dass es keinen Journalismus ohne gesellschaftlichen Kontext und Bezug auf strukturelle Faktoren, geben kann. (vgl. Scholl/Weischenberg 1998:28/Bilke 2002:51)

Die Auffassung von einem Journalismus als Addition von Berufsrollen findet sich vor allem im Professionalisierungsansatz. Dieser beschäftigt sich mit berufsstrukturellen Prozessen, der beruflichen Sozialisation und qualitativen Veränderungsprozessen in einzelnen Berufen und Berufssparten. Kritisiert wurde dieser Forschungsansatz immer wieder mit dem Argument, dass es nicht möglich sei, ein derart heterogenes Feld, wie den Journalismus, über seinen Professionalisierungsgrad zu erfassen. Diesem Ansatz zu verdanken sind allerdings dennoch, einige interessante Erkenntnisse über das journalistische Milieu. Scholl und Weischenberg weisen beispielsweise darauf hin, dass sich Journalisten sehr stark am Arbeitsplatz sozialisieren und sich den dortigen Gegebenheiten stark anpassen, unter anderem um Anerkennung von Kollegen zu bekommen. (vgl. Bilke 2002:52/Scholl/Weischenberg 1998:44ff)

Das dritte Verständnis nach Scholl und Weischenberg – Journalismus als Ergebnis von Kommunikationsprozessen – umfasst Modelle der Nachrichtenauswahl. Die drei zentralen Modelle der Nachrichtenauswahl seien an dieser Stelle kurz in Erinnerung gerufen. Der Gatekeeper Ansatz geht davon aus, dass der Journalist als eine Art Schleusenwärter Nachrichten selektiert, wodurch ihm eine Schlüsselposition zu kommt. (vgl. Burkart 2002:276). Ähnlich, schreibt die Agenda Setting Hypothese, Medien eine Thematisierungsfunktion zu. Medien entscheiden demnach so zu sagen was auf unserer Agenda steht. Die Nachrichtenauswahl geht freilich mit einem stetigen Kampf um Aufmerksamkeit einher. (vgl.ebd: 249ff) Die Frage, nach welchen Kriterien, Journalisten Themen selektieren, führt letztendlich noch zur Nachrichtenwerttheorie. Eine Vielzahl an Studien besagt, dass die so genannten Nachrichtenfaktoren einen großen Einfluss auf die Selektionsentscheidung von Journalisten haben. Je mehr Faktoren von einer Nachricht erfüllt werden, umso höher ist ihr Nachrichtenwert und ihre Chance die Aufmerksamkeit des Publikums zu gewinnen. (vgl. ebd: 281ff)

Burkart nennt folgende Nachrichtenfaktoren nach Schulz:

- **Zeit:** kurz dauernde Ereignisse und langfristig etablierte Themen haben einen hohen Nachrichtenwert (vgl.Burkart 2002: 281)
- Räumliche, kulturelle und politische **Nähe** zu einem Thema, sowie Relevanz, also der Grad der Betroffenheit, sind entscheidend für dessen Wichtigkeit. (vgl.ebd.)
- **Status:** politisch – ökonomische Bedeutungen, sowie Prominenz und Einfluss beteiligter Personen sind bedeutend für den Nachrichtenwert (vgl.ebd.)
- **Dynamik:** Überraschung und Struktur der Nachricht ist entscheidend (vgl.ebd)
- **Valenz:** in diese Dimension fallen die Faktoren Konflikt, Kriminalität, Schaden und Erfolg. (vgl.ebd)
- **Identifikation:** meint den persönlichen Bezug zu dem Ereignis und den Umstand, in wie weit das Ereignis die Bevölkerung des Landes betrifft, in der das Medium erscheint. (vgl.ebd)

Die Nachrichtenauswahl kann allerdings auch nicht nur durch autonomes Handeln des Journalisten erfolgen. Sowohl redaktionelle als auch gesellschaftliche Strukturen spielen dabei eine Rolle. Diese Tatsache führt zum Journalismus aus systemtheoretischer Perspektive.

7.1.1. Journalismus und Systemtheorie

Nimmt man Bezug auf die neuere Systemtheorie nach Niklas Luhmann (1970/1972) so besteht unsere Gesellschaft aus mehreren sozialen Systemen. Jedes System besteht aus verschiedenen Elementen, die selbstreferenziell sind, also gegenseitig Bezug aufeinander nehmen. Außerdem sind soziale Systeme autopoietisch, also selbsterhaltend und sich selbst reproduzierend. Alles was nicht zum System gehört, wird Umwelt genannt. Bei Systemen handelt es sich nicht um eine Menge von Personen, sondern um eine Menge an Handlungen. (vgl.Burkart 2002:380) Manfred Rühl hat Mitte der 1960er die Systemtheorie erstmals auf die

Massenmedien angewandt. In der Systemtheorie treten Journalisten also in den Hintergrund. (vgl. Bilke 2002:52) Das System Journalismus ist laut Scholl und Weischenberg (1998: 29) komplex strukturiert und mit anderen Systemen vernetzt. Es weist zu einer bestimmten Zeit bestimmte Merkmale auf und erbringt Leistungen für die Gesellschaft. Aufgabe der Wissenschaft, sei es Rollen, Funktionen, Normen und Strukturen zu ermitteln, die für die Existenz des Systems Journalismus, bedeutend sind. Auch nach Hohlfeld (1999: 15ff, zit.nach Bilke 2002:52f) sollte die Systemtheorie die Zusammenhänge zwischen Strukturen und Funktionen von Systemen untersuchen. Die Motive des Einzelnen sind dabei unbedeutend, viel mehr stehen ausdifferenzierte und generalisierte Berufsrollen, sowie redaktionsinterne Entscheidungsprogramme, im Vordergrund.

Die Systemtheorie wurde von vielen Seiten heftig kritisiert. Auch Bilke (2002:53) stellt sich klar gegen eine systemtheoretische Perspektive von Journalismus, da sie einem Konzept des Friedensjournalismus, nicht dienen kann. Friedensjournalismus geht davon aus, dass jedem Individuum genügend Handlungsfreiraum bleibt, um Entwicklungen zu beeinflussen. Werden alle Handlungsmöglichkeiten von einem System diktiert, bleibt kein Platz mehr für ethische Ansprüche an einzelne Journalisten. Allerdings nicht alle Systemtheoretiker schließen die individuelle Ebene komplett aus. Im Weischenberg'schen Zwiebelmodell (Weischenberg 1992:66ff, zit.nach Bilke 2002:53) steht beispielsweise der Medienakteur im Mittelpunkt und um ihm herum lagern sich zwiebelschalenähnlich die Ebenen Medienaussagen, Medieninstitutionen und Mediensysteme.

7.1.2. Journalismus in Anlehnung an Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns

Betrachtet man Journalismus unter dem Blickwinkel Habermas Theorie des kommunikativen Handelns, führt uns diese zu einer idealen Kommunikationssituation, die es praktisch und faktisch nicht geben kann. Habermas geht in seiner Universalpragmatik davon aus, dass es universale Bedingungen menschlicher Kommunikation gibt und der Sprechakt

beziehungsweise die Sprechhandlung die zentrale Kategorie kommunikativen Handelns darstellt. Habermas unterscheidet zwischen Sprachfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit. Neben der Kompetenz, einen grammatikalisch und sprachlich richtigen Satz bilden zu können, muss ein Sprecher, auch zahlreiche kommunikative Kompetenzen besitzen und diese Fähigkeiten auch bei seinem Kommunikationspartner als gegeben voraussetzen. Folgende Ansprüche besitzen daher, laut Habermas, universelle Gültigkeit (vgl. Burkart 2002: 436ff)

- 1) Der Anspruch der Verständlichkeit
- 2) Der Anspruch der Wahrheit
- 3) Der Anspruch der Wahrhaftigkeit
- 4) Der Anspruch der Richtigkeit

Der Anspruch der Verständlichkeit zielt darauf ab, dass der Kommunikator sich verständlich im Sinne einer gemeinsamen Sprache und eines gemeinsamen grammatikalischen Regelsystems, ausdrücken muss.

Ebenso muss er einen wahren Inhalt kommunizieren, dessen Existenz von keinem der Kommunikationspartner in Frage gestellt wird.

Wahrhaftig kommuniziert eine Person dann, wenn sie die Absicht hat, sich auch tatsächlich verständlich zu machen und Intentionen wahrhaftig äußert. Das Interesse der Kommunikationshandlung sollte glaubhaft gemacht werden, womit beim Gegenüber Vertrauen aufgebaut werden kann.

Der Anspruch der Richtigkeit beinhaltet den Wunsch, dass alle Äußerungen so gewählt werden, dass sich diese mit dem gesellschaftlichen beziehungsweise mit dem individuellen Normen- und Wertesystems, in Einklang finden.

Das gegenseitige Unterstellen der Kommunikationspartner, dass die oben angeführten Geltungsansprüche bekannt sind und auch tatsächlich erfüllt werden, führt zu einer idealen Sprechsituation. Habermas betont selbst,

dass diese kontrafaktisch ist und in der Realität sozialer Kommunikationsprozesse nicht existieren kann. Es handelt sich also um einen Idealzustand, dem sich Kommunikation lediglich annähern kann. Habermas fordert aber dennoch, dass in jeder kommunikativen Handlung diese ideale Situation vorausgesetzt werden soll. Entgegen unseren Erfahrungen, soll so getan werden, als wäre die ideale Sprechsituation nicht fiktiv, sondern wirklich. (vgl. Habermas 1971:140, zit. nach Burkart 2002:442)

Die Existenz dieses idealen Kommunikationsaktes ist wohl am ehesten noch in der Face to Face Kommunikation erreichbar. Legen wir Habermas Theorie auf den Journalismus um, wird die Kluft zwischen Soll- und Istzustand zwangsläufig größer. Der Journalist kann, da er seine Rezipienten nicht kennt, nicht wissen welche kommunikativen Kompetenzen diese besitzen. Er muss diese unbekannterweise voraussetzen und seinen Kommunikationsakt entsprechend anpassen, je nachdem welches Publikum er erreichen will und welche Interessen er verfolgt. Ein Artikel in der Boulevardpresse wird andere kommunikative Qualität besitzen, als einer in der Qualitätspresse. Der Großteil der Rezipienten hingegen geht davon aus, dass Journalisten die oben angeführten Geltungsansprüche erfüllen. Viele Rezipienten glauben, was die Medien berichten und setzen großes Vertrauen in den Berufsstand der Journalisten. Diese Tatsache birgt eine große Gefahr, denn Journalismus ist wahrlich nicht immer richtig, wahr und wahrhaftig. Die Geltungsansprüche von Habermas sind allerdings gut als Kriterien journalistischer Qualität einsetzbar. Journalistische Qualität bewerten zu können, bedarf eines kritischen Umgangs mit journalistischen Produkten. Als Kommunikationswissenschaftler sollten wir diesen besonders pflegen.

7.2. Journalistische Rollenbilder

Die zentrale Frage der Journalismustheorie ist und bleibt: handelt es sich bei Journalisten um passive Vermittler oder aktive Gestalter? Donsbach

(2005: 418, zit. nach Bilke 2008: 76) unterscheidet daher zwischen drei Arten von Rollenbildern:

- Empirische Rollenbilder als Ergebnisse von Untersuchungen
- Normative Rollenbilder als Erwartungen wie Journalisten ihren Beruf ausüben sollten
- Idealtypische Rollenbilder als Schnittstellen zwischen Empirie und Praxis, weil sie nicht in Reinform vorkommen, aber Dimensionen der Praxis beschreiben

Informations- und Meinungsjournalismus stellen das Gegensatzpaar idealtypischer journalistischer Rollenbilder dar. Bilke (2008:76) definiert die Begriffe in Anlehnung an Haller (2004) wie folgt:

„**Informationsjournalismus** informiert umfassend und objektiv über aktuelles Geschehen. Neutrale Beobachter, Vermittler oder Chronisten bestimmen das Rollenbild, sie erfüllen ihre Aufgabe einer unveränderten und vollständigen Weitergabe der Fakten ohne Wertung, damit sich das Publikum ein eigenes Urteil bilden kann.“

„**Meinungsjournalismus** ordnet das Geschehen ein und bewertet es. Kommunikatorinnen kritisieren und kontrollieren die Machthaber durch Kommentierung und Enthüllung von Skandalen. Sie begreifen sich als Mitgestalter. Den Medien wird eine Wächterrolle zugesprochen, teils werden sie als vierte Gewalt im Staat betrachtet.“

Nach Weischenberg (1983: 359, zit. nach Bilke 2008:78) ist Meinungsjournalismus aktiver, engagierter, subjektiver, autonomer und bedarf höherer Kompetenzanforderungen als Informationsjournalismus, während dieser hingegen die primäre Rolle des Journalismus darstelle und der ökonomischen Logik westlicher Mediensysteme perfekt angepasst sei.

Folgende weitere Rollenbilder haben sich in der Journalismustheorie durchgesetzt (vgl. Bilke 2008:77)

- Interpretativer Journalismus
- Anwaltschaftlicher Journalismus
- Public Journalism

- Investigativer Journalismus
- Präzisionsjournalismus
- New Journalism

Auch die Forschung war (und ist) sich nicht einig welches Rollenbild Journalisten erfüllen sollten. Noelle – Neumann beispielweise plädierte stets ausschließlich für den Informationsjournalismus und die objektive Berichterstattung. In der Praxis sind freilich beide Ideale nicht realisierbar und strikt voneinander abzugrenzen. Auch Befragungen unter Journalisten zeigen, dass sich verschiedene Rollenbilder vermischen und je nach Aufgabenstellung wechseln. (vgl. Bilke 2008:78ff)

Ein pluralistisches Rollenbild ist, meines Erachtens auch gut und erstrebenswert, es sollte für den Rezipienten allerdings möglich sein, Meinung von Information trennen zu können. Des Weiteren muss uns bewusst sein, dass es, wie Baum (1994: 166) so treffend festhält „keine abschließende Erklärung des Journalismus geben kann.“

7.3. Qualität und Ethik im Journalismus

Die Forderung nach Qualität und Ethik im Journalismus erscheint logisch und simpel. Doch kaum etwas ist so schwer definierbar und messbar wie diese zwei Begriffe. Ich widme mich als erstes jenem der Medienethik.

7.3.1. Medienethik

Pürer (2003:144, zit.nach Bilke 2008:85) definiert Medienethik wie folgt:

„Medienethik befasst sich folglich mit moralischen Prinzipien des Journalismus, nicht zuletzt also damit, wie Journalisten auf der Basis demokratischer Werte und anderer gesellschaftlicher Übereinkünfte handeln sollen“.

Medienethik erfüllt einen Orientierungs- und Legitimationsbedarf der Medien. Da Defizite in der Berichterstattung uns deutlich machen, dass Medienprodukte nicht immer den Ansprüchen genügen, die ihnen aufgrund

ihrer gesellschaftlichen Funktion und öffentlichen Aufgabe, zugeschrieben werden, zeigt sich auch die Kommunikationswissenschaft immer mehr an medienethischen Fragen interessiert. (vgl. Greis 2003:4ff/Wunden 2003: 56f, zit.nach Bilke 2008:86)

Wunden (2003:57ff, zit. nach Bilke 2008:86) unterscheidet zwischen einer deskriptiven Ebene von Ethik und einer Ebene der Metaethik. In der deskriptiven Ebene hat Ethik aktuelle moralische Praktiken und Annahmen bestimmter Gruppen zum Gegenstand. Die Metaethik hingegen beschäftigt sich mit dem Sinn moralischer Urteile und normativer Ethik. Sie gelten also beispielsweise der Frage nach, welches Handeln überhaupt als richtig gelten kann.

Debatin (1997, zit. nach Bilke 2008:86f) spricht wiederum von zwei Funktionen von Medienethik. Einerseits von einer Steuerungsfunktion auf institutioneller und individueller Ebene und andererseits von einer Reflexionsfunktion, die das Mediensystem nach ethischen Maßstäben kritisiert und somit theoretisch begründet. Bei Debatin entspricht die Reflexionsfunktion der Metaebene von Ethik. Auf institutioneller und organisatorischer Ebene ist Medienethik beispielsweise in Form von Gesetzen, Urteilen, Kodizes oder Berufsnormen festgehalten. Die individuelle Ebene umfasst hingegen allgemeine moralische Normen, die der Journalist in seinen eigenen Werten verfestigt hat und verfolgt, wie etwa den Wert einer kritischen Öffentlichkeit oder konkrete journalistische Praktiken, wie ausgewogene und kritische Recherche. Die individuelle Ebene umfasst also das berufliche Selbstverständnis und berufliche Routinen. Die Reflexionsfunktion von Medienethik sollte dazu beitragen, ethisch problematische Inhalte, Selektions- und Thematisierungsvorgänge, sowie technische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen, kritisch zu hinterfragen. Außerdem soll über die Reflexionsfunktion, die Medienethik selbst auch theoretisch begründet werden und konkrete Maßstäbe für Kritik entwickeln.

Loretan (2002:285, zit.nach Bilke 2008:87) weist auf die Verantwortung von Medienethik hin, die sie in dem Sinne zu erfüllen hat, dass sie nicht einfach rechtliche Vorschriften reproduziert, sondern die journalistischen Berufsnormen und die Erwartungen der Rezipienten auf ihren normativen Sinn befragt und vor diesem Hintergrund Erwartungen, Einflüsse, Handeln und Folgen bewertet.

Interessant ist der Zusammenhang zwischen Qualität und Ethik. Hierzu liefert die Journalismustheorie unterschiedliche Ansätze. Einerseits wird Ethik als eine Dimension von Qualität verstanden, andererseits wird Qualität als ein Teil von Ethik angesehen. Die zentralen Fragestellungen von Ethik und Qualität sind auch nahezu austauschbar. Bilke (2008:87) bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Ethik fragt nach dem richtigen Journalismus. Qualität fragt nach dem guten Journalismus.“ Ethik und Qualität benutzen oft dieselben Referenzpunkte. Wird Qualität allerdings aus einer wirtschaftlichen Warte heraus betrachtet (z.B: nach Quoten, Auflagenstärke etc) kann sich diese schnell von ethischen Diskursen entfernen. (vgl. u.a. Rager 2000/Wunden 1998/Fabris & Renger 2003:82f, zit. nach Bilke 2008:87)

Ethik und Qualität weisen eine weitere Gemeinsamkeit auf. Sie besitzen beide mehrere Dimensionen. Im Fall der Medienethik spricht Thomaß (2000:358, zit. nach Bilke 2008:88) von einer gestuften Verantwortung und einem Zusammenspiel von System-, Institutions-, Organisations-, Professions- und Individualethik. Nur so können nach Thomaß alle nötigen medienethischen Bereiche vollständig abgedeckt werden. Er unterscheidet zwischen folgenden Ebenen:

- Metaethik: Prinzipien einer Medienethik
- Gesellschaftspolitische Ebene: Entstehung der Massenkommunikation
- Medienpolitisch: Rahmen für die Organisation des Mediensystems
- Organisatorisch: Medienunternehmen als Subjekt der Pressefreiheit

- Professional: normative Ansprüche an journalistisches Handeln
- Personal: Gestaltungsspielraum der Journalisten und Journalistinnen, sowie der Rezipienten und Rezipientinnen

Debatin sprach sich schon 1997(284ff, zit. nach Bilke 2008:88) für eine ähnliche Unterscheidung aus. Er spricht von drei Bereichen einer gestuften Medienethik: von der Journalistischen Ethik, von der Ethik des Mediensystems und von der Publikumsethik.

Thomaß und Debatin machen deutlich, dass es also auch im Bereich der Medienethik von Nöten ist, sich von Modellen des Journalismus zu lösen, die entweder eine reine Akteurssicht oder eine reine Systemsicht vertreten. Es braucht viel mehr ein Konzept, welches strukturelle Bedingungen und journalistisches Handeln verbindet.

Des Weiteren müssen wir uns bewusst sein, dass die Medienethik, als Konglomerat von moralischen Postulaten, nicht mit der beruflichen Praxis ident sein kann. Die Postulate dienen der Verbesserung der Praxis, aber es muss eine Kluft zwischen der gegebenen beruflichen Realität und dem gewünschten beruflichen Ideal, geben. (vgl. Pörksen 2005:217, zit. nach Bilke 2008:89)

Dennoch bleibt es natürlich, sowohl aus theoretischer als auch aus praktischer Sicht, zu wünschen, dass diese Kluft zwischen Soll- und Ist-Zustand immer geringer wird.

7.3.2. Der Qualitätsbegriff

Nun zum Qualitätsbegriff im Journalismus. Miriam Meckel bezeichnet die Debatte um journalistische Qualität als einer der „am vehementesten und kontroversesten geführten Diskussionen in der Wissenschaft und Praxis der Medien überhaupt“ (Meckel 1999:29, zit.nach Höllrigl: 2004:87) Während wir die Qualität eines Produktes im Supermarkt relativ leicht testen können, stehen wir bei einem Medienprodukt vor einer viel größeren Herausforderung. Prinzipiell könnten wir auch bei Medienprodukten unter

Qualität einfach die Güte und den Wert des Produktes verstehen. Doch wie sind Wert und Güte messbar oder bestimmbar? Karmasin (1996: 17, zit. nach Höllrigl 2004:87) bezeichnet Qualität überhaupt ganz allgemein nur als die Abwesenheit von Fehlern. Fabris und Renger (2003:91, zit. nach Bilke 2008:89) definieren Qualität als die Gesamtheit von Merkmalen einer Einheit, die bestimmte vorausgesetzte Erfordernisse erfüllen sollen. Doch woher wissen wir welche Erfordernisse erfüllt werden sollen? Diese beiden Definitionen bleiben somit äußerst inhaltsleer.

Uns muss also erstens klar sein, dass es viele verschiedene Verständnisse von Qualität gibt. Wallisch (1995:77) unterscheidet vorrangig zwischen der „objektiven“ und der „subjektiven“ Qualität. Die objektive Qualität umfasst dabei die materielle Beschaffenheit einer Sache, also die Dinge, die empirisch auch überprüfbar sind. Während die subjektive Qualität im Gegenzug, in einem interpretativen und individuellen Prozess, entsteht. Hier spielen persönliche Wertvorstellungen eine große Rolle.

Meckel (1999:36, zit. nach Höllrigl 2004:88) unterscheidet weiter zwischen einem normativen und einem funktionalen Ansatz von Qualität. Im normativen Ansatz wird Qualität als Norm verstanden, die der Journalismus erfüllen soll. Eine zentrale Rolle spielen hier besonders die vermeintlichen Aufgaben, die der Journalismus erfüllen soll - z.B.: Kritik, Kontrolle, Information, Unterhaltung, Bildung. Der funktionale Ansatz fragt hingegen nach den Leistungen, die der Journalismus für eine Gesellschaft erbringt. Unterschiedliche mediale Produkte erfüllen natürlich auch unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen. Unterhaltungsjournalismus hat beispielsweise eine andere Aufgabe als Informationsjournalismus.

Wie wir Qualität beurteilen, hängt von vielen Dimensionen und Fragen ab. Hier einige Beispiele: Beurteilen wir ein bestimmtes Produkt oder einen Produktionsprozess und den Entstehungskontext? Von welchem sozialen Bezugssystem gehen wir aus? Von welchem Journalismusverständnis gehen wir aus? Welche Maßstäbe zur Bewertung legen wir? Ebenso logisch ist, dass beispielsweise die Wissenschaft völlig andere

Vorstellungen von Qualität hat, als das Publikum oder etwa die Werbewirtschaft. Ruß – Mohl (1992:85, zit. nach Bilke 2008:90) vergleicht den Versuch einer Definition von Qualität daher mit dem Versuch einen „Pudding an die Wand zu nageln“. Ruß – Mohl geht aber davon aus, dass journalistische Qualität eine Variable ist, die von folgenden Faktoren abhängig ist (vgl. Ruß-Mohl 1992:85):

- Funktionen (z.B: Information, Orientierung, Unterhaltung usw)
- Publikum / Zielgruppe (z.B.: Alter, Bildung, soziale Schicht, Einkommen, Interessen usw)
- Genre (z.B.: Nachricht, Kommentar, Kolumne usw)
- Aktualität / Periodizität (z.B.: live, tagesaktuell, wöchentlich, monatlich)
- Medium (z.B: Zeitung, Zeitschrift, Fernsehen, Hörfunk, Internet usw)
- Selbstverständnis des Journalisten (z.B: Anwalt, neutraler Vermittler, vierte Gewalt usw)

Eine wissenschaftliche Qualitätsforschung sollte nach Weischenberg (2006:9f, zit.nach Bilke 2008:91) folgende Bereiche umfassen:

- Qualitätsnormen (Festsetzung von basalen Zielwerten)
- Qualitätsmanagement (welche Strukturen können auf institutioneller Ebene Qualität sichern?)
- Qualitätsmessung
- Qualitätsbewusstsein verankern

Setzt man sich mit den wesentlichen Qualitätsmodellen auseinander, stößt man immer wieder auf die von Weischenberg genannten Bereiche.

Viele Ansätze der Qualitätsforschung leiten sich aus der Medienethik ab. Diese bemühen sich vor allem um die Festsetzung von Qualitätsnormen und –zielen. Die wesentlichsten Modelle aus der Medienethik sollen nun kurz erläutert werden.

Thomaß (2003) beschäftigt sich mit den Zusammenhängen von medialer, internationaler und interkulturellen Kommunikation. Die zentralen Begriffe Thomaß` Modell sind Freiheit, Zugang, Öffentlichkeit, Vielfalt, Identität und Konflikte. Da medienethisches Handeln immer freiwilliges Handeln ist, sieht Thomaß *Freiheit* als Grundvoraussetzung. Außerdem müsse es einen gleichberechtigten *Zugang* zu Medien geben, da dieser freie Zugang wiederum die Grundlage für eine informierende und partizipierende *Öffentlichkeit*, darstellt. Um zu kulturellen und sozialen Reichtum gelangen zu können, muss (interkulturelle) Kommunikation eine größtmögliche *Vielfalt* aufweisen. Diese führt wiederum zu einer Unmenge an heterogenen Identitäten. Im Fall von *Konflikten*, muss Berichterstattung laut Thomaß, immer unabhängig von den Erwartungen von Regierungen und Bevölkerungen, agieren. Die Schlagwörter Öffentlichkeit und Konflikt werden auch in Bilkes Modell eines konflikt sensitiven Journalismus eine bedeutende Rolle spielen. Bei Thomaß ist zu merken, dass für sie Menschenrechte, Menschenwürde und das Streben nach Gleichheit eine große Rolle spielen. Kritisch angemerkt werden kann, dass Freiheit und Zugang nicht unbedingt Merkmale von Qualität sind, sondern überhaupt als Voraussetzung für Kommunikation angesehen werden müssen. (vgl. Bilke 2008:92)

Auch bei Wunden (1998:150ff, zit. nach Bilke 2008:92f) spielt die Freiheit der Gesellschaft eine große Rolle. Öffentlichkeit bedeutet für ihn, dass jeder Anbieter eine möglichst große Zahl von Rezipienten erreichen möchte. Daher ist für Wunden eine Vielfalt im Angebot bedeutend. Zentrale Qualitätskriterien sind nach Wunden vor allem Richtigkeit und Wahrheit. Denn ohne Wahrheit kann im Rückkehrschluss auch wiederum kein freies selbstbestimmtes Handeln entstehen.

Die Qualitätskriterien nach Weiß (1997: 185f, zit. nach Bilke 2008:93) lauten: Vielfalt, gesellschaftliche Relevanz, handwerkliche Professionalität, Rechtmäßigkeit und Akzeptanz. Den Bezugspunkt medialer Qualität nach Weiß zitiert Bilke (2008:93) zusammenfassend wie folgt:

„Öffentlichkeit als gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, die Bedürfnisse des Einzelnen und Kultur, die sich In Bezug auf den Einzelnen als subjektiver Geschmack und in Bezug auf die Gesellschaft als Bestand an Vorstellungen und Orientierungen über das Wahre und Richtige definieren.“

Die fünf Kriterien von Qualität bei Weiß, finden sich ursprünglich schon bei Schatz und Schulz (1992). Diese hatten die Kriterien in Bezug auf die Programmqualität öffentlich – rechtlicher und privater Fernsehanstalten, entwickelt. Sie sind in der Medienforschung besonders anerkannt. Die Dimension Vielfalt umfasst für Schatz und Schulz, sowohl eine strukturelle als auch eine inhaltliche Vielfalt. Strukturelle Vielfalt kann zum Beispiel bei Programmsparten und Programmformen erreicht werden. Die inhaltliche Vielfalt umfasst sowohl eine Informationsvielfalt, als auch eine Meinungsvielfalt. Die inhaltliche Vielfalt sollte auch eine Pluralität an Interessen, Akteuren und Themen, inkludieren. Die Dimension Relevanz kann in eine Makroebene (gesamte Gesellschaft), eine Mesoebene (bestimmte Gruppen) und eine Mikroebene (Individuum) zerlegt werden. Relevanz kann sowohl durch qualitative Faktoren (z.B.: Zahl der Betroffenen) oder durch quantitative Faktoren (z.B.: Nähe, Nachhaltigkeit, Prominenz) entstehen. Diese lehnen sich teilweise an die Nachrichtenwerttheorie an. Ebenfalls wichtig für die Stiftung von Relevanz ist die öffentliche Meinung, die mediale Öffentlichkeit, die aktive Öffentlichkeit, die wissenschaftliche Öffentlichkeit und die Film- und Fernsehkritik. Die Dimension Professionalität teilt sich ebenso in zwei Bereiche: in inhaltliche Kriterien, wie eine analytische und deskriptive Qualität und in formale Kriterien, wie Gestaltung, Aufbereitung, Ästhetik und Verständlichkeit. Die Dimension Akzeptanz wird von Schatz und Schulz eher marginal behandelt. Akzeptanz seitens des Publikums kann formal durch Gratifikationen der sinnlichen Wahrnehmung entstehen (Darstellung von Details, Verwendung von Stereotypen, Special Effects)

und inhaltlich vor allem durch Erfüllen der Nachrichtenwerte. In der Dimension Rechtmäßigkeit sind sowohl verfassungsmäßige Verordnungen (z.B.: Menschenrechte, Toleranzgebot), allgemeine Gesetze (z.B.: Jugendschutz, Persönlichkeitsschutz), als auch rundfunkrechtliche Vorschriften enthalten (z.B.: Regelungen für Werbung oder Sponsoring) . (vgl. Schatz/Schulz 1992:694ff/Bilke 2008:93f/Höllrigl 2004: 90ff).

Neu bei Schatz und Schulz, im Vergleich zu den bisher präsentierten Modellen, ist der Faktor Rechtmäßigkeit. Ein weiterer „neuer“ Faktor soll an dieser Stelle erwähnt sein: Bernhard Debatin betont neben den Kriterien Wahrheit von Informationen und Vielfalt von Meinungen, auch die Authentizität von Darstellungen. Debatin legt den Fokus wieder mehr auf das journalistische Handeln. (vgl. Debatin 1998:121, zit. nach Bilke 2008:94)

Die meisten Ansätze der Qualitätsforschung legen ihren Fokus allerdings auf die Ebene der Qualitätsmessung. Populärstes Beispiel hierfür ist das magische Vieleck von Ruß – Mohl (1992:82). Es umfasst folgende Kriterien:

- Komplexitätsreduktion
- Objektivität
- Transparenz / Reflexivität
- Aktualität

Rager (1994/2000, zit. nach Bilke 2008:95f) hat einen Ansatz geschaffen, der journalistische Umsetzbarkeit anstrebt und dennoch auch Qualitätsnormen nicht aus den Augen verliert. Für ihn bedeutet Qualität:

„möglichst fehlerfrei und frei von logischen Widersprüchen zu berichten und unterschiedliche Meinungen möglichst unverfälscht wiederzugeben“

Neben dem Faktor Vielfalt, sind sachliche Richtigkeit und subjektive Wahrhaftigkeit für Rager bedeutend. Sie zeigen sich in intersubjektiver Nachprüfbarkeit durch Recherche aus mehreren Quellen, durch Begründetheit von Argumenten, durch Quellentransparenz und durch eine Vielfalt der dargestellten Positionen. Durch die klassischen 6 W – Fragen des Journalismus sollte dieser, nach Rager, auch nach Vollständigkeit streben. Des Weiteren spricht Rager von Aktualität, die er durch Bedeutsamkeit, also Relevanz ergänzt. Bei Problemen mit latenter Aktualität müssen es Journalisten schaffen, durch qualitative Berichterstattung eine neue Aktualität zu begründen. Die Relevanz hängt auch bei Rager mit den Nachrichtenfaktoren zusammen, bedeutet auf einer internen Ebene aber auch Ursachen und Folgen eines Themas zu berücksichtigen. Handwerkliche Aspekte des Journalismus, wie etwa die verständliche Aufbereitung, Stil, Sprache und Präsentation, fasst Rager unter dem Schlagwort Vermittlung zusammen. Vermittlung bedeutet aber auch ganz simpel, dem Publikum die relevanten Themen zu vermitteln. Ethik ist die letzte große Dimension in Ragers Konzept. Diese sieht er untrennbar mit Qualität verbunden. Ohne ethische Standards könne Qualität nicht erreicht werden.

Will man noch präzisere Modelle für den Bereich der Qualitätsmessung schaffen, ist es sinnvoll sich auf spezifische Ausschnitte von Medienprodukten, zu konzentrieren. Hagen (1995) entwickelte beispielsweise ein Modell extra für die Qualitätsmessung von Agenturmeldungen. (vgl. Bilke 2008:96f)

Ebenfalls haben einige Wissenschaftler empirische Untersuchungen durchgeführt, um zu Qualitätsmerkmalen gelangen. Weischenberg erforschte somit beispielsweise die Ebene des Qualitätsbewusstseins. Er befragte Journalisten über ihre Vorstellungen von Funktionen Medien und inwieweit sie ihren beruflichen Regeln folgen. Die Befragten nannten vor allem Genauigkeit, Objektivität und Quellenbezug als wesentliche Qualitätsmerkmale ihrer Arbeit. Bilke (2008) befragte Juroren von Journalistenpreisen und erhielt als häufigste Antworten: gründliche

Recherche, Bedeutung für breite Bevölkerungskreise und formale Kriterien wie Verständlichkeit.

Nadine Bilke hat in Folge ihrer Auseinandersetzung mit den diversen existierenden Qualitätsmodellen versucht, eine Systematisierung von Qualitätskriterien zu erstellen. Da wir uns am Ende dieses Teils der Arbeit mit Bilkes Modell eines konfliktsensitiven Journalismus beschäftigen wollen, soll an dieser Stelle auch ihre Systematisierung der Qualitätskriterien, als Zusammenfassung und Conclusio der vorab beschriebenen Qualitätsmodelle, stehen. Bilke unterscheidet in diesem Modell nur noch zwischen Wahrhaftigkeit, Richtigkeit, Relevanz und Vermittlung, wobei sie für die einzelnen Kriterien auch gleich Aufgabenbereiche und Vorschläge für die entsprechende Umsetzung beisteuert. Orientierungspunkte für ihre Systematisierung sind die Menschenrechte, Demokratie und Frieden und als Grundlagen müssen Freiheit und Zugang, postuliert sein. (vgl. Bilke 2008:103ff)

1) Wahrhaftigkeit

Wahrhaftigkeit hat eine Orientierungsaufgabe und beinhaltet Unabhängigkeit, Transparenz, Authentizität und Reflexion des eigenen Handelns, der eigenen Position und der eigenen Konstruktionen. Umsetzbar ist Wahrhaftigkeit durch Offenlegung von Bedingungen, Quellenkritik, Quellentransparenz und die Nennung von Prüfkriterien für Argumente.

2) Richtigkeit

Richtigkeit dient ebenfalls der Orientierung, aber auch der kritischen Prüfung. Hier sollten Inhalte reflektiert werden. Objektivität, Wahrheit, Verlässlichkeit. Kritikchance, Sachlichkeit und soziale Orientierung sollten erfüllt sein. Umgesetzt werden kann dieses Kriterium durch die Möglichkeit einer intersubjektiven Überprüfbarkeit von Sachverhalten und durch die Überprüfung von Plausibilität, sowie durch einen professionellen Umgang mit Informationen.

3) Relevanz

Relevanz ermöglicht Partizipation, Artikulation und Meinungsbildung. Der externe Gehalt von Relevanz ist Aktualität in Bezug auf Neuigkeit, Wichtigkeit, Zeitigkeit, Vielfalt, Verschiedenartigkeit und Solidarität. Faktoren des internen Gehalts sind Menge, Ausgewogenheit, Vollständigkeit, soziale Teilhabe, Toleranz gegenüber anderen Konstruktionen, Identität und Folgentransparenz. Relevanz ist in der Praxis manchmal erst herzustellen und kann beispielsweise durch eine Vielfalt von Blickwinkeln oder die Nachrichtenwerte umgesetzt werden.

4) Vermittlung

Vermittlung hat Orientierung und Verständigung zur Aufgabe. Dieses Kriterium beinhaltet Verständlichkeit, Komplexitätsreduktion, Originalität, Unterhaltung, soziale Verständigung, Präsentation, Akzeptanz und Rechtmäßigkeit. Die Umsetzung kann durch angemessene Darstellungsformen, Sprache, Stil und Kontextinformationen erfolgen.

Als Zwischenfazit im Bereich der Qualitätsmodelle im Journalismus können wir festhalten, dass sich die diversen Ansätze in der Regel zwar unterschiedlichen Journalismustheorien folgen, sich aber mit ähnlichen Kriterien beschäftigen und nicht grundlegend voneinander abweichen. Als „Dauerbrenner“ bei den journalistischen Qualitätsmerkmalen gilt die Objektivität. Auf dieses Objektivitätspostulat soll daher näher eingegangen werden.

Maßnahmen zur Qualitätsprüfung und Qualitätssicherung sind in der journalistischen Praxis leider kaum institutionalisiert. Der österreichische Presserat hat einen Grundsatzkatalog für journalistische Tätigkeiten, den Ehrenkodex für die österreichische Presse, festgelegt. Dieser beinhaltet Stellungnahmen zu den Themenbereichen Freiheit, Genauigkeit, Unterscheidbarkeit, Einflussnahme, Persönlichkeitsschutz, Intimsphäre, Materialbeschaffung, redaktionelle Spezialbereiche und öffentliches

Interesse. Er betont weniger maßgebende Kriterien für journalistische Qualität, sondern legt den Fokus auf korrektes und verantwortungsbewusstes Handeln unter besonderer Beachtung von ethischen und moralischen Grundsätzen. Der Ehrenkodex der österreichischen Presse gilt als wichtigstes offizielles Dokument in der österreichischen Medienlandschaft und ist im Anhang beigelegt.

7.3.3. Das Objektivitätspostulat

Die journalistische Praxis schwört sich gerne dem Objektivitätspostulat. Die Annahme, dass Journalisten völlig ungebunden und frei von jeglichen Einflüssen und eigenen Überzeugungen berichten können, ist freilich naiv. Ein Journalist kann die Wirklichkeit nur so abbilden, wie er sie beobachtet, wobei er selbst Teil dieser Beobachtung ist und jede Beobachtung blinde Flecken hat. Haller (1993:143, zit. nach Bilke 2008:99) spricht daher von einem „objektivistischen Abbildungsglauben, der die Komplexität sozialer Wirklichkeiten und die (Re-) Konstruktionsarbeit des Journalismus übersieht“. Bilke (2008: 100) weist ebenso darauf hin, dass nicht mal reine Informationsübermittlung aufgrund von begrenzter Erkenntnis und begrenztem Platz möglich ist. Die Vermittlung von fremden Aussagen (=Information) und die darauf aufbauende Produktion von eigenen Aussagen (=Artikulation) verschmelzen im journalistischen Prozess. Selbst bei einem Interview passiert dies bereits, wenn der Journalist lediglich entscheidet welche Passagen er streicht und welche er druckt. Baum und Scholl (2000:91f, zit. nach Bilke 2008) sehen die Tatsache, dass Journalismus ein konstruktivistischer Prozess ist, als Möglichkeit zur Bildung von ethischen Prinzipien. Sie fordern von Journalisten ethische Reflexivität, sprich die Fähigkeit sich selbst als Bestandteil der Konstruktion anzuerkennen und fordern diese auf, möglichst viele verschiedene Konstruktionen auf ihre Verlässlichkeit hin zu prüfen. Gleichzeitig verschwinden durch eine konstruktivistische Perspektive alle absoluten Geltungsansprüche. Die Tatsache, dass es eine Vielzahl von konstruierten Wirklichkeiten gibt, bringt ein gewisses Toleranzgebot mit sich.

Aufgrund seiner Radikalität hilft der Konstruktivismus nicht dabei, Maßstäbe für Objektivität zu bilden. Er liefert aber ethische Grundlagen, die sich für die Diskursethik als anschlussfähig erweisen. Objektivität in der Diskursethik umfasst vor allem die Vorstellungen von Wahrhaftigkeit und Richtigkeit. Wahrhaftigkeit steht dabei für Transparenz und die Vermeidung von strategischen Erkenntnissen und Richtigkeit für eine intersubjektive Überprüfung. Die Diskursethik geht also davon aus, dass es eine Wahrheitsfähigkeit im Journalismus gibt. Eine Ansicht die Bilke unterstützt, da sie der Ansicht ist, dass es wenig sinnvoll ist die Suche nach Qualitätskriterien wie Objektivität, auszugeben, solange wir den Journalismus als Handeln in einem gesamtgesellschaftlichen Gefüge mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben begreifen. Bentele (1996:135, zit. nach Bilke 2008:102) spricht dem journalistischen Handeln in diesem Sinne eine mehrstufige Realitätskonstruktion zu, wobei unterschiedliche Wirklichkeitstypen und unterschiedliche Wahrnehmungs- und Erkenntnisprinzipien zum Einsatz kommen. Diese Prinzipien der Selektivität, Perspektivität und Konstruktivität sollte jeder Journalist anerkennen und in seine Handlungsmuster integrieren. Neuberger (1996:170ff) und Schwer (2006) sprechen sich dafür aus, Objektivität vor allem als *Richtigkeit* zu definieren und kritisieren die Tatsache, dass die Qualitätsforschung den Fokus oft auf die Begriffe Relevanz und Aktualität lege. Relevanz und Aktualität seinen Indikatoren für Selektionsprozesse und daher nicht unter dem Begriff Objektivität zu inkludieren. Richtigkeit könne des Weiteren über drei Maßstäbe nachgeprüft und beobachtet werden: durch Transparenz (der Methode, der Quellen usw), durch Aussagenprüfung (Kritik der Methode, Glaubwürdigkeit von Quellen) und durch Kritikchance, welche durch Selbst- und Fremdkontrolle gelebt werden kann. (vgl. Bilke 2008:100ff)

7.4. Besonderheiten der Kriegsberichterstattung –

einige Anmerkungen

Kriegsberichterstattung ist zweifelsohne einer der schwierigsten Bereiche journalistischen Handelns. In kaum einem anderen Umfeld geraten Medien derart leicht selbst in einen Konflikt.

Nach Bilke (2008:193) muss Kriegsberichterstattung immer in einem Kontext von Produktion, Text und Rezeption, sowie ihrer gesellschaftlichen Umgebung, nämlich Öffentlichkeit und Politik gesehen werden. In alle Richtungen kommt es zu Vernetzungen, Thematisierungen, Kodierungen, Dekodierungen und Selektionen. In allen Bereichen ist sowohl der Einfluss von Individuen, als auch der von Strukturen, zu beachten. Für Politiker erfüllt Kriegsberichterstattung beispielsweise folgende Funktionen (vgl.ebd: 184).

- ➔ Ressourcenfunktion: sie liefert Informationen über die relevante Umwelt und die Ermöglichung adäquater Reaktionen
- ➔ Innovationsfunktion: sie liefert neue Ideen, Einstellungen und Handlungsoptionen
- ➔ Operative Funktion: sie wird für eigene strategische Zwecke genutzt

Medien sind also Teil der modernen und psychologischen Kriegsführung geworden. In der Form von Propaganda, versuchen Kriegsparteien immer wieder gezielt das öffentliche Bewusstsein zu manipulieren, denn die öffentliche Meinung ist oft entscheidend. Wann welche Information herausgegeben und verbreitet wird, ist oft eine strategische Entscheidung. Der Zugang zu Schauplätzen ist oft nur bestimmten Journalistengruppen vorbehalten. Für Journalisten wird es also immer schwieriger an möglichst objektive Informationen zu gelangen. Einerseits durch die erschwerten Bedingungen vor Ort und andererseits auch durch die Tatsache, dass Medien immer weniger Geld für Auslandskorrespondenten zur Verfügung

hat – eine Tatsache unter der die Berichterstattung ebenso leidet. Auch durch den Trend, immer möglichst schnell zu berichten, leidet die Qualität der Kriegsberichterstattung enorm. Den Journalisten bleibt immer weniger Zeit um zu recherchieren, zu prüfen oder neue Informationen einzuholen. (vgl. Frohloff 2004)

Historisch spielten Medien immer schon eine bedeutende Rolle, sobald es um Krieg ging. Manche Forscher bezeichnen den Krieg daher auch als „Vater“ der Presse. Schon über die Türkenkriege wurde in Vorläufern von periodischen Zeitungen berichtet und der Dreißigjährige Krieg im 16. Jahrhundert führte zu einer regen Gründungsaktivität im Pressegewerbe. Natürlich muss man festhalten, dass auch in Friedenszeiten die Medienproduktion zu nahm. Aber Kriege waren auf jeden Fall immer schon ein Dauerbrenner in den Medien und sind es auch bis heute geblieben. (Vgl. Wilke 1995).

Warum dies so ist, lässt sich leicht erklären. Kriege erfüllen eine Reihe von Nachrichtenfaktoren (Krise, Konflikt, Schaden usw.) und besitzen eine besonders hohe Eindringlichkeit. Je nach zeitlicher und räumlicher Nähe lösen sie direkte Betroffenheit und starke Emotionen aus. Ähnlich wie Sportereignisse „bieten“ Kriege Kampf, Action und Spannung. Ist Krieg, nach Clausewitz als „extremste Form von Politik zu verstehen“, löst er naturgemäß auch die extremsten Formen von menschlichen Regungen aus. (vgl. Lang: 1995).

Die Dramatisierung von Opfergeschichten, die Dämonisierung von Tätern und der Gebrauch der enormen Macht von Bildern und Fotos, sind gängige Strategien um die menschliche Regung gezielt zu aktivieren. (vgl. auch Bilke 2008:151ff)

Imhof (1995:124) hält fest, dass mediale Kriegsberichterstattung in der Regel normativ und emotional geladen ist. Kriege werden in Medien personifiziert, legitimiert oder entlegitimiert. Das journalistische Objektivitätskriterium ist in der Kriegsberichterstattung oft nicht haltbar. Meist ist diese auch asymmetrisch, Kriegsgeschehnisse werden also mit

„Schwergewicht auf die Handlungen einer Kriegspartei“ beleuchtet. Es wird Partei ergriffen.

Die Tendenz zur Parteilichkeit und zur Legitimierung hält auch Bilke (2008: 167:ff) fest. Als Strategien zum Aufbau von Legitimierung, nennt sie vor allem den Aufbau von Feindbildern und die Zuweisung von bestimmten Rollenbildern an entsprechende Akteure. Diese Strategien sind vor allem durch entsprechende Sprach- und Bildauswahl in Medien, durchführbar.

Calließ und Raue (2004: 199) fordern daher, dass:

„in Zeiten des Krieges Offenheit, Differenzierung und Nüchternheit in der Beobachtung, Wahrnehmung und Bewertung dessen, was geschieht, noch mehr gefragt ist als sonst. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft sollten die dann alles andere in den Hintergrund drängenden Fragen von Krieg und Frieden in einem Diskurs erörtert werden, der Köpfe frei macht und die Urteilsfähigkeit schärft.“

Auch Lang (1995: 154) fordert vor allem eine gute Hintergrundberichterstattung, die historische, politische und kulturelle Zusammenhänge, erkennen lässt. Kompetente und sachliche Aufarbeitung, sei somit unabdingbar für die nötige Informiertheit.

Ebenso anspruchsvoll ist übrigens auch die Berichterstattung nach einem Krieg. Die Stabilität von Demokratien ist nach Kriegshandlungen immer noch nicht in vollem Maße gegeben. Damit im Rahmen der Nachkriegsunterstützung auch dafür gesorgt wird, dass die mediale Berichterstattung nach demokratischen Standards erfolgt, hat die EU eigene Medienbeauftragte für diese Zwecke, beauftragt.

7.5. Kriegsberichterstattung im Nahen Osten

Frohloff war als Reporterin in Jerusalem stationiert. Besonders an der Berichterstattung über den Nahost Konflikt war für Frohloff (2004:43ff) vor allem die Tatsache, dass man als Journalist stets mit zwei völlig unterschiedlichen Versionen von Ereignissen konfrontiert war. Die Seite

der Israelis versus die Seite der Palästinenser. Dass die Wahrheit oft in der Mitte lag, liegt auf der Hand. Am besten also, man verlässt sich als Journalist, auf seine eigenen Beobachtungen. Doch auf eigene Faust in einem Kriegsgebiet unterwegs zu sein, bedeutet, sich einer ständigen Gefahr auszusetzen. In Israel und Palästina, geht diese Gefahr von beiden beteiligten Parteien aus. Laut „Reporter ohne Grenzen“, sind von Beginn der zweiten Intifada bis 2004, mindestens 45 ausländische Journalisten verletzt und ein italienischer Fotojournalist getötet worden. Die palästinensischen Behörden erschweren journalistische Arbeit gerne durch Festnahmen. Ebenso ist sowohl auf israelischer, als auch auf palästinensischer Seite, Zensur fester Bestandteil des medialen Systems, auch wenn Israel immer wieder betont, dass die Presse frei und ungehindert arbeiten könne.

8. FRIEDENSJOURNALISMUS

8.1. Was ist Friedensjournalismus?

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff Friedensjournalismus ist bis dato noch nicht erfolgt und auf den ersten Blick mag er schwammig und idealisiert wirken.

The Peace and Conflict Journalism Network (PECOJON), dessen Sprachrohr Nadine Bilke ist, hat auf seiner Homepage (www.pecojon.de) sieben Thesen zum Friedensjournalismus veröffentlicht, die sehr schnell klar machen, welche Ziele Friedensjournalismus verfolgt. Im Anhang findet sich dieses in vollständiger Form – nachstehend eine kurze Zusammenschau der wichtigsten Punkte.

Friedensjournalismus im Sinne von PECOJON orientiert sich an Frieden, Demokratie und Menschenrechten. Er stellt sich seiner Verantwortung gegenüber den Menschen und hinterfragt seine journalistische Rolle sowohl im Konflikt, als auch in der Gesellschaft. Meinungsvielfalt ist ein zentraler Auftrag von Friedensjournalismus, Parteilichkeit hingegen strikt verboten. Friedensjournalismus als Qualitätsjournalismus soll demokratischen Gesellschaften die Möglichkeit zur freien Meinungsbildung verschaffen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Journalisten die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen und die Unterstützung ihrer Umwelt. Nur so haben sie genügend Zeit für sorgfältige Recherchen und differenzierte Darstellungen. Die Vertreter des Friedensjournalismus sind sich der Tatsache bewusst, dass ihre Forderungen teilweise idealisiert sind und somit eine Herausforderung bleiben. Es geht vielmehr um eine Annäherung an ein Ideal und zwar Schritt für Schritt, wobei jeder Schritt enormen Einfluss und Wirkung haben kann.

8.2. Vorhandene Ansätze des Friedensjournalismus

Vor Nadine Bilke haben sich vor allem Wilhelm Kemp und Johan Galtung mit Modellen zum Friedensjournalismus beschäftigt. Diese sollen nun kurz erörtert werden.

8.2.1. Konstruktive Konfliktberichterstattung nach Kempf

Kempf geht davon aus, dass die Wahrnehmung von Konflikten entscheiden ist für das Handeln von Konfliktparteien. Eskaliert ein Konflikt wird diese Wahrnehmung immer mehr verzerrt, was in der Regel in einem aggressiven Verlauf des Konfliktes mündet. Journalistische Berichterstattung ist dabei ebenso Teil dieses Prozesses. Kempf unterscheidet in einem Arbeitspapier aus dem Jahr 2003 (zit. nach Bilke 2008: 201) daher zwischen eskalationsorientierten Aspekten und deeskalationsorientierten Aspekten.

Beispiele für eskalationsorientierte Aspekte:

- ➔ Akzeptanz und Betonung militärischer Werte
- ➔ Ablehnung friedlicher Alternativen
- ➔ Dämonisierung des Gegners und Idealisierung des eigenen Lagers
- ➔ Rechtfertigung eigener Handlungen
- ➔ Demonstration von Einigkeit
- ➔ Fokus auf destruktive Gefühle wie Bösartigkeit und Misstrauen
- ➔ Konfrontative Ausrichtung
- ➔ Humansierung der eigenen Seite, Dehumanisierung der gegnerischen Seite
- ➔ Motivation zum Krieg
- ➔ Frieden als Risiko, aber Krieg als Chance für eine bessere Zukunft

Beispiele für deeskalationsorientierte Aspekte:

- Kritik militärischer Mittel
- Win – Win – Orientierung & Offenheit
- Respekt für Rechte und Absichten des Gegners
- Selbstkritik
- Betonung gemeinsamer Interessen
- Kooperation
- Pluralität von Optionen
- Konstruktive Gefühle wie Empathie, Vertrauen, Frieden
- Keine Identifikation mit eskalationsorientierten Akteuren
- Humanisierung aller Akteure
- Respekt für Friedensaktivisten
- Motivation zum Krieg
- Krieg als Risiko, aber Frieden als Brücke zur besseren Zukunft

Kempf sieht Medien vor der Wahlmöglichkeit eskalations- oder deeskalationsorientiert zu berichten, vertritt aber die Annahme, dass sich Medien nur bedingt der Eskalation widersetzen können, da sie mit deeskalationsorientierten Aspekten nicht wahrgenommen werden würden und sich somit selbst ins Abseits stellen. Er schlägt daher ein Zwei - Stufen – Modell für Konfliktberichterstattung vor. In der ersten Phase plädiert er für einen Qualitätsjournalismus, der sich durch Neutralität und kritische Distanz auszeichnen sollte. Erst in der zweiten Stufe soll eine Lösungsorientierung darstellen, diese medial zu verbreiten, wäre laut Kempf allerdings erst möglich, wenn ein Waffenstillstand oder Friedensvertrag bereits erreicht wurde. (vgl. Bilke 2008: 198f).

Meiner Meinung nach macht es sich Kempf mit seinem dualistischen Ansatz etwas leicht, denn gerade in der Phase, in der deeskalationsorientierte Medienberichterstattung wichtig und richtig ist, nämlich während der Eskalation und nicht erst bei bestehenden Waffenstillständen oder Friedensverträgen, rät er dem Journalismus sich aus dem Geschehen zurückzuziehen und nicht direkt einzuwirken. Die Angst davor als Medium ins soziale Abseits gestellt und nicht wahrgenommen zu werden, erscheint als feige Ausrede, denn umso mehr Medien deeskalierend berichten, umso weniger wird es möglich sein vor diesen Aspekten einfach die Augen zu verschließen.

Auch Bilke (2008: 200) findet Kritikpunkte an Kempfs Modell. Sie kritisiert ebenfalls Kempfs Trennung zwischen Qualitätsjournalismus und Lösungsorientiertheit, da qualitativer Journalismus für Bilke Lösungsvorschläge inkludiert. Außerdem wirft sie Kempf eine Vernachlässigung von anderen Aspekten, wie wirtschaftlichen und politischen Ursachen von Konflikten vor. Da diese in einer dualistischen Konfliktwahrnehmung weitgehend unberücksichtigt bleiben, ist die Suche nach Lösungen für Bilke, somit inhaltsleer.

8.2.2. Friedensjournalismus nach Galtung

Zentral bei Galtung, ist seine Annahme, dass an einem Konflikt immer mehrere Parteien beteiligt sind, sowie dieser mehrere Ursachen hat und sich um mehrere Gegenstände, dreht. Die Vernachlässigung von anderen Aspekten, kann Galtung, somit nicht vorgeworfen werden. (vgl. Bilke 2008: 202).

Ebenso unterscheidet Galtung verschiedene Formen von Lösungen (zit.nach: ebd.)

Transzendenz: Kreative Transformation, bei der unter Berücksichtigung der Ziele beider Parteien etwas Neues entsteht

Kompromiss: beide Parteien geben teilweise nach und sehen ein, dass sie ihre Ziele nicht zu 100% erreichen können

Rückzug: Ziele von einer oder von beiden Parteien werden zumindest für eine Zeit lang aufgegeben

Gewalt: eine Partei setzt ihre Ziele durch Gewalt durch

Gewaltfreie Lösungen: Ziele werden durchgesetzt allerdings ohne Gewalt (beispielsweise durch Zugeständnisse an die die andere Partei)

Gewalt kann sich, laut Galtung, in direkten, strukturellen und kulturellen Formen, äußern, wobei die kulturelle Gewalt (z.B.: Überlegenheitsglaube) die strukturelle Gewalt (z.B.: Unterdrückung) rechtfertigt und diese dann in direkte Gewalt (z.B.: Eroberung, Unterwerfung) münden kann. (vgl. Bilke 2008: 203).

Die vier zentralen Orientierungspunkte des Friedensjournalismus, der nach Galtung (1998, zit. nach Bilke 2008: 203) „Einfühlungsvermögen“, „Kreativität“ und „Gewaltfreiheit“ von einem Journalisten fordert, sind:

- Frieden / Konflikt
- Wahrheit
- Menschen
- Lösung

Kriegsjournalismus hingegen richte sich nach folgenden Orientierungspunkten:

- Krieg / Gewalt
- Propaganda
- Elite
- Sieg

Friedensjournalismus bezeichnet Galtung auch als „high road“, die den Diskurs über Konflikte in der Gesellschaft verbreitern kann und durch differenzierte Konfliktbilder auch die Komplexität der globalisierten Welt, spiegelt. Kriegsjournalismus als „low road“ hingegen, lehnt sich an die Muster militärischen Kommandos und fördert Eskalation durch Parteilichkeit und die Gestaltung, sowie Aufrechterhaltung von Feindbildern. (vgl. Bilke 2008: 204).

Galtung bezieht sich auch auf einige kommunikationswissenschaftliche Theorien, wie die Nachrichtenwerttheorie und das Stimulus Response Modell. Letzteres wird ihm von Kritikern immer wieder vorgeworfen, es ist Galtungs Arbeiten allerdings zu anzumerken, dass er Entstehungs- und Wirkungsbedingungen stets im Blick behält. Der britische Journalist Jake Lynch hat Galtungs Ansatz aus einer Praxisperspektive heraus entscheidend weiter entwickelt. (vgl.ebd.: 206).

8.3. Konfliktsensitiver Journalismus nach Nadine Bilke

Bilke befand die bestehenden Modelle zum Friedensjournalismus als unzureichend um den Dimensionen und Aufgaben eines aktuellen Friedensjournalismus, gerecht zu werden. Sie entwickelte daher ihr eigenes Modell eines konfliktsensitiven Journalismus. Eine Umsetzung fordert sie vor allem in westlichen demokratischen Mediensystemen, die von außen über eskalierende Konflikte in anderen Ländern, berichten. Es ist also nicht so angelegt, dass es auf eine Umsetzung in einem Land abzielt, in dem gerade ein Krieg oder ein Konflikt herrscht. Theoretisch fügt Bilke in ihrem Modell Erkenntnisse aus der Journalismustheorie mit Erkenntnissen aus der Konfliktforschung zusammen.

Bilke wählte für die optische Veranschaulichung ihres Modells eine Pyramide. Jede Fläche der Pyramide steht für ein Kriterium konfliktsensitiver Qualität, wobei die Grundfläche für das Schlüsselkriterium der Konfliktsensitivität steht und die Seitenflächen für die vier, aus der Journalismustheorie, abgeleiteten Qualitätskriterien Wahrhaftigkeit, Richtigkeit, Relevanz und Vermittlung. Das Fundament der Pyramide bilden

die allgemeinen Normen: Demokratie, Menschenrechte und Frieden. Sie dienen als ständige Orientierungspunkte, ohne die Qualität nicht möglich, wäre. (vgl.. Bilke 2008:221)

Beschäftigt man sich mit Bilkes Kriterien für konfliktssensitive Qualität wird schnell klar, dass diese eng miteinander verknüpft sind und auch nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Sie sollen nun kurz vorgestellt werden.

8.3.1. Konfliktsensitivität

Konfliktsensitivität setzt vor allem das Bewusstsein voraus, dass Journalismus stets Intervention auf individueller, gesellschaftlicher und internationaler Ebene darstellt, selbst wenn keine Vermittlungsabsicht gegeben ist. Medienprodukte können Kommunikationskanäle zwischen Konfliktparteien bilden und gesellschaftlich die Konfliktbilder der Rezipienten prägen. Um mit dieser Tatsache verantwortungsbewusst umgehen zu können, verlangt es vor allem eine empathische Grundhaltung. Empathie allen beteiligten Seiten gegenüber ermöglicht eine Multiperspektivität und Einfühlung in verschiedenste Sichtweisen. Der Transport von Schwarz – Weiß – Denken kann somit verhindert werden. Spencer (2005:122, zit. nach Bilke 2008: 213) spricht daher von „greyness“.

Ebenso verlangt Konfliktsensitivität auch das Erkennen des relevanten Framing. Die verschiedensten Formen und Zusammenhänge von Konflikt, Gewalt und Frieden müssen erkannt werden. So kann es beispielsweise eine Vielzahl von Arten an Gewalt geben oder jede beteiligte Partei kann andere Friedensabsichten haben. Des Weiteren sollte ein konfliktssensitiver Journalist Eskalationsmechanismen durchschauen und wahrnehmen können. Gelingt ihm dies kann er auch Lösungsformen und Bearbeitungsstrategien für den entsprechenden Konflikt entwickeln und medial vertreten. (vgl. Bilke 2008: 212ff).

8.3.2. Wahrhaftigkeit

Das Kriterium der Wahrhaftigkeit zu erfüllen, setzt eine ständige Selbstreflexion voraus. Journalismus muss inhaltlich frei von strategischen Interessen sein und bei der Textproduktion muss Transparenz im Vordergrund stehen. Die Entstehungsbedingungen der Krisen- und Kriegsberichterstattung müssen somit genauso reflektiert werden, wie das eigene berufsbezogene Selbstverständnis und individuelle Überzeugungen. Auch die Rollen von Politik und Gesellschaft in einem Konflikt sollten stets hinterfragt werden. (vgl.ebd:214).

Frohloff (2004: 43, zit. nach Bilke 2008: 214f) fordert daher Journalisten auf, stets die Umstände und Produktionsbedingungen ihrer Arbeit zu thematisieren, sowie auch Fragen und Widersprüche darzustellen. Auf diese Art und Weise, bleiben zwar vielleicht einige Fragen unbeantwortet, die Berichterstattung jedoch wird transparenter und ehrlicher. Der Anspruch, dass Journalismus stets eine abgeschlossene, klare, widerspruchsfreie und objektive Sache, sollte endlich durchbrochen werden.

8.3.3. Richtigkeit

Richtigkeit zielt auf Analyse ab und kann durch intersubjektive Überprüfung von Inhalten, wie Fakten, Meinungen und Urteilen, erfolgen. Voraussetzung für diese Überprüfbarkeit ist wiederum eine vorhandene Vielfalt an Positionen. Die Pluralität der Positionen sollte auf tiefer liegende Interessen und Bedürfnisse, hinterfragt werden. Auch die Plausibilität von Strategien und Kriegsbegründungen, sollte hinterfragt werden. Nur so können Strategien von Propaganda erkannt werden, beziehungsweise Elemente von Public Relations aufgedeckt werden. Die Kriterien Richtigkeit und Wahrhaftigkeit sind somit natürlich eng verknüpft. (vgl. Bilke 2008: 215ff).

8.3.4. Relevanz

Beim Kriterium der Relevanz geht es Selektion, um die Auswahl von Informationen. Bilke unterscheidet zwischen Selektionen erster und zweiter

Ordnung. Mit Selektionen erster Ordnung meint Bilke überhaupt die Auswahl, welche Krise und welcher Krieg auf die Medienagenda gelangen. Sie weist dabei vor allem auf die Chance hin, durch entsprechendes Agenda Setting eine Art Frühwarnsystem für Krisen und Konflikte zu entwickeln. Vor der Konflikteskalation ist die Wahrnehmung aller noch offener für Lösungen. Medien könnten sich also schon vor der Eskalation eines Konfliktes, für Lösungen und Chancen stark machen, beziehungsweise dem Konflikt überhaupt erst mal eine Stimme verleihen und auf ihn aufmerksam machen. Auch im Anschluss an einen Krieg oder einen Konflikt, können Medien entscheidende Beiträge leisten und vielleicht sogar reales (politisches) Handeln anstiften. Dabei sollten Medien den Fokus auf Versöhnung und Aufbauarbeit legen. (vgl. Bilke 2008:217f).

Die Selektion zweiter Ordnung meint die Auswahl von bestimmten Aspekten in der Berichterstattung. Welchen Akteure und Quellen werden berücksichtigt? Welche zeitlichen Grenzen werden gezogen? Wann wird über welche Position berichtet? Auch hier ist die Pluralität von Positionen, wieder als grundlegende Voraussetzung anzusehen. (vgl.ebd.)

Im Sinne einer menschenrechtsgleitenden Perspektive schließt die Kategorie Relevanz auch mit ein, dass Menschenrechtsverletzungen auf allen Seiten des Konfliktes, immer relevant sind. Über Opfer und deren Verletzungen zu berichten, ermöglicht, dass Gewaltakte in welcher Form auch immer, nicht übersehen werden können. (vgl.ebd.)

8.3.5. Vermittlung

Die letzte Kategorie konfliktsensitiver Qualität ist für Bilke, die Vermittlung von Medienprodukten, sprich deren Präsentation und Darstellung. Entscheidend in der konfliktsensitiven Berichterstattung ist die Vermeidung von Feindbildern und Stereotypen, denn diese führen zu einem „Gut – Böse – Denken“ und dienen der Moralisierung. Negative Zuschreiben können sowohl durch Sprache, als auch durch Bilder, manifestiert werden, in beiden Fällen ist daher eine hohe Sensibilität von Journalisten gefordert. Die Auswahl von Bildern und Zitaten muss transparent sein, sprich Quellen

und Entstehungskontexte müssen aus der Berichterstattung heraus erkennbar sein. Ebenso sollten Metaphern, Verallgemeinerungen und Euphemismen vermieden werden, da diese stets Deutungsmuster und Zuschreibungen transportieren. Dem Begriff „Genozid“ beispielsweise liegt eine bestimmte Bedeutung zu Grunde. Auch so genannte „Großbegriffe“ wie etwa „Terrorismus“ oder „Frieden“, die komplette Weltbilder transportieren, sollten behutsam verwendet werden. Ein kritischer Umgang mit Begrifflichkeiten, ist also eine wichtige Forderung von Bilke. (vgl. ebd: 219ff.)

Betrachtet man die einzelnen Qualitätskriterien von Bilkes Modell, wirken Ansätze der klassischen Qualitätsdebatte im Journalismus spröde und langweilig. Bilkes Konzept steht für einen modernen und aktiven Journalismus, der Autonomie, Offenheit und Multiperspektivität vertritt. . Das „gute alte“ Objektivitätspostulat muss einer gesunden Menge an transparenter Subjektivität weichen und das zu Recht, denn immerhin sollen Frieden, Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte gefördert werden!

8.3.6. Problemfelder für eine konfliktssensitive Kriegs- und Krisenberichterstattung

So logisch und einleuchtend die eben getätigten Ausführungen erscheinen mögen, die praktische Umsetzung ist keineswegs einfach und stellt eine enorme Herausforderung dar. Die Mehrheit westlicher Medienprodukte ist noch weit entfernt von der Umsetzung eines konfliktssensitiven Journalismus.

Folgende zentrale Problemfelder wurden von Bilke (2008) besonders berücksichtigt:

- **Zeit & Raum**

Die gängige Kriegs- und Krisenberichterstattung legt ihren Fokus in der Regel auf das Hier und Jetzt. Historische Entwicklungen von Konflikten werden in der Berichterstattung kaum beschrieben. Ursachen und

Lösungen, die aus der Vergangenheit resultieren, werden kaum beachtet. Ebenso werden räumliche Zusammenhänge, wie die Beziehung zwischen einzelnen Staaten oder die Geschichte bestimmter, oft ignoriert. (vgl. Bilke 2008: 224; Lynch 2006)

- **Dualismus**

Gut – Böse – Unterscheidungen, sowie Schwarz – Weiß Darstellungen, prägen die aktuelle Krisen- und Kriegsberichterstattung. Das Framing für diesen Dualismus basiert auf mehreren Schichten. Fawcett (2002, zit . nach Bilke 2008: 227) unterscheidet zwischen Folgenden Dualismen:

- ➔ Darstellung von Behauptung und Gegenbehauptung in journalistischen Texten
- ➔ Böse Täter versus unschuldige Opfer
- ➔ Spezifische Dualismen in spezifischen Gesellschaften (z.B.: die bösen Serben versus die guten Kosovaren)

Die dualistische Erzählweise muss daher auf allen Ebenen endlich durchbrochen werden.

- **Kompetenz und Wissen**

Die Kompetenzanforderungen im konflikt sensitiven Journalismus sind enorm hoch. Kompetenzen in den Bereichen Auswahl, Recherche und Vermittlung sind besonders gefordert. Ebenso benötigt es besondere Voraussetzungen um mit den Arbeitsbedingungen in Krisen- und Kriegsregionen zu Recht zu kommen. Des Weiteren benötigt es allgemeines Wissen über die Konflikttheorie, über den zu bearbeitenden Konflikt, über Internationale Beziehungen und über die Krisen- und Kriegsberichterstattung. Journalisten und Journalistinnen der Krisen- und Kriegsberichterstattung sollten auch fähig zur Selbstreflexion sein. Ihre Rolle in der Gesellschaft, sowie im Konflikt selbst, sollte reflektiert werden. Empathie, Fähigkeit zur Orientierung,

Multiperspektivität, Transparenz, Authentizität, sowie allgemeine Grundwerte wie Demokratie, Menschenrechte, sind wichtige Eckpfeiler. All diese Kompetenzen sollten durch Aus- und Weiterbildung gefördert werden. Konfliktsensitivität als Ziel sollte ins Qualitätsmanagement von Medienbetrieben integriert werden. (vgl. Bilke 2008: 229ff).

- **Strukturelle Bedingungen**

Die vorherrschenden strukturellen Bedingungen in der Medienwelt, machen die Umsetzung eines konflikt sensitiven Journalismus, nicht gerade leicht. Konkurrierende Redaktionen und begrenzte Ressourcen, stehen diesem im Wege. Durch die Live – Technologie stehen Journalisten unter ständigem Zeit- und Aktualitätsdruck. Außerdem werden die Formate in der Länge ständig verkürzt. Auslandskorrespondenten werden zunehmend abgebaut. (vgl.ebd: 234f.)

Diese journalistischen Routinen müssten für einen funktionierenden konflikt sensitiven Journalismus aufgebrochen werden. Dies muss auf institutioneller Ebene erfolgen. Journalisten brauchen dafür redaktionelle Rückendeckung. Mediennetzwerke sollten daher auf Kooperation, statt auf Konkurrenz setzen. Innerhalb der Arbeitsorganisation müsste Zeit für entsprechende Vor- und Nachbereitungen zur Verfügung stehen. Die Formatgestaltung müsste flexibler werden, Arbeit in Teams, sowie thematische und geographische Spezialisierungen wären förderlich. Mediennetzwerke könnten des Weiteren Krisenherde überwachen und als eine Art institutionelles Gedächtnis Informationen sammeln und speichern. Journalistennetzwerke könnten Fallbeispiele aufarbeiten und sich gegenseitig durch Austausch von Erfahrungen und Kompetenzen unterstützen. (vgl.ebd: 263)

- **Rezipienten**

Konfliktsensitiver Journalismus vermag eine Aufgabe aus Sicht der Makroperspektive erfüllen: er liefert glaubwürdige und umfassende Information. Doch er muss auch auf der Mikroebene auf Akzeptanz stoßen, sprich vom Rezipienten selber angenommen werden. Das Publikum muss die Qualität von konfliktsensitivem Journalismus erkennen. Dies ist erst dann möglich wenn wir es, gesellschaftlich, mit einer informierten Öffentlichkeit zu tun haben, die Hintergrundinformationen und konfliktsensitiven Journalismus auch verlangt. Diesen Status zu erlangen ist mit Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da vor allem die Bedeutung von politischem Interesse und von politischer Bildung noch mehr manifestiert werden muss. Qualität muss also eingefordert und honoriert werden. Ebenso ist die aktive Rolle des Publikums beachtet werden. Im Internet kann man beispielsweise schnell zu Rezipienten – Feedback gelangen, Kriterien eines konfliktsensitiven Journalismus könnten gemeinsam diskutiert werden, Media Monitoring Projekte gestartet werden. (vgl. Bilke 2008: 241f)

- **Wissenschaft**

Auch die Wissenschaft ist gefordert, den konfliktsensitiven Journalismus theoretisch weiter aufzuarbeiten, und populärer zu machen. Eine systematische Erforschung von Produktion, Text und Rezeption, könnte hilfreiche Ergebnisse für eine erfolgreiche Umsetzung in der Praxis liefern. Wissenschaftler und Medienexperten könnten durch Inputs die gesellschaftliche Debatte anregen und die Aus- und Weiterbildung von Journalisten und Medienakteuren fördern und mitgestalten. (vgl.ebd: 263).

9. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

9.1. Zentrale Studien aus der Bundesrepublik Deutschland

Die intensivste wissenschaftliche Beschäftigung mit der medialen Darstellung des Nahostkonfliktes, findet sich in der Bundesrepublik Deutschland, sowie in den USA.

Als Einstieg in den empirischen Teil dieser Arbeit sollen zwei zentrale Studien aus der Bundesrepublik Deutschland, vorgestellt werden, die beide auch in Buchform publiziert wurden. Durch die geographische Nähe, sowie die gemeinsame Historie des Holocaust, erscheint mir eine Auseinandersetzung mit deutschen Forschungsergebnissen für meine eigene empirische Arbeit, sinnvoller als jene mit amerikanischen Forschungsergebnissen.

Die deutsche Forschung legte ihren Fokus in der Vergangenheit, vor allem auf die Untersuchung des israelischen Images und beschäftigte sich intensiv mit der Darstellung der jüdischen Konfliktpartei. Erst in den letzten Jahren, nahm auch die Untersuchung der medialen Darstellungsweisen der Palästinenser, etwas zu.

9.1.1. Astrid Hub „Das Image Israels in deutschen Medien zwischen 1956 und 1982“

Eine der umfangreichsten Forschungsarbeiten zum medialen Bild Israels in deutschen Medien, lieferte die deutsche Politikwissenschaftlerin Astrid Hub. Sie veröffentlichte ihre Ergebnisse 1998 unter dem Titel „Das Image Israels in deutschen Medien zwischen 1956 und 1982“. Sie hielt damals bereits fest, dass es lediglich zwei Monographien gibt, die sich mit dem Image Israels beschäftigen. Dieser äußerste schlechte Forschungsstand hat sich, abgesehen von der großen Studie von Marianne und Siegfried Jäger, auf die im Anschluss eingegangen wird, leider auch bis dato nicht erweitert.

Hub konzentrierte sich in ihrer Forschungsarbeit auf die Analyse des israelischen Images. Sie versteht darunter die Gesamtheit von Vorstellungen, Bewertungen und Gefühle, die das politische Handeln mitbestimmen, beziehungsweise, die politische Akteure besitzen. Das Image setzt sich, laut Hub, aus drei Komponenten zusammen und erfüllt ebenso, wie Vorurteile oder Stereotype, eine Reihe von Funktionen. Ein Image besteht aus den objektiv vorhandenen Gegebenheiten des Objektes, aus der subjektiven Wirkung, die vom Objekt ausgeht (hiermit ist die Selbstdarstellung des Objektes gemeint und welche Faktoren dieses bewusst einsetzt um ein bestimmtes Image zu erzeugen) und aus der subjektiven Komponente des Akteurs oder des Individuums, welches das Objekt wahrnimmt. In dieser dritten Komponente spielt der affektive Bereich eine große Rolle, da Wertvorstellungen, Projektionen, Vorurteile und Stereotype einen bedeutenden Einfluss haben. Parallel zu den Funktionen von Vorurteilen konstatiert Hub, Images eine Ordnungsfunktion, eine Selbstdarstellungsfunktion, sowie eine Integrationsfunktion. (vgl.Hub 1998:1ff)

Trotz der politikwissenschaftlichen Verortung interessierte sich Hub vor allem für die Funktion der Medien, sowie für die öffentliche Meinung und ordnete ihre Arbeit daher selbst dem Bereich der politischen Kommunikationslehre zu. Diese befasst sich mit politischen Kommunikatoren, mit der Formulierung und Übermittlung politischer Botschaften und mit Symbolen und Metaphern in der politischen Berichterstattung. Besonders wichtig erscheinen Hub dabei die Fragen „Warum“ und „Wie“ politische Botschaften entstehen und verpackt werden. (vgl.ebd:5)

Hub arbeitete mit der Methode der klassischen Inhaltsanalyse und untersuchte den Suezkrieg 1956, den Sechstagekrieg 1967, den Jom-Kippur-Krieg 1973 und den Libanonkrieg 1982 in den Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und in den Wochenzeitungen „Die Zeit“, „Der Rheinische Merkur“ und im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Der Zeitraum der Medienbeobachtung

umfasste dabei immer die zwei Wochen vor Kriegsbeginn, die Kriegsdauer, sowie die zwei Wochen nach dem Kriegsende. Nur beim Libanonkrieg wurde auch die Kriegsdauer eingeschränkt, da sich diese weit über ein halbes Jahr erstreckte. Durch die Auswahl des Analysematerials erhoffte sich Hub, vor allem Ergebnisse darüber, in wie fern sich Images aufrechterhalten oder verändern. (vgl.ebd:7ff).

Es muss an dieser Stelle darauf verzichtet werden die vier, von Hub gewählten, kriegerischen Auseinandersetzungen zu beschreiben, da die Geschichte des Nahostkonfliktes zu lang und komplex ist um diese kurz und prägnant wiederzugeben ohne, dass es dabei zu Verzerrungen und fatalen Reduktionen kommt. Eine Beschäftigung mit dieser Thematik setzt ein Basiswissen über die politische Dimension des Nahostkonfliktes voraus, beziehungsweise muss der Leser an dieser Stelle, auf weiterführende Literatur im Selbststudium verwiesen werden. Ebenso wenig, macht es Sinn alle Ergebnisse von Hubs Forschung wiederzugeben. Zumal auch angemerkt werden muss, dass Hubs Publikation schlecht strukturiert ist und der rote Faden fehlt. Es werden daher nun lediglich einige zentrale Erkenntnisse dargestellt.

Betrachtet man Hubs Forschungsergebnisse, muss man zwischen der israelischen Außen- und Innenpolitik unterscheiden. In der Darstellung der innenpolitischen Berichterstattung über Israel dominieren die Themen Zionismus, Integration von Einwanderern, Demokratie und humanitäre Tradition. Besonders die große Belastbarkeit und Hilfs- und Opferbereitschaft der israelischen Bevölkerung wird immer wieder betont. Ebenso kommt die starke Identifizierung mit dem eigenen Land, immer wieder zur Geltung. Es bleibt in der Berichterstattung aber auch Platz um Selbstkritik von israelischer Seite zu erwähnen. Zumindest ab 1967 wird Israel als demokratisches Land präsentiert, politisch wird es von den meisten Medien als rechts eingestuft. Die Thematik des Holocausts findet sich kaum in der Berichterstattung, womit ein zentraler Faktor und eine wichtige Erklärungskomponente der israelischen Kultur, unbeachtet

bleiben. Dies ist sicherlich eines der überraschendsten Ergebnisse von Hub. (vgl. Hub 1998:182ff).

Die mediale Beschäftigung mit der israelischen Außenpolitik ist, wie auch zu erwarten, deutlich höher als jene mit der israelischen Innenpolitik. Allerdings ist sie von außen schwer analysierbar und dadurch auch sehr differenziert. Gerade die Beschreibung außenpolitische Entscheidungsvorgänge samt den zentralen Akteuren, stellt eine enorme Herausforderung für Medien und Journalisten dar. Auffallend ist jedenfalls, dass bei der Berichterstattung über außenpolitische Entscheidungen immer wieder Bezug auf die USA genommen wird. Israel wird also zwar als funktionierendes Staatswesen beschrieben, der Zustimmung beziehungsweise der Ablehnung der USA, betreffend israelische außenpolitische Agenden, kommt jedoch ein hoher Stellenwert zu. (vgl. ebd)

Die israelische Armee wird über den gesamten Untersuchungszeitraum als sehr positiv angesehen. Die militärische Überlegenheit kommt in fast allen Berichterstattungen zum Ausdruck. Es wird jedoch immer wieder auf die politische Schwäche Israels hingewiesen, die kriegesischen Erfolge auch politisch positiv umwandeln zu können. (vgl. ebd)

Was die Zustimmung zu israelischen Verhalten betrifft, kommt es im Laufe der Jahre immer wieder zu einem Wandel. 1956 werden israelische Angriffe eher kritisch bewertet, 1967 wiederum sehr positiv. Ebenso kritisch wird der Libanonfeldzug gesehen und auch am Kriegsausbruch 1973 wird den Israelis die Schuld gegeben. Im Vergleich zur Darstellung der Innenpolitik Israels, ist die Berichterstattung über die Außenpolitik sehr wertend. Imagewechsel oder –wandel laufen stets in allen Medien parallel. Ein interessantes Ergebnis für die Kommunikationswissenschaft, welches uns die große Bedeutung der kollektiven öffentlichen Meinung erneut vor Augen führt. (vgl. ebd)

Betrachtet man die Untersuchungsergebnisse für die einzelnen Publikationen, lassen sich folgende Unterschiede zwischen den Medien

erkennen. Die positivste Haltung gegenüber Israel nimmt der „Rheinische Merkur“ ein. Als christliches Medium, hält er sich allerdings auch stark an seine politische Grundlinie und den Programmvorschriften, die eine enge Verbundenheit mit Israel betonen. Die arabische Seite kommt dabei eindeutig zu kurz. Der „Rheinische Merkur“ informiert und analysiert allerdings auch am wenigsten, legt dafür aber immer wieder den Fokus auf die Bedeutung der Vorgänge in Nahost für die europäischen Staaten. (vgl.Hub 1998:185f).

Der schärfste Kritiker Israels ist hingegen „Die Zeit“. Sie liefert ein deutlich negatives Bild Israels, allerdings weniger durch Wertungen, sondern durch scharfe Kritik und Unterstellungen. Sie informiert umfassend, aber qualitativ schwach und verschweigt als einziges untersuchtes Medium Bedrohungssituationen für Israel. Im Suezkrieg 1956 betont die Zeit die „besondere Überlebensfähigkeit der jüdischen Rasse“, eine Aussage die eindeutig als antisemitisch einzustufen ist. (vgl.ebd: 186).

„Der Spiegel“ berichtet über punktuelle Themen besonders umfangreich, weist allerdings die größten Werteschwankungen und einen emotional Schreibstil auf. Er gibt kaum aktiv Kritik oder Empfehlungen ab. (vgl.ebd.)

Die Tageszeitungen informieren natürlich allein aufgrund ihres täglichen Erscheinens, am umfangreichsten. Die „FAZ“ legt den Fokus auf die Analyse der israelischen Entscheidungsvorgänge und nicht auf die politische Kultur an sich. In Leitartikeln und Kommentaren werden ausführliche Verhaltensempfehlungen ausgesprochen. Die „FAZ“ ist schwach positiv wertend und hat die wenigsten Wertungsschwankungen. 1967 verlangt sie von Israel alle Gebiete ohne Grenzkorrekturen zurückzugeben und nimmt somit eine Sonderstellung in den untersuchten Medien ein. Des Weiteren legt sie den Fokus häufig auf die wirtschaftspolitischen Auswirkungen für Europa, wie beispielsweise die Erdölversorgung.

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist gekennzeichnet durch einen Informationscharakter und einen Fokus auf die politische

Interessensartikulation. Auf Analyse wird eher verzichtet. Die Haltung gegenüber Israel ist moderat und es findet sich immer wieder Verständnis für die Israelis. (vgl.ebd:187)

9.1.2. Siegfried und Margarete Jäger: „Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus.“

Siegfried und Margarete Jäger untersuchten in ihrer groß angelegten Studie die deutsche Printberichterstattung zu vier zentralen Ereignissen der zweiten Intifada: den Tempelberg Besuch Ariel Scharons (28.09.2000), der Tod des 12 – jährigen Mohammed al – Dura (30.09.2000), die Lynchmorde von Ramallah (12.10.2000), sowie ein Selbstmordattentat auf eine Diskothek in Tel Aviv (01.06.2000). Des Weiteren setzten sie ihre Analyse für den Zeitraum nach dem 11.09.2001 für eine begrenzte Zeit fort, um eventuelle Änderungen in der Berichterstattung, durch die Terroranschläge in den USA, erkennen zu können.

Auch in diesem Fall muss ein gewisses Hintergrundwissen über die besagten Ereignisse, vorausgesetzt werden, beziehungsweise werden an späterer Stelle noch einige allgemeine Informationen zur zweiten Intifada gegeben. An dieser Stelle sollen lediglich die wichtigsten empirischen Ergebnisse von Siegfried und Margarete Jäger festgehalten werden.

Die Autoren untersuchten insgesamt 427 Artikel unterschiedlichster Genres aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, aus der „Frankfurter Rundschau“, aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, aus der „Süddeutschen Zeitung“, aus dem „Tagesspiegel“, aus der „Tageszeitung“, sowie aus der „Welt.“ Es wurde mit der Methode der Diskursanalyse gearbeitet. (vgl. Jäger 2003: 332ff).

Siegfried und Margarete Jäger kamen zu dem Schluss, dass das Image beider Konfliktparteien in der Berichterstattung über die zweite Intifada, negativ charakterisiert ist. Einige negative Zuschreibungen auf Seiten der Israelis, eigneten sich für antisemitische Diskurse.

Negativcharakterisierungen der Palästinenser bezogen sich überwiegend auf den Islam. (vgl.ebd.: 342)

Siegfried und Margarte Jäger konstatieren der deutschen Medienlandschaft eine sehr differenzierte Darstellung der israelischen Bevölkerung, sowie der israelischen Institutionen. Unterschiedlichste Positionen zum Konflikt seien somit vertreten. Dies nützt die deutsche Medienlandschaft auch dahingehend, dass sie Israelis selbst Kritik an Israel üben lässt. Im Gegensatz dazu, fand sich Kritik von Palästinensern an der palästinensischen Politik, übrigens nur äußerst selten. (vgl. ebd: 342)

Negativdarstellungen der israelischen Konfliktpartei, betreffen in der Regel das Militär, die israelischen Siedler, sowie die Person Ariel Scharon. Israel wird als Besatzungsland mit Liquidierungspolitik dargestellt, das Militär als brutal, rücksichtslos, radikal und mordlustig. Militärische Aktionen der Israelis werden in der Regel als Aktionen mit schweren Maschinen, wie Panzern, Raketen, Kampfhubschraubern und ähnlichen beschrieben. Die militärische Überlegenheit der Israelis wird somit immer wieder betont, was oft den Eindruck eines ungerechten Kampfes zwischen zwei ungleichen Parteien, erweckt. Scharon wird in vielen der untersuchten Artikel mit abwertenden Begriffen, wie „Schlächter“, „alter Kriegsverbrecher“, „oberster Brandstifter“, versehen. Er wird oft als unnachgiebig, heuchlerisch oder skrupellos dargestellt. (vgl. Jäger 2003: 343f)

Als Beweis für die Existenz antisemitischer Aussagen in der deutschen Nahostberichterstattung, fanden Siegfried und Margarete Jäger beispielweise den Terminus „hässlicher Israeli“. Dieser bedient sich eindeutig einem alten rassistischen Mythos und der Annahme, dass man einen Juden an seinem Äußeren erkennen könne. Ebenso wurde durch Vergleiche mit den Nationalsozialismus, die deutsche Vergangenheit immer wieder relativiert. Auch fanden sich in den Artikeln Diskurse, die sich des Klischees des machthungrigen Juden bedienten und eine jüdische Verschwörung erwähnten. Dies geschah vor allem in

Zusammenhang mit der USA und deren proisraelischen Lobby. Überraschenderweise fanden sich sogar Diskurse, die dem alten, religiös motivierten Antisemitismus zuzuschreiben sind. Es ist beispielsweise von Heimsuchungen und Schlachten die Rede. Im Fall von getöteten Kindern, lassen einige verwendete Termini, einen Rückschluss auf die biblischen Kindsmorde zu. Der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern, muss auch oft einem Vergleich mit dem Kampf zwischen David und Goliath erhalten. Dieser Vergleich impliziert übrigens interessanterweise, dass die Palästinenser letztendlich Israel besiegen werden. (vgl.ebd: 344ff)

Die Autoren halten natürlich fest, dass sich antisemitische Diskurse keineswegs durchgehend in der deutschen Nahostberichterstattung finden. Dass sich deutsche Medien allerdings immer wieder antisemitischer Vorurteile bedienen oder diese verstärken, ist unübersehbar. Antisemitische Diskurse können auf jeden Fall in unterschiedlichsten Diskursen auftreten und widersprechen sich sogar teilweise. Einerseits werden die Israelis, beispielsweise, gerne als mordend und kriegsgeil beschrieben, andererseits werden sie oft als feige und ängstlich bezeichnet. Siegfried und Margarete Jäger halten an dieser Stelle provokant fest (2003: 346):

„In beiden Fällen ist die Darstellung negativ: Kämpfen sie, sind sie kriegsgeil und brutal, halten sie sich zurück, dann sind sie feige. Offenbar ist es möglich das Bild des Juden stets in einer negativen Perspektive zu zeichnen: Was sie auch tun, sie können mit vorhandenen antisemitischen Zuschreibungen bedacht werden, oder es können solche aktiviert werden.“

Die palästinensische Seite, wird laut Siegfried und Margarete Jägers Studie, medial ebenso negativ bewertet. Oft wird das Bild einer hysterischen, amorphen und rückständigen Masse gezeichnet, deren Handeln von Emotionen gelenkt ist. Vor allem die Organisationen der Hamas, des Dschihad sowie der, Arafat unterstellten Fatah, werden als gefährliche terroristische Gebilde betrachtet. Ebenso wie Scharon, wird auch Arafat eher mit negativen Attributen dargestellt. Die Berichterstattung erweckt das Gefühl, dass er geschwächt ist, seine Anhänger, sowie die diversen Gruppierungen nicht mehr unter Kontrolle hat. Auch wird seinem

Regime gerne Dummheit, Korruption, sowie Unberechenbarkeit, unterstellt. (vgl. Jäger 2003: 347f)

Viele Negativcharakterisierungen der Palästinenser lassen sich als islamophobe Diskurse einordnen. Gewalt wird oft in direktem Zusammenhang mit dem Islam gebracht, wie etwa bei Berichten über das Märtyrertum oder bestimmte explizite Bezeichnungen, wie „radikalislamisch“. Stolz und Ehre, werden oft als typisch islamische Eigenschaften angesprochen. Hinterbliebene von Selbstmordattentätern werden gerne als Menschen dargestellt, die den Täter als Held feiern und davon überzeugt sind, dass dieser nun ins Paradies gelangt. Die Tendenz in der europäischen Gesellschaft, den Islam als direkte Gefahr anzusehen, kann durch solche Diskurse in der Berichterstattung verstärkt werden. (vgl.ebd: 348f.)

Für die Berichterstattung nach 9/11 halten Siegfried und Margarete Jäger (2003:323f) einige Besonderheiten fest. Die Betonung des Unterschiedes zwischen „arabisch – islamischer Terrorwelt“ versus „freiheitlich, zivilisierter, westlicher Welt, habe laut den Autoren zugenommen. Das terroristische Bedrohungsszenario, sowie die Angst vor dem Fremden, nahmen einen zentraleren Stellenwert in der Berichterstattung ein. Auch die negativen Charakterisierungen von Sharon und Arafat nahmen zu. Außerdem wurde das Eingreifen Dritter häufiger gefordert, als zuvor. Einige Positionen fanden sich auch, die Israel eine Mitschuld an den Anschlägen in den USA, unterstellten.

Zusammenfassend halten Siegfried und Margarete Jäger fest, dass die deutsche Berichterstattung über den Nahostkonflikt, vor allem darum bemüht ist, beiden Konfliktseiten mehr oder minder gerecht zu werden. Kritik wird gegenüber beiden Parteien, geäußert. Die Gräueltaten der einen, werden den Gräueltaten der anderen, gegenübergestellt; Opferzahlen verglichen. Was bleibt, ist oft lediglich der Eindruck, dass beide Parteien unzivilisiert, grausam und barbarisch, sind. Außerdem wird die Instabilität einer ganzen Region betont. Der gesamte Nahe Osten wird

als unberechenbare Gefahr mit enormen Risiken, dargestellt. Lediglich Tel Aviv besitzt einen besonderen Status. Häufig, erwecken die deutschen Medien den Eindruck, dass sie sich aufgrund der historischen Vergangenheit der Bundesrepublik, nicht trauen konstruktiv Kritik zu äußern, Stellung zu beziehen oder als Vermittlungsinstanzen aufzutreten. Ebenso gelingt es nicht Empathie mit beiden Konfliktparteien zu zeigen, beziehungsweise sich in deren Situation hineinzusetzen. Auch gute Analysen oder die Bereitstellung von Hintergrundinformation unter Beachtung des gesamten Konfliktes, dürften in der deutschen Medienlandschaft, Mangelware sein. (vgl. Jäger 2003: 350f.)

9.2. Forschungsinteresse

Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich mit der Berichterstattung über die zweite Intifada des Nahostkonfliktes im Nachrichtenmagazin „Profil“. Vor dem Hintergrund des theoretischen Wissens zur Vorurteilsforschung, sowie zum Antisemitismus und Antiislamismus im Speziellen, soll die Darstellung beider Konfliktparteien und deren mediales Image, genau analysiert werden.

Die Untersuchung widmet sich somit hauptsächlich der Frage, ob antisemitische oder islamophobe Diskurse in der Berichterstattung zu finden sind. Ebenso sollen Opfer – Täter – Darstellungen näher beleuchtet werden und Informationen gegeben werden, welche Akteure in der Berichterstattung relevant sind, beziehungsweise eine Stimme verliehen bekommen.

Des Weiteren spielt auch Nadine Bilkes Modell eines konflikt sensitiven Journalismus, eine wichtige Rolle für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit. Diese soll nämlich auch prüfen, in wie weit österreichische Journalisten, in diesem Fall die Journalisten des „Profils“, nach den Kriterien von Bilkes Modell arbeiten.

Folgende drei Themenblöcke standen somit im Fokus der Analyse:

➔ Antisemitische und islamophobe Diskurse

→ Opfer – Täter – Diskurse

→ Konfliktsensitiver Journalismus

Aufgrund einiger Parallelen, zu der bereits beschriebenen Studie von Siegfried und Margarete Jäger (2003), sollen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, im Anschluss auch kurz mit jenen von Siegfried und Margarete Jäger verglichen werden.

9.3. Forschungsleitende Fragen und Thesenbildung

FF 1: Wie werden die beiden Konfliktparteien im Nachrichtenmagazin „Profil“ dargestellt, beziehungsweise sind antisemitische oder islamophobe Diskurse in der Berichterstattung zu finden?

T 1.1.: Es lassen sich antisemitische Diskurse, beziehungsweise Rückgriffe auf den Holocaust in der „Profil“ Berichterstattung finden.

T 1.2.: Die Betonung von Gefahr, Terrorismus, Märtyrertum und religiösem Fanatismus, sind als islamophobe Strukturen, in der „Profil“ Berichterstattung erkennbar.

FF 2: Wie gestaltet sich die Darstellung von „Opfer – Täter – Positionen“ im Nachrichtenmagazin „Profil“, beziehungsweise welcher der beiden Konfliktparteien wird das Scheitern von Friedensverhandlungen eher zugeschrieben?

T 2.1.: Die Berichterstattung über Anschläge und Attentate folgt im Wesentlichen dem Muster „Schlag – Gegenschlag“, Angriffe beider Konfliktparteien werden einander, unter genauer Nennung der jeweiligen Opferzahlen, gegenübergestellt, eine generelle Schuld am Scheitern des Friedensprozesses wird allerdings eher den Israelis zugeschrieben.

T 2.2.: Wird der Nahostkonflikt im Gesamtkontext betrachtet, ohne auf bestimmte einzelne Ereignisse einzugehen, findet sich in der Berichterstattung mehr Sympathie und Mitleid für die Situation der Palästinenser, als für jene der Israelis.

T 2.3.: Islamistische Selbstmordanschläge werden im Kontext des Nahostkonfliktes weniger hart verurteilt, als in anderen Zusammenhängen.

FF 3: Schafft es „Das Profil“ Elemente eines konflikt sensitiven Journalismus nach Nadine Bilke in seine Berichterstattung zu integrieren?

T 3: In der Nahostberichterstattung des „Profils“ finden sich kaum Elemente eines konflikt sensitiven Journalismus, es dominieren Kriterien der klassischen Kriegsberichterstattung.

9.4. Methodenwahl – die Diskursanalyse

Mit ihren unterschiedlichsten Ansätzen und Forschungstraditionen, hat sich die Diskursforschung in den letzten Jahren, als qualitative Methode der Sozialwissenschaft, interdisziplinär etabliert.

Keller (2007: 7) definiert Diskursforschung wie folgt:

„Die sozialwissenschaftliche Diskursforschung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Sprechen / Schreiben als Tätigkeit bzw. soziale Praktiken und der (Re-) Produktion von Sinnsystemen / Wissensordnungen, den darin eingebundenen sozialen Akteuren, den diesen Prozessen zugrunde liegenden Regeln und Ressource sowie ihren Folgen in sozialen Kollektiven.“

Die Diskursanalyse geht somit einen Schritt weiter als eine reine Inhaltsanalyse und fragt vor allem danach, warum ein Text so geschrieben ist, wie er es ist, welche Gründe oder Ursachen dies hat und welche Folgen dies auslösen kann. Es wird also nicht nach dem bloßen Vorhandensein von Inhalten gesucht, sondern nach Diskursen.

Die Diskursforschung stellt ein äußerst heterogenes Feld der Sozialforschung dar. Ihre Umsetzung hängt stets von den gegebenen

theoretischen Fragestellungen ab.

Laut Keller (2007: 8) haben jedoch alle Formen der Diskursanalyse folgende gemeinsame Merkmale:

- ➔ Sie beschäftigen sich mit dem tatsächlichen Gebrauch von Sprache und anderen Symbolformen in gesellschaftlichen Praktiken.
- ➔ Sie betonen, dass durch Zeichengebrauch Bedeutungen sozial konstruiert werden und gesellschaftliche Realität konstituiert wird.
- ➔ Sie unterstellen, dass einzelne Interpretationspassagen als Teile eine umfassenden Diskursstruktur verstanden werden können, die durch spezifische institutionelle und organisatorische Kontexte, erzeugt und stabilisiert wird.
- ➔ Sie gehen davon aus, dass der Gebrauch von symbolischen Ordnungen rekonstruierbaren Regeln des Deuten und Handelns unterliegt.

Die Diskursforschung, wurde vor allem durch Michel Foucault stark geprägt. Dieser beschäftigte sich in seinen Werken immer wieder mit dem Begriff „Diskurs“. Foucault geht davon aus, dass Diskurse durch Macht, Wissen und Wahrheit konstituiert werden. Er versteht einen Diskurs nicht als ein Stück Text oder eine Gruppe von Zeichen, sondern als die Gesamtheit der Aussagen, die das Subjekt des Diskurses zum „Objekt“ gewählt hat. (vgl. Mills 2007: 18, zit. nach Foucault 1981:46) Ein Diskurs ist somit nichts, das für sich und aus sich selbst heraus existiert. Er kann demzufolge auch nicht isoliert analysiert werden. Ein Diskurs ist nach Foucault als etwas zu sehen, das etwas anderes produziert, wie zum Beispiel eine Äußerung, eine Geste, ein Konzept. Eine diskursive Formation kann aufgrund des systematischen Vorkommens von Ideen, Meinungen, Konzepten und Denk- beziehungsweise Verhaltensweisen innerhalb eines bestimmten Kontextes entdeckt werden. (vgl. Mills 2007: 18f)

Diskursforschung ist demzufolge vor allem Interpretationsarbeit. Sie produziert nicht Wahrheit an sich, sondern lediglich Aussageereignisse, die selbst natürlich Teile des untersuchten Diskurses darstellen. Der Forscher muss sich also stets bewusst sein, dass er selbst Teil des Diskurses ist und ebenso Realität konstruiert.

Für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit greift eine bloße Inhaltsanalyse sicherlich zu kurz, denn gerade Vorurteile und Stereotype werden in unserer Gesellschaft diskursiv konstruiert, transportiert und aufrechterhalten. Oft spielen Medien dabei eine entscheidende Rolle. Die entsprechenden Diskurse sind allerdings in der Regel nicht auf den ersten Blick erkennbar, sondern durch Metaphern und Symbole verschleiert. Um diese zu erkennen, bedarf es daher einer gezielten Bearbeitung des Untersuchungsmaterials, vor allem wenn es sich um gesellschaftlich problematische Themen, wie dem Antisemitismus oder der Islamophobie handelt. Die Diskursanalyse erscheint mir daher als passendste Methode für die nachfolgende Untersuchung.

Was die Vorgehensweise bei einer Diskursanalyse betrifft, gibt es keinem allgemein gültigen und verbindlichen Schritte. Die Zugangsweise ist äußerst offen und lässt dem Forscher viel Raum für eigene Ideen und Kreativität. Die vorliegende Untersuchung verlief in folgenden Schritten, wobei sich die entsprechenden Orientierungspunkte in den Ausführungen von Reiner Keller (2007) fanden.

1. Theoretische Einarbeitung in die Themen des Diskurses und Aneignung der entsprechenden Hintergrundinformationen
2. Generierung der Forschungsfragen und Thesen
3. Datenauswahl
4. Mehrmaliges einfaches Lesens des gesamten Datenmaterials inklusive erster Auswertungen, der als wichtig erscheinenden Informationen

5. Auswahl entscheidender Diskurspassagen für eine Feinanalyse
6. Durchführung der Feinanalyse in Anlehnung an Leitfragen und unter Verwendung von Memos, Kommentaren und Codes
7. Schriftliches Festhalten der analysierten Erkenntnisse des einzelnen Textes
8. Zusammenführung der einzelnen Erkenntnisse
9. Schriftliche Interpretation der Ergebnisse und Rückschluss auf die Forschungsfragen

9.5. Auswahl der Analyseeinheiten

Aufgrund der Komplexität und der langen Historie des Nahostkonfliktes, verlangt seine wissenschaftliche Untersuchung eine Reihe von Einschränkungen und Grenzziehungen. Der Nahostkonflikt stellt einen Konflikt dar, der über weite Teile nicht unmittelbar von kriegerischer Natur, ist. In diesen Phasen, könnte man beispielsweise die Berichterstattung über die israelische Siedlungspolitik untersuchen, würde aber keine Kriegsberichterstattung im klassischen Sinne, finden.

Die zweite Intifada wurde aus folgenden Gründen als Untersuchungszeitraum festgelegt:

- ➔ Es handelt sich um einen klar abgrenzbaren Zeitraum (28.09.2000 – 08.02.2005)
- ➔ Es handelt sich um die letzte große kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten
- ➔ Durch Siegfried und Margaretes Studie aus dem Jahr 2003 sind zumindest Forschungsergebnisse aus der Bundesrepublik Deutschland für einen Vergleich vorhanden

Im nächsten Schritt musste festgelegt werden welche österreichischen Printmedien untersucht werden sollen. Die Entscheidung, den österreichischen Magazinjournalismus unter die Lupe zu nehmen wollen, kann argumentativ, wie folgt begründet werden:

- ➔ Im Gegensatz zu Texten aus Tageszeitungen, sind die Artikel deutlich länger und somit ergiebiger für die Analyse von komplexen Diskursen
- ➔ Aufgrund anderer Ressourcen und Genres findet sich im Magazinjournalismus mehr Raum für die Aufbereitung von Hintergrundinformationen und komplexen Analysen - Faktoren, die zum Beispiel im Modell des konfliktsensitiven Journalismus, eine bedeutende Rolle spielen
- ➔ Durch den wöchentlichen Erscheinungsrhythmus, war die Anzahl der zur Verfügung stehenden Artikel bereits übersichtlicher, als im Falle der Tageszeitungen

Innerhalb des Magazinjournalismus fiel die Wahl rasch auf das Nachrichtenmagazin „Profil“. Für diese Entscheidung sprachen mehrere Gründe.

- ➔ Das „Profil“ bezeichnet sich selbst als unabhängiges Nachrichtenmagazin Österreichs für Politik, Wirtschaft, Außenpolitik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur. In der Ausgabe Nr. 31 aus dem Jahr 2003, erschienen am 28.07.2003, wurde die erweiterte Blattlinie des „Profil“ gemäß §25 Abs. 4 Mediengesetz, publiziert. Diese beinhaltete für den Bereich der Außenpolitik folgende Ausführungen

Zentraler Bestandteil sind auch Reportagen, Analysen und Berichte über internationale Politik, Friedensabkommen, Kriege und Krisen, sowie deren Opfer und Überlebende, über einzelne Staaten wie etwa Afghanistan, Deutschland, England, Frankreich, Irak, Israel, Italien, Russland, Spanien, USA, Australien und andere Staaten Afrikas, Amerikas, Asiens, Europas und des Nahen Ostens sowie über die EU, EU-Beitrittskandidaten, NATO, UNO, EU-Kommission und das EU-

Parlament; Ferner Analysen, Berichte und Enthüllungen über außenpolitische Ereignisse, internationale Persönlichkeiten und Staatsoberhäupter sowie über Persönlichkeiten der Zeitgeschichte.

Als Beispiele für den letzten Absatz, werden unter anderem auch, Jassir Arafat und Ariel Sharon genannt

- ➔ Durchforstet man die Berichterstattung des „Profil“ aus den letzten Jahren, findet man eine enorme Anzahl an Kommentaren und Meinungen zu Geschehnissen, die Ereignisse im Nahen Osten betreffen, beziehungsweise sich mit antisemitischen Diskursen oder dem Islam auseinandersetzen. Vor allem Christian Rainer und Georg Hoffmann – Ostenhof beschäftigen sich intensiv mit diesen Thematiken und führen durchaus kontroverse Diskussionen. Zwei der wichtigsten Köpfe des „Profils“ zeigen also eine besondere Affinität zum festgelegten Untersuchungsgegenstand.
- ➔ Mit Robert Treichler besitzt das „Profil“ einen Redakteur im Außenpolitikressort, der den Nahen Osten bereits als Redakteur bereiste und der sich seit vielen Jahren mit dem Konflikt auseinandersetzt. Ebenso arbeitet man immer wieder mit Inge Günther, der Israel Korrespondentin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zusammen. Sie wurde für ihre Israel - Berichterstattung mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Das „Profil“ verfügt somit über gute redaktionelle Ressourcen im außenpolitischen Bereich.
- ➔ Das „Profil“ wird oft mit dem deutschen „Spiegel“ verglichen. Da dessen Berichterstattung, vor allem im Kontext des Islams, in vielen wissenschaftlichen Studien, heftig kritisiert wird, erscheint es spannend, welches Urteil über das österreichische Pendant zu fällen ist.

Das „Profil“ berichtet sehr regelmäßig über den Nahen Osten. Um nicht Birnen mit Äpfeln zu vergleichen, musste die Auswahl somit nach gewissen Regeln, verlaufen. Die Schritte, die letztendlich zur Auswahl der sechs

analysierten Artikel führte, sollen nun step by step wiedergegeben werden um eine gewisse Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.

Für die vorliegende Arbeit wurde mit der elektronischen Datenbank WISO recherchiert. Diese archiviert Zeitungen und Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum und geht teilweise bis ins Jahr 1983 zurück. Der Zugriff auf diese Datenbank ist online über die österreichische Nationalbibliothek möglich.

Für die Suche wurde der Zeitraum von 07.09.2000 bis 29.02.2005 ausgewählt. Dieser umfasst somit auch die drei Wochen vor dem offiziellen Auslöser für die zweite Intifada und die drei Wochen nach dem offiziellen Ende. Somit konnte die Vor- beziehungsweise Nachberichterstattung ebenso gefiltert werden.

Für den genannten Zeitraum wurde das Schlagwort „Israel“ in die Suchmaske eingegeben. In allen redaktionellen Ressorts ergab die Suche 710 Treffer, nur 250 stammten allerdings aus dem Auslandsresort und wurden für die weitere Auswahl gespeichert. Von den 250 Artikeln stand etwa die Hälfte thematisch nicht im direkten Zusammenhang mit Israel. Nachdem diese ebenfalls eliminiert wurden, blieben 138 Artikel zur Verfügung.

Auffallend war, dass sich viele Interviews unter den Suchtreffern fanden. Die Interviewpartner waren größtenteils kritische Israelis, Intellektuelle, Schriftsteller oder Friedensaktivisten. Es fanden sich aber auch Interviews mit Vertretern der palästinensischen Konfliktpartei, mit Politikern oder mit UN Generalsekretär Kofi Annan. Ebenso fanden sich einige Essays, die von Personen außerhalb der offiziellen „Profil“ Redaktion verfasst wurden. Da die Untersuchung sich der Arbeit der „Profil“ Redakteure widmen sollte, wurden auch die Interviews, sowie die externen Beiträge, nicht weiter verfolgt.

Es verblieben 98 Artikel, die jedoch inhaltlich immer noch stark variierten. Viele beschäftigen sich mit der Wiederwahl Ariel Sharons, dem Tod von

Jassir Arafat oder anderen innerpolitischen, beziehungsweise gesellschaftlichen Thematiken. Nach einem weiteren Filtervorgang, wurden lediglich jene weiterverwendet, die sich konkret mit Auseinandersetzungen und Entwicklungen der zweiten Intifada beschäftigten. Somit konnte die Anzahl der möglichen Analyseeinheiten auf 45 reduziert werden. Aus diesen wurden schließlich sechs Artikel für die Diskursanalyse ausgewählt.

Besondere Entscheidungskriterien waren die Länge der Artikel, sowie ihre Eignung für das Forschungsinteresse. Es wurde nach dem Prinzip der minimalen Kontrastierung vorgegangen, sprich nach der Auswahl eines bedeutsamen Textes wurde nach vergleichsweisen ähnlichen Artikeln, gesucht. Eine solche Auswahl kann natürlich niemals völlig objektiv und gelöst von eigenen Überzeugungen und Weltanschauungen erfolgen. Dieser Tatsache, war ich mir während des gesamten Forschungsprozesses, stets bewusst und ich habe diese auch immer wieder kritisch hinterfragt. Die vorliegende Arbeit soll somit keineswegs allgemeingültige Aussagen liefern, sondern lediglich einen kleinen Ausschnitt der Berichterstattung kritisch und qualitativ untersuchen und somit eventuell einen Anreiz für größer angelegte Forschungsarbeiten schaffen, beziehungsweise neue Thesen generieren.

Da die WISO Datenbank nicht alle Artikel auch mit Bildmaterial gespeichert hält, wurden Fotos und graphische Abbildungen bei der Analyse nicht berücksichtigt. Die Wirkungsweise und die Macht von Fotos, gerade in der Kriegsberichterstattung, ist sicherlich ein enorm spannendes Thema, fällt aber nicht in den theoretischen Rahmen dieser Arbeit und wurde somit auch bei der Formulierung des Erkenntnisinteresses, sowie der Forschungsfragen, explizit ausgeklammert.

9.6. Leitfaden für die Analyse

Für die Beantwortung der gestellten Forschungsfragen, beziehungsweise zur Überprüfung der gebildeten Thesen, spielten bei der Analyse der

ausgewählten Artikel, folgende Fragestellungen eine Rolle. Es handelt sich hierbei um eine bloße Auflistung relevanter Themen ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Allgemeine Informationen

- Erscheinungsdatum
- Seitenangabe
- Wortanzahl
- Redakteur
- Thematischer Inhalt

2. Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

- Werden die Israelis als homogene oder als heterogene Gruppe dargestellt?
- Welche israelischen Akteure spielen eine Rolle? (Politiker, Zivilisten, Militär, Journalisten, Experten usw)
- Mit welchen Attributen und Eigenschaften werden die Israelis versehen? (z.B.: strategisch, organisiert, brutal, berechnend, gefährlich usw.)
- Sind Israelis mit Eigenschaften oder Stereotypen versehen, die antisemitischen Charakter besitzen, beziehungsweise auf religiöse, wirtschaftliche, politische oder rassistische Mythen verweisen? (z.B.: Feigheit, Hinterlistigkeit, wirtschaftlichen Einfluss, Macht usw.)
- Finden sich Vergleiche mit dem Holocaust in der Berichterstattung?
- Wird nationalsozialistisches Vokabular verwendet?
- Finden sich antizionistische Diskurse in der Berichterstattung?
- Finden sich philosemitische Diskurse in der Berichterstattung?

→ Wie wird die Thematik „Israelkritik“ behandelt und gehandhabt?

3. Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

→ Werden die Palästinenser als homogene oder heterogene Gruppe betrachtet?

→ Welche palästinensischen Akteure spielen eine Rolle (PLO, radikale Gruppierungen wie die Hamas, Zivilisten, Selbstmordattentäter, Experten)

→ Mit welchen Attributen und Eigenschaften werden die Palästinenser versehen? (z.B.: religiös, mutig, furchtlos, brutal, machtlos usw.)

→ Wie bedeutend ist der Islam in der Berichterstattung?

→ Finden sich religiöse Symboliken in der Berichterstattung?

→ Wie wird mit der Thematik „Terrorismus“ umgegangen?

→ Wird die Angst vor dem Islam weiter geschürt?

→ Wird das Leben der zivilen Bevölkerung geschildert?

4. Opfer – Täter – Diskurse

→ Wer sind die Akteure von Gewalt?

→ Von welchen Akteuren geht Gefahr aus?

→ Wer sind die Opfer?

→ Wie werden die Opfer dargestellt? (Nennung von Namen, Opferzahlen, Unterschiede zwischen einzelnen Opfern)

→ Kommt es zur Personalisierung von einzelnen Akteuren?

→ Kommt es zur Personalisierung und Emotionalisierung von Opfern?

→ Werden die Anschläge beider Konfliktparteien gegenübergestellt?

→ Wie werden Selbstmordanschläge bewertet?

- Wie wird das israelische Militär dargestellt?
- Wird für eine Konfliktpartei mehr Verständnis und Sympathie gezeigt als für die andere?
- Wem wird das Scheitern von Friedensprozessen zugeschrieben?
- Vertreter welcher Konfliktparteien kommen zu Wort?

5. Andere Akteure

- Welche ausländischen Akteure spielen eine Rolle?
- Das Bündnis Israelis mit der USA
- Rolle und Einfluss der EU
- Wer interveniert und verhandelt im Friedensprozess?
- Rolle der ausländischen Medien

6. Konfliktsensitiver Journalismus (anhand der einzelnen Kriterien eines konflikt sensitiven Journalismus nach Bilke)

- Konfliktsensitivität:

Zeigt der Journalist Empathie?

Liegt dem Artikel ein „Schwarz – Weiß – Denken“ zu Grunde oder ist das Prinzip von „greyness“ erkennbar?

Werden Eskalationsmechanismen geschildert?

Werden Lösungsformen und Bearbeitungsstrategien angeboten?

- Wahrhaftigkeit

Sind die Entstehungsbedingungen des Artikels erkennbar?

Besitzt der Artikel Transparenz?

Werden Widersprüche aufgezeigt?

Bleiben Fragen offen?

➔ Richtigkeit

Wird die Pluralität von Meinungen und Positionen sichtbar?

Liefert der Artikel Hintergrundinformationen?

Wird Berichtetes auf Plausibilität geprüft?

Wird PR und Propaganda erkannt?

➔ Relevanz

Welche Selektionsmechanismen verwendet der Text?

Ist Pluralität gegeben?

Werden Lösungen angeboten?

Wird der Konfliktverlauf richtig verortet?

Wird ein besonderes Augenmerk auf die Menschenrechte gelegt?

Welches Agenda Setting liegt dem Text zu Grunde?

➔ Vermittlung

An welche journalistische Darstellungsform erinnert der Text?

Werden Metaphern und Symboliken verwendet?

Welches journalistische Selbstverständnis verbirgt sich hinter dem Text?

Handelt es sich um eine eher aktive oder eher passive Berichterstattung?

Ist der Text eher subjektiv oder eher objektiv gestaltet?

Werden Zitate angegeben?

Werden so genannte „Großbegriffe“ verwendet?

Sind Quellen und Entstehungskontext transparent?

Was sagt die gewählte Überschrift aus?

9.7. Hintergrundinformation zur ersten und zweiten

Intifada

Bevor mit der schriftlichen Darstellung der Analyse der einzelnen Artikel begonnen wird, sollen einige Hintergrundinformationen zur zweiten Intifada, festgehalten werden.

Der Begriff „Intifada“ ist aus dem Arabischen mit den Begriffen „Aufstand“ oder „abschütteln“ zu übersetzen. Die erste und die zweite Intifada sind als langjährige Phasen des Aufstandes der Palästinenser gegen die Israelis, in die Geschichte des Nahostkonfliktes, eingegangen.

Die erste Intifada brach Ende 1993 aus und diente vor allem dazu, die Weltöffentlichkeit über das Schicksal der Palästinenser zu informieren. Die Palästinenser verwendeten viele friedliche Formen des Aufstandes. Sie hielten beispielsweise Generalstreike ab, verteilten Flugblätter, veranstalten Demonstrationen, verweigerten die Bezahlungen von Steuern, boykottierten israelische Produkte und gründeten Hilfsorganisationen um sich gegenseitig zu unterstützen. Gewalt fand vor allem durch das Werfen von Steinen statt, da die Palästinenser zu diesem Zeitpunkt noch kaum über Waffen verfügten. Auch die Hamas, der Dschihad oder die Fatah waren noch kaum organisiert und verfügten über wenig Einfluss.

Die Israelis reagierten auf die Aufstände, neben gewaltsamen Aktionen vor allem mit der Zerstörung von palästinensischen Häusern und landwirtschaftlichen Flächen, sowie mit Ausgangssperren und der Schließung von öffentlichen Einrichtungen. Die erste Intifada wurde im September 1993 durch das Oslo – Abkommen beendet, durch welches die Palästinenser mehr Autonomie und Möglichkeiten zur Selbstverwaltung erhielten. Der so genannte Friedensprozess von Oslo beinhaltet in Folge

eine Reihe von weiteren Abkommen zwischen den beiden Konfliktparteien, die die Verwaltung und Regierungskompetenzen im Westjordanland, sowie im Gazastreifen regelten. Nach einigen Jahren geriet der Friedensprozess allerdings erneut ins Stocken, 2000 fand ein letztes Treffen zwischen den beiden Konfliktparteien in den USA statt. Dieses ging als Camp David II in die Geschichte ein, musste aber ohne Erfolge abgebrochen werden. Somit war der Weg frei für die zweite Intifada.

Als Auslöser für den Ausbruch der zweiten Intifada, diente letzten Endes der Besuch Ariel Scharons am Jerusalemer Tempelberg am 28.09.2000. Der Tempelberg gilt als einer der heiligsten Orte der Moslems und wird auch von den Palästinensern verwaltet. Im Gegensatz zur ersten Intifada, verlief die zweite Intifada deutlich brutaler und gewalttätiger. Auf Seiten der Palästinenser wurden Selbstmordanschläge zum bedeutendsten Mittel des Anschlages. Die einzelnen Organisationen der Palästinenser, wie die Hamas oder die Fatah, waren mittlerweile fast parteiähnlich strukturiert und verfolgten radikalere Ziele. Die Israelis erhöhten ihr Gewaltpotential, vor allem durch groß angelegte strategische Militärationen, sowie gezielte Tötungen von mutmaßlichen Terroristen. 2003 baute Israel einen 750 Kilometer lange Sperranlage rund um das Westjordanland, um Attentäter abzuhalten. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser wurde massiv eingeschränkt, ihre wirtschaftliche Situation verschlechterte sich zunehmend.

Die internationale Weltöffentlichkeit berichtete rege über die zweite Intifada und auch die politische Öffentlichkeit reagierte. Das so genannte Nahostquartett beinhaltete Mitglieder aus den USA, aus Russland, aus der EU, sowie von der UNO. Dieses entwickelte eine „Roadmap“, sprich einen Friedensfahrplan, der ein friedliches Nebeneinander Israels mit einem unabhängigen palästinensischen Staat fordert. Dieser Friedensfahrplan wurde phasenweise immer wieder mal eingehalten, doch ebenso immer wieder von beiden Parteien gebrochen. Israel änderte nichts an seiner Siedlungspolitik und gewisse Organisationen der Palästinenser, wie die Hamas, verweigerten weiterhin die Existenz Israels anzuerkennen.

Trotzdem vereinbarten Israels Premier Scharon, sowie der neue Palästinenserpräsident Abbas, am 08.02.2005 einen Waffenstillstand. Mit diesem endete die zweite Intifada. In den Zeitraum der zweiten Intifada fielen unter anderem die Terroranschläge auf die USA vom 11.09.2001, sowie der Tod Jassir Arafats. Das „Profil“ (28.02.2005) spricht von etwa 1000 israelischen Opfern, sowie etwa 3000 palästinensischen Opfern.

9.8. Analyse der Artikel

9.8.1. Artikel A

Allgemeine Informationen

Headline: „Fast Krieg“

Ausgabe: Profil Nr. 33

Seite: 60

Erscheinungsdatum: 13.08.2001

Wortanzahl:1325

Verfasser: Robert Treichler

Thematischer Inhalt: Selbstmordattentat auf eine Jerusalemer Pizzeria – israelische Kampfflugzeugattacken – die Terrorbekämpfungsstrategie der Israeli

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Der Artikel legt seinen Fokus auf die Beschreibung der israelischen Antiterrorstrategie. So verfolgt die israelische Armee einen klaren Auftrag:

„die Köpfe des palästinensischen Terrorismus zu töten, um damit den Terror auszulöschen“ (Artikel A/ Zeile 36-37)

Das Vorgehen des israelischen Militärs wird als konsequent und gezielt beschrieben. Nach dem Anschlag auf die Jerusalemer Pizzeria werden die Anschläge der Israelis unstrukturierter als in der Vergangenheit dargestellt. Sicherheitsminister Landau wird zweimal, Justizminister Sheerit einmal zitiert. Beide befürworten die militärischen Gegenschläge. Sheerit spricht vom „grundlegenden Recht Israels auf Selbstverteidigung“. Landau will die Terrorbekämpfung sogar noch intensivieren. Der Artikel zählt einige Punkte auf, die für die Richtigkeit der militärischen Optionen spricht, was vorerst das Gefühl gibt, der Autor würde diese unterstützen.

Erst spät kommt er zu der Conclusio:

„so viele Gründe man für die israelische Strategie ins Treffen führen mag, der gewichtigste Einwand lautet: Sie funktioniert nicht, weil sie nicht funktionieren kann.“ (Artikel A/Zeile 130-132)

Allerdings weist der Autor auch schon zu Beginn des Artikels auf diese Tatsache hin:

„Israel kann mit militärischen Mitteln den Kampf gegen die Attentäter nicht gewinnen – und versucht es trotzdem.“ (Artikel A/Zeile 4-5)

Der Autor hinterfragt somit den Sinn der israelischen Terrorbekämpfung und hält diese für aussichtslos. Eine andere Strategie als eine militärische, wird den Israelis offenbar nicht mehr zugetraut.

„Doch dass Israel militärisch zurückschlagen würde, war klar.“ (Artikel A/Zeile 151-152)

Die israelische Bevölkerung wird ein Mal erwähnt: 70% der israelischen Juden befürworten die offizielle Tötungsstrategie, schreibt der Autor und bezieht sich dabei auf eine Umfrage von „Peace Index“. Israelis, die die Tötungsstrategie nicht befürworten (glaubt man der Umfrage von Peace Index zumindest 30% der israelischen Bevölkerung) erhalten in diesem Artikel keine Stimme.

Es finden sich keine antisemitischen Diskurse im Text. Für die Tötungsstrategie der Israelis wird zwei Mal der Terminus „präventive Tötungen“ verwendet. Des Weiteren wird erwähnt, dass die israelische Regierung moralische Einwände in den Wind schlägt und ihre Strategie ohne großes Risiko für die eigenen Soldaten durchgeführt werden könne.

Auch die Macht der Israelis über die Palästinenser wird im Text sichtbar. Weist der Autor doch auf die Tatsache hin, dass Israel Palästina jederzeit Strom und Wasser abdrehen, beziehungsweise Wirtschaft und Verkehr lahm legen könne.

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Die Palästinenser werden in diesem Artikel klar auf ihre extremistischen Strukturen reduziert. Das Selbstmordattentat der Hamas auf die Jerusalemer Pizzeria wird als Racheakt für, bei israelischen Bombenangriffen getötete extremistische Palästinenser, bezeichnet. Die Extremisten werden als furchtlos und von niedrigeren Instinkten geleitet, beschrieben. Ihre Darstellung gleicht jener einer wild gewordenen Horde von Tieren, wie folgende Textstellen belegen.

„Der Rachschor war auf bestialische Weise erfüllt, die Terrorgruppe Dschihad - Heiliger Islamischer Krieg“ beglückwünschte den Täter posthum zu seiner Leistung.“(Artikel A/Zeile 12-14)

„Die jungen Männer auf der Straße zeigen sich fanatisch, aufgeputscht und zum Märtyrertod bereit“(Artikel A/Zeile 113-114)

„Damit ist die Bahn frei für die Extremisten. Sie fürchten die israelische Armee nicht, und auf ihre Instinkte ist, wie man weiß, Verlass.“(Artikel A/Zeile 185-186)

Die Darstellung der Israelis versus jene der Palästinenser gibt immer wieder das Gefühl, dass eine hochentwickelte Gesellschaft der Israelis dem primitiven Volk der Palästinenser gegenübersteht.

„Die Fronten sind klar, [...]: die Palästinenser ballen die Fäuste zum bewaffneten Kampf, Israel vertraut auf die High Tech Waffen seiner Armee.(Artikel A/Zeile 119-120)“

„Die Bombe die er [Anmerkung SR: der Selbstmordattentäter] bei sich trug, war von simpler Bauart [...]. Derartige perfide Aktionen sind somit so oft wiederholbar, sooft sich ein lebensmüder Freiwilliger findet.“(Artikel A/Zeile 144-146)

Der Autor zeigt jedoch auch auf, dass Israel einen Fehler begeht, in dem es innerhalb des palästinensischen Lagers nicht mehr differenziert und alle Palästinenser in eine Schublade steckt. Er kritisiert, beispielsweise, die Besetzung des Orient - Hauses, da dort *„keine Terrorpläne geschmiedet werden, sondern Verhandlungsoptionen.“*(Artikel A/Zeile: 177-178)

Opfer – Täter – Diskurse

Die Opfer der israelischen Antiterrorstrategie werden sehr genau dargestellt. Es werden Angriffe auf Führer der Fatah – Bewegung, sowie der Hamas geschildert. Bei einem dieser Angriffe wurden auch vier weitere Personen, darunter zwei kleine Buben, getötet. Der Text gibt an, dass rund 60 Personen von der israelischen Armee liquidiert wurden, betont aber auch, dass es sich dabei um palästinensische Zahlen handelt.

Beim Selbstmordanschlag auf die Jerusalemer Pizzeria wird angegeben, dass der Täter, 15 Menschen mit sich in den Tod riss.

Kritisch geschildert, wird der Todesfall eines palästinensischen Lehrers, der bei einem Helikopterangriff der israelischen Armee getötet worden war und laut dieser ein Terrorist gewesen sein soll. Der Autor beruft sich dabei auf die israelische Zeitung „Ha` aretz“ und den Knesset - Abgeordneten Avshalom Vilan, gemäß dessen Recherchen, der getötete Lehrer in keiner Verbindung zu Hamas – Aktivitäten stand. Es wird also auch israelischer Kritik an der eigenen Vorgehensweise, Platz gelassen. Treichler nennt den Namen des Opfers und betont, dass er zehnfacher Vater war. Leichte

Spuren von Personalisierung und Emotionalisierung sind somit festzuhalten.

„Der zehnfache Vater starb als Terrorist“ (Artikel A/Zeile:90)

Was mögliche Friedensbemühungen betrifft, ist der Text generell pessimistisch, ohne eine der beiden Konfliktparteien für das Scheitern, verantwortlich zu machen.

„Der Waffenstillstand hatte ohnehin nie gehalten, aber mit dem Pizzeria – Attentat ist auch die Hoffnung zerstört, zumindest so grausame Anschläge wie die Bombe vor der Diskothek in Tel Aviv am 1. Juni seien geächtet.“ (Artikel A/Zeile 17-19)

„Die Fronten sind klar, Friedensbemühungen kein Thema.“ (Artikel A/Zeile 119)

Auch in Punkto Friedensbemühungen, zitiert der Autor, Ergebnisse der Peace Index Umfrage. Laut dieser wäre für 61% der Israelis ein Friedensschluss außer Reichweite, 60% sprächen sich aber dennoch für Verhandlungen aus. Ebenso findet sich im Text allerdings auch die Anmerkung, dass durch den jüngsten tödlichen Anschlag, die Mehrheit der Israelis wieder Rachegelüste hege und statt neuerlichen Verhandlungen für eine militärische Besatzung der palästinensisch verwalteten Gebiete plädiere.

Andere Akteure

In diesem Text spielen weder die EU noch die USA eine Rolle. Keiner der beiden wird auch nur erwähnt.

Erwähnt werden die Friedensbewegung „Peace Now“ und internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch. Diese werden als „Randgruppen“ bezeichnet, die moralische Einwände gegen die israelische Antiterrorstrategie, laut kundtun.

Mehrmals bezieht sich der Autor auf israelische Tageszeitungen, ausländische Medien werden nicht genannt.

Die israelische Botschaft in Wien wird einmal zitiert und zwar im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den palästinensischen Lehrer.

Konfliktsensitiver Journalismus

Treichler zeigt in diesem Artikel wenig Empathie, am ehesten noch für den getöteten palästinensischen Lehrer. Auch aus „Schwarz – Weiß – Denkmustern“ kann sich der Autor nicht wirklich befreien. Er stellt die Antiterrorstrategie der Israelis den Rachegelüsten der palästinensischen Extremisten gegenüber. Andere Sichtweisen finden sich leider nicht. Auch die Tatsache, dass vier Mal israelische Politiker zitiert werden und kein einziger Palästinenser zu Wort kommt, spricht nicht für eine Pluralität der Meinungen.

Dem Leser werden die Gründe, warum Israel an seiner militärischen Logik festhalten muss, gut aufbereitet, näher gebracht. Auch wenn Treichler betont, dass die israelische Strategie nicht funktionieren wird, stellt er keine friedensfördernde Alternativen vor. Der Artikel macht den Anschein, dass Friedensbemühungen zurzeit völlig aussichtslos sind. Menschenrechtsorganisationen, die sich für diese Friedensbemühungen einsetzen, bezeichnet Treichler als Randgruppen und betont somit deren Ohnmacht im Nahen Osten.

Eskalationsmechanismen schildert Treichler, in dem er dem Leser näher bringt, warum Israel in die Sackgasse geraten ist. Er weist auf den Fehler Israelis hin, Arafat als den Drahtzieher des Terrors anzusehen und im palästinensischen Lager nicht mehr zu differenzieren.

Treichler kennzeichnet alle Zitate korrekt und verweist stets auf die Herkunft seiner Daten. Bei Opferzahlen gibt er beispielsweise an, wenn es sich um Angaben der Israelis oder Palästinenser handelt, die nicht überprüft werden können. Ergebnisse aus dem Peace Index sind ebenso gekennzeichnet. Er verweist auch auf die Tatsache, dass einige dieser Ergebnisse im Widerspruch zu anderen Entwicklungen, stehen. Eine Transparenz des Quellenkontextes ist somit, soweit erkennbar, gegeben.

Lediglich beim Terminus „präventive Tötungen“ ist nicht erkennbar ob es sich um eine übernommene Phrase oder um eine „Eigenkreation“ handelt. Im Falle einer Eigenkreation Treichlers, könnten Erinnerungen an den Holocaust aufgerufen werden.

Zusammenfassend ist dieser erste untersuchte Artikel, als Versuch einer Analyse der israelischen Militärlogik zu verstehen, welche einmal besser, einmal schlechter gelingt. Treichler kritisiert diese offen, bleibt aber dennoch eher passiv.

9.8.2. Artikel B

Allgemeine Informationen

Headline: „Der Tabubruch“

Ausgabe: Profil Nr. 31

Erscheinungsdatum: 29.07.2002

Wortanzahl: 1254

Seite: 70

Verfasser: Robert Treichler

Thematischer Inhalt: der israelische Angriff auf einen palästinensischen Wohnblock um den Terror – Chef Shehada zu töten, der außerdem fünf Erwachsenen und 11 Kindern das Leben kostete

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Die Kritik an der israelischen Antiterrorstrategie wird in diesem Artikel noch lauter.

„Israel verliert die Kontrolle über sich selbst“(Artikel B/Zeile7)

Israel wird in dieser „Profil“ Ausgabe vor allem ein Tabubruch vorgeworfen. Erst im Mai 2001 schwor Israels Außenminister Peres, dass es für Israel eine absolute Grenze gebe: zivile Ziele werden nicht angegriffen. Dieses

Tabu wurde durch den Anschlag zweier F -16 –Jets auf ein Wohnhaus im Gaza Viertel Daraj, gebrochen. Dort hielt sich zwar Saleh Shehada, ein Hamas Führer auf, doch dessen Tötung kostete auch 16 Zivilisten das Leben, darunter 11 Kindern. Die israelische Regierung fand erst entschuldigende Worte, als die Bilder bereits durch die ganze Welt gegangen waren und betonten, dass sie Informationen der Armee vertraut hatten, dass sich keine Zivilisten in der Nähe des Hamas Führers befinden. Die Armee redete sich wiederum auf den Inlandsgeheimdienst aus und behauptete sie hätte die Informationen von diesem erhalten. Diese Fakten könnten von der entsprechenden Person aufgegriffen, sehr wohl für den Mythos „des verlogenen und hinterlistigen Juden“ herhalten. Der Autor arbeitet aber nicht in diese Richtung hin, er erwähnte lediglich die Tatsache, dass die offizielle Wortmeldung der israelischen Regierung mehrere Bedeutungen haben kann. Diese gestand einen „Fehler“ ein, was laut Treichler sowohl bedeuten könne, dass die ganze Aktion ein Fehler war oder dass bloß die Geheimdienstinformationen bedauerlicherweise falsch waren.

Treichler zeigt in seinem Artikel, dass es auch andere Stimmen in Israel gibt, die die Operation scharf verurteilen. Er zitiert in diesem Zusammenhang den linken Oppositionsführer Yossi Sarid, sowie Außenminister Peres. Peres sprach von einer *„unbeabsichtigten Tragödie“*, (Artikel B/Zeile 113-114) Sarid betonte, dass es *„Dinge geben, die ein Staat einfach nicht tut, es sei denn, er wolle sich des Staatsterrorismus beschuldigen lassen.“* (Artikel B/110-111)

Ebenso beschäftigt sich Treichler mit der Frage ob es sich bei Israel noch um einen Rechtsstaat westlichen Zuschnitts handelt. Er wirft Israel vor einen Rechtsgrundsatz nach dem anderen über Bord zu werfen.

*„Weil sich die Besatzungsmacht Israel ausschließlich als
Opfer eines terroristischen Angriffskrieges versteht,
rechtfertigt es jeden noch so rücksichtslosen Akt mit einem*

unangreifbaren, fast religiös verbrämten Wert: dem Recht auf Selbstverteidigung.“(Artikel B/Zeile 120-123)

Die Bezeichnung Besatzungsmacht erinnert an Europa nach dem zweiten Weltkrieg und erstmals wird auch im Zusammenhang mit Israel das Motiv Religion in Spiel gebracht.

Treichler nennt einige Gesetze und Gesetzesvorschläge, die nicht mehr mit dem Prinzipien eines Rechtsstaates in Einklang zu bringen sind, wie beispielsweise den Antrag, dass staatliche Grundstücke nur noch an Juden verkauft werden dürfen. Außerdem haben Palästinenser in den Autonomiegebieten keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn ihr Eigentum durch „Einsätze zur Herstellung der öffentlichen Ordnung“ beschädigt wird und Angehörige von Suizidattentäter sollen in Zukunft vom Westjordanland nach Gaza deportiert werden. Die Verwendung des Verbes „deportieren“ erinnert eindeutig an den Holocaust.

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Die Palästinenser werden in diesem Artikel kaum beschrieben. Es wird allerdings der palästinensische Chefverhandler Saeb Erekat zitiert, der ebenfalls betont, dass die israelische Regierung gewusst haben muss, dass sie palästinensische Zivilisten in Gefahr bringt. Der Fokus der Darstellung der Palästinenser in diesem Artikel, liegt also in der Beschreibung der unschuldig zu Tode gekommenen Zivilisten, allen voran den Kindern.

Die palästinensischen Extremisten werden nur einmal erwähnt, dann allerdings ebenfalls wieder im Zusammenhang mit dem Motiv Rache.

„Die palästinensischen Terrorgruppen schwören Rache (Artikel B/Zeile 84-85)“

Opfer – Täter – Diskurse

Auch der Zeitpunkt des israelischen Anschlages wird vom Autor heftig kritisiert. Denn erst zwei Tage davor hatte sich sogar ein geistiger Führer

der Hamas bereits erklärt Selbstmordattentate auszusetzen und sich nur noch auf militärische Ziele zu beschränken. Außenminister Peres kündigte ebenso an, dass sich die Armee bald aus besetzten Gebieten zurückziehen könnten. Die Schuld am Scheitern einer Beruhigung im Nahen Osten wird den höchsten israelischen Politiker zugeschrieben, die diesen Anschlag planten und genehmigten und somit dafür sorgten, dass alle Waffenstillstandssignale wieder als gegenstandlos zu bezeichnen waren.

Die Täterrolle kommt somit, in diesem Artikel, lediglich den Israelis zu. Verschärft wird dies durch die Tatsache, dass dieses Mal ein ziviles Ziel angegriffen wurde, wodurch der Anschlag vom Rezipienten noch mehr verurteilt werden könnte. Der Artikel nennt die Anzahl der getöteten Zivilisten, vor allem jene der getöteten Kinder. Ebenso wird erwähnt, dass Israel dem Hamas Führer Shehada 200 Tote anlastet.

Andere Akteure

Da der Artikel von einem besonders aufsehenerregenden Anschlag der Israelis auf ein ziviles Ziel berichtet, spielen auch einige andere Akteure eine wichtige Rolle. Der Artikel erwähnt, dass TV – Stationen aus aller Welt die Bilder des Anschlages gezeigt haben und veranschaulicht somit das internationale Interesse und den medialen Einfluss. Ebenso wird betont, dass es bereits nach einem Anschlag der Israelis im letzten Jahr, heftige internationale Kritik hagelte. Der ganzen Welt wird Betroffenheit zugeschrieben.

„Die Welt fragt, warum Israel mit solcher Brutalität vorgeht.“

(ArtikelB/Zeile87)

Zur Beantwortung dieser Frage wird Hirsh Goodman vom Jaffee Center for Strategic Studies an der Universität Tel Aviv, zitiert. Dieser erklärt die Bedeutung Shehadas für die Hamas und warum Israel diesen unbedingt töten wollte. Des Weiteren behauptet er, dass nicht viele Israelis moralische Bedenken hätten.

„Mein Greißler hat gesagt: die Palästinenser wollen doch alle Märtyrer sein, nicht? Bitte, jetzt sind sie welche.“ (Artikel B/Zeile 104-106)

Treichler wählt also ein äußerst plakatives Statement seines Experten Goodman.

Ansonsten betont Treichler vor allem Israels Unverständnis für die internationalen Reaktionen.

„Die Welt versteht Israel nicht mehr, und Israel versteht die Welt nicht mehr.“ (Artikel B/Zeile 149-150)

Um dies zu unterstreichen zitiert Treichler einen Kommentar aus der „Jerusalem Post“, in dem behauptet wird, dass europäische Kritiker, Israel lediglich das Selbstverteidigungsrecht absprechen wollten und dass diese Haltung von „nicht geringem Antisemitismus“ (Artikel B/Zeile 152-153) zeuge. Treichler geht nicht weiter auf diesen Kommentar ein, sondern legt den Fokus seiner Berichterstattung stattdessen auf die Rolle des Langzeitverbündeten USA. Er berichtet, dass nun auch langsam das Verständnis von Bush und Powell nachließe und dass es sich bei den Jets der Israelis um Flugzeuge aus US – Produktion, handelt. Die USA werde nun überprüfen ob gegen Gesetze zur Rüstungskontrolle verstoßen wurde. Durch eine offene Frage, am Ende des Artikels, macht Treichler dem Leser klar, dass von außen lediglich die USA wirklich Einfluss auf Israel nehmen kann:

„Werden die USA Israel klarmachen, wo die Grenzen der legitimen Selbstverteidigung liegen und wo der Unrechtsstaat beginnt?“ (Artikel B/Zeile 165-166)

Konfliktsensitiver Journalismus

Der Autor prüft die Argumentationslinien der israelischen Regierung auf Plausibilität. So betont er, trotz aller Ausreden Israels, dass sich die Regierung der Tatsache bewusst gewesen sein musste, dass die Bombe

erstens großen Schaden anrichten würde und zweitens, dass sich um Mitternacht in einem ganz normalen Wohnviertel viele Zivilisten aufhalten würden. Der gesunde Menschenverstand des Autors siegt also über politische Propaganda – er erkennt diese und zeigt Widersprüche auf.

Des Weiteren liefert er Hintergrundinformationen zum Einfluss der USA, sowie zu diversen neuen israelischen Gesetzen, die aus Sicht eines Rechtsstaates, kritisiert werden müssen. Ein Einsatz für Menschen- und Grundrechte ist in dieser Hinsicht deutlicher spürbar als im ersten Artikel.

Pluralität von Meinungen ist insofern zu finden, als dass Treichler auch die israelische Opposition zitiert, die sich gegen die Anschläge stellte. Es kommen auch ein israelischer Experte, sowie der palästinensische Chefverhandler zu Wort.

Treichler erhöht seine Kritik an der israelischen Militärstrategie, bleibt aber weiterhin eher nüchtern. Er verzichtet in diesem Artikel weitgehend auf eine symbolhafte Märtyrer – Darstellung der Palästinenser, verwendet aber in seiner Beschreibung diverser israelischer Gesetze, einige Metaphern und Begriffe, die an den Holocaust erinnern lassen.

9.8.3. Artikel C

Allgemeine Informationen

Headline: „Fahrt ins Ungewisse“

Ausgabe: Profil Nr. 19

Seite:74

Erscheinungsdatum: 05.05.2003

Wortanzahl:1432

Verfasser: Inge Günther unter Mitarbeit von Robert Treichler

Thematischer Inhalt: Road Map for Peace – Selbstmordanschlag auf einen Tel Aviver Musikclub fünf Stunden nach der Angelobung des neuen palästinensischen Premiers Mahmoud Abbas

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

In diesem Artikel sind wenig explizite Darstellungen von israelischen Akteuren zu finden. Israelischer Hauptakteur ist Ariel Scharon. Das Bild, das von ihm gezeichnet wird, zeigt einen israelischen Machtführer mit wenig Willen, den Palästinensern einen lebensfähigen Staat zuzugestehen und dem des Weiteren, sofort nach der Wahl des neuen palästinensischen Premier Abbas vorgeworfen wird, diesen delegitimieren zu wollen. Inge Günther stützt diese Argumentationen durch eine Reihe von Zitaten aus israelischen Tageszeitungen oder durch andere kritische Stimmen.

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Im ersten Teil des Artikels wird der palästinensische Selbstmordanschlag auf den Musikclub „Mike`s Place“ in Tel Aviv geschildert. Günter hebt das Ungewöhnliche an diesem Anschlag hervor:

„Noch mehr schockte die Israelis, dass beide Attentäter zwar moslemischen Glaubens, aber britische Staatsbürger waren. [...] Ihre Namen tauchten bis dahin auf keiner Liste Terrorverdächtiger auf.“(Artikel C/Zeile37-38/40-41)

Der muslimische Glaube, offenbar als Grundvoraussetzung für einen Selbstmordattentäter fest verankert, wird betont, ebenso aber, dass es sich um Briten handelte, die bis dato unauffällig waren. Die Tatsache, dass es sich also um Täter handelt, die nicht auf Anhieb in das übliche Täterprofil und somit in vorgefertigte mediale und gesellschaftliche Schemata, passen, scheint Unruhe zu erwecken. Ebenso wie die Befürchtung, dass sich die einzelnen Gruppen radikaler Extremisten verbrüdern könnten, da sich alle bewaffneten Flügel von Hamas und Fatah zu dem Anschlag bekannt haben. Günter wertet dies vor allem als ein politisches Statement:

„Dass sich die bewaffneten Flügel von Hamas und Fatah, die Issedin – al – Kassem – Brigaden und die Al – Aksa – Brigaden gemeinsam zu der Terrortat von Tel Aviv bekannten, ist an sich schon eine kaum zu überschätzende Provokation an die Adresse des frisch gebackenen Premiers. Sollte sich diese Angriffsfront mit internationalen Terrorgehilfen strategisch verbündet haben, wäre jeder Dialogversuch zum Scheitern verurteilt.“(Artikel C/Zeile47-53)

Günter beschreibt in ihrem Artikel den neuen palästinensischen Premier Abbas, sowie seine Gemeinsamkeiten und Abhängigkeiten zu Arafat sehr genau. Von Abbas wird ein positives Bild gezeichnet. Sein Regierungsprogramm stehe für eine konsequente Haltung im Hinblick auf Rechtsstaatsnormen, Reformen und Sicherheitspolitik. Er wolle keine illegalen Waffen, sowie anarchistische Verhältnisse dulden. Günter zitiert ihn wie folgt:

„In diesem Land und für dieses Volk gibt es nur eine Regierung, ein Gesetz und eine demokratische und nationale Entscheidung“(Artikel C/Zeile83-85).

Den Anschlag der Extremisten bezeichnet Günter in Zusammenhang mit diesem Zitat als *„Gegenbeweis auf ihre Art.“*(Artikel C/Zeile86-87)

Ebenso erwähnt Günter Abbas Minister für Sicherheitsfragen Mohammed Dahlan, dessen Aufgabe sie, vor allem, im Aufbau einer schlagfähigen Polizei, sieht.

Opfer – Täter – Diskurse

Günther stellt in diesem Artikel sowohl die Palästinenser, als auch die Israelis, als Täter dar. Der Angriff auf den Musikclub in Tel Aviv wird theatralisch geschildert, in dem Günter zuerst eine stimmungsvolle Momentaufnahme zeichnet:

„Der Gitarrist Janai Weiss spielt den Blues, als ihn die Bombenexplosion in den Tod riss.“ [...] Fünf Stunden zuvor hatten

die Fernsehnachrichten hoffnungsvolle Live – Bilder aus Ramallah in die israelischen Wohnzimmer übertragen: das palästinensische Autonomieparlament sprach mit überzeugender Mehrheit dem neuen palästinensischen Premier Mahmoud Abbas und seinem Reformkabinett das Vertrauen aus. Viele der Tel Aviver Nachtschwärmer gingen in dem Gefühl aus, ihr Wunsch nach Frieden sei wieder realistischer geworden.“(Artikel C/Zeile8-9/13-20)

Die Opferzahlen gibt Günther an: drei Tote und vierzig teils schwer Verletzte. Bei den Opfern nennt Günther auch Name, beziehungsweise Beruf. Sie personalisiert die Opfer also zwar durch ihre Beschreibungen, relativiert die Opferzahlen allerdings auch, in dem sie diese in Bezug zu anderen Ereignissen setzt:

„ohne zynisch klingen zu wollen, vergleichsweise wenig, wenn man sich an andere Horrorszenarien der letzten zweieinhalb Jahre erinnert“(Artikel C/Zeile26-28)

In der zweiten Hälfte des Artikels beschreibt Günther auch zwei israelische Angriffe dieser Tage. Erstens die Liquidierung eines Volksfront Kommandanten, sowie zweier Fatah – Kämpfer. Der Volksfront Kommandant wird namentlich genannt. Zweitens das Feuergefecht mit dem Hamas Führer Yusef Abu Hein, bei dem zwei 13 – jährige Buben und ein zweijähriges Kleinkind starben. Der Tod des Kleinkindes wird sehr emotional geschildert:

„Der Vater der Kinder erzählte später im Leichenschauhaus unter Tränen, dass er und seine insgesamt vier Kinder vor den Geschossen im Haus in Deckung gegangen seien, doch der Zweijährige war plötzlich, vom Lärm angezogen, zum Fenster gegangen, und eher der Vater ihn aus der Schusslinie bringen konnte, wurde er am Kopf getroffen.“(Artikel C/Zeile121-126)

Pathetisch schildert Günter auch das Scheitern dieser ersten Phase der Road Map:

„Terror und rücksichtsloser Krieg gegen den Terror, anstatt, wie vorgesehen Ende des Terrors und Rückzug der Israelis.“(Artikel C/Zeile 130-132)

Dieser Satz impliziert, dass Terror zuerst von Seiten der Palästinenser ausgeht und dann erst die israelische Antwort erfolgt.

Als Verursacher der Schwierigkeiten im Friedensfahrplan gehen die israelische Regierung unter Sharon auf der einen Seite und die islamistischen Gruppen der Palästinenser auf der anderen Seite, aus dem Text hervor. Günter erwähnt auch, dass sich die israelische Regierung sogar dem israelischen Geheimdienst widersetzt, der ebenfalls militärische Zurückhaltung empfohlen hat und kritisiert die israelischen Präventivschläge. Eine Waffenpause sei ein aussichtsloses Unterfangen:

„[...] solange Israel unbekümmert auf Präventivschläge setzt. So könnte Sharon den Friedensfahrplan bereits in der ersten Phase ins Leere laufen lassen.“ (Artikel C/Zeile 148-150)

Andere Akteure

Andere Akteure spielen in Günthers Artikel insofern eine Rolle, als dass sie die Übergabe der „Road Map for Peace“ durch Mitglieder des Nahost Quartetts (USA; Vereinte Nationen, EU, Russland) und durch den Gesandten von Kofi Annan beschreibt. Sharon erhielt das Papier lediglich durch einen US – Botschafter. Bei Abbas marschierten vier Mitglieder des Quartetts auf, was eher eine Nähe zu den Palästinensern suggeriert. Der Gesandte von Kofi Annan betonte aber hingegen, dass sich „die palästinensischen Autonomiebehörden selbst erledigen werden, falls sie den Terror nicht stoppen.“

Günther betont im Speziellen, die besondere Macht der USA, sobald es um Israel geht:

„Einzig der Druck der USA kann verhindern, dass der Widerwille der rechten Hardliner, mit den Palästinensern fair zu verhandeln, obsiegt.“(Artikel C/Zeile162-163)

Konfliktsensitiver Journalismus

Günthers Artikel entspricht eher dem journalistischen Genre einer Reportage. Sie schreibt, empathisch, wenn auch oft theatralisch zugespitzt, arbeitet mit Personalisierung und Emotionalisierung, ist aktiver und schildert, wenn auch nur kurz Einzelschicksale und Erfahrungsberichte.

Als kritischer Leser könnte man ihre Bezeichnung „die Palästinenserfrage“ als Verweis auf Hitlers „Judenfrage“ deuten. Die Headline „Fahrt ins Ungewisse“ könnte mit einiger Phantasie, eventuell als Synonym für die Fahrt ins Konzentrationslager herhalten.

Günter zeigt mit ihren letzten beiden Absätzen über den Generalstreik des öffentlichen Dienstes, zwar einen interessanten Nebenkontext, liefert aber leider keine Hintergrundinformationen, wie zum Beispiel zur Road Map for Peace. Sie bemüht sich um eine ausgewogene Berichterstattung, kann das Prinzip einer „Greyness – Berichterstattung“ aber nicht durchgehend erfüllen. Auch sie findet keine Lösungsvorschläge für die Zukunft, weist aber auf die Gefahren und Herausforderungen hin. Politische Statements hinterfragt sie nur teilweise.

9.8.4. Artikel D

Allgemeine Informationen

Headline: „Das Fiasko“

Ausgabe: Profil Nr. 25

Seite: 70

Erscheinungsdatum: 16.06.2003

Wortanzahl:1325

Verfasser: Robert Treichler unter Mitarbeit von Dorothee Sippell

Thematischer Inhalt: die erneute kriegерische Eskalation nach dem historischen Handschlag zwischen Scharon und Abbas in Jordanien am 04.06.2003

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Im Mittelpunkt dieses Artikels steht wiederum Ariel Scharon, der sein Versprechen der Implementierung der Road Map zu folgen, gebrochen hatte. Obwohl er dies erst nach einem Angriff der Hamas tat, wird nur Scharon als Schuldiger und Lügner dargestellt, da man bei der Hamas ja wusste dass sie der Road Map nicht offiziell zustimmt und ihren Terror somit ohnehin nicht sofort einstellen würde.

Scharon wird an einer Stelle als „*der alte General*“ bezeichnet (Artikel D/Zeile67), eine an und für sich unnötige Floskel, die wohl den politischen Verfall Scharons und die Forderung nach Veränderung symbolisieren soll. Treichler hat diese aus einem Kommentar der Washington Post übernommen.

Treichler kritisiert erneut Sharons Antiterrorstrategie gegen die Hamas und verwendet dabei Termini, die an den Holocaust erinnern lassen:

„Aber alle politischen Überlegungen bleiben sinnlos, solange Ariel Sharon auf der Ausrottung der Hamas besteht. [...] Ist es da überhaupt denkbar, die totale Vernichtung zu erreichen, wie Sharon es fordert?“ (Artikel D/Zeile162-163/166-167)

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Treichler stellt in diesem Artikel vor allem die Hamas von einer anderen Seite dar. Er bezeichnet sie als eine Organisation, *die „ähnlich einer Partei strukturiert ist und nach Umfragen über Popularitätswerte von fünfzehn bis zwanzig Prozent verfügt.“ (Artikel D/Zeile164-166)* Er betont, dass es innerhalb der Hamas unterschiedliche Tendenzen gäbe und vielleicht auch ihr politisch beizukommen ist.

Was Abbas betrifft, so zeichnet Treichler vor allem ein Bild der Machtlosigkeit und zeigt warum Abbas nicht imstande ist die extremistischen Bewegungen in den Griff zu bekommen. Es fehle ihm sowohl an militärischer Stärke, als auch an Rückhalt in der Bevölkerung.

„Noch konnte der neue Regierungschef seinem Volk nichts geben, was ihn in dessen Augen legitimiert, andere extremistische Gruppen einzuschränken.“ (Artikel D/Zeile143-146)

Nach einem Angriff der Israelis in Gaza werden, wie schon in anderen Artikeln Treichlers die „niedrigen Triebe“ der Palästinenser betont.

„In Gaza schäumten tausende militante Palästinenser vor Wut, die Hamas kündigte Vergeltung an – und schlug mit ihrer eigenen Brutalität zurück.“(Artikel D/Zeile31-32)

Opfer – Täter – Diskurse

Treichler stellt in diesem Artikel mehrere Angriffe den entsprechenden Gegenangriffen gegenüber. Stets nennt er auch Opferzahlen und betont dabei Kinder unter den Opfern. Beide Konfliktparteien wechseln einander also ab in der Täter-, beziehungsweise Opferrolle. Die Eskalation geht für Treichler so weit, dass er von einem „*totalen Krieg*“ (Artikel D/Zeile6) spricht.

Aber wie bereits erwähnt gibt Treichler lediglich Sharon die Schuld am Bruch der Road Map, da sich die Extremisten ja ohnehin nie zu deren Einhaltung verpflichtet hatten. Des Weiteren zeigt Treichler auf, dass Israeli die Liquidierung des Terroristen Al – Rantisi keineswegs jetzt durchführen hätte müssen, denn Israel wusste seit über zwei Jahren wo sich dieser aufhielt. Ein weiteres Indiz für Treichlers Annahme, dass Israel den Friedensprozess absichtlich blockiert, um die Roadmap zu umgehen. Auch Abbas und die israelische Öffentlichkeit warf Sharon dies, laut Treichler einstimmig, vor.

Treichler betont das erneute Scheitern der Friedensbemühungen. Seit dem historischen Handschlag zwischen Scharon und Abbas vom 04.06. seien mehr als 60 Menschen getötet worden.

„Der Friedensprozess scheint schon wieder am Ende zu sein.“(Artikel D/Zeile 6-7)

Andere Akteure

Eine zentrale Rolle in diesem Artikel spielen erneut die Vereinigten Staaten. Treichler zitiert einen beunruhigten George W. Bush und Kommentatoren aus der Washington Post. Treichler erklärt solide die Vernetzungen zwischen Israel, der USA und der proisraelischen US – Lobby. Um keine der beiden Konfliktparteien beschuldigen zu müssen, legte die USA den Fokus wieder auf „ihren Kampf gegen den Terrorismus“ und gab die alleinige Schuld der Hamas. Ein Sprecher des Weißen Hauses wird wie folgt zitiert:

„Das Problem ist nicht Israel, das Problem ist nicht die Palästinenserregierung, das Problem sind die Terroristen.“(Artikel D/Zeile111-112)

Die Macht der USA im Bezug auf den Nahen Osten, betont Treichler wie folgt:

„Als die Welle der Gewalt vergangene Woche einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, blickte alle Welt nach Washington und wartete auf die Reaktion von George W. Bush.“(Artikel D/Zeile104-106)

Allerdings ist Treichler skeptisch ob die USA „es wagt, Sharon gegenüber Druck auszuüben.“ (Artikel D/Zeile178-179)

Ebenfalls zitiert wird Kofi Annan, der eine bewaffnete Friedenstruppe als Puffer zwischen Israelis und Palästinensern fordert.

Die Entsendung eines US Sonderbeauftragten, sowie die Planung eines neuerlichen Treffen des Nahost Quartetts, werden kurz erwähnt.

Aus den internationalen Medien, wird Bezug auf einen Leitartikel der „Le Monde“ genommen, in dem Verständnis für die israelischen Reaktionen, gezeigt wird.

Konfliktsensitiver Journalismus

Treichler zeigt in diesem Artikel, wie der Krieg im Nahen Osten nach dem legendären Handschlag von Scharon und Abbas, wieder eskaliert ist und versucht die Ursachen dafür zu durchleuchten. Er schreibt die Schuld daran den Israelis zu, versucht aber dennoch möglichst passiv und objektiv zu berichten. Er zitiert viele verschiedene nationale und internationale Politiker, beziehungsweise Medien und versucht somit eine Pluralität von Meinungen zu sammeln. Er hinterfragt erneut die Argumentationslogik der Israelis und zeigt Widersprüche und Unstimmigkeiten auf.

9.8.5. Artikel E

Allgemeine Informationen

Headline: „Vertreibung aus der Hölle“

Ausgabe: Profil Nr. 38

Seite: 124

Erscheinungsdatum: 15.09.2003

Wortanzahl: 1128

Verfasser: Georg Hoffmann – Ostenhof

Thematischer Inhalt: Der Überlegung der israelischen Regierung Arafat ins Exil zu zwingen

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Hoffmann – Ostenhof zeichnet das Bild einer israelischen Allmacht, die beschlossen hat Arafat auszuweisen, „wann immer sie es für richtig hält“ und betont aber gleichzeitig, dass die Umsetzung dieses Planes noch unsicher ist.

Der Verteidigungsminister Shaul Mofaz, hatte sich ursprünglich sogar dafür stark gemacht, Arafat sofort ins Exil zu schicken oder ihn sogar zu töten.

Die Armeeführung und der Geheimdienstchef sprachen sich gegen eine Ausweisung Arafats aus, da sie davon ausgehen, dass diese Arafat helfen und Israel schaden würde.

Der israelischen Gesellschaft unterstellt Hoffmann – Ostenhof, die Pläne der Regierung zu unterstützen. Obwohl er sich darauf beruft, dass dies Umfragen ergeben hätten, beschreibt er die israelische Zustimmung in äußerst kritikwürdiger Form und steckt damit die gesamte jüdische Bevölkerung in Israel in eine Schublade:

„Mit Freude würden wahrscheinlich die von den bombenden Islamisten terrorisierten Israelis den verteufelten Arafat am Bildschirm sehen, wie er erniedrigt und gebrochen in Handschellen abtransportiert wird.“(Artikel E/Zeile 117+120)

Auch Hoffmann – Ostenhof verwendet den Begriff „Deportation“.

Zur Darstellung der herrschenden israelischen Politik unter Sharon, wählt Hoffmann – Ostenhof ein Zitat aus der „Jerusalem Post“ mit dem Titel „Genug“:

„Wir müssen so viele Hamas- und Dihad Führer wie nur möglich, so schnell wie möglich umbringen. Wir müssen Jassir Arafat töten, die Welt lässt uns keine Alternative“(Artikel E/Zeile151-153)

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Hoffmann – Ostenhof beschreibt vor allem den persönlichen Mut Arafats, in dem er einige Beispiele aufzählt um diesen zu belegen. Er zitiert den Palästinenserchef, der *„eher sterbe, als dass er sich ins Exil expedieren lasse“* (Artikel E/Zeile23-24) und einen israelischen Friedensaktivisten. Arafat wird durchaus mit positiven Attributen versehen.

Ebenso schildert der Autor auch innerpalästinensische Konflikte, wie den Machtkampf zwischen Arafat und Abbas.

Die Anhänger, die sich vor Arafats Hauptquartier eingefunden haben, feiern und verehren den 74 – jährigen, wie einen Gott. Hoffmann – Ostenhof beschreibt die Szenen wie folgt:

„Stürmisch wird er von den Menschen begrüßt. Slogans werden skandiert. Tausende gespreizte Hände mit dem Victory – Zeichen stoßen in den Nachthimmel. Rhythmisch wiegt sich die Menge und ruft „Gott ist groß“. Und dass sie ihr Blut und ihre Seele für Arafat hergeben würde. Was Arafat, seinen Namen durch „Palästina“ ersetzend, wiederholt.“(Artikel E/Zeile15-19)

Hoffmann – Ostenhof zitiert außerdem Ahmed Kurei, den neuen Palästinenser – Premier, der davor warnt, dass, wenn der Beschluss Israelis in die Tat umgesetzt wird, nicht nur die palästinensischen Gebiete, sondern die gesamte Region explodiere.

Opfer – Täter Diskurse

Hoffmann – Ostenhof durchleuchtet vor allem die Ereignisse, die zum Scheitern der Road Map führten. Auch er sieht die Schuld an dieser Entwicklung bei den Israelis und betont den, von den extremistischen Gruppen, ausgerufenen Waffenstillstand.

„Die Israelis aber machten von Anfang an kaum Anstalten, ihren in der road map, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Sie froren nicht den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten ein. Von 220 Straßensperren, die den Verkehr der Palästinenser zwischen den Dörfern im Westjordanland faktisch verunmöglichen, entfernten sie ganze sechs. Und an der so genannten Sicherheits – Mauer, durch die den Palästinensern große Stücke landwirtschaftlichen Bodens weggenommen werden, baute man munter weiter.“(Artikel E/Zeile93-100)

Gegenseitige Anschläge erwähnt der Autor nur kurz und bleibt dabei der durchaus üblichen Vorgehensweise treu, immer einen Angriff der einen Partei, den Angriff der anderen gegenüberzustellen.

Andere Akteure

Hoffmann – Ostenhof schreibt in seinem ersten Absatz von „weltweiter Kritik“ (Artikel E/Zeile6), geht im weiteren Artikel dann aber lediglich auf die USA ein. Dass Israel den Ausweisungsbeschluss gerade am 11. September fällte, ist als Zeichen dafür zu deuten, dass Israel sich an der USA Strategie „Krieg gegen den Terrorismus“ dranhängen wollte und erneut versuchte Arafat mit Bin Laden oder Saddam Hussein gleichzusetzen. Hoffmann Ostenhof erkennt diese Zusammenhänge, betont aber auch, dass die USA Israelis Absichten nicht für gut heißt. Ebenso schreibt Hoffmann – Ostenhof , dass die USA Israel davon abgebracht hätte, Arafat zu töten.

„Der Tag des Ausweisungsbeschlusses war aber sorgfältig gewählt – ein Signal an die Regierung von George W. Bush, der zwar die Abscheu Sharons gegenüber Arafat teilt, aber sich immer gegen eine Deportation ausgesprochen hat.“ (Artikel E/Zeile38-41)

Konfliktsensitiver Journalismus

Hoffmann Ostenhof konzentriert sich in seinem Artikel weniger auf die Schilderung von Gefechten oder Opferzahlen, sondern eher auf die Analyse von Zusammenhängen und Hintergrundinformationen. Sein Schreibstil erinnert teilweise an eine Reportage.

Er verwendet oft pathetische Metaphern, provokante Fragen oder wählt harte Statements Dritter als Zitate.

Die Pluralität von Meinungen ist nur bedingt gegeben. Zwar gibt Hoffmann – Ostenhof die öffentliche Meinung der USA wieder und zitiert einige Politiker, doch fehlen beispielsweise kritische israelische Stimmen.

Zitate sind gut gekennzeichnet, doch fehlt beispielsweise die Quellenangabe zur Umfrage in der israelischen Bevölkerung, die ergab, dass diese mehr oder weniger geschlossen hinter den Plänen der Regierung stünde.

Die Gründe, warum die Regierung beschloss, Arafat eventuelle ausweisen zu wollen, blieben im Hoffmann – Ostenhofs Artikel offen, die Entwicklungen, die zum Scheitern der Road Map führten werden jedoch sehr gut geschildert.

9.8.6. Artikel F

Allgemeine Informationen

Headline: „Adieu Intifada “

Ausgabe: Profil Nr. 9

Seite: 110

Erscheinungsdatum: 28.02.2005

Wortanzahl:1164

Verfasser: Robert Treichel

Thematischer Inhalt: Ein Rückblick auf die zweite Intifada nach deren Ende

Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Treichel hält in seinem Rückblick auf die zweite Intifada einen Imageverfall auf beiden Seiten fest. Im Falle Israels kritisiert er, dass Scharon sich extralegalen Tötungen, Vergeltungsaktionen an Angehörigen von Suizidattentätern und der Außerachtlassung von rechtsstaatlichen Prinzipien bediente. Treichel weist die Vorfälle also direkt der Person Scharon zu.

Auch einen wirtschaftlichen Einbruch Israels hält Treichel fest.

Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Das Imagedesaster der palästinensischen Konfliktpartei bringt Treichel vor allem mit den Ereignissen des 11. September 2001 und den daraus resultierenden „Krieg gegen den Terror“ in Verbindung. Die islamistischen Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad sorgten für eine Eskalation der

Gewalt, da sie im Vergleich zur ersten Intifada schon besser organisiert hatten. Radikale Islamisten machten Selbstmordanschläge zu einer gefährlichen Waffe. Treichel erkennt gut, dass bei der zweiten Intifada eine religiöse Dimension dazugekommen war und beruft sich auf das Märtyrertum und den heiligen Krieg. Er betont, dass auch bei nichtreligiösen Gruppen die Strategie der Selbstmordanschläge immer populär wurde. Rache hält Treichel als einen Faktor fest, die deren Popularität, erklären.

„Die Suizidattacken waren bei den Palästinensern populär. In ihren Augen bekamen die Israelis endlich den Terror zu spüren, den die Palästinenser seit Jahren erdulden hatten müssen.“ (Artikel F/Zeile79-81)

Das Motiv des Märtyrertodes beschreibt Treichel auch im ersten Absatz des Artikels, in dem er die Geschichte eines 19 – jährigen Palästinensers anreißt, der Treichel zu Beginn der zweiten Intifada auf die Frage, was er aus seinem Leben machen wolle, antwortete: *„Ich will sterben.“* (Artikel F/Zeile14)

Treichel zeigt Mitgefühl für die Situation der Palästinenser vor der zweiten Intifada:

„Nun, im Herbst 2000, wollten die Palästinenser ihrem Dasein wieder Sinn und Würde verleihen. Jahrelang waren sie bloße Objekte der Geschichte gewesen. Die durften zwar palästinensische Briefmarken drucken, aber kein Palästina gründen, und es sah auch nicht mehr so aus, als würde es jemals eines geben.“ (Artikel F/Zeile48-52)

In Erinnerung an das Erfolgsmodell der ersten Intifada, welches der Weltöffentlichkeit das triste Schicksal der Palästinenser näher gebracht hatte, wurde die Sehnsucht nach erneuerter Auflehnung höher und die zweite Intifada begann. Doch Treichel hält einen wichtigen Umstand fest: die Waffen der zweiten Intifada waren deutlich mörderischer als die der ersten. Die palästinensische Polizei war mittlerweile bewaffnet. Steine

wurden durch Gewehre, Mörser und selbstgebastelte Bomben und Raketen ersetzt. Durch die harmloseren Waffen und Methoden ist das Bild der ersten Intifada also deutlich positiver besetzt.

Treichel hält auch die Gespaltenheit der offiziellen Palästinenserführung fest. Diese durfte nicht mit den radikalen Splittergruppen und Extremisten gleichgesetzt werden, wusste, aber auch nicht, wie sie sich selbst positionieren sollte. Die Grenzen verschwammen:

„Wo endete der Aufstand, und wo begann der Terror?“ (Artikel F/Zeile 91-92)

Der Autor unterstellt der Palästinenserführung, dass ihre Haltung absichtlich unklar blieb.

Arabische Medien, *„feierten“* laut Treichel *„die Intifada trotz allem immer wieder als Sieg über die Besatzung.“* (Artikel F/Zeile 116-117) Erst in der letzten Phase sei Kritik aufgekommen.

Opfer – Täter Diskurse

In Treichels Rückblick auf die zweite Intifada werden keine Gefechte und Anschläge mehr geschildert, wodurch die Opfer – Täter – Diskurse in den Hintergrund rücken. Er hält jedoch fest, dass sich, im Vergleich zur ersten Intifada beide Konfliktparteien radikalisiert haben. Er nennt 3000 Tote auf Seiten der Palästinenser und 1000 auf Seiten Israels.

Durch den von Treichel geschilderten Imageverlust, scheinen am Ende beide Parteien als Verlierer dazu stehen. Das Ende der Kampfhandlungen ist für Treichel durch den Tod von Arafat möglich geworden. Abbas, ein erklärter Gegner militärischer Kämpfe, einigte sich auf einem Gipfeltreffen mit Sharon, auf die Beendigung der Kampfhandlungen. Laut Treichel, ist der Grund für das Ende der zweiten Intifada simpel: die Konfliktparteien wurden müde im ewigen Hin und Her von Anschlag und Gegenanschlag, welches keinen Hoffnung auf eine Lösung übrig ließ.

„Irgendwann war die Erschöpfung auf beiden Seiten größer als der Drang, es dem anderen wieder und wieder heimzuzahlen.“(Artikel F/Zeile131-132)

Andere Akteure

In Treichels Artikel werden keinerlei andere Akteure außer der beiden Konfliktparteien, erwähnt.

Konfliktsensitiver Journalismus

Treichel gelingt ein kompakter und flüssiger geschriebener Rückblick auf die Beweggründe und Ereignisse der zweiten Intifada. Er zeigt deutliche Empathie für die palästinensische Seite, beleuchtet aber dennoch beide Konfliktparteien kritisch. Vor allem hält Treichel eine wichtige Tatsache fest, die wohl auf den gesamten Nahostkonflikt zutreffend ist. Die rhetorische Frage, wie es zur zweiten Intifada gekommen ist, beantwortet er nämlich wie folgt:

„Dazu gibt es, wie in ausnahmslos jeder Frage im Nahen Osten, zwei gegensätzliche Interpretationen.“ (Artikel F/Zeile22-23)

Treichel hält somit fest, dass es immer zwei Wahrheiten in diesen Konflikt gibt, einer Tatsache, der sich wohl jeder Journalist, der qualitative Berichterstattung zu diesem Thema leisten möchte, bewusst sein muss.

Der Vergleich zwischen erster und zweiter Intifada ist gut aufgemacht und am Ende des Artikels gibt Treichel einen chronologischen Überblick über die beiden Palästinenseraufstände.

Leider hält Treichel keine internationalen Reaktionen zum Ende der Intifada fest und lässt auch sonst kaum eine Pluralität an Meinungen erkennen.

Ebenso wagt er keine Mutmaßungen wie es in Zukunft im Nahen Osten weitergehen könnte, beziehungsweise wie eine erneute Eskalation verhindert werden könnte.

Bei der Angabe der Todesopfer der zweiten Intifada ist nicht erkennbar, woher diese Daten stammen.

9.9. Ergebnisse und Interpretationen

9.9.1. Kategorie 1: Die Darstellung der israelischen Konfliktpartei

Die israelische Konfliktpartei wird kaum als heterogene Gruppe dargestellt. Die untersuchten Artikel legen den Fokus auf die Beschreibung des israelischen Militärs, wobei durchgehend massive Kritik an der israelischen Militärstrategie geäußert wird. Das israelische Militär wird häufig mit den Attributen konsequent, brutal, rücksichtslos oder unmoralisch versehen. Israels militärische Waffen und Möglichkeiten werden immer wieder erwähnt. Lösungsstrategien, die nicht militärischer Natur sind, werden den Israelis nicht zugetraut. Die Übermacht der Israelis wird immer wieder erwähnt, nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch in wirtschaftlichen Belangen. Obwohl einige Artikel erklären, aus welchen Gründen Israel militärisch agieren muss, wird vor allem in den ersten beiden Texten immer wieder betont, dass die israelische Militärstrategie jedoch erfolglos bleiben wird und zu keinem Ziel führen wird.

Von Ariel Sharon wird in den untersuchten Artikeln durchwegs ein negatives Bild gezeichnet. Er wird als rücksichtslos und unwillig zum Frieden, dargestellt. Andere israelische Politiker, wie der Außenminister oder der Sicherheitsminister, beziehungsweise führende Figuren der Opposition, werden immer wieder zitiert. Ihnen werden allerdings keine negativen Charakterisierungen zugeschrieben. Ebenso wird die Berichterstattung führender israelischer Medien, immer wieder in die „Profil“ Berichterstattung eingebaut.

Sowohl der Mythos des „Feigen Juden“, als auch der Mythos des „verlogenen Juden“ waren in dem Analysematerial, zu finden. Als feige wird das israelische Militär charakterisiert – die Berichterstattung unterstellt,

dass diese militärische Aktionen immer so durchführe, dass wenig Gefahr für die eigenen Leute bestünde.

Ariel Sharon wird zwei Mal als Lügner dargestellt. Einmal, bei der Berichterstattung über den israelischen Angriff auf ein ziviles Ziel und einmal im Zusammenhang mit dem Scheitern des Road – Map – Friedensfahrplan. Dass die Road Map zum Frieden, zuerst durch einen Angriff der Hamas, gebrochen wurde, scheint an dieser Stelle keine Bedeutung zu haben.

In Artikel D wird Ariel Sharon in die Nähe von Adolf Hitler gerückt. Die Bezeichnungen, Sharon fordere „die Ausrottung der Hamas“, sowie deren „totale Vernichtung“ erinnern an nationalsozialistisches Vokabular. Termini, die an den Holocaust erinnern, finden sich in fast allen untersuchten Artikeln. Vor allem die Begriffe „Deportation“, „Besatzungsmacht“ und „präventive Tötungen“, seien an dieser Stelle als Beispiele genannt.

Ansonsten waren keine antisemitischen Diskurse in den untersuchten Texten zu finden. Auch antizionistische Diskurse oder Elemente eines Philosemitismus waren nicht zu entdecken.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Israelis, wurden keine religiösen Mythen, verwendet. Nur einmal wird Israels Recht auf Selbstverteidigung als „beinahe religiös verbrämt“ bezeichnet.

Die zivile israelische Bevölkerung wird in der untersuchten Berichterstattung kaum dargestellt. Ihren Einstellungen zum Nahostkonflikt, wird keine Stimme verliehen. Wird die israelische Bevölkerung doch erwähnt, unterstellt man ihr in der Regel, die offizielle israelische Vorgehensweise zu befürworten.

9.9.2 Kategorie 2: Die Darstellung der palästinensischen Konfliktpartei

Auch die Palästinenser werden nicht in ihrer enormen Heterogenität dargestellt. Es wird vor allem zwischen den radikalen Gruppierungen, wie der Hamas oder Dschihad und der offiziellen Palästinenserführung unterschieden. Die zivile palästinensische Bevölkerung spielt keine Rolle in der Berichterstattung, außer es geht um die Beschreibung von zivilen Opfern. Ihre Lebensbedingungen und alltäglichen Probleme, werden zumindest in den sechs untersuchten Artikeln, nicht beschrieben.

Die Palästinenser werden in ihrer Darstellung meist auf extremistische Strukturen reduziert. Im Gegensatz zu den Israelis, werden die Palästinenser häufig als mutig und furchtlos charakterisiert. Ihre Beschreibung erinnert allerdings oft an die Beschreibung einer wild gewordener Horde Tiere. Es wird immer wieder auf die niedrigen Instinkte der Palästinenser verwiesen, allen voran auf das Motiv der Rache. Mit diesen Argumenten werden vor allem Selbstmordattentate erklärt. Folgende Dichotomien zwischen den beiden Konfliktparteien, werden in der Berichterstattung immer wieder betont: das „primitive Volk der Palästinenser“ versus „das hochentwickelte Volk der Israelis“, sowie „der Kampf mit schweren Maschinen“ versus den „Kampf mit Steinen und simplen Raketen.“

Im Zusammenhang mit der Beschreibung von Selbstmordattentaten wird häufig auf die Motiv des „heiligen Krieges“ verwiesen. Märtyrertum und Terrorismus sind zentrale Dreh- und Angelpunkte in der Darstellung der Palästinenser. Selbstmordattentate werden oft in direkten Zusammenhang mit dem Islam gebracht, beispielsweise indem besonders darauf hingewiesen wird, dass die Täter Muslime waren. Es finden sich ebenso keine kritischen palästinensischen Stimmen gegen die Selbstmordattentate in der Berichterstattung. Diese erweckt somit den Eindruck, alle Palästinenser, würden gesammelt hinter den Selbstmordattentaten stehen.

Die Gefahr der extremen palästinensischen Gruppen wird immer wieder betont. Vor allem vor einer möglichen Verbrüderung einzelner Gruppierung zu einem großen Bündnis wird gewarnt.

Von der palästinensischen Autonomiebehörde wird vor allem ein Bild von Schwäche und Machtlosigkeit, gezeichnet. Ihr wird nicht zugetraut, Kontrolle über die eigenständigen Gruppierungen, zu erlangen. Mangelnde Positionierung und fehlende Durchsetzungskraft werden ihr vorgeworfen. Im Gegensatz zu Sharon werden allerdings sowohl Arafat, als auch Abbas, positiver charakterisiert. Besonders Arafats Mut wird immer wieder betont, er wird oft als göttliche Figur für die Palästinenser, bezeichnet. Abbas hingegen traut man vor allem die Einhaltung von demokratischen Grundsätzen zu. Auch seine Ablehnung eines militärischen Konfliktes und seine Forderung nach friedlichen Verhandlungen, wird immer wieder lobend, erwähnt.

Immer wieder weist die „Profil“ - Berichterstattung aber auch auf die Gefahr hin, die Palästinenser unreflektiert alle in eine Schublade zu stecken. So wird beispielsweise in einem Artikel auch die Hamas von der anderen Seite dargestellt, in dem man ihre Ähnlichkeiten mit einer Partei, sowie ihre eigenen Friedensbemühungen, betont.

9.9.3. Kategorie 3 : Opfer – Täter – Diskurse

Insgesamt zeigt die untersuchte Berichterstattung, meines Erachtens, mehr Empathie für die palästinensische Konfliktpartei. Die Schuld am Scheitern von Friedensbemühungen wird vor allem den Israelis, allen voran Ariel Sharon selbst, zugeschrieben. Innerhalb der Gruppe der Palästinenser, wird am ehesten noch den radikalen Organisationen, wie der Hamas oder dem Dschihad, zumindest eine Teilschuld, unterstellt. Die Darstellung der Hamas zeigt allerdings eine gewisse Sonderbehandlung. So werden Zugeständnisse von der Hamas in Punkto Waffenstillstand, besonders betont. Ebenso wird ihr keine Schuld am Scheitern der Road Map vorgeworfen, da sie ja ohnehin angekündigt hätte, diese nicht einzuhalten. Arafat wird immer wieder als Bremse für einen Frieden im Nahen Osten

bezeichnet. Sein Tod, wird im letzten untersuchten Artikel, unter anderem als Voraussetzung dafür genannt, dass die zweite Intifada zu einem Ende kommen konnte.

Opferzahlen werden sowohl auf palästinensischer, als auch auf israelischer Seite, fast immer genannt. Ebenso werden die Anschläge beider Parteien oft gegenübergestellt. Als Grund für Anschläge beider Seiten, werden oft die Motive Ächtung und Rache früherer Aktionen, genannt.

Die Opfer der israelischen Antiterrorstrategie, sowie der extralegalen Tötungen, werden oft namentlich genannt. Ebenso wird ihre Funktion innerhalb der Palästinenser erwähnt. Auch die Zahl der israelische Opfer, die dem jeweiligen Terrorführer, zugeschrieben werden, wird mehrmals angegeben.

Ansonsten wird vor allem die Tötung von unschuldigen Zivilisten, insbesondere von Kindern, besonders emotional beschrieben. Hier werden immer wieder Namen genannt, beziehungsweise Einzelschicksale nacherzählt.

In Artikel C werden Opferzahlen relativiert, indem Anschläge mit anderen ähnlichen Ereignissen verglichen werden, bei denen noch mehr Opfer zu verzeichnen waren.

Generell zeichnen alle untersuchten Artikel, ein äußerst pessimistisches Bild, was die Aussichten auf Frieden im Nahen Osten betrifft. Friedensbemühungen werden oft im Vorhinein schon als „zum Scheitern verurteilt“ bezeichnet. Niemand scheint mehr daran zu glauben, dass es langfristig eine Lösung im Nahen Osten geben kann. Friede scheint ein Ding der Unmöglichkeit. Auch das Ende der zweiten Intifada kam, laut Reichelt, lediglich durch „Erschöpfung beider Konfliktparteien“, zu Stande.

9.9.4. Kategorie 4: Andere Akteure

Auch die untersuchte Berichterstattung zeigt: der wichtigste Akteur im Nahostkonflikt außerhalb Israels, ist die USA. Das besondere Verhältnis der USA zu Israel wird in den Artikeln immer wieder erwähnt. Ebenso wird betont, dass nur die USA wirklich Einfluss, auf die Handlungen Israels habe. Das „Profil“ durchleuchtet die israelische Absicht, sich an den amerikanischen Krieg gegen den Terror dranhängen zu wollen, in dem es Arafat mit Saddam Hussein oder Bin Laden, vergleicht. Dass die USA dies, trotz ihrer mit Israel geteilten Abscheu gegenüber den Palästinensern, nicht unterstützt, wird ebenso betont.

Ebenso öfters erwähnt werden das Nahost Quartett, welches die Road Map, entwickelte und Kofi Annan, der für eine bewaffnete Sicherheitszone zwischen den beiden Konfliktparteien, plädiert.

Die EU spielt außerhalb des Nahost Quartetts keine Rolle. Die einzelnen Mitgliedsländer verfolgen zu unterschiedliche Linien in der Nahostfrage. Die EU hat somit kaum Einfluss auf Israel.

Der Einfluss der Medien zeigt sich immer wieder in der untersuchten Berichterstattung. Es werden häufig internationale Medien zitiert, beziehungsweise bei dramatischen Ereignissen wird erwähnt, dass die entsprechenden Bilder über TV Stationen auf der ganzen Welt zu sehen waren. Es wird oft das Bild einer Weltöffentlichkeit gezeichnet, die die Vorgänge in Israel nicht mehr versteht und ihnen fassungslos gegenüber steht.

Die Auswirkungen der Krisen im Nahen Osten für Europa, werden in keinem der sechs Artikel, angesprochen.

9.9.5. Kategorie 5: Konfliktsensitiver Journalismus

In Punkto Konfliktsensitivität zeigen die untersuchten Artikeln eindeutig Schwächen. Eskalationsmechanismen, die zur Entstehung von aktuellen Ereignissen führten, werden zwar immer wieder beschrieben, es finden sich

aber in allen sechs Texten keine Lösungsvorschläge oder Bearbeitungsstrategie. Es wirkt, als wäre es bereits in Stein gemeißelt, dass Frieden im Nahen Osten, unmöglich ist. Die Journalisten bringen diesen Friedenspessimismus durchgängig zum Ausdruck. Ebenso kommt der Schwerpunkt auf die Einhaltung der Menschenrechte – ein zentrales Anliegen – in Bilkes Modell, eindeutig zu kurz.

Die Kriterien „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“ werden besser erfüllt. Zumindest werden einige Ereignisse und Aussagen auf Plausibilität geprüft, beziehungsweise widersprüchliche Argumentationsketten aufgedeckt. Auch die israelische Militärpropaganda wird zumindest in zwei Texten, offen gelegt. Insgesamt werden in den sechs untersuchten Texten, mehr israelische Akteure beschrieben, beziehungsweise zitiert. Dies steht einer Pluralität von Meinungen im Weg, ebenso wie der Umstand, dass keine der beiden Konfliktparteien in ihrer ganzen Heterogenität dargestellt werden und klassische „Gut – Böse – Dualismen“ überwiegen. Viele Sichtweisen und Argumente bekommen somit keine Stimme verliehen.

Die untersuchten Artikel erinnern an eine Mischung aus Reportage, Analyse und Meinung. Die Journalisten gehen manchmal nüchtern und passiv an die Thematik heran, dann aber auch wieder empathisch, kritisch und aktiv. Sie verwenden einen äußerst lebhaften Schreibstil, sowie viele Metaphern und auch verallgemeinernde Großbegriffe. Es werden viele Zitate wiedergegeben. Transparenz des Quellenkontextes ist in fast allen Fällen gegeben.

Keiner der sechs Artikel liefert Hintergrundinformationen, die Aspekte des gesamten Nahostkonflikts, bearbeiten. Lediglich Artikel F lässt zumindest die gesamte zweite Intifada Revue passieren. Niemand scheint sich zuzutrauen die großen historischen Zusammenhänge und Ereignisse, auch in aktuellen Entwicklungen, zu erwähnen und sich auf diese zu beziehen. Hintergrundinformation wird, wenn dann nur zu einem eben aktuellen Thema, präsentiert. Die Berichterstattung legt ihren Fokus eindeutig auf das Hier und Jetzt.

Auch wenn die untersuchten Artikel vielleicht einige einzelne Kriterien eines konflikt sensitiven Journalismus erfüllen, so verfehlen sie letzten Endes dennoch den wesentlichen Anspruch Nadine Bilkes. Sie schaffen es nicht deeskalierend zu berichten, Lösungsvorschläge darzustellen und zumindest die Hoffnung auf Frieden, am Leben zu halten.

9.9.6. Allgemeine Ergebnisse

Auffällig am gesamten Forschungsprozess, war die Tatsache, dass die Berichterstattung über den Nahen Osten, in den Händen von wenigen Einzelpersonen innerhalb der Profil - Redaktion, zu liegen scheint. Überzeugungen und Haltungen dieser Personen, geben gewisse Richtlinien in der Berichterstattung vor. Zu einer Heterogenität von Meinungen, sowie zu gegensätzlichen Darstellungsweisen, kommt es erst durch die vielen abgedruckten Interviews und Stellungnahmen von externen Experten. Lässt man diese, wie bei der vorliegenden Untersuchung außen vor, erweckt die Berichterstattung sofort, ein eher einseitiges Bild.

Die Artikel über den Nahostkonflikt im „Profil“ sind alle relativ lang und ausführlich. Vor allem die Headlines werden gerne als Aufreißer gestaltet und wirken oft sehr pathetisch. Auch in den Artikeln selbst, wird häufig mit provokanten und kreativen Sätzen, Spannung erzeugt, beziehungsweise Aufmerksamkeit erregt. Ebenso werden viele Metaphern verwendet, so werden die politischen Akteure des Nahostkonflikts beispielsweise gerne mit den symbolischen Bezeichnungen „Falke“ beziehungsweise „Tauben“, versehen. Insgesamt vermischen sich bei der Profil Auslandsberichterstattung über den Nahen Osten die Genres Reportage, Analyse und Kommentar.

9.9.7. Vergleich der Ergebnisse mit Siegfried und Margaretes Studie: „Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus.“

Während Siegfried und Margarete Jäger in ihren Ergebnissen festhielten, dass die deutschen Printmedien ein sehr heterogenes Bild der israelischen Öffentlichkeit zeichnen, kommt die vorliegende Arbeit zur „Profil – Berichterstattung“ zu dem gegenteiligen Schluss, nämlich dass weder die Heterogenität der Israelis, noch jene der Palästinenser, ausreichend vermittelt wird.

Des Weiteren finden sich in den untersuchten „Profil“ - Texten keine „extrem“ antisemitischen Diskurse, wie es bei den untersuchten Einheiten von Siegfried und Margarete Jäger leider der Fall war.

Deckungsgleiche Ergebnisse können bei der negativen Darstellung des israelischen Militärs, sowie bei der Negativcharakterisierung des Islams, festgehalten werden. Auch die negative Darstellung Ariel Sharons, kommt in beiden Forschungsarbeiten zum Ausdruck. Arafat hingegen wird in den untersuchten Artikeln der „Profil“ Auslandsberichterstattung positiver dargestellt, als im Analysematerial von Siegfried und Margarete Jäger.

Das journalistische Prinzip, Anschläge und Opferzahlen beider Seiten immer wieder gegenüberzustellen, ist scheinbar sowohl in der österreichischen, als auch in der deutschen Berichterstattung fest verankert. Ebenso wird in beiden Ländern mediale Kritik, gerne durch Experten von außen (z.B.: Interviews, Essays usw) transportiert. Im Vergleich, weicht die „Profil“ - Berichterstattung aber noch häufiger von einer möglichst ausgewogenen Darstellung der beiden Konfliktparteien ab und positioniert sich eher zu Gunsten der Palästinenser. Dennoch kann die vorliegende Arbeit bestätigen, dass sowohl das Image der Israelis als auch jenes der Palästinenser mit eindeutigen Negativcharakterisierungen in ihren medialen Darstellungen, zu kämpfen haben.

9.10. Reflexion der Forschungsfragen

Nach der Gesamtdarstellung der Ergebnisse folgt nun noch der Rückschluss auf die anfangs gestellten Forschungsfragen. Zur Erinnerung sind diese anfangs immer nochmals dargestellt.

Forschungsfrage 1

FF 1: Wie werden die beiden Konfliktparteien im Nachrichtenmagazin „Profil“ dargestellt, beziehungsweise sind antisemitische oder islamophobe Diskurse in der Berichterstattung zu finden?

T 1.1.: Es lassen sich antisemitische Diskurse, beziehungsweise Rückgriffe auf den Holocaust in der „Profil“ Berichterstattung finden.

T 1.2.: Die Betonung von Gefahr, Terrorismus, Märtyrertum und religiösem Fanatismus, sind als islamophobe Strukturen, in der „Profil“ Berichterstattung erkennbar.

Die erste These lässt sich insoweit bestätigen, dass in den untersuchten Artikeln immer wieder Vokabular und Termini verwendet werden, die an den Holocaust erinnern oder mit diesem in Verbindung gebracht werden können. Alte Mythen und Stereotypenkomplexe werden teilweise aktiviert (Motive des „unehrlichen und feigen Juden“), halten aber keiner generalisierenden Thesenaufstellung stand. Andere antisemitische Diskurse waren nicht zu finden.

Die zweite These kann bestätigt werden. Verweise auf Selbstmordattentate, den heiligen Krieg oder die vermeintlich niedrigen Instinkte der Palästinenser, stellen einen wesentlichen Aspekt der untersuchten Berichterstattung, dar. Die Darstellung des Islams ist immer wieder mit Bedrohungsszenarien versehen.

Forschungsfrage 2

FF 2: Wie gestaltet sich die Darstellung von „Opfer – Täter – Positionen“ im Nachrichtenmagazin „Profil“, beziehungsweise welcher der beiden

Konfliktparteien wird das Scheitern von Friedensverhandlungen eher zugeschrieben?

T 2.1.: Die Berichterstattung über Anschläge und Attentate folgt im Wesentlichen dem Muster „Schlag – Gegenschlag“, Angriffe beider Konfliktparteien werden einander, unter genauer Nennung der jeweiligen Opferzahlen, gegenübergestellt, eine generelle Schuld am Scheitern des Friedensprozesses wird allerdings eher den Israelis zugeschrieben.

T 2.2.: Wird der Nahostkonflikt im Gesamtkontext betrachtet, ohne auf bestimmte einzelne Ereignisse einzugehen, findet sich in der Berichterstattung mehr Sympathie und Mitleid für die Situation der Palästinenser, als für jene der Israelis.

T 2.3.: Islamistische Selbstmordanschläge werden im Kontext des Nahostkonfliktes weniger hart verurteilt, als in anderen Zusammenhängen.

Die durchgeführte Analyse, bestätigte die ersten beiden Thesen der Forschungsfrage Zwei. Die Beschreibung von Anschlägen und Gegenanschlägen ist omnipräsent, Opferzahlen werden mehr oder weniger in allen Artikeln durchgehend angeführt. Die Hauptschuld am Scheitern des Friedensprozess wird den Israelis, allen voran Ariel Sharon zugeschrieben. Auf Seiten der Palästinenser werden die extremistischen Strukturen als Hindernis für den Frieden dargestellt. Mehr Sympathie und Empathie findet sich eindeutig für die Situation der Palästinenser.

Zur dritten These konnten die untersuchten Zeitungsartikel keine aufschlussreichen Informationen geben. Selbstmordanschläge werden als zentrale Waffe der Palästinenser, sowie als große Gefahr dargestellt. Sie werden allerdings in keinem Fall mit Selbstmordattentaten in anderen Regionen, verglichen oder bewertet.

Forschungsfrage 3

FF 3: Schafft es „Das Profil“ Elemente eines konflikt sensitiven Journalismus nach Nadine Bilke in seine Berichterstattung zu integrieren?

T 3: In der Nahostberichterstattung des „Profils“ finden sich kaum Elemente eines konflikt sensitiven Journalismus, es dominieren Kriterien der klassischen Kriegsberichterstattung.

Auch wenn einige Ansätze in den untersuchten Artikeln zu finden waren, erfüllen sie Nadine Bilkes Anforderungen eines konflikt sensitiven Journalismus nicht. Vor allem die deeskalierende Vorgehensweise, sowie der Fokus auf Frieden, Gleichheit und Menschenrechte fehlen.

10. Tipps für die journalistische Praxis

Abschließend sollen einige Tipps für die Berichterstattung über den Nahen Osten festgehalten werden, die zur Vermeidung von antisemitischen und antiislamischen Effekten, sowie zur Wahrung eines konflikt sensitiven Journalismus, beitragen. (vgl. auch Jäger 2003: 359ff)

- ➔ Heterogenität betonen
- ➔ „Schwarz – Weiß“ - Denken und „Gut – Böse“ - Dualismen auflösen
- ➔ Empathie für alle Beteiligten zeigen
- ➔ Allen Beteiligten eine Stimme verleihen
- ➔ Pluralität von Meinungen darstellen
- ➔ Negativcharakterisierungen ganzer Personengruppen (z.B.: „die Israelis“, „die Palästinenser“) vermeiden
- ➔ Stereotype und Klischees vermeiden
- ➔ Religiöse Symboliken und Anspielungen vermeiden
- ➔ Großbegriffe (z.B.: Terrorismus, Fanatismus) vermeiden
- ➔ Vorsicht mit Skandal- und Schockfotos

- ➔ Historische Entwicklungen aufzeigen
- ➔ Beziehungen zwischen einzelnen Staaten aufzeigen
- ➔ Hintergrundinformation liefern
- ➔ Propaganda aufdecken
- ➔ Lösungsstrategien entwickeln
- ➔ Hoffnung auf Frieden wahren
- ➔ Menschenrechte achten, verteidigen und betonen
- ➔ Mehrere Wahrheiten akzeptieren und darstellen
- ➔ Auch über positives berichten
- ➔ Vermeidung des Dualismus „Guter Westen“ versus „Primitiver Osten“
- ➔ Keine Verweise auf die Shoa
- ➔ Nationalsozialistisches Vokabular ist Tabu
- ➔ Alte jüdische Mythen nicht bedienen
- ➔ Gleichsetzungen vermeiden (z.B.: „die Juden“ = die „Israelis“ oder „die Palästinenser“ = „die Terroristen“ oder „die Araber“)
- ➔ Keine Angst vor dem Islam schüren

11. Fazit und Ausblick

Der Themenbereich der Krisen- und Kriegsberichterstattung ist aktueller denn je. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen diverse arabische Staaten vor dem Umbruch stehen und Bilder blutüberströmter getöteter Diktatoren um die ganze Welt gehen, sollte die klassische Kriegsberichterstattung endlich konflikt sensitiveren Modellen weichen. Konflikt sensitiven Journalismus zu etablieren und die entsprechenden Strukturen für diesen zu schaffen, ist die erste zentrale Forderung, die mit dieser Arbeit einhergeht.

Im Zeitalter der Digitalisierung, in dem aktuelle News sofort via Internet, Smartphones und ähnlichen, praktisch in Echtzeit an den Rezipienten gelangen, wird es vor allem Aufgabe des Printjournalismus sein, ausführliche Analysen und Hintergrundinformationen aufzubereiten. Dafür bedarf es viel Zeit für gründliche Recherche und die entsprechenden finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen in den Redaktionen müssen geschaffen werden. Es ist zu hoffen, dass die Printmedien ihre Aufgabe entsprechend ernst nehmen.

Der Nahostkonflikt wird noch längere Zeit Thema der Krisen- und Kriegsberichterstattung sein. Die vorliegende Arbeit konnte aufzeigen, aus welchen Gründen, dieser ein besonders heikles Spannungsfeld für Journalisten, darstellt. Antisemitische Diskurse sind aus unserer Gesellschaft keineswegs verschwunden und das Phänomen der Islamophobie ist ebenso allgegenwärtig, obwohl es wahrscheinlich sogar erst am Anfang ihrer Entwicklung steht und in Zukunft noch stark zunehmen wird. Dies führt zur zweiten Forderung dieser Arbeit: die Berichterstattung über den Nahen Osten MUSS frei von antisemitischen oder antiislamischen Charakterisierungen und Diskursen sein. Ansonsten werden Feindseligkeiten immer weiter geschürt und Vorurteile werden noch fester in unserer Gesellschaft verankert. Die Wirkungsmacht der Medien, darf in diesem Bereich keinesfalls unterschätzt werden.

Die durchgeführte Analyse der „Profil“ Berichterstattung führte zu einigen Ergebnissen, die bereits ausführlich dargestellt wurden. Sowohl antiislamische Strukturen, als auch nationalsozialistische Termini wurden beispielsweise gefunden. Es soll an dieser Stelle allerdings auch auf die Gefahr hingewiesen werden, prinzipiell jeder Berichterstattung über den Nahen Osten antisemitische oder antiislamische Elemente zu unterstellen, denn dies ist ebenso fatal. Antisemitische und islamophobe Vorwürfe werden von Akteuren auch häufig zu ihrem eigenen Vorteil genutzt - eine These, auf die sich beispielsweise Moshe Zuckermann immer wieder stützt. Es gilt also den Spagat zu schaffen: einerseits müssen beide Phänomene äußerst ernst genommen werden, andererseits dürfen sie nicht fälschlicherweise als permanent vorhanden, manifestiert werden.

Abschließen möchte ich diese Arbeit mit meiner dritten und letzten Forderung: sowohl die Phänomene des Antisemitismus und der Islamophobie, als auch die Berichterstattung über den Nahen Osten, müssen auch in unserem Fach, der Publizistik und Kommunikationswissenschaft, im Sinne einer verantwortungsbewussten Sozialwissenschaft, gründlicher erforscht werden. Die entsprechenden Lücken in der Forschung, wurden im Laufe dieser Arbeit mehrfach festgehalten. Auch die vorliegende Arbeit konnte nur einen äußerst kleinen Ausschnitt bearbeiten. Sie dient aber hoffentlich als Anreiz für eine neue rege Forschungstätigkeit in diesen Themenbereichen.

LITERATURVERZEICHNIS

ADORNO, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

ALLEN, Chris (2009): Das erste Jahrzehnt der Islamophobie. In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Wien: Studienverlag. S.13-34.

ALLPORT, Gordon W (1954): The nature of prejudice. Cambridge/Massachusetts: Addison-Wesley.

ALMOG, Shmuel (1990): Nationalism & Antisemitism in Modern Europe 1815 – 1945. Oxford: Pergamon Press.

ARENDT, Hannah (1986): Zur Zeit – Politische Essays. Berlin: Rotbuch.

ASHMORE, Richard D. (1970): The problem of intergroup prejudice. In: Collins, Barry E. (Hrsg.): Social Psychology. Unbekannt: Addison-Wesley. S.245-296

ASHMORE, Richard D./DEL BOCA, Frances K. (1981): Conceptual approaches to stereotypes and stereotyping. In: Hamilton, David (Hrsg.): Cognitive processes in stereotyping and intergroup behaviour. Hillsdale: Erlbaum. S. 1-35.

BARRES, Egon (1978): Vorurteile. Theorie – Forschungsergebnisse – Praxisrelevanz. Opladen: Leske.

BASSAM TIBI (2003): Der importierte Hass. In: Die Zeit vom 06.02.2003.

BAUM, Achim (1994): Journalistisches Handeln. Eine kommunikationstheoretisch begründete Kritik der Journalismusforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

BAUM, Achim/SCHOLL, Achim (2000): Wahrheit und Wirklichkeit. Was kann die Journalismusforschung zur journalistischen Ethik beitragen? In: Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hrsg.): Medienethik zwischen Theorie und Praxis. Normen für die Kommunikationsgesellschaft. Münster: LIT Verlag. S. 90-108.

BECK, Hans-Georg (1968): Die Juden in der Christenheit des Mittelalters. In: Jedin, Hubert: Handbuch der Kirchengeschichte. Band III, 2. Auflage. Freiburg/Basel/Wien: Herder.

BENTELE, Günter (1996): Wie wirklich ist die Medienwirklichkeit. Anmerkungen zu Konstruktivismus und Realismus in der Kommunikationswissenschaft. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Wahrheit als Medienqualität. Beiträge zur Medienethik. Band 3. Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. S.121-142.

BENZ, Wolfgang (2002): Antisemitismusforschung als Vorurteilsforschung. In: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: Judenfeindschaft als Paradigma: Studien zur Vorurteilsforschung. Berlin: Metropol:. S.15-21.

BENZ, Wolfgang/KÖNIGSEDER, Angelika (2002) (Hrsg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Wien: Metropol.

BENZ, Wolfgang (2009) (Hrsg.): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz Feindbild Muslim Feindbild Jude. Berlin: Metropol.

BERGMANN, Werner (2002): Geschichte des Antisemitismus. München: C.H.Beck.

BIELEFELDT, Heiner: Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_7_das_islambild_in_deutschland.pdf S.14.

BILKE, Nadine (2002): Friedensjournalismus. Wie Medien deeskalierend berichten können. Münster: Agenda Verlag.

BILKE, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konflikt sensitiven Journalismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

BILLIG, Michael (1985): Prejudice, categorization and particularization: from a perceptual to a rhetorical approach. In: European Journal of Social Psychology 15/1985. S.79-103.

BILLIG, Michael (1996): Arguing and Thinking. A rhetorical approach to social psychology. Cambridge: Cambridge University Press.

BRAUNECKER, Claus (1988): Antisemitismus und Antisemitismusforschung in Österreich. Unveröffentlichte Diplomarbeit: Wien.

BREWER, Marilynn B. (1988): A dual process model of impression formation. In: Srull, Thomas K./Wyer, Robert S. (Hrsg.): Advances in social cognition. Hillsdale, NJ: Erlbaum. S.1-36.

BRODER, Henryk M. (1986): Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

BROWN, Rupert (1995): Prejudice. Its social psychology. Oxford: Blackwell.

BUNZL, John/HAFEZ, Farid (2009) (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Wien: Studienverlag.

BURKART, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Aktualisierte Auflage. Wien/Köln/Weimar: Böhlau.

CALLIEß, Jörg/RAUE, Stefan (2004): Diskurse in Zeiten des Krieges. Die Kritik an der Kriegsberichterstattung braucht weitere Horizonte. In Büttner, Christian/Gottberg, Joachim von/Metze-Mangold, Verena (Hrsg.): Der Krieg in den Medien. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S.199-210.

CLAUSSEN, Detlev (1987): Psychoanalyse und Antisemitismus. In: Psyche 1/1987. S. 1-21.

CONDOR, Susan (1990): Social stereotypes and social identity. In: Abrams, Dominic/Hogg, Michael A. (Hrsg.): Social Identity Theory. Constructive and critical advances. New York: Harvester Wheatsheaf. S. 230-249.

DEBATIN, Bernhard (1997): Ethische Grenzen oder Grenze der Ethik. In: Bentele, Günter/Haller, Michael (Hrsg.): Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen. Konstanz: UVK.S.281-290.

DEBATIN, Bernhard (1998): Verantwortung im Medienhandeln. Medienethische und handlungstheoretische Überlegungen zum Verhältnis von Freiheit und Verantwortung in der Massenkommunikation. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.) Freiheit und Medien. Beiträge zur Medienethik. Band 4. Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. S.113-130.

DE HOUWER, Jan/MOORS, Agnes (2007): Hof to define and examine the implicitness of implicit measures. In: Wittenbrink, Bernd/SCHWARZ, Norbert (Hrsg.): Implicit measure of attitudes: Procedures and controversies. New York: Guilford Press: S.179-194.

DEGNER, Juliane/WENTURA, Dirk (2008): Messung von Vorurteilen. In: Petersen, Lars Eric/Six, Bernd (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz. S.149-158.

DEVINE, Patricia G. (1989a): Stereotypes and prejudice: Their automatic and controlled components. In: Journal of Personality & Social Psychology. 1/1989. S.5-18.

DEVINE, Patricia G. (1989b): Automatic and controlled processes in prejudice: The role of stereotypes and personal beliefs. In: Pratkanis,

Anthony R./Breckler, Steven J./Greenwald, Anthony G. (Hrsg.): Attitude structure and function. Hillsdale: Erlbaum. S. 181-212.

DEVINE, Patrica G./MONTEITH, Margo J. (1999): Automaticity and control in stereotyping. In: Chaiken, Shelly/Trope, Yaacov (Hrsg.): Dual process theories in social psychology. New York: Guilford. S.339-360.

DEVINE, Patricia G./ELLIOT, Andrew J. (2000): Are racial stereotypes really fading? The Princeton Trilogy revisited. In: Stangor, Charles (Hrsg.): Stereotypes and prejudice: Essential readings. Philadelphia: Psychology Press. S.86-99.

DEVINE, Patricia G. /PLANT, Ashby E./AMODIO, David M./HARMON-JONES, Eddie ./VANCE, Stephanie L. (2002): The regulation of explicit and implicit race bias: The role of motivation to respond without prejudice. In: Journal of Personality & Social Psychology. 82/2002. S.835-848.

DION, Kenneth L. (2003): Prejudice, racism, and discrimination. In: Millan, Theodor/Lerner, Melvin (Hrsg.): Handbook of Psychology. (Volume 5 – Personality and Social Psychology. New York: Wiley. S. 507-536.

DONSBACH, Wolfgang (2005): Rollenselbstverständnis. In: Weischenberg, Siegfried/Kleinstauber, Hans J./PÖRKSEN, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz: UVK. S.415-420.

DOVIDIO, John F./GAERTNER, Samuel L. (1986): Prejudice, discrimination and racism: Historical trends and contemporary approaches. In: Dovidio, John F./Gaertner, Samuel L. (Hrsg.): Prejudice, discrimination and racism. San Diego: Academic Press. S. 1-34.

DRUMONT, Edouard (1890): Das verjudete Frankreich. Versuch einer Tagesgeschichte. In: Billige Volksausgabe, Band 1 und 2.

EAGLY, Alice H./MLADINIC, Antonio (1989): Gender stereotypes and attitudes towards women and men. Personaly and Social Psychology Bulletin. Jg.15: S. 543-558.

EAGLY, Alice H./CHAIKEN, Shelly (1993): The psychology of attitudes. Fort Worth: Harcourt Brace Jovanovich.

ECKES, Thomas (2008): Messung von Stereotypen. In: Soziale Kategorisierung und Stereotypisierung. In: Petersen, Lars Eric/Six, Bernd (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz. S.97-106.

ERB, Rainer/BERGMANN, Werner (1989): Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860. Berlin: Metropol.

FABRIS, Hans Heinz/RENGER, Rudi (2003): Vom Ethik- zum Qualitätsdiskurs. Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

FARROKHZAD, Schahrazad (2002): Medien im Einwanderungsdiskurs. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 25.Jg., Heft 61, S.75 -94

FAWCETT, Liz (2002): Why peace journalism isn't news. In: Journalism Studies. 2/2002. S. 213-223.

FESSEL GfK Institut für Marktforschung u.a. (1987): Antisemitismus in Österreich: Ergebnisse einer Untersuchung der demoskopischen Institute Österreichs.

FEIN, Helen (1987): The persisting question. Sociological perspectives and social contexts of modern antisemitism. Berlin/New York: De Gruyter

FISKE, Susan/NEUBERG Steven (1990): A continuum of impression formation, from category-based to individuating process: Influences of information and motivation on attention and interpretation. In: Zanna, Marc (Hrsg.): Advances in experimental social psychology. San Diego: Academic Press. S.1-74.

FLECK, Christian/MÜLLER, Albert (1992): Zum nachnazistischen Antisemitismus in Österreich. Vorderbühne versus Hinterbühne. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 4/1992. S.481-514.

FOUCAULT, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp

FRINDTE, Wolfgang/FUNKE, Friedrich/JAKOB, Susanne (1999): Neu – alte Mythen über Juden: ein Forschungsbericht. In: Dollase, Rainer/Kliche, Thomas/Moser, Helmut (Hrsg.): Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit: Opfer, Täter, Mitläufer. Weinheim: Deutscher Studienverlag S.119-130.

FRINDTE, Wolfgang/WAMMETSBERGER, Dorit/WETTIG, Susan (2003): Antisemitische Einstellungen deutscher Jugendlicher. In: Witte, Erich H.: Sozialpsychologie politischer Prozesse. Beiträge des 18. Hamburger Symposiums zur Methodologie der Sozialpsychologie. Lengerich: Pabst: S.34-57.

FROHLOFF, Astrid (2004): Kriegsnachrichten. In: Büttner, Christian/Gottberg, Joachim von/Metze – Mangold, Verena (Hrsg.): Der Krieg in den Medien. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S.39-49.

FUCHS, Werner/KLIMA, Rolf/LAUTMANN, Rüdiger/RAMMSTEDT, Otthein/WIENOLD, Hanns (1988) (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

GADENNE, Volker/MOSER, Klaus (1987): Vorurteile und Wirklichkeit. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie 1/1987. S.59-62.

GALTUNG, Johan (1998): Friedensjournalismus. Was, warum, wer, wie, wann, wo? In: Kempf, Wilhelm/Schmidt – Regener, Irena: Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: LIT. S.3-20.

GARDNER, Robert C. (1973): Ethnic stereotypes: The traditional approach, a new look. Canadian Psychologist, Jg.14:S.133-148.

GARDNER, Robert C. (1994): Stereotypes as consensual beliefs. In: Zanna, Mark P./Olson, James M. (Hrsg): The psychology of prejudice. Hillsdale: Erlbaum. S. 1-31.

GNIECHWITZ, Susan (2006): Antisemitismus im Lichte der modernen Vorurteilsforschung. Kognitive Grundlagen latenter Vorurteile gegenüber Juden in Deutschland. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.

GREDIG, Daniel (1994): Dekadent und gefährlich. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

GREIS, Andreas/HUNOLD, Gerfried W. (2003) (Hrsg.): Medienethik. Ein Arbeitsbuch. Tübingen/Basel: A. Francke Verlag.

GÜTTLER, Peter O. (2003): Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen. München: Oldenburg. 4.Auflage.

HABERMAS, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Habermas, Jürgen/Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/Main: Suhrkamp.

HÄCKER, Hartmut/STAPF, Kurt-Hermann (1998): Dorsch Psychologisches Wörterbuch. (13. Auflage) Bern: Hans Huber.

HAFEZ, Farid (2009): Zwischen Islamophobie und Islamophilie: Die FPÖ und der Islam. In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Wien: Studienverlag. S.106-127.

HAGEN, Lutz (1995): Informationsqualität von Nachrichten. Messmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften.

HALLER, Michael (1993): Journalistisches Handeln: Vermittlung oder Konstruktion von Wirklichkeit? In: Bentele, Günter/Rühl, Manfred (Hrsg.): Theorien öffentlicher Kommunikation. Konstanz: UVK. S.138-151.

HALLER, Michael (2004): Typen des Journalismus. In: Pürer, Heinz/Rahofer, Meinrad/Reitan, Claus (Hrsg.): Praktischer Journalismus. Presse, Radio, Fernsehen, Online. Salzburg: UVK. S.81-93.

HEITMEYER, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF): Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp S.15-36.

HEITMEYER, Wilhelm (2007): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/Main: Suhrkamp.S.15.36.

HEYDER, Aribert/ISER, Julia/Schmidt, Peter (2005): Israelkritik oder Antisemitismus. Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände Folge 1. Frankfurt / Main: Suhrkamp: S.144-164

HÖFERT, Almut (2009): Die „Türkengefahr“ in der Frühen Neuzeit: Apokalyptischer Feind und Objekt des ethnographischen Blicks. In: Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.61-71.

HOHLFELD, Ralf (1999): Systemtheorie für Journalisten – ein Vademekum. Eichstätter Materialien zur Journalistik 12, Eichstätt.

HÖLLRIGL, Christoph (2004): Journalistische Qualität in der Kriegsberichterstattung. Was haben die Medien aus dem Golfkrieg 1991 gelernt; ein empirischer Vergleich der ZDF- und ORF – Kriegsberichterstattung zum Golfkrieg 1991 und 2003. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Wien.

HUB, Astrid (1998): Das Image Israels in deutschen Medien. Zwischen 1956 und 1982. Frankfurt am Main: Peter Lang.

IMHOF, Kurt (1995): Kriegskommunikation im sozialen Wandel. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Zürich: Seismo. S.123-134.

JÄGER, Siegfried/JÄGER, Margarete (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Münster: LIT.

JAHODA; Gustav (2001): Beyond stereotypes. In: Culture and Psychology 2/2001. S.181-197.

KARMASIN, Fritz/GOTTSCHLICH, Maximilian (1987): Antisemitische Einstellungen der österreichischen Bevölkerung. Repräsentativbefragung des österreichischen Gallup – Institutes in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. (Vervielfältigtes Manuskript) Wien.

KARMASIN, Matthias (1996): Qualität im Journalismus. Ein medienökonomisches und medienethisches Problem. In: Medien Journal 2/1996. S.17-26.

KATZ, Daniel/BRALY, Kenneth W. (1933): Racial stereotypes of one hundred college students. In: Journal of Abnormal and Social Psychology. 28/1933. S.280-290.

KATZ, Daniel (1960): The functional approach to the study of attitudes. Public Opinion Quarterly, Jg.24: 163-204.)

KELLER, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 3. aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

KEMPF, Wilhelm (2003): Konstruktive Konfliktberichterstattung - ein sozialpsychologisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm. In: conflict & communication online, 2 (2), www.cco.regener-online.de

KLAUER, Karl Christoph (2008): Soziale Kategorisierung und Stereotypisierung. In: Petersen, Lars Eric/Six, Bernd (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz. S.23-32.

KLUG, Brian (2003): The collective Jew: Israel and the new antisemitism. In: Patterns of Prejudice. 2/2003: 122-122.

KÖNIGSEDER, Angelika (2009): Feindbild Islam. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“. Berlin: Metropol. S.21-35.

KOSZYK, Kurt/PRUYS, Karl Hugo (1981): Handbuch der Massenkommunikation. München: DTV.

KUNDA, Ziva/THAGARD, Paul (1996): Forming impressions from stereotypes, traits and behaviors: A Parallel – constraint – satisfaction theory. *Psychological Review*. Jg. 103: S.284-308.

KUTSCH, Arnulf (1995): Einstellungen zum Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit. Ein Beitrag zu den Anfängen der Meinungsforschung in den westlichen Besatzungszonen. In: *Publizistik* 4/1995. S. 415-447.

LANG, Gustav A. (1995): Der Krieg als journalistisches Thema. Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): *Medien und Krieg – Krieg in den Medien*. Zürich: Seismo. S.151-219.

LEIBOLD, Jürgen/KÜHNEL, Steffen (2003): Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 2. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S.100-119.

LENDVAI, Paul (1972): *Antisemitismus ohne Juden*. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa. Wien: Europaverlag.

LEPORE, Lorella/BROWN, Rupert (1997): Category and stereotype activation: Is prejudice inevitable. In: *Journal of Psychology & Social Psychology*. 72/1997. S.275-287.

LIPPMANN, Walter (1922): *Public Opinion*. New York: Harcourt Brace.

LORETAN, Matthias (2002): Diskursethisches Programm zur kognitiven Begründung der Medienethik. In: *Communicatio Socialis*. 3/2002. S.265-297.

LUHMANN, Niklas (1970): Funktionale Methode und Systemtheorie. In: Ders. (Hrsg.): Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.31-53.

LUHMANN, Niklas (1972): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin: Duncker & Humblot.

LUHMANN, Niklas (1984): Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

LYNCH, Jake (2006): What`s so great about Peace Journalism. In: Global Media Journal. 1/2006.S.74-87.

MARIN, Bernd (1983): Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten“ ? In: Bunzl, John/Marin, Bernd (Hrsg.): Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck: Inn – Verlag.

MARIN, Bernd (2000): Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder. Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Europäisches Zentrum Wien. Band 10. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

MARR, Wilhelm (1879): Der Sieg des Judentums über das Germanenthum – Vom nichtconfessionellen Standpunkt aus betrachtet. Bern: Rudolph Costenoble.

MAUSSEN, Marcel (2006): The Governance of Islam in Western Europe, A State of the Art Report. IMISCOE: Working Paper Nr.16. Amsterdam.

McCauley, Clark/STITT, Christopher L (1978): An individual and quantitative measure of stereotypes. Journal of Personality and Social Psychology, Jg.83: S.44-59.

MECKEL, Miriam (1999): Redaktionsmanagement. Ansätze aus Theorie und Praxis. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

MILLS, Sara (2007): Der Diskurs. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.

MILNER, David (1981): Racial Prejudice. In: Turner, John C./Giles Howard (Hrsg.): Intergroup Behaviour. Oxford: Blackwell. S.102-143.

NAUMANN, Thomas (2009): Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst. In: Schneiders, Thorsten G. (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.19-37.

NEUBERGER, Christoph (1996): Journalismus als Problembearbeitung. Objektivität und Relevanz in der öffentlichen Kommunikation. Konstanz: UVK.

OOMEN, Hans-Gert/SCHMID, Hans Dieter (1978) (Hrsg.): Vorurteile gegen Minderheiten. Die Anfänge des modernen Antisemitismus am Beispiel Deutschlands. Stuttgart: Reclam.

PETERSEN, Lars Eric/SIX, Bernd (2008) (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz.

PETZOLD, Sebastian (2004): Antisemitische Einstellungen in Deutschland – Eine Explorationsstudie. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Jena.

PEUCKER, Mario (2009): Islamfeindlichkeit – die empirischen Grundlagen. In: Schneiders, Thorsten G. (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.155-167.

PLANT, Ashby E./DEVINE, Patricia G. (1998): Internal and external motivation to respond without prejudice. In: Journal of Personality & Social Psychology. 3/1998. S.811-832.

POLLACK, Alexander/EGER, Nina (2002): Antisemitismus mit Anspielungscharakter. In: Pelinka, Anton/Wodak, Ruth: Politik der Ausgrenzung. Wien: Czernin S.187-210.

PÖRKSEN, Bernhard (2005): Medienethik. In: Weischenberg, Siegfried/Kleinstenberger, Hans/Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz: UVK. S.:211-219.

PÜRER, Heinz (2003): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK.

QUSTHOFF, Uta (1973): Soziales Vorurteil und Kommunikation – Eine sprachwissenschaftliche Analyse des Stereotyps. Ein interdisziplinärer Versuch im Bereich von Linguistik, Sozialwissenschaft und Psychologie. Frankfurt am Main: Fischer – Athenäum.

RAGER, Günther/HAASE, Helga/WEBER, Bernd (1994) (Hrsg.): Zeile für Zeile – Qualität in der Zeitung. Münster: LIT.

RAGER, Günther (2000): Ethik - eine Dimension von Qualität. In: Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hrsg.): Medienethik zwischen Theorie und Praxis. Münster: LIT Verlag. S.76-89.

ROHRBACHER, Stefan/SCHMIDT, Michael (1991): Judenbilder. Kulturgeschichte antisemitischer Mythen und antisemitischer Vorurteile. Reinbek: Rowohlt.

ROKEACH, Milton (1970): Believes, attitudes and values. San Francisco: Jossey – Bass.

ROSENBERG, Morris J./HOVLAND Carl I. (1960): Cognitive, affective and behavioral components of attitudes. In: Hovland, Carl I./Rosenberg, Morris (Hrsg.): Attitude organisation and change. New Haven: Yale University Press.

RUß - MOHL, Stephan (1992): Am eigenen Schopfe...Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: Publizistik 1/1992. S. 83-96.

SAAD, Karim (2009): Islamophobie in österreichischen Tageszeitungen. In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Wien: Studienverlag. S.200-211.

SCHÄFER, Bernd/SIX, Bernd (1978): Die Sozialpsychologie des Vorurteils. Stuttgart: Kohlhammer.

SCHÄFER, Bernd (1988): Entwicklungslinien der Stereotypen- und Vorurteilsforschung. In: Schäfer, Bernd/Petermann, Franz (Hrsg.): Vorurteile und Einstellungen. Sozialpsychologische Beiträge zum Problem sozialer Orientierung. Köln: Deutscher Institutsverlag. S.11-65.

SCHATZ, Heribert/SCHULZ, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität. In: Media Perspektiven, 11, S.690-712.

SCHIFFER, Sabine (2009): Grenzenloser Hass im Internet. Wie „islamkritische“ Aktivisten in Weblogs argumentieren. In: Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.341-363.

SCHIFFER, Sabine/WAGNER, Constantin (2009): Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich. Wassertrüdingen: HWK Verlag.

SCHMIEDERER, E. (1987): Traum und Wirklichkeit: Der Österreichische Antisemitismus wurde weggeforscht. In: Profil: Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs. 12/1987: S.20-21.

SCHMIDT MAST, Marianne/KRINGS, Franciska (2008): Stereotype und Informationsverarbeitung. In: Petersen, Lars Eric/Six, Bernd (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen. Weinheim/Basel: Beltz. S.33-44.

SCHLÖDER, Bernd (1996): Vorurteile, Stereotype und die Verständigung zwischen Gruppen. In: Thomas, Alexander (Hrsg.): Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Göttingen: Verlag für angewandte Psychologie. S.109-114.

SCHOLL, Armin/WEISCHENBERG, Siegfried (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

SCHULZ, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg/München: Karl Alber.

SCHWER, Katja (2006): „Problemzonen“ der Qualitätsforschung. Zur Messung von journalistischer Objektivität. In: Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung. Konstanz: UVK. S.347-365.

SHERIF, Muzafer/SHERIF, Carolyn W. (1979): Research on intergroup relations. In: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hrsg.): The social psychology of intergroup relations. Monterey: Brooks/Cole.

SHOOMAN, Yasemin (2009): Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“. Berlin: Metropol. S.71-84.

SIDANIUS, James (1988): Intolerance of ambiguity, conservatism, and racism – whose fantasy, whose reality. A reply to Ray. In: Political Psychology 9/1988. S.309-316.

SILBERMANN, Alphons (1982): Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

SNIDER, James G./OSGOOD, Charles E. (1969) (Hrsg.): Semantic differential technique. A sourcebook. Chicago: Aldine.

SNYDER, Mark (1984): When beliefs create reality. In: Advances in Experimental Social Psychology. 18/1984. S.248-306.

SONNLEITNER, Barbara (2009): Der Karikaturenstreit in den österreichischen Printmedien am Beispiel des Nachrichtenmagazins *Profil*. In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Wien: Studienverlag. S.191-200.

SPENCER, Graham (2005): The Media and Peace. From Vietnam to the "War on Terror" Basingstoke: Palgrave.

STRAUSS, Herbert A. (2002): Antisemitismusforschung als Wissenschaft. In: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Wien: Metropol. S.22-30.

STROEBE, Wolfgang./INSKO, Chester .A. (1989): Stereotype, prejudice and discrimination: changing conceptions in theory and research. In: Bar-Tal, Daniel/Graumann, Carl F./Kruglanski Arie W./Strobe, Wolfgang (Hrsg.): Stereotyping and Prejudice. Berlin: Springer. S.3-34.

THOMAS, Barbara (2000): Von Aristoteles zu Habermas. Theorien zur Ethik des Journalismus. In: Löffelholz, Martin (Hrsg): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.351-362.

THOMAS, Barbara (2003): Interkulturelle Kommunikation und Medienethik – Interkulturelle Medienethik? In: Bucher, Hans – Jürgen/Altmeppen, Klaus – Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus. Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.93-110.

THURSTONE, Louis L./CHAVE, E.J. (1948): The Measurement of Attitude. Chicago. Deutsch In: Karsten, Anita (1978): Vorurteil: Ergebnisse psychologischer und sozialpsychologischer Forschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

WALLISCH, Gianluca (1995): Journalistische Qualität. Definitionen – Modelle – Kritik. Konstanz: UVK:

WALLOCH – CHERBES, Rolanda (1988): Antisemitismus in Wien - Fünfzig Jahre nach dem Anschluss. Eine qualitative Analyse des antisemitischen Vorurteils aus jüdischer Sicht. Unveröffentlichte Diplomarbeit: Wien.

WASSERMANN, Heinz P. (1998): Und ab heute sagen wir „Grüß Gott“ und nicht mehr „Heil Hitler“. Nationalsozialismus, öffentliches und veröffentlichtes Geschichtsbewusstsein in Österreich nach 1945. Dissertation: Graz.

WASSERMANN; Heinz P. (2002) (Hrsg.): Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung. Schriften des Centrums für jüdische Studien. Band 3. Innsbruck: StudienVerlag.

WEISCHENBERG, Siegfried (1983): Investigativer Journalismus und „kapitalistischer Realismus“. Zu den Strukturbedingungen eines anderen Paradigmas der Berichterstattung. In: Rundfunk und Fernsehen 3-4/1983.

WEISCHENBERG, Siegfried (1992): Journalistik. Band 1. Opladen: Westdeutscher Verlag.

WEISCHENBERG, Siegfried (2006): Medienqualitäten: Zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation. In: Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hrsg): Medien – Qualitäten: Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung. Konstanz:UVK. S.9-34.

WEISS, Hilde (1984): Antisemitische Vorurteile in Österreich. Theoretische und empirische Analysen. Wien: Braumüller.

WEIß, Ralph (1997) Läßt sich über Qualität streiten? Versuche in der Kommunikationswissenschaft zur Verobjektivierung des Qualitätsbegriffes. In: Weißler, Hartmund/Matzen, Christiane/Jarren, Otfried/Hasenbrink, Uwe (Hrsg.): Perspektiven der Medienethik. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.185-199.

WETZEL, Juliane (2009): Judenfeindschaft unter Muslimen in Österreich. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“. Berlin: Metropol. S.45-63.

WILKE, Jürgen (1995): Krieg als Medienereignis. Konstanten und Wandel eines endlosen Themas. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Zürich: Seismo. S.21-35.

WITTE, Erich H. (1989): Sozialpsychologie. Ein Lehrbuch. München: Psychologie Verlags Union.

WOLF, Heinz E. (1979): Kritik der Vorurteilsforschung. Versuch einer Bilanz. Stuttgart: Enke.

WUNDEN, Wolfgang (1998) (Hrsg.): Freiheit und Medien. Beiträge zur Medienethik. Band 4. Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik.

WUNDEN, Wolfgang (2003): Medienethik – normative Grundlage der journalistischen Praxis? In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus. Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.55-77.

ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate (2007): Antisemitische Vorurteile – eine sozialpsychologische Perspektive. In: Imbusch, Peter (Hrsg): Gerechtigkeit – Demokratie – Frieden: Eindämmung oder Eskalation von Gewalt? Baden Baden.: Nomos S. 318-340.

ZIMBARDO, Philip (1995): Psychologie. Berlin: Springer.

INTERNETQUELLEN

<http://www.friedensjournalismus.de> (Konsultation am 15.09.2011)

<http://www.pecojon.de> (Konsultation am 15.09.2011)

<http://www.runnymedetrust.org> (Konsultation am 02.12.2011)

ANHANG



Grundsätze für die publizistische Arbeit (Ehrenkodex für die österreichische Presse)

aktuelle Fassung (Stand: 21.1.1999)

Präambel

Journalismus bedingt Freiheit und Verantwortung. Zeitungsherausgeber/innen, Verleger/innen, Hörfunk- und Fernsehverantwortliche sowie Journalisten und Journalistinnen tragen in besonderer Weise Verantwortung für die in einer Demokratie lebensnotwendige Freiheit der Massenmedien.

Die redaktionellen Führungskräfte sind besonders gefordert: Sie haben für die konsequente Einhaltung der Grundsätze für die publizistische Arbeit in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich zu sorgen.

Der österreichische Presserat ist Plattform für alle, die sich zu einem der Wahrheitsfindung und Korrektheit verpflichteten Gebrauch der Pressefreiheit bekennen und bereit sind, diesen vom Presserat in konkreten Anlaßfällen prüfen zu lassen. Die ständige freiwillige Selbstkontrolle ist ein geeignetes Mittel, den Verpflichtungen der Presse gerecht zu werden.

Der österreichische Presserat hat daher für alle mit der Beschaffung, Verbreitung und Kommentierung von Nachrichten in Zeitungsunternehmen befaßten Personen den folgenden Grundsatzkatalog (Ehrenkodex für die österreichische Presse) festgelegt, der im Bedarfsfall laufend ergänzt oder

in Form von Richtlinien interpretiert werden kann. Diese Grundsätze gelten für alle in der redaktionellen Verantwortung liegenden Teile einer Zeitung.

Zeitungen und Zeitschriften, die sich bereit erklären, den Ehrenkodex einzuhalten, verpflichten sich, auf jeden Fall Erkenntnisse des Österreichischen Presserates, die sich gegen das eigene Medium richten und deren Veröffentlichung beschlossen wurde, zu publizieren (Signet).

1. Freiheit

1.1. Die Freiheit in Berichterstattung und Kommentar, in Wort und Bild ist integrierender Bestandteil der Pressefreiheit. Das Sammeln und Verbreiten von Nachrichten und Kommentaren darf nicht behindert werden.

1.2. Die Grenzen dieser Freiheit liegen für die Tätigkeit des Presserates in der freiwilligen Selbstbeschränkung auf Grund der Bestimmungen in diesem Ehrenkodex.

2. Genauigkeit

2.1. Gewissenhaftigkeit und Korrektheit in Recherche und Wiedergabe von Nachrichten und Kommentaren sind oberste Verpflichtung von Journalisten.

2.2. Durch Anführungszeichen gekennzeichnete Zitate müssen so weit wie möglich den Wortlaut wiedergeben. Eine lediglich sinngemäße Wiedergabe darf nicht unter Anführungszeichen gesetzt werden. Anonyme Zitierungen sind zu vermeiden, sofern es nicht um die Sicherheit der zitierten Person oder die Abwehr eines anderen schweren Schadens von dieser geht.

2.3. Beschuldigungen dürfen nicht erhoben werden, ohne daß nachweislich wenigstens versucht worden ist, eine Stellungnahme der beschuldigten Person(en) oder Institution(en) einzuholen. Handelt es sich um die Wiedergabe einer öffentlich erhobenen Beschuldigung, ist dies deutlich kenntlich zu machen.

2.4. Sobald einer Redaktion zur Kenntnis gelangt, daß sie eine falsche Sachverhaltsdarstellung veröffentlicht hat, entspricht eine freiwillige Richtigstellung dem journalistischen Selbstverständnis und Anstand.

2.5. Wenn zu einem Bericht von Leserseite eine begründete Richtigstellung einlangt, soll diese so weitgehend und so rasch wie möglich veröffentlicht werden.

2.6. Wenn in einer von einem Medium behandelten Angelegenheit eine wichtige richterliche oder behördliche Entscheidung ergeht oder auf anderem Weg wesentliche neue Gesichtspunkte auftauchen, soll darüber angemessen berichtet werden.

3. Unterscheidbarkeit

3.1. Für die Leserinnen und Leser muß klar sein, ob es sich bei einer journalistischen Darstellung um einen Tatsachenbericht oder die Wiedergabe von Fremdmeinung(en) oder um einen Kommentar handelt.

3.2. Vor der Wiedergabe von Fremdmeinungen sollte deren Stichhaltigkeit überprüft werden, wenn gravierende Zweifel an der Richtigkeit eines Zitats bestehen.

3.3. Fotomontagen und Bildbearbeitungen, die von flüchtigen Lesern/innen als dokumentarische Abbildungen aufgefaßt werden, müssen deutlich als Montagen oder Bearbeitungen kenntlich gemacht werden.

4. Einflußnahmen

4.1. Eine Einflußnahme Außenstehender auf Inhalt oder Form eines redaktionellen Beitrags ist unzulässig.

4.2. Unzulässige Beeinflussungsversuche sind nicht nur Interventionen und Pressionen, sondern auch die Zuwendung persönlicher Vorteile, die über den Bereich unmittelbarer beruflicher Tätigkeit hinausgehen.

4.3. Wer im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Journalist/in Geschenke oder andere persönliche Vorteile entgegennimmt, die geeignet sein könnten, die journalistische Darstellung zu beeinflussen, verstößt gegen das journalistische Ethos.

4.4. Persönliche materielle Interessen dürfen die journalistische Arbeit nicht beeinflussen.

4.5. Wirtschaftliche Interessen des Verlages dürfen redaktionelle Inhalte nicht in einer Weise beeinflussen, die Fehlinformationen oder Unterdrückung wesentlicher Informationen zur Folge haben könnte.

4.6. In Berichten über Reisen, die auf Einladung erfolgten, soll auf diese Tatsache in geeigneter Form hingewiesen werden.

5. Persönlichkeitsschutz

5.1. Jeder Mensch hat Anspruch auf Wahrung der Rechte und Würde der Person.

5.2. Persönliche Diffamierungen, Verunglimpfungen und Verspottungen verstoßen gegen das journalistische Ethos.

5.3. Personen, deren Leben gefährdet ist, dürfen in Medienberichten nicht identifiziert werden, wenn die Berichterstattung die Gefährdung vergrößern kann.

5.4. Pauschalverdächtigungen und Pauschalverunglimpfungen von Personen und Personengruppen sind unter allen Umständen zu vermeiden.

5.5. Jede Diskriminierung aus rassistischen, religiösen, nationalen, sexuellen oder sonstigen Gründen ist unzulässig.

5.6. Eine Herabwürdigung oder Verspottung von religiösen Lehren oder anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften, die geeignet ist, berechtigtes Ärgernis zu erregen, ist unzulässig.

5.7. Die Veröffentlichung entstellender photographischer Darstellungen, welche die dargestellte Person oder Personengruppe diffamieren, ist unzulässig.

6. Intimsphäre

6.1. Die Intimsphäre jedes Menschen ist grundsätzlich geschützt.

6.2. Bei Kindern ist dem Schutz der Intimsphäre Vorrang vor dem Nachrichtenwert einzuräumen.

6.3. Vor der Veröffentlichung von Bildern und Berichten über Jugendliche ist die Frage eines öffentlichen Interesses daran besonders kritisch zu prüfen.

6.4. Berichte über Verfehlungen Jugendlicher dürfen deren mögliche Wiedereingliederung in die Gesellschaft nicht erschweren oder gar verhindern. Volle Namensnennung ist in solchen Fällen zu unterlassen.

6.5. Bei der Befragung und beim Photographieren von Kindern und in der Berichterstattung über Fälle, die deren Existenz nachteilig beeinflussen kann, ist besondere Zurückhaltung geboten.

7. Materialbeschaffung

7.1. Bei der Beschaffung mündlicher und schriftlicher Unterlagen sowie von Bildmaterial dürfen keine unlauteren Methoden angewendet werden.

7.2. Unlautere Methoden sind z.B. Irreführung, Druckausübung, Einschüchterung, brutale Ausnützung emotionaler Streß-Situationen und die Verwendung geheimer Abhörgeräte.

7.3. Bei der Verwendung von Privatfotos ist die Zustimmung der Betroffenen bzw. im Fall von Minderjährigen der Erziehungsberechtigten einzuholen, es sei denn, an der Wiedergabe des Bildes besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse.

8. Redaktionelle Spezialbereiche

8.1. Reise- und Tourismusberichte sollen in geeigneter Weise auch auf soziale und politische Rahmenbedingungen und Hintergründe (z.B. gravierende Menschenrechtsverletzungen) verweisen.

8.2. Umwelt-, Verkehrs- und energiepolitischen Zusammenhängen soll auch im Autoteil Rechnung getragen werden.

8.3. Tourismus-, Auto- und Gastronomieberichte sollen wie alle Bewertungen von Konsumgütern und Dienstleistungen nachvollziehbaren Kriterien folgen sowie von journalistisch qualifizierten Personen verfaßt werden.

9. Öffentliches Interesse

9.1. In konkreten Fällen, insbesondere bei Personen des öffentlichen Lebens, wird es notwendig sein, das schutzwürdige Interesse der Einzelperson an der Nichtveröffentlichung eines Berichts bzw. Bildes gegen ein Interesse der Öffentlichkeit an einer Veröffentlichung sorgfältig abzuwägen.

9.2. Öffentliches Interesse im Sinn des Ehrenkodex für die österreichische Presse ist besonders dann gegeben, wenn es um die Aufklärung schwerer Verbrechen, den Schutz der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit oder um die Verhinderung einer Irreführung der Öffentlichkeit geht.

9.3. Fotos, die unter Mißachtung der Intimsphäre der (des) Abgebildeten entstanden sind (etwa durch Auflauern), dürfen nur dann veröffentlicht werden, wenn ein über das Voyeurhafte hinausgehendes öffentliches Interesse klar ersichtlich ist.

Friedens- journalismus

Sieben Thesen zum Friedensjournalismus

Friedensjournalismus ist verantwortlicher Journalismus.

Journalistinnen und Journalisten haben eine Verantwortung gegenüber den Menschen über die sie berichten und für die sie berichten. Journalistische Recherche und Berichterstattung zu einem Konflikt stellt eine Intervention dar, die Positionen und das Geschehen verändern kann.

Friedensjournalismus stellt sich dieser Verantwortung. Er hinterfragt auch die journalistische Rolle im Konflikt und in der Gesellschaft.

Friedensjournalismus ist konflikt sensitiv. Journalismus braucht eine empathische Grundhaltung, um die unterschiedlichen Perspektiven der Betroffenen nachzuvollziehen. Journalismus braucht außerdem konflikttheoretisches Wissen für eine genaue Analyse: Er ist fundiert in der Konflikttheorie und im Wissen über den Konfliktfall. Nur wer Bearbeitungsstrategien und Lösungsmöglichkeiten von Krisen kennt, kann Vorschläge beurteilen, einordnen und angemessen aufgreifen.

Friedensjournalismus braucht Unabhängigkeit. Journalismus darf nicht parteilich und nicht käuflich sein. Nur so bleiben Journalisten glaubwürdig. Viele Positionen, viele Stimmen zu hören – das ist ein zentraler Auftrag. Wenn die öffentliche Diskussion sich auf eine Partei mit einem einzigen, militärischen Lösungsvorschlag konzentriert, muss Journalismus gewaltfreie Alternativen einbringen.

Friedensjournalismus sorgt für Transparenz. Journalistinnen und Journalisten sind keine Roboter, die per se neutral und überparteilich sind. Ihre Werte, ihr subjektiver Blick und die Produktionsbedingungen beeinflussen ihre Arbeit. Diese Einflüsse offen zu legen gibt dem Publikum Transparenz, so dass es die Informationen, Stories und Standpunkte einordnen kann.

Friedensjournalismus ist Qualitätsjournalismus. Richtigkeit, Transparenz und Verantwortung: Friedensjournalismus folgt damit berufsständischen Regeln. Er ist professionell in der Vermittlung und nimmt die Aufgabe ernst, in demokratischen Gesellschaften die Voraussetzungen zur Meinungsbildung zu schaffen.

Friedensjournalismus braucht Voraussetzungen. Konkurrenz und Kommerzialisierung setzen Journalistinnen und Journalisten unter Druck. Damit sie unabhängig von allen Konfliktparteien arbeiten können, damit sie Zeit für gründliche Recherche und Raum für differenzierte Darstellungen haben, brauchen sie Rückendeckung von ihren Unternehmen, ihren Redaktionen und ihrem Publikum.

Friedensjournalismus bleibt eine Herausforderung. Doch auch wenn die Arbeitsbedingungen nicht optimal sind, haben Journalistinnen und Journalisten Spielräume: Ob ein Hardliner oder eine versöhnliche Stimme zu Wort kommen, ob ein gewaltfreier Lösungsvorschlag in einen Bericht einfließt oder Krieg als einziges Zukunftsszenario auftaucht – darüber entscheiden Journalistinnen und Journalisten.

© Nadine Bilke & Pecojon Deutschland

1 **ARTIKEL A**

2 "profil" Nr. 33 vom 13.08.2001 Seite: 60 Ressort: Ausland / AUS Ausland

3 **Fast Krieg**

4 Nahost. Israel kann mit militärischen Mitteln den Kampf gegen
5 die Attentäter nicht gewinnen - und versucht es trotzdem.

6
7 Auf niedere Instinkte ist Verlass. Extremistische Palästinenser hatten
8 geschworen, ihre Mitkämpfer, die bei Raketenangriffen der israelischen
9 Armee getötet worden waren, zu rächen. Ein Selbstmordattentäter der
10 Hamas zündete Donnerstag vergangener Woche eine Bombe zur
11 Mittagszeit in der Jerusalemer Pizzeria "Sbarro" und riss dabei mindestens
12 15 Menschen mit sich in den Tod. Der Racheschwur war auf bestialische
13 Weise erfüllt, die Terrorgruppe "Dschihad - Heiliger Islamischer Krieg"
14 beglückwünschte den Täter posthum zu seiner Leistung. Auf ihn und
15 seinen Racheinstinkt war Verlass gewesen.

16
17 Der Waffenstillstand hatte ohnehin nie gehalten, aber mit dem Pizzeria-
18 Attentat ist auch die Hoffnung zerstört, zumindest so grausame Anschläge
19 wie die Bombe vor der Diskothek in Tel Aviv am 1. Juni seien geächtet. Der
20 israelische Sicherheitsminister Uzi Landau spricht von "Krieg" (siehe
21 Interview Seite 62). Und er ist sich seiner Sache sehr sicher, wenn er die
22 israelische Strategie erläutert, die den Terror besiegen soll: militärische
23 Gegenschläge.

24
25 Gegenschlag. Bereits in der Nacht auf Freitag flogen F-16-Kampfflugzeuge
26 Attacken auf die Polizeistation von Ramallah im palästinensisch
27 verwalteten Teil des Westjordanlandes, und israelische Soldaten besetzten
28 Bürogebäude der Palästinensischen Verwaltung in Ostjerusalem, darunter
29 das inoffizielle Außenministerium der Palästinensischen
30 Befreiungsorganisation (PLO), das "Orient-Haus". Israels Justizminister
31 Meir Sheerit rechtfertigte dies als Ausübung "des grundlegenden Rechts
32 auf Selbstverteidigung".

33
34 Der Gegenschlag fügt sich nahtlos in die laufende Antiterrorstrategie der
35 israelischen Regierung. Die israelische Armee arbeitet seit Wochen daran,
36 einen klaren Auftrag auszuführen: die Köpfe des palästinensischen
37 Terrorismus zu töten, um damit den Terror auszulöschen. Bis zu dem
38 jüngsten Anschlag in Jerusalem bedienten sich die Militärstrategen dazu
39 möglichst gezielter, zeitlich voneinander abgesetzter Raketenangriffe:

40 Vergangenen Dezember töteten sie Thabet Thabet, einen Führer von
41 Präsident Yasser Arafats Fatah-Bewegung; am 31. Juli kamen zwei Top-
42 Leute der islamischen Hamas-Bewegung bei einem Raketenangriff ums
43 Leben - weitere vier Personen, darunter zwei kleine Buben, starben mit
44 ihnen; am 4. August verfehlten israelische Raketen den palästinensischen
45 Politiker Marwan Barguti und trafen das Auto eines seiner Leibwächter.
46 Insgesamt hat die israelische Armee nach palästinensischen Angaben rund
47 60 Personen liquidiert und dies in einigen Fällen auch öffentlich zugegeben.

48

49 Doch der Anschlag auf die Pizzeria konnte nicht verhindert werden.
50 Minister Landau meint gegenüber profil, die Terror-Bekämpfung müsse
51 eben intensiviert werden. Er zweifelt nicht an der Richtigkeit der
52 militärischen Option. Diese hat tatsächlich einiges für sich:

53

54 * Die israelische Bevölkerung stand bereits vor dem Pizzeria-Attentat mit
55 großer Mehrheit hinter den "präventiven Tötungen". 70 Prozent der
56 israelischen Juden sprachen sich in der monatlich erhobenen Umfrage
57 "Peace Index" für die Tötungsstrategie aus.

58

59 * Premier Ariel Scharon, der mit dem Slogan "Mehr Sicherheit" die Wahlen
60 gewonnen hat, muss zeigen, dass er eine aktive Sicherheitspolitik macht.
61 Da er Präsident Arafat jeglichen Friedenswillen abgesprochen hat, bleibt
62 ihm gemäß seiner eigenen Logik ohnehin nur die Waffengewalt.

63

64 * Die "präventiven Tötungen" können ohne großes Risiko für die eigenen
65 Soldaten durchgeführt werden, zumeist mit Raketen, die von
66 Hubschraubern oder Armeestützpunkten in den besetzten Gebieten
67 abgefeuert werden.

68

69 * Das westliche Ausland kritisiert die Liquidierungen zwar heftig, doch zu
70 tatsächlichen Sanktionen können sich die USA und Europa nicht
71 entschließen.

72

73 Angesichts dieser Sachlage hält die israelische Regierung an ihrer
74 Strategie fest, die mutmaßlichen Terroristen nacheinander auszuschalten,
75 und schlägt moralische Einwände in den Wind. Diese bleiben ein Thema für
76 Randgruppen wie die Friedensbewegung "Peace Now" oder internationale
77 Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human
78 Rights Watch.

79

80 In einem Kommentar der israelischen Zeitung "Ha'aretz" wird etwa der Fall
81 des Palästinensers Izhak Sa'ada diskutiert, der bei einem Helikopterangriff
82 der israelischen Armee getötet worden war. Ein "Terrorist", sagt die Armee.

83 Aus der israelischen Botschaft in Wien verlautet, es werde "sorgfältig
84 darauf geachtet, nur diejenigen zu treffen, die für die Gewalt verantwortlich
85 sind".

86

87 Dass der Lehrer Sa'ada gemäß den Recherchen des Knesset
88 Abgeordneten Avshalom Vilan nichts mit den Hamas-Aktivitäten zu tun
89 hatte, die ihm vorgeworfen wurden, wird nirgendwo mehr offiziell untersucht
90 werden. Der zehnfache Vater starb als Terrorist. Beweise müssen bei
91 diesen extralegalen Tötungen nicht vorgelegt werden. Amnesty
92 International behauptet zudem, dass die Armee viele der Getöteten
93 verhaften hätte können. Zum Entsetzen der Menschenrechtsorganisationen
94 ziehen Moral und Rechtsstaat gegenüber der militärischen Strategie den
95 Kürzeren.

96

97 Die Kriegslogik bahnt sich ihren Weg. Nach offizieller israelischer
98 Interpretation stehen Präsident Yasser Arafat und mit ihm die gesamte
99 Palästinensische Verwaltungsbehörde (PNA) hinter den Terroranschlägen.
100 Damit können praktisch alle palästinensischen Institutionen als Teil der
101 "Infrastruktur des Terrors" (Minister Landau) angesehen werden. Die
102 Einsicht, dass eine militärische Unterwerfung der PNA keine dauerhafte
103 Lösung bringen kann, scheint obsolet.

104

105 Diese Logik birgt auch Elemente einer sich selbst erfüllenden
106 Prophezeiung. Aufseiten der Palästinenser gewinnen die radikalen Kräfte
107 wie Hamas und Dschihad an Bedeutung und dringen zum Nachteil von
108 Präsident Arafat ins politische Machtzentrum vor. Die Raketenangriffe der
109 Israelis bewirken, dass Fatah, Hamas und Dschihad gemeinsam
110 Begräbnisse ihrer gefallenen Kämpfer abhalten und dabei auf das Kommen
111 von 100.000 Demonstranten zählen können. Mutmaßliche Spione werden
112 ohne taugliche Verteidigung vor Pseudogerichte gestellt und zum Tod
113 verurteilt. Die jungen Männer auf der Straße zeigen sich fanatisch,
114 aufgeputscht und zum Märtyrertod bereit. Dienstag vergangener Woche,
115 zwei Tage vor dem Attentat, warnte der für Jerusalem zuständige
116 Palästinenser-Beauftragte, dass immer größere Teile der Bevölkerung die
117 radikalen Gruppen unterstützten.

118

119 Die Fronten sind klar, Friedensbemühungen kein Thema: Die Palästinenser
120 ballen die Fäuste zum bewaffneten Kampf, Israel vertraut auf die High-
121 Tech-Waffen seiner Armee - und könnte sein Vietnam erleben. Wenn die
122 radikalen Gruppen von der Bevölkerung getragen und die
123 Selbstmordbomber als Märtyrer gefeiert werden, können Raketen nur
124 wenig ausrichten. Ähnlich wie die Russen die Tschetschenen zwar völlig
125 unterworfen haben, aber gegen die Nadelstichtaktik der Rebellen machtlos

sind, können die Israelis zwar einen führenden Kopf der Palästinenser nach dem anderen aus dem Verkehr ziehen, doch die Basis radikalisiert sich dadurch und bringt neue Köpfe hervor.

So viele Gründe man für die israelische Strategie ins Treffen führen mag, der gewichtigste Einwand lautet: Sie funktioniert nicht, weil sie nicht funktionieren kann.

Israel hat die Palästinenser im Grunde völlig in seiner Hand. Es kann ihnen Strom und Wasser abdrehen, die Versorgung mit Lebensmitteln kappen, die Wirtschaft lahm legen und die Bevölkerung an den Straßensperren drangsaliieren. Es kann das Volk frustrieren und unterdrücken und tut das auch immer wieder, aber was ist damit erreicht?

Immer neue Täter. Der Selbstmordattentäter von Jerusalem war wie alle seine Vorgänger jung und ein unbeschriebenes Blatt: Die Hamas präsentiert ein Bild des 23 Jahre alten Izzedin Schuhin el-Masri aus Jenin im Westjordanland. Die Bombe, die er bei sich trug, war von simpler Bauart, da sie keinen Fernzünder benötigte. Derartige perfide Aktionen sind somit so oft wiederholbar, sooft sich ein lebensmüder Freiwilliger findet. Wie es aussieht, finden sich immer mehr von ihnen.

"Israel muss antworten", sagte Kommunikationsminister Reuven Rivlin in einer ersten Stellungnahme nach dem Pizzeria-Attentat, und noch wusste niemand präzise, wie die Antwort aussehen würde. Doch dass Israel militärisch zurückschlagen würde, war klar. Denn selbst wenn die israelische Regierung zu dem Schluss kommen sollte, dass sie militärisch den Terror nicht ausrotten kann, bliebe immer noch die Frage, welche Reaktion angemessen wäre. Zurückhaltung wie nach dem Disco-Attentat? Ohne alternative Aktivitäten zu zeigen, würde das der Regierung im Land als Ohnmacht ausgelegt. Eine Rückkehr zum Verhandlungstisch? Dies wird umso schwieriger, je länger der einzige potenzielle Verhandlungspartner Arafat als Drahtzieher des Terrors hingestellt wird.

Die Mehrheit der Israelis glaubt laut Umfragen nicht mehr an die Möglichkeit eines positiven Verhandlungsabschlusses mit den Palästinensern. 61 Prozent halten laut Peace Index einen Friedensschluss für außer Reichweite. Dennoch sprechen sich 60 Prozent der Befragten grundsätzlich für Verhandlungen aus. Ein Zeichen dafür, dass die Israelis mit Zweckpessimismus auf die schwierige Situation reagieren, aber einsehen, dass ihnen der politische Dialog letztlich nicht erspart bleiben wird.

169 Im Anschluss an einen tödlichen Anschlag jedoch lassen auch die Israelis
170 verstärkt Rachegeleuten freien Lauf. Auf der Web-Seite der größten
171 israelischen Zeitung, "Yedioth Ahronoth", votierte eine große Mehrheit für
172 eine militärische Besetzung der palästinensisch verwalteten Gebiete statt
173 neuerlicher Verhandlungen.
174
175 So weit will Premier Sharon nicht gehen. Doch die Besetzung von
176 Einrichtungen wie dem Orient-Haus muss den Palästinensern als Symbol
177 ihrer Unfreiheit gelten. Im Orient-Haus werden keine Terrorpläne
178 geschmiedet, sondern Verhandlungspositionen. Doch Israel will im
179 palästinensischen Lager nicht länger differenzieren. "Arafats Offensive"
180 müsse gebrochen werden, verlangt die Tageszeitung "Jerusalem Post".
181 Und der Palästinenserpräsident, der den Pizzeria-Anschlag längst verurteilt
182 hat, erhält von seiner Wache verstärkten Schutz, da nicht auszuschließen
183 ist, dass die Armee ihn ins Visier nimmt.
184
185 Damit ist die Bahn frei für die Extremisten. Sie fürchten die israelische
186 Armee nicht, und auf ihre Instinkte ist, wie man weiß, Verlass.
187
188 von Robert Treichler
189
188 Bild: Der Anschlag. Ein Selbstmordattentäter zündet vergangenen
189 Donnerstag in einer Jerusalemer Pizzeria eine Bombe. Bilanz: mindestens
190 15 Tote. Palästinensische Flüchtlinge im Libanon bejubeln die Bluttat
191 (unten).
192
192 Bild: Die Vergeltung. Israel greift Stunden nach dem Attentat mit
193 Kampfflugzeugen Ziele im Palästinensergebiet an. Keine Todesopfer.
194
194 Bild: "Ich verurteile den Bombenanschlag, und ich verurteile alle
195 Handlungen, die Zivilisten verletzen" PNA-Chef Arafat Bild: Begräbnis der
196 von Israel getöteten Hamas-Aktivisten am 1. August in Nablus 100.000
197 Palästinenser demonstrieren ihre Solidarität
198
198 Bild: "Die Streitkräfte achten sorgfältig darauf, nur diejenigen zu treffen, die
199 für die Gewalt verantwortlich sind" Israelische Botschaft

Quelle: "profil" Nr. 33 vom 13.08.2001 Seite: 60
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:PROFIL_20010813_1218260030

200 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** <http://www.wiso->
201 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)
202 [10813_1218260030&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)

203 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto

1 **ARTIKEL B**

2 "profil" Nr. 31/02 vom 29.07.2002 Seite: 70 Ressort: Ausland / AUS
3 Ausland

4 **Der Tabubruch**

5 Nahost. Mit einer Bombe tötete die israelische Armee 17 Menschen,
6 darunter einen Terror-Chef. Die Selbstverteidigung kennt keine Grenzen
7 mehr. Israel verliert die Kontrolle über sich selbst.

8
9 Wieder einmal hatte ein palästinensischer Selbstmordanschlag Israel
10 erschüttert, und wie üblich antwortete die israelische Regierung mit einem
11 militärischen Gegenschlag, allerdings mit bis dahin ungekannter Härte:
12 Kampfflugzeuge des Typs F-16 bombardierten eine palästinensische
13 Polizeistation, zwölf Polizisten kamen dabei ums Leben. International
14 hagelte es Kritik. Außenminister Shimon Peres verteidigte den Angriff,
15 schwor aber gleichzeitig, dass es für Israel eine absolute Grenze gebe: "Wir
16 würden niemals ein ziviles Ziel angreifen, niemals." Das war im Mai
17 vergangenen Jahres.

18
19 "Niemals" währte nicht lange. Montag vergangener Woche gegen
20 Mitternacht brach die israelische Armee dieses vielleicht letzte Tabu. Zwei
21 F-16-Jets nahmen Kurs auf Gaza-Stadt. Einer setzte eine Bombe mit einem
22 Gewicht von einer Tonne ab. Mittels Global Positioning System (GPS) fand
23 das Geschoss sein Ziel: ein Wohnhaus, mitten in dem Viertel Daraj. Dort
24 hielt sich zu diesem Zeitpunkt Salah Shehada, Führer der Izzedin-el
25 Kassem, des militärischen Arms der radikal-islamischen Hamas, auf.
26 Diesem Terroristen, dem Israel über 200 Tote anlastet, galt die Bombe.

27
28 Die Explosion machte den Wohnblock dem Erdboden gleich, zerstörte ein
29 Nachbarhaus und beschädigte drei weitere schwer. Shehada kam bei dem
30 Angriff ums Leben, außer ihm wurden fünf Erwachsene und elf Kinder
31 getötet. Premier Ariel Scharon bezeichnete die Liquidierung Shehadas als
32 "Erfolg". Auch als die Opferbilanz bekannt war, verlautbarte das offizielle
33 Israel keine Entschuldigung. Erst am späten Nachmittag, nachdem die
34 Bilder des Trümmerfeldes, aus dem Leichen geborgen wurden, von den
35 TV-Stationen längst in alle Welt übertragen worden waren, fand die Armee
36 Worte des Bedauerns.

37
38 Der "Fehler". Die offizielle Sprachregelung lautete vage, es habe sich um
39 einen "Fehler" gehandelt. Das kann bedeuten, dass die Aktion von
40 vornherein falsch war, aber auch, dass bloß die Geheimdienstinformationen

41 bedauerlicherweise fehlerhaft gewesen seien. Premier Sharon und
42 Verteidigungsminister Benjamin Ben-Elieser ließen wissen, sie hätten ihre
43 Zustimmung zu der Operation auf der Basis von Angaben der Armee
44 gegeben, wonach sich bei Shehada keine Zivilisten aufgehalten hätten. Die
45 Armee gab die Kritik an den Inlandsgeheimdienst Shin Bet weiter, der diese
46 Information geliefert hatte.

47

48 Damit wurde die Schuld von der Ebene der politischen Verantwortung
49 weggeschoben. Ben-Elieser beteuerte, er habe in der Vergangenheit
50 "sechs- bis achtmal" eine Operation gegen Shehada gestoppt, weil dabei
51 Zivilisten gefährdet worden wären. Diesmal gab er grünes Licht,
52 gemeinsam mit Sharon. Laut deren Sprechern war auch Außenminister
53 Peres in den Plan involviert; über den möglichen Einsatz einer Bombe soll
54 er informiert gewesen sein, nicht aber über den Zeitpunkt der Operation.

55

56 Dass eine Bombe von einer Tonne Gewicht im dicht besiedelten Gaza-
57 Stadt, wo die Häuser aus schlechtem Material gebaut sind, schweren
58 Schaden anrichten würde, war klar wie die Tatsache, dass sich in dem
59 Wohnviertel um Mitternacht viele Menschen aufhalten würden. Schon in der
60 Vergangenheit hatte die israelische Armee Terroristen mit Raketen
61 beschossen, noch nie aber eine so massive Bombe mitten im Stadtgebiet
62 eingesetzt. Der palästinensische Chefverhandler Saeb Erekat sagte in
63 einem CNN-Interview bitter: "Ich glaube, die israelische Regierung weiß
64 sehr gut, dass die Palästinenser normale Menschen sind, die ihre Kinder
65 gegen acht Uhr abends zu Bett bringen und gegen Mitternacht selbst
66 schlafen gehen." Eine hohe Zahl an Opfern war somit unausweichlich.

67

68 Entspannung. Auch der Zeitpunkt der Operation gibt Anlass zu Kritik.
69 Gerade häuften sich Anzeichen für eine Entspannung. Zwei Tage vor der
70 Liquidierung Shehadas veröffentlichte die saudische Zeitung "Al Dschasira"
71 ein Interview mit dem geistigen Führer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin,
72 in dem er in Aussicht stellte, Angriffe auf militärische Ziele zu beschränken -
73 was bedeutet, dass Selbstmordattentate in Israel ausgesetzt würden.
74 Außenminister Peres wiederum informierte seine Arbeiter-Partei noch am
75 Montag, dem Tag des Angriffs, darüber, dass sich die Armee in Etappen
76 aus den besetzten Gebieten zurückziehen werde, wenn die Palästinenser
77 dort die Sicherheit gewährleisteten.

78

79 Schließlich kamen auch die bewaffneten Gruppen, die Jassir Arafats Fatah-
80 Bewegung nahe stehen, überein, Attacken auf Zivilisten in Israel
81 einzustellen. Ein Dokument war bereits verfasst.

82

83 Als die F-16-Jets den Luftraum über Gaza wieder verlassen hatten, waren

84 all diese Waffenstillstandssignale gegenstandslos. Die palästinensischen
85 Terrorgruppen schwören Rache.

86

87 Die Welt fragt, warum Israel mit solcher Brutalität vorging. Hirsh Goodman
88 vom Jaffee Center for Strategic Studies an der Universität Tel Aviv hat eine
89 simple Erklärung: "Israel wollte Shehada kriegern. Er war die militärische
90 Schlüsselfigur der Hamas, er war der wichtigste Bombenbauer, er war der
91 strategische Kopf."

92

93 Militärische Logik. Die militärischen Ziele der Operation leuchten ein. Auch
94 wenn die Hamas jetzt lauthals Rache ankündigt, ist sie doch durch die
95 Exekution ihres Führers demoralisiert und in die Defensive gedrängt.
96 Shehada muss erst ersetzt werden, zudem müssen die Hamas-Kämpfer
97 die undichte Stelle in ihren Reihen finden, durch die Informationen über
98 Shehada aus Gaza-Stadt an die Israelis gelangten.

99

100 Zudem ist die israelische Bevölkerung von der Durchschlagskraft ihrer
101 Armee wieder überzeugt. Die Soldaten bewiesen bei der "Operation
102 Schutzwall" Mut, und die Gaza-Bombe zeigte, dass Israel ausschalten
103 kann, wen immer es will. Experte Goodman hat nicht den Eindruck, dass
104 viele Israelis moralische Bedenken haben: "Mein Greißler hat gesagt: Die
105 Palästinenser wollen doch alle Märtyrer sein, nicht? Bitte, jetzt sind sie
106 welche."

107

108 Natürlich gibt es Stimmen in Israel, die die Operation scharf verurteilen.
109 Oppositionsführer Yossi Sarid von der linken Meretz-Partei etwa sagte in
110 der Knesset, es gebe "Dinge, die ein Staat einfach nicht tut, es sei denn, er
111 wolle sich des Staatsterrorismus beschuldigen lassen". Außenminister
112 Peres schließlich trat vor die Kameras und versuchte zu beschwichtigen: Er
113 unterstütze "das Ergebnis des Angriffs" nicht. Dieses sei eine "Tragödie"
114 und "unbeabsichtigt".

115

116 Über das tiefer liegende Problem kann Peres nicht hinwegtäuschen. Israel
117 verliert die Kontrolle über sich selbst. Gemäß seiner Verfassung ist es ein
118 moderner Rechtsstaat westlichen Zuschnitts, doch im Konflikt mit den
119 Palästinensern gibt Israel einen Rechtsgrundsatz nach dem anderen auf.
120 Weil sich die Besatzungsmacht Israel ausschließlich als Opfer eines
121 terroristischen Angriffskrieges versteht, rechtfertigt es jeden noch so
122 rücksichtslosen Akt mit einem unangreifbaren, fast religiös verbrämten
123 Wert: dem Recht auf Selbstverteidigung.

124

125 Dieses Recht kennt in Israel seit der Bombe von Gaza-Stadt offenbar keine
126 Einschränkungen mehr, zudem erfasst es alle Bereiche der Gesetzgebung

und Jurisdiktion. Das Parlament verabschiedete eben ein Gesetz, wonach Palästinenser in den Autonomiegebieten bei "Einsätzen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung" keinen Anspruch auf Entschädigung haben, wenn ihr Eigentum in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Frage der extralegalen Hinrichtungen kann beim Obersten Gerichtshof nicht ausjudiziert werden, weil der sich für diese Frage der Kriegsführung für unzuständig erklärte. Angehörige von Suizidattentätern sollen in Hinkunft vom Westjordanland nach Gaza deportiert werden.

Anfang des Monats beschloss die Regierung, einen Gesetzesvorschlag zu unterstützen, wonach bestimmte staatliche Grundstücke nur an Juden verkauft werden dürfen. Das Gesetz wird eine Entscheidung des Höchstgerichtes umlaufen, wonach jeder israelische Bürger frei wählen kann, wo er sich niederlässt.

Die Grenzen zwischen realer Bedrohung, Paranoia und rassistischen Motiven verschwimmen schnell, wenn Grundrechte dem beherrschenden Ziel der Verteidigung des eigenen Volkes geopfert werden. Terrorangst rechtfertigt in Israel heute alles.

Halbherzige Eingeständnisse eigener "Fehler" - nicht aber von Schuld - werden schnell überdeckt vom Ärger über das Unverständnis der internationalen Öffentlichkeit: Die Welt versteht Israel nicht mehr, und Israel versteht die Welt nicht mehr. In einem Kommentar in der "Jerusalem Post" heißt es, die europäischen Kritiker wollten Israel in Wahrheit das Selbstverteidigungsrecht absprechen; diese Haltung zeuge "von nicht geringem Antisemitismus".

Momente des Schocks angesichts eines Tabubruchs können einen Neuanfang ermöglichen. Wenn nicht in Israel, dann vielleicht bei seinem wichtigsten Verbündeten. Für die USA hat die Bombe von Gaza offenbar die Grenze zur Unerträglichkeit durchbrochen, nachdem George W. Bush lange Monate Verständnis für Sharons Militäroperationen gezeigt hatte. Colin Powell formulierte vorsichtig-vielsagend, er sei "besorgt". Schließlich handelte es sich bei den F-16-Jets um Flugzeuge aus US-Produktion. Vermutlich war auch die Bombe selbst made in USA. Nach Angaben aus US-Regierungskreisen werde geprüft, ob die Verwendung der nach Israel gelieferten Militärausrüstung gegen die Gesetze zur Rüstungskontrolle verstößt. Werden die USA Israel klarmachen, wo die Grenzen der legitimen Selbstverteidigung liegen und wo der Unrechtsstaat beginnt?

von Robert Treichler

168 Bild: Gaza-Stadt, 23. Juli 2002 17 Tote und mehr als 100 Verletzte nach
169 einem israelischen Bombenangriff

170 Bild: Premier Sharon (li.), getöteter Hamas-Terror-chef Shehada

171 Bild: Israel lastet dem Hamas-Kämpfer mehr als 200 Terrortote an

172 Bild: "Es gibt Dinge, die ein Staat nicht tut, es sei denn, er wolle sich des
173 Staatsterrorismus beschuldigen lassen" Yossi Sarid, Oppositionschef

174 Bild: Verletzte Nachbarn "Das ist die amerikanische Waffe, das ist der
175 israelische Frieden"

176 Bild: Außenminister Peres, F-16-Kampfflugzeug

177 Bild: "Ich unterstütze das Ergebnis des Angriffs nicht"

178 Bild: "Wir würden niemals ein ziviles Ziel angreifen, niemals" Außenminister
179 Shimon Peres am 21. Mai des vergangenen Jahres

Quelle: "profil" Nr. 31/02 vom 29.07.2002 Seite: 70
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:PROFIL_20020729_1438420059

180 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** <http://www.wiso->
181 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)
182 [20729_1438420059&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)

183 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto

184

1 **ARTIKEL C**

2 "profil" Nr. 19/03 vom 05.05.2003 Seite: 74 Ressort: Ausland / AUS
3 Ausland

4 **Fahrt ins Ungewisse**

5 Nahost. Die neue "Straßenkarte zum Frieden" soll die Palästinenserfrage
6 lösen. Doch am Straßenrand lauern viele Gefahren.

7

8 Der Gitarrist Janai Weiss spielte den Blues, als ihn die Bombenexplosion in
9 den Tod riss. Bis zu jenem Moment, in dem ein Selbstmordattentäter sich
10 am Eingang von "Mike's Place" in die Luft sprengte, muss eine tolle
11 Stimmung im Musikclub an der Strandpromenade von Tel Aviv geherrscht
12 haben. Zum Bersten voll war es, so wie immer, wenn Jam-Session
13 angesagt ist. An diesem Dienstag fast noch mehr als sonst. Fünf Stunden
14 zuvor hatten die Fernsehnachrichten hoffnungsvolle Live-Bilder aus
15 Ramallah in die israelischen Wohnzimmer übertragen: Das
16 palästinensische Autonomieparlament sprach mit überzeugender Mehrheit
17 dem neuen palästinensischen Premier Mahmoud Abbas und seinem
18 Reformkabinett das Vertrauen aus. Viele der Tel Aviver Nachtschwärmer
19 gingen in dem Gefühl aus, ihr Wunsch nach Frieden sei wieder realistischer
20 geworden.

21

22 Die Bombendetonation riss sie abrupt aus diesem Traum. Der Anschlag
23 wäre noch weit blutiger ausgefallen, hätte der Wachmann des Pubs sich
24 nicht beherzt dem Attentäter entgegengestellt. Drei Todesopfer - neben
25 dem Bluesgitarristen Weiss kamen auch eine Serviererin und ein
26 Hobbymusiker ums Leben - sowie vierzig teils schwer Verletzte sind, ohne
27 zynisch klingen zu wollen, vergleichsweise wenig, wenn man sich an
28 andere Horrorszenarien der letzten zweieinhalb Jahre erinnert. An welcher
29 Katastrophe man da vorbeigeschrammt war, brachten erst die Ermittlungen
30 zutage. Denn der Täter Asif Hanif, der sich vor "Mike's Place" in die Luft
31 sprengte, war nicht allein. Sein Komplize Omar Chan Sharif gab nur auf,
32 weil ein Zünddefekt den zweiten Sprengsatz blockierte. Den
33 weggeworfenen Bombengürtel plus Jacke entdeckte die Polizei später
34 nahe der amerikanischen Botschaft, worauf sie eine Großfahndung nach
35 dem Flüchtigen einleitete.

36

37 Provokation. Noch mehr schockte die Israelis, dass beide Attentäter zwar
38 moslemischen Glaubens, aber britische Staatsbürger waren. Die Männer
39 hatten sich zuletzt im Gazastreifen aufgehalten, bevor sie Stunden vor dem

40 Anschlag nach Tel Aviv aufbrechen. Ihre Namen tauchten bis dahin auf
41 keiner Liste Terrorverdächtiger auf. Doch gerade das Ominöse des Falles
42 gab Spekulationen Auftrieb.

43

44 "Hat womöglich eine Al-Qa'ida-Zelle in Gaza Fuß gefasst?", fragte sich
45 nicht nur der israelische Journalist und Sicherheitsexperte Alex Fischman.
46 Wenn dem so wäre, stünde die Autonomieregierung unter Abbas vor noch
47 größeren Problemen als angenommen. Dass sich die bewaffneten Flügel
48 von Hamas und Fatah, die Issedin-al-Kassem-Brigaden und die Al-Aksa
49 Brigaden gemeinsam zu der Terrortat von Tel Aviv bekannten, ist an sich
50 schon eine kaum zu überschätzende Provokation an die Adresse des frisch
51 gebackenen Premiers. Sollte sich diese Angriffsfront mit internationalen
52 Terrorgehilfen strategisch verbündet haben, wäre jeder Dialogversuch zum
53 Scheitern verurteilt.

54

55 Nüchterner Start. Ohne festlichen Glanz fiel denn auch wenig später die
56 historische Stunde zum Neustart des Nahost-Friedensprozesses aus.
57 Binnen Minuten war US-Botschafter Dan Kurtzer wieder aus dem
58 israelischen Büro von Israels Premier Ariel Sharon verschwunden,
59 nachdem er diesem dort die so genannte "Roadmap for Peace" in die Hand
60 gedrückt hatte. Ein wenig zeremonieller ging es zwar anschließend in
61 Ramallah zu, wo zur Übergabe des "Friedensfahrplans" an die Regierung
62 Abbas Repräsentanten sämtlicher vier Mitglieder des so genannten
63 "Nahost-Quartetts" aufmarschierten, das aus den USA, den Vereinten
64 Nationen, der EU sowie Russland besteht. Aber auch in Ramallah
65 dominierte eine nüchterne Atmosphäre. Er habe bei diesem Anlass betont,
66 was er bereits wiederholt gesagt habe, berichtete Terje Roed-Larsen, der
67 persönliche Nahost-Gesandte von Kofi Annan: "Die palästinensischen
68 Autonomiebehörden werden sich selbst erledigen, falls sie den Terror nicht
69 stoppen."

70

71 Immerhin, der 68-jährige Abbas, unter Palästinensern besser bekannt als
72 Abu Mazen, mutet sich diese Herausforderung zu. In den zurückliegenden
73 Tagen des Machtkampfs mit PLO-Chef Yassir Arafat sei aus ihm ein
74 anderer geworden, glauben seine Vertrauten. Einer, der es packen will und
75 sich seiner Verantwortung überaus bewusst ist. Sein Regierungsprogramm
76 jedenfalls zeugt von einer konsequenten Haltung im Hinblick auf
77 Rechtsstaatsnormen, Reformen und Sicherheitspolitik. Statt der gewohnt
78 theatralischen Floskeln Arafats - "Wer einen Staat Palästina nicht will, soll
79 das Wasser aus dem Toten Meer trinken" - warb Abbas, der Technokrat,
80 argumentativ für seinen Kurs. Illegale Waffen im Besitz von Milizen will er
81 nicht dulden, genauso wenig wie anarchische Verhältnisse, in denen sich
82 bislang oft der Unterschied zwischen diversen palästinensischen

83 Geheimdiensten und Guerilleros verwischte. "In diesem Land und für
84 dieses Volk", so Abbas, "gibt es nur eine Regierung, ein Gesetz und eine
85 demokratische und nationale Entscheidung." Prompt lieferten die
86 islamistische Hamas und andere radikale Kräfte den Gegenbeweis auf ihre
87 Art.

88
89 In ihrer Zielsetzung - ein Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 mit
90 Jerusalem als Hauptstadt - befinden sich Abbas und Arafat auf einer Linie.
91 Abhängig sind sie sowieso voneinander. Wie sich die beiden im
92 Presserummel von Ramallah unterhaken, besaß schon Symbolwert. Nicht
93 nur physisch musste sich der fast gebrechlich wirkende Arafat da auf den
94 Arm des fünf Jahre Jüngeren stützen. Auch politisch braucht er Abbas als
95 Türöffner zur Welt. Umgekehrt wird der neue Premier keinen einzigen
96 Verhandlungskompromiss zusagen können, ohne dafür das Plazet des
97 alten PLO-Machtapparates mit Arafat an der Spitze zu besitzen.

98
99 Dies gilt umso mehr, als das Volk den Aufstieg von Abbas skeptisch
100 beäugt. Es bestehen Zweifel, ob der "Friedensfahrplan" tatsächlich binnen
101 Dreijahresfrist zu einem eigenen Staat führt. Viele Palästinenser teilen den
102 Verdacht von Hamas-Führer Scheich Ahmed Yassin, wonach "die
103 Roadmap auf Sicherheit für Israel angelegt ist, die auf unsere Kosten
104 gehen soll". Schließlich müssen die Palästinenser laut Fahrplan gleich zum
105 Start des Friedensprozesses mit einem Gewaltverzicht in Vorleistung
106 treten.

107
108 Bislang hat Sharon die Sache für Abbas keinesfalls erleichtert. Trotz der
109 von den israelischen Geheimdiensten empfohlenen militärischen
110 Zurückhaltung als Geste der Gunst. Im Gegenteil. Am gleichen Tag, als die
111 Regierung Abbas die Vertrauensabstimmung im palästinensischen
112 Parlament zu bestehen hatte, liquidierte die Armee per Raketenangriff den
113 Volksfront-Kommandanten Nidal Salameh aus Chan Junis und erschoss
114 zwei Fatah-Kämpfer aus der Region Bethlehem.

115
116 Angriff auf Gaza. Eine zusätzliche Eskalation brachte dann am Donnerstag
117 ein israelischer Militärangriff auf den Hamas-Führer Yusef Abu Hein in
118 Gaza City. Panzer und Kampfhubschrauber kreisten Abu Heins Haus ein,
119 der sich jedoch nicht ergab, sondern den Angreifern gemeinsam mit seinen
120 Brüdern ein stundenlanges Feuergefecht lieferte. Zwei 13-jährige Buben
121 und ein zweijähriges Kleinkind starben bei den Kämpfen. Der Vater der
122 Kinder erzählte später im Leichenschauhaus unter Tränen, dass er und
123 seine insgesamt vier Kinder vor den Geschossen im Haus in Deckung
124 gegangen seien, doch der Zweijährige war plötzlich, vom Lärm angezogen,
125 zum Fenster gegangen, und ehe der Vater ihn aus der Schusslinie bringen

konnte, wurde er am Kopf getroffen. Insgesamt starben zwölf Palästinenser.

Drastischer könnten die Schwierigkeiten der Phase I des "Friedensfahrplans" nicht illustriert werden: Terror und rücksichtsloser Krieg gegen den Terror anstatt, wie vorgesehen, "Ende des Terrors und Rückzug der Israelis".

Auf israelischer Seite ist das Befolgen der Forderungen eine Frage des Willens der Regierung und insbesondere von Premier Ariel Sharon. Viele Kritiker, etwa der frühere Minister und Architekt des Oslo-Vertrages Yossi Beilin, zweifeln an der Bereitschaft des Likud-Chefs, den Palästinensern einen lebensfähigen Staat zugestehen zu wollen. Bei den Palästinensern wiederum droht ein Machtkampf zwischen der verhandlungswilligen Regierung und den islamistischen Gruppen Hamas und Islamischer Jihad, die jeglichen Kompromiss ablehnen.

Abu Mazens "starker Mann", der als Minister für Sicherheitsfragen ernannte Mohammed Dahlan, hat in der Konfrontation mit den Militanten nur dann eine Chance, wenn ihm der Aufbau einer schlagfähigen Polizei gelingt. Das braucht Zeit. Bis dahin kann Dahlan allenfalls eine "Hudna" (arabischer Begriff für eine befristete Waffenpause) mit den Islamisten arrangieren. Ein Unterfangen, das jedoch aussichtslos ist, solange Israel unbekümmert auf "Präventivschläge" setzt. So könnte Sharon den "Friedensfahrplan" bereits in der ersten Phase ins Leere laufen lassen.

"Gerissene Palästinenser". Nach all den israelischen und internationalen Komplimenten für Abbas konstatierte Aluf Benn, Kommentator der israelischen Tageszeitung "Haaretz", bereits scharfe Töne in der Regierung Sharon, die suggerieren wollen, dass es sich bei dem Machtwechsel in Ramallah "nur um einen weiteren Trick der gerissenen Palästinenser" handle. Isi Leibler, Vizepräsident des World Jewish Congress, schreibt in der Tageszeitung "Jerusalem Post", Premier Abbas sei "kein Exponent einer friedlichen Koexistenz". Abbas, so scheint es, soll möglichst rasch delegitimiert werden, so wie dies bei Arafat vorexerziert wurde.

Einzig der Druck der USA kann verhindern, dass der Widerwille der rechten Hardliner, mit den Palästinensern fair zu verhandeln, obsiegt. US-Außenminister Colin Powell bemühte sich vergangene Woche bei seiner Reise durch Europa und den Nahen Osten um Ausgewogenheit. Weder palästinensische Attacken noch israelische Vergeltungsschläge sollten den Friedensprozess "vergiften", mahnte Powell.

169 Doch in den dramatischen Stunden zwischen der Vereidigung von
170 Abbas, dem Terroranschlag und der Veröffentlichung der "Roadmap"
171 geschah noch etwas anderes, das nur auf den ersten Blick nichts mit der
172 Palästinenserfrage zu tun hat: Ein Generalstreik des öffentlichen Dienstes
173 legte ganz Israel lahm. Nichts funktioniert seitdem mehr, weder Müllabfuhr
174 noch Schulen oder Flughafen. Der Arbeitskampf richtet sich gegen die
175 drastischen Sparmaßnahmen infolge der Rezession. Ohne ein Ende der
176 Intifada aber wird die Wirtschaft kaum wieder prosperieren.
177
178 Die ökonomische Krise könnte Premier Sharon mithin zwingen, auf der
179 Straße zum Frieden vorwärts zu marschieren. Nicht umsonst bekannte sich
180 Finanzminister Ehud Olmert zu der Hoffnung, dass "die Arbeitspartei sehr
181 bald wieder am Regierungstisch sitzt". Sollten hingegen die Nationalrechten
182 im Regierungskabinett, welche die "Straßenkarte" aus Solidarität mit den
183 jüdischen Siedlern am liebsten zerknüllen würden, die Oberhand behalten,
184 wäre jedenfalls das Geld für die neue Tourismuskampagne
185 hinausgeschmissen. Wirbt sie doch in Europa mit dem Slogan "Die Zeit der
186 Veränderung ist da. Besuchen Sie Israel".
187
188 Mitarbeit: Robert Treichler

189 von Inge Günther, Jerusalem und Ramallah

190 Bild: Israelisches Bombenopfer** Ein Selbstmordattentäter tötete drei
191 Menschen und verletzte vierzig

192 Bild: Palästinenserpremier Abbas, UN-Gesandter Roed-Larsen, EU-
193 Gesandter Moratinos (v. re.)*** Gedämpfte Aufbruchstimmung

194 Bild: Arafat, Abbas Kein Verhandlungskompromiss ohne das Plazet des
195 Palästinenserpräsidenten

196 Bild: Premier Sharon Nahm die "Straßenkarte" entgegen, um bald
197 entsprechende "Kommentare zu formulieren"

198 Bild: Hamas-Führer Yassin Predigt Bomben statt Verhandlungen

199 Bild: Getötetes palästinensisches Kind* Der zwei Jahre alte Amir starb
200 durch einen Kopfschuss

201 Bild: * Donnerstag, 1. Mai 2003 in Gaza, ** Mittwoch, 30. April 2003 in Tel
202 Aviv, *** Mittwoch, 30. April 2003 in Ramallah

Quelle: "profil" Nr. 19/03 vom 05.05.2003 Seite: 74
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:PROFIL_200305051455510058

203 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** <http://www.wiso->
204 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)
205 [305051455510058&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200305051455510058&DOKV_HS=0&PP=1)
206 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto

1 **ARTIKEL D**

2 "profil" Nr. 25/03 vom 16.06.2003 Seite: 70 Ressort: Ausland / AUS
3 Ausland

4 **Das Fiasko**

5 Nahost. Davon stand nichts in der Roadmap: Hamas und Israel erklären
6 einander den totalen Krieg, US-Präsident Bush zeigt sich hilflos. Der
7 Friedensprozess scheint schon wieder am Ende zu sein.

8
9 Neulich im Nahen Osten: Mit einem historischen Handschlag brachen
10 Israels Ministerpräsident Ariel Sharon und sein palästinensischer Kollege
11 Mahmud Abbas im jordanischen Akaba gemeinsam auf in Richtung
12 Frieden; US-Präsident George W. Bush begleitete die beiden in seiner
13 neuen Rolle als entschlossener Schirmherr des ambitioniertesten Nahost-
14 Friedensplans aller Zeiten. "Ein guter Beginn", lobte der britische
15 "Economist".

16
17 Das war am 4. Juni.

18
19 Dann jedoch, exakt in Woche eins des neu gestarteten Friedensprozesses,
20 wischte Israels Premier Ariel Sharon die "Straßenkarte" kurzfristig vom
21 Tisch. Hamas-Kämpfer hatten an einem Stützpunkt der israelischen Armee
22 in Gaza vier Soldaten ermordet. Also implementierte Sharon anstelle der
23 Empfehlungen der Roadmap einmal mehr die von ihm favorisierte Strategie
24 extralegalen Tötungen. Er ließ Kampfhubschrauber der Armee sieben
25 Raketen auf das Auto des Hamas-Führers Abdelasis Al-Rantisi abfeuern.
26 Der überlebte den Angriff, drei Menschen, darunter ein achtjähriges
27 Mädchen, starben.

28
29 Daraufhin brach die Hölle los.

30
31 In Gaza schäumten tausende militante Palästinenser vor Wut, die Hamas
32 kündigte Vergeltung an - und schlug mit der ihr eigenen Brutalität zu. Ein
33 Selbstmordattentäter sprengte sich in einem voll besetzten Autobus in der
34 Jerusalemmer Jaffa Street in die Luft.

35
36 Die israelische Regierung antwortete mit einer Serie von Raketenangriffen
37 auf Hamas-Mitglieder in Gaza. Die Zahl der Toten in dem Konflikt seit dem
38 Gipfel von Akaba: mehr als 60.

39
40 Dass die extremistischen Palästinenserorganisationen den Terror nicht

41 sofort einstellen würden, hatte man zwar erwartet: Hamas und Islamischer
42 Dschihad kritisierten die Roadmap scharf und brachen die
43 Waffenstillstandsverhandlungen mit dem palästinensischen Premier
44 Mahmud Abbas ab. Ariel Sharon jedoch hatte im Gegensatz zur Hamas die
45 "Straßenkarte" öffentlich gebilligt und ihre Implementierung versprochen.
46 Dennoch gab er den Befehl zur Liquidierung von Hamas-Chef Al-Rantisi,
47 wohl wissend, dass er damit gegen die Roadmap verstoßen würde.

48

49 Warum bloß? Die Frage stellte sich vergangene Woche die ganze Welt,
50 von Washington bis Paris, von Jerusalem bis Ramallah.

51

52 "Beunruhigt". US-Präsident George W. Bush zeigte sich "zutiefst
53 beunruhigt" und sprach aus, was jeder wusste: Derartige Aktionen
54 "verbessern Israels Sicherheit nicht", sondern machten es "schwieriger für
55 die palästinensische Führung, terroristische Attacken zu bekämpfen".

56

57 Der Leitartikel von "Le Monde" zeigte Verständnis für die israelische
58 Regierung, die sich dagegen wehre, dass ihre Anti-Terror-Operationen mit
59 den monströsen Selbstmordattentaten der Hamas auf eine Stufe gestellt
60 würden, fügte aber sogleich hinzu: "Diese wichtige, fundamentale
61 Überlegung ändert aber nichts an der Situation. Jeder in diesem Konflikt
62 kennt die Regeln und weiß im Vorhinein, wie der andere reagieren wird."
63 Kommentator Jackson Diehl kommt in der "Washington Post" zum selben
64 Schluss: "Sicherlich weiß der alte General mittlerweile, wozu die
65 Ermordung eines ranghohen Palästinensers führt."

66

67 Warum also gab der alte General Sharon diesen Befehl?

68

69 Sabotage? Er selbst argumentiert, dass Israel wegen des
70 Friedensprozesses nicht seinen Kampf gegen den Terror einstellen könne.
71 Schon beim Gipfel von Akaba hatte der israelische Premier betont, dass er
72 weiterhin gegen "tickende Bomben" vorgehen wolle. Im Sicherheitsjargon
73 bedeutet dies, Terroristen auf dem Weg zu einem Attentat zu liquidieren.
74 Doch die Raketen auf Al-Rantisi gingen weit darüber hinaus.

75

76 Al-Rantisi war eine öffentliche Figur, der den Medien permanent zur
77 Verfügung stand (siehe Kasten Seite 73). Jeder wusste, wie er zu finden
78 war. Auch die israelische Armee. Sie hätte den radikalen Terrorbefürworter
79 jederzeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren der neuen, bewaffneten
80 Intifada ermorden können. Doch sie unternahm den Versuch dazu just zu
81 dem Zeitpunkt, als ein Friedensprozess in Gang kommen sollte.

82

83 In der israelischen Öffentlichkeit deutete man Sharons Übergriff

84 überraschend einhellig, und zwar von Palästinensern bis hin zur politischen
85 Rechten: Das Attentat auf Al-Rantisi, so die gängige Interpretation, stehe in
86 direktem Zusammenhang mit Sharons zögerlicher Zustimmung zur
87 Roadmap. Israelische Minister, die gegen den Friedensplan aufgetreten
88 waren, hatten sich laut der Zeitung "Yediot Ahronot" betrogen gefühlt, denn
89 Sharon habe ihnen versprochen, den Nahost-Friedensplan nach seiner
90 Billigung "langsam aufzulösen". Der Mordanschlag auf Al-Rantisi wäre
91 demnach ein Einhalten dieses Versprechens gewesen. Die radikalen
92 Siedler wiederum sahen in dem Attentat einen Versuch, die Rechte nach
93 der eher symbolischen Räumung einiger jüdischer Außenposten in den
94 besetzten Gebieten durch die israelische Armee wieder zu besänftigen.
95 Und Palästinenserpremier Abbas beschuldigte Sharon unverblümt,
96 absichtlich die Implementierung der Roadmap zu behindern.

97

98 Schuldfrage. Sogar "Washington Post"-Kommentator Diehl deutet Sharons
99 Motivation für das Attentat auf Al-Rantisi als zielgerichtet: "Die logischste
100 Erklärung ist, dass die gewalttätigen und völlig vorhersehbaren Folgen
101 genau jene waren, die Israels Premierminister wollte." Ein Ende der
102 Roadmap also.

103

104 Als die Welle der Gewalt vergangene Woche einen neuen Höhepunkt
105 erreicht hatte, blickte alle Welt nach Washington und wartete auf die
106 Reaktion von George W. Bush. Das Weiße Haus musste rasch einen Weg
107 finden, um den Präsidenten und seine Nahost-Initiative nicht der
108 Lächerlichkeit preiszugeben. Außenminister Colin Powell präsentierte
109 schließlich die Sprachregelung, wonach einzig die Hamas für das Fiasko
110 verantwortlich sei. Ari Fleischer, Sprecher des Weißen Hauses,
111 sekundierte: "Das Problem ist nicht Israel, das Problem ist nicht die
112 Palästinenserregierung, das Problem sind die Terroristen."

113

114 Damit hatte die US-Regierung die an der Roadmap beteiligten
115 Konfliktparteien von jeglicher Schuld freigesprochen, und Bush brauchte
116 ergo auch nicht einzugreifen. Das kam ihm sehr gelegen, denn bereits die
117 sanfte Kritik an Sharon hatte dem US-Präsidenten harsche Reaktionen
118 seitens der proisraelischen US-Lobby eingebracht. Und zudem hatte Ariel
119 Sharon keine Zweifel an seinen weiteren Intentionen gelassen, ob es dem
120 Weißen Haus passte oder nicht. Er setzte die Raketenangriffe fort, wies die
121 Armee an, die Hamas "mit allen Mitteln vollständig zu zerreiben", und zwar
122 "bis zum bitteren Ende". Nebenbei bezeichnete der israelische Premier die
123 palästinensische Führung als "Heulsusen".

124

125 Kapitulation. Sollte das bereits die Kapitulation des entschlossenen Nahost-
126 Vermittlers Bush gewesen sein, von dem sich so gut wie alle

Kommentatoren erhofft hatten, er werde auf beiden Seiten streng auf die Einhaltung des Abkommens achten und notfalls starken Druck ausüben? Es sieht so aus. Denn wenn eine Katastrophe die nächste jagt und Bush dennoch zu dem Schluss kommt, keiner der am Friedensprozess unmittelbar Beteiligten habe irgendetwas falsch gemacht, kann an seinem Konzept etwas nicht stimmen.

Der Roadmap-Friedensprozess ist wie alle seine Vorgängermodelle an dem Punkt angekommen, an dem die Frage beantwortet werden muss, wie auf die Provokationen, die Gewalt und den Terror der Gegner jedes Abkommens reagiert werden soll.

Was tun mit der Hamas? Die aktuelle israelische Regierung verlangt von der palästinensischen Führung ein sofortiges polizeilich-militärisches Vorgehen gegen die Hamas und den Islamischen Dschihad. Dazu ist Premier Abbas allerdings nicht imstande. Es fehlt ihm erstens an der militärischen Stärke und zweitens am Rückhalt in der Bevölkerung. Noch konnte der neue Regierungschef seinem Volk nichts geben, was ihn in dessen Augen legitimiert, andere extremistische Gruppierungen einzuschränken. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland ist wieder eingeschränkt, die ökonomischen Bedingungen sind nach wie vor miserabel, die Mauer wird weiter gebaut. Abbas' Ausbeute als Verhandler ist so gering, dass er bisher auf TV-Ansprachen verzichtet hat.

Deshalb setzt die Palästinenserführung auf Verhandlungen mit der Hamas. Eine Strategie, die Sharon für unzureichend und gefährlich hält, die US-Präsident Bush jedoch zunächst akzeptierte. Zwar gibt sich die radikal-islamistische Hamas in ihrer Rhetorik immer dogmatisch, doch auch innerhalb der Organisation gibt es unterschiedliche Tendenzen. Israelische Zeitungen berichteten in der vergangenen Woche, dass sich vor allem in Israel inhaftierte Hamas-Führer für einen Waffenstillstand aussprechen. Die Gefangenen erhoffen sich dadurch baldige Freilassung. Auch der Hamas ist politisch beizukommen, so die Hoffnung der gemäßigten Palästinenser.

Aber alle politischen Überlegungen bleiben sinnlos, solange Ariel Sharon auf der Ausrottung der Hamas besteht, einer Organisation, die nicht bloß aus militärischen Terroreinheiten besteht, sondern ähnlich einer Partei strukturiert ist und nach Umfragen über Popularitätswerte von fünfzehn bis zwanzig Prozent verfügt. Ist es da überhaupt denkbar, die totale Vernichtung zu erreichen, wie Sharon es fordert? In den vergangenen zweieinhalb Jahren ist die israelische Armee daran gescheitert, und nichts deutet darauf hin, dass die jüngsten Attacken mehr Erfolg haben sollten.

170

171 Was US-Präsident George W. Bush nicht aussprechen will, sagte
172 vergangene Woche UN-Generalsekretär Kofi Annan gegenüber der
173 israelischen Tageszeitung "Haaretz": "Ich würde gerne eine bewaffnete
174 Friedenstruppe als Puffer zwischen Israelis und Palästinensern agieren
175 sehen." Da Israel sich seit jeher gegen jede internationale Präsenz wehrt,
176 müsste Bush seinen Verbündeten Sharon dazu zwingen, einer
177 Friedenstruppe zuzustimmen. Doch falls Bush dieser Idee überhaupt etwas
178 abgewinnen kann, ist immer noch fraglich, ob er es wagt, Sharon
179 gegenüber entsprechenden Druck auszuüben.

180

181 So bleibt es vorerst bei der Entsendung des US-Sonderbeauftragten John
182 Wolf und der Absicht, eilig ein neues Treffen des Architekten-Quartetts der
183 Roadmap - USA, EU, Russland, UN - einzuberufen. Pflichtschuldig forderte
184 US-Außenminister Colin Powell beide Seiten dazu auf, gemäß der
185 Roadmap "voranzugehen".

186

187 Bei dem Lärm der Explosionen war der Aufruf leicht zu überhören.

188

189 Mitarbeit: Dorothee Sippell

190 von Robert Treichler

191 Bild: Getötete Israelis vergangenen Mittwoch in Jerusalem Ein
192 Selbstmordattentäter der Hamas riss 18 Fahrgäste eines Busses mit in den
193 Tod

194 Bild: Getötete Palästinenser vergangenen Donnerstag in Gaza Gläubige
195 beten in einer Moschee neben den aufgebahrten Opfern israelischer
196 Raketenangriffe

197 Bild: Roadmap-Partner Sharon, Bush, Abbas Die Konfliktparteien sollen
198 nach dem Wunsch der USA weiter "gemäß der Roadmap vorangehen"

Quelle: "profil" Nr. 25/03 vom 16.06.2003 Seite: 70
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:PROFIL_200306161457490057

199 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200306161457490057&DOKV_HS=0&PP=1)
200 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200306161457490057&DOKV_HS=0&PP=1)
201 [306161457490057&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200306161457490057&DOKV_HS=0&PP=1)

202 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFac

1 **ARTIKEL E**

2 "profil" Nr. 38/03 vom 15.09.2003 Seite: 124 Ressort: Ausland / AUS
3 Ausland

4 **Vertreibung aus der Hölle**

5 Nahost. Der Beschluss der israelischen Regierung, Jassir Arafat ins Exil zu
6 zwingen, stößt weltweit auf Kritik. Und kampflos wird sich der
7 Palästinenserführer nicht abtransportieren lassen.

8
9 Ramallah. Vergangener Donnerstagabend. Vollmond scheint auf die
10 Ruinen des Compounds, in dem Jassir Arafat seit langem faktisch
11 gefangen ist. Als bekannt wird, dass das israelische Kabinett beschlossen
12 hat, "im Prinzip", den palästinensischen Präsidenten aus der Stadt im
13 Westjordanland zu "entfernen", das heißt ihn ins Exil zu befördern, strömt
14 eine gewaltige Menschenmenge zum weit gehend demolierten Gebäude.
15 Arafat zeigt sich. Stürmisch wird er von den Menschen begrüßt. Slogans
16 werden skandiert. Tausende gespreizte Hände mit dem Victory-Zeichen
17 stoßen in den Nachthimmel. Rhythmisch wiegt sich die Menge und ruft:
18 "Gott ist groß." Und dass sie ihr Blut und ihre Seele für Arafat hingeben
19 würde. Was Arafat, seinen Namen durch "Palästina" ersetzend, wiederholt.

20
21 "Wir sagen der ganzen Welt, dass dieses Volk, dieses Volk der Riesen,
22 keine Angst hat und sich nicht beugen wird", verkündet er mit Pathos. Und
23 später bemerkt er: Nein, eher sterbe er, als dass er sich ins Exil expedieren
24 lasse.

25
26 Die israelische Regierung hat es ernst gemeint. Bereits Stunden vor der
27 Entscheidung, Arafat auszuweisen, wann immer sie es für richtig hält,
28 bezogen Elitesoldaten auf den Gebäuden rund um Arafats Hauptquartier
29 Stellung. Die entsprechenden Einheiten standen für den Einsatz bereit, falls
30 Premier Ariel Sharon grünes Licht geben sollte. Kampfbomber donnerten
31 so tief über die Stadt, dass die Waffen unter den Flugzeugflügeln vom
32 Boden auszumachen waren.

33
34 "Ein Damoklesschwert hängt über seinem Kopf", frohlockt ein israelischer
35 Regierungssprecher. Wann und ob überhaupt das Schwert den
36 Palästinenserführer treffen wird, ist freilich unsicher.

37
38 Der Tag des Ausweisungsbeschlusses war aber sorgfältig gewählt - ein
39 Signal an die Regierung von George W. Bush, der zwar die Abscheu
40 Sharons gegenüber Arafat teilt, aber sich immer gegen seine Deportation

41 ausgesprochen hat. Offenbar verband man in Jerusalem mit der
42 Terminwahl des 11. September, des Jahrestags des Terroranschlages in
43 New York und Washington, die Absicht, den amerikanischen "Krieg gegen
44 den Terror" als Legitimation zu benützen und noch einmal Arafat mit Bin
45 Laden oder Saddam Hussein gleichzusetzen.

46

47 Aus Washington verlautet, dass es vor dem Donnerstag Telefongespräche
48 mit Jerusalem gegeben habe, dass man die Israelis aber nicht davon
49 abhalten konnte, den Abschiebebeschluss zu fällen.

50

51 Blutige Sackgasse. Ein wenig hatten die Telefonate aus Washington doch
52 Wirkung. Nach übereinstimmenden Berichten sprach sich
53 Verteidigungsminister Shaul Mofaz, ein besonders Forsch-Rechter
54 innerhalb der Rechts-Regierung, zunächst dafür aus, Arafat entweder
55 sofort ins Exil zu schicken oder ihn zu töten. Davon ist man dann - offenbar
56 unter US-Einfluss - doch abgekommen.

57

58 Auch die Armeeführung und der Geheimdienstchef Avi Dichter sprachen
59 sich Donnerstagabend gegen die Ausweisung Arafats aus. Dichter, so wird
60 berichtet, habe vor den Ministern gewarnt: Eine Zwangsexilierung würde
61 "Arafat helfen und Israel schaden".

62

63 Dieser Ansicht ist offenbar auch die US-Regierung. Arafat würde man mit
64 der Ausweisung bloß "eine andere Bühne für seine Auftritte geben" - das
65 war die Reaktion des US-Außenministeriums auf den Jerusalemer
66 Beschluss. Diesen offen zu verurteilen, habe man aber nicht vor, hieß es
67 hinter vorgehaltener Hand, weil man Angst habe, dadurch nur die Position
68 der israelischen Regierung noch weiter zu verhärten.

69

70 Diese scheint freilich härter kaum mehr werden zu können. Oder doch?

71

72 Jedenfalls ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern in den
73 vergangenen Tagen gewaltig eskaliert. Die so genannte "road map" zum
74 Frieden ist in der blutigen Sackgasse gelandet.

75

76 Als der Friedensplan vor vier Monaten inauguriert wurde, stellte sich wieder
77 ein wenig Hoffnung ein, dass doch ein Ausweg aus der total verfahrenen
78 Nahost-Situation gefunden werden könnte. Alle sagten Ja zur "road map",
79 die von den USA konzipiert und von der EU, von den UN und Russland
80 mitgetragen wurde. Eine der Bedingungen, die von den Israelis und den
81 USA gestellt wurde: Der gewählte und historische Führer der Palästinenser,
82 der schon die längste Zeit als Oberterrorist, als Haupthindernis für den
83 friedlichen Weg dämonisiert und als "irrelevant" abgetan wurde, dürfe keine

84 Rolle mehr spielen.

85

86 Den Palästinensern wurde der als gemäßigt geltende Mahmud Abbas als
87 Premier aufgezwungen. Der zunächst auch einiges zustande brachte: Die
88 Fundi-Gruppen Hamas und Djiha, die Organisatoren der
89 Selbstmordanschläge in Israel und gegen die Siedler, riefen einen
90 einseitigen Waffenstillstand aus und hielten sich einige Wochen auch
91 weit gehend daran.

92

93 Persönlicher Mut. Die Israelis aber machten von Anfang an kaum
94 Anstalten, ihren in der "road map" eingegangenen Verpflichtungen
95 nachzukommen. Sie froren nicht den Siedlungsbau in den besetzten
96 Gebieten ein. Von 220 Straßensperren, die den Verkehr der Palästinenser
97 zwischen den Dörfern im Westjordanland faktisch verunmöglichen,
98 entfernten sie ganze sechs. Und an der so genannten "Sicherheits-Mauer",
99 durch die den Palästinensern große Stücke landwirtschaftlichen Bodens
100 weggenommen werden, baute man munter weiter.

101

102 In dieser prekären Situation brach der immer schon schwelende
103 Machtkampf zwischen dem populären Führer der Palästinenser, Arafat, und
104 dem "Mann der Amerikaner", Abbas, voll aus. Am vorvergangenen
105 Samstag warf der das Handtuch.

106

107 Drei Stunden später versuchte Israel, Scheich Yassin, den Gründer und
108 spirituellen Führer von Hamas, und andere Prominente der militanten
109 Islamisten-Gruppe zu killen. Hamas revanchierte sich mit einem
110 Suizidanschlag, der 15 Israelis - darunter einige Soldaten - tötete. Die
111 Antwort Israels: eine Attacke auf das Haus von Mahmud Zahar, einem
112 politischen Führer von Hamas, den sie verfehlten, aber seinen Sohn trafen
113 und töteten.

114

115 Und jetzt der Deportationsbeschluss der israelischen Regierung. Der, so
116 zeigen es die Umfragen, in der israelischen Gesellschaft durchaus auf
117 Zustimmung stößt. Mit Freude würden wahrscheinlich die von den
118 bombenden Islamisten terrorisierten Israelis den verteufelten Arafat am
119 Bildschirm sehen, wie er erniedrigt und gebrochen in Handschellen
120 abtransportiert wird.

121

122 So wird das jedoch höchstwahrscheinlich nicht gespielt. Denn ein
123 Charakterzug, der Arafat bei seinem Volk so besonders populär macht, ist
124 sein persönlicher Mut.

125

126 Als Ariel Sharon 1982 die Invasion im Libanon startete, um die

127 Palästinenser von dort zu vertreiben und Arafat umzubringen, hätte der
128 leicht - und von allen akzeptiert - Beirut rechtzeitig verlassen können. Das
129 tat er aber nicht. Er blieb bis zum Schluss mit seinen Kämpfern in der
130 belagerten Stadt. Nach einer langen Schlacht verließen seine Männer
131 erhobenen Hauptes und mit ihren Waffen das Land - geführt von Arafat.

132

133 An eine andere Episode erinnerte sich Uri Avnery, linker Israeli und alter
134 Friedensaktivist: Ein Jahr nach dem Auszug der PLO aus Beirut griffen
135 syrische Truppen palästinensische Flüchtlingslager im Nordlibanon an. Zu
136 dieser Zeit hielt sich Arafat gerade als Gast der UN in Genf auf. Avnery:
137 "Arafat tat etwas Unglaubliches: Geheim kehrte er in den Libanon zurück,
138 schlich sich in das umzingelte Lager ein und zog schließlich gemeinsam mit
139 seinen Kämpfern ab – auch diesmal ohne zu kapitulieren."

140

141 Kampfflos wird sich wohl auch diesmal der jetzt 74-jährige Jassir Arafat in
142 seinem Hauptquartier in Ramallah nicht ergeben. Aus den europäischen
143 und arabischen Metropolen erklingen besorgte und verurteilende Worte zur
144 Deportationsentscheidung Jerusalems. Und Ahmed Kurei, der neue
145 Palästinenser-Premier und Nachfolger von Abbas, warnt: "Sollte der
146 Beschluss in die Tat umgesetzt werden, dann würden nicht nur die
147 palästinensischen Gebiete, sondern die gesamte Region explodieren."

148

149 Was die herrschende israelische Politik unter Sharon zu all dem meint,
150 drückte vergangenen Freitag die "Jerusalem Post" in einem Editorial mit
151 dem Titel: "Genug" aus: "Wir müssen so viele Hamas- und Djiha-Führer
152 wie nur möglich, so schnell wie möglich umbringen. Wir müssen Jassir
153 Arafat töten, die Welt lässt uns keine Alternative."

154 von Georg Hoffmann-Ostenhof

155 Bild: Sharon mit Hammer Soll Gegenspieler Arafat getötet oder nur ins Exil
156 gezwungen werden?

157 Bild: Pro-Arafat-Demo in Gaza Protest gegen die angekündigte Deportation

158 Bild: Arafat nach Ausweisungsbeschluss "Dieses Volk hat keine Angst und
159 wird sich nicht beugen"

160 Bild: "Wir müssen so viele Hamas- und Djiha-Führer wie nur möglich
161 umbringen. Wir müssen Arafat töten. Die Welt lässt uns keine Alternative"
162 "Jerusalem Post" am 12.9.2003

Quelle: "profil" Nr. 38/03 vom 15.09.2003 Seite: 124
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:PROFIL_200309151443060082

163 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** <http://www.wiso->
164 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200)
165 [309151443060082&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=PROFIL_200309151443060082&DOKV_HS=0&PP=1)
166 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto

1 **ARTIKEL F**

2 "profil" Nr. 9/05 vom 28.02.2005 Seite: 110 Ressort: Ausland / AUS
3 Ausland

4 **Adieu, Intifada**

5 Naher Osten. Robert Treichler über Gründe und Abgründe des
6 viereinhalb Jahre langen Palästinenseraufstandes, der nun zu Ende
7 ging.

8
9 Taha, ein 19 Jahre alter Palästinenser, ruhte sich nur ein wenig aus. Die
10 israelische Armee und palästinensische Jugendliche lieferten einander am
11 Stadttrand von Ramallah ein Gefecht. Steinschleudern gegen
12 Gummigeschosse. Tahas rechter Arm war bandagiert, die Steine
13 schleuderte er mit dem linken. Auf die Frage, was der Tischlerlehrling aus
14 seinem Leben machen wolle, gab er prompt die Antwort: "Ich will sterben."
15 Dabei zeigte Taha auf die israelischen Armeefahrzeuge. Eine Frage
16 drängte sich auf: Wozu willst du sterben, Taha? Doch er war schon wieder
17 unterwegs zur Schlacht.

18
19 Das war im Oktober des Jahres 2000. Die neue, zweite Intifada hatte eben
20 begonnen.

21
22 Wie war es dazu gekommen? Dazu gibt es, wie in ausnahmslos jeder
23 Frage im Nahen Osten, zwei gegensätzliche Interpretationen. Nach
24 israelischer Lesart hatte der damalige Palästinenserpräsident Jassir
25 Arafat davor zurückgeschaut, beim Gipfeltreffen in Camp David eine
26 Verhandlungslösung zu akzeptieren, und stattdessen einen Aufstand
27 orchestriert. Dass Ariel Sharon, damals noch Oppositionspolitiker, am
28 28. September 2000 den Tempelberg besucht hatte, wo die den
29 Palästinensern heilige Al-Aksa-Moschee steht, sei bloß ein Vorwand
30 für die neue Intifada gewesen.

31
32 Die Palästinenser wiederum nannten Sharons Provokation und das
33 vorangegangene Scheitern des Friedensprozesses als Gründe, weshalb
34 sich der Volkszorn plötzlich - und nicht etwa von der Führung geplant
35 entlud.

36
37 Vor der Intifada war der Frust groß. Der Osloer Prozess zog sich ewig hin,
38 brachte immer weniger greifbare Resultate und versandete schließlich.
39 Gleichzeitig wuchsen die jüdischen Siedlungen im Westjordanland und
40 machten die Karte des Landes, auf dem die Palästinenser ihren Staat

41 errichten wollten, zu einem lächerlichen Flickenteppich. Viele Palästinenser
42 begannen, sich nach der Zeit der ersten Intifada zurückzusehnen. Damals,
43 in den Jahren 1987 bis 1993, hatten steinewerfende Jugendliche die
44 israelische Armee herausgefordert und der Weltöffentlichkeit das triste
45 Schicksal des palästinensischen Volkes vor Augen geführt. Die Intifada in
46 ihrer ersten Version war unbestritten ein Erfolgsmodell.

47

48 Nun, im Herbst 2000, wollten die Palästinenser ihrem Dasein wieder Sinn
49 und Würde verleihen. Jahrelang waren sie bloße Objekte der Geschichte
50 gewesen. Sie durften zwar palästinensische Briefmarken drucken, aber
51 kein Palästina gründen, und es sah auch nicht mehr so aus, als würde es
52 jemals eines geben.

53

54 Also brach der Aufstand aus, mit einer Wucht, die auch die Führung
55 überraschte: abrupt wie die erste Intifada - und doch kam alles ganz
56 anders.

57

58 Seit dem Vertrag von Oslo im Jahr 1993 war die palästinensische Polizei
59 bewaffnet, und es dauerte nicht lange, bis die Gewehre auch bei der
60 Intifada verwendet wurden. Steinewerfer wie Taha verschwanden. Die
61 Waffen wurden immer mörderischer: Gewehre, Mörser, selbst gebastelte
62 Raketen auf palästinensischer, Panzer, Kampfhubschrauber,
63 Kampfflugzeuge und Raketen auf israelischer Seite. Die Opferzahlen
64 übertrafen jene der ersten Intifada bei Weitem, nach vier Jahren beklagten
65 die Palästinenser über 3000 Tote, die Israelis etwa 1000. Beide
66 Gesellschaften hatten sich radikalisiert.

67

68 Bei den Palästinensern sorgten die islamistischen Gruppen Hamas und
69 Islamischer Dschihad für eine weitere Eskalation der Gewalt. Beim
70 Ausbruch der ersten Intifada war die Hamas erst gegründet worden und zu
71 größeren Aktionen noch nicht in der Lage. Diesmal aber profilierten sich die
72 radikalen Islamisten als Speerspitze des Widerstands und machten den
73 Selbstmordanschlag zu ihrer Hauptwaffe. Plötzlich hatte die Intifada eine
74 religiöse Dimension, es gab "Märtyrer" und einen "heiligen Krieg". Die
75 Islamisten begannen auch damit, den Krieg innerhalb der Grenzen Israels
76 auszutragen, und erklärten neben Besatzungssoldaten und Siedlern jeden
77 Israeli zum Ziel ihrer Anschläge.

78

79 Die Suizidattaken waren bei den Palästinensern populär. In ihren Augen
80 bekamen die Israelis endlich den Terror zu spüren, den die Palästinenser
81 seit Jahren erdulden hatten müssen. Schließlich verlegten sich auch
82 nichtreligiöse Gruppen innerhalb der Fatah auf die Strategie der
83 Selbstmordanschläge.

84

85 Die Intifada, Version 2.0, lief nach einem neuen Programm ab: Ziel war die
86 Maximierung der Opferzahl des Feindes. Die Palästinenserführung kam mit
87 der neuen Version schlecht zurecht. Einerseits schien es ihr offenbar zu
88 riskant, sich mitten im Krieg gegen Gruppierungen der eigenen Seite zu
89 stellen, andererseits sah sie sich gezwungen, Selbstmordattentate
90 öffentlich zu verurteilen. Kritik an der Intifada war ein Tabu, aber was genau
91 meinten Arafat & Co, wenn sie "Intifada" sagten, wo endete der Aufstand,
92 und wo begann für sie der Terror? Ihre Haltung blieb absichtlich unklar.

93

94 Die zweite Intifada endete erst, als Arafat tot und Mahmud Abbas, ein
95 erklärter Gegner des militärischen Kampfes, sein Nachfolger geworden
96 war. Nach einem Gipfeltreffen mit Sharon erklärten die beiden die
97 Kampfhandlungen für beendet, und zumindest vorerst scheint der Deal zu
98 halten. Was aber hat die zweite Intifada gebracht?

99

100 Für die Palästinenser wurde der Aufstand wegen der terroristischen
101 Aktionen zu einem Imagesdesaster. Nach den Al-Qa'ida-Anschlägen des
102 11. September 2001 fiel ein Großteil der Weltöffentlichkeit der Ideologie
103 des "Kriegs gegen den Terror" anheim und unterschied nicht mehr
104 zwischen legitimem Widerstand gegen die Besatzer und terroristischen
105 Anschlägen. Die Kluft zwischen Palästinensern und der Außenwelt war
106 plötzlich riesig.

107

108 Mit dem Terror rechtfertigte Israel auch den Sperrwall, und die
109 Palästinenser protestierten vergeblich gegen dessen Verlauf, der einmal
110 mehr einen Teil des palästinensischen Landes durchschnitt. Auch
111 wirtschaftlich hatte die palästinensische Bevölkerung unter den
112 Auswirkungen des Krieges zu leiden. Das Durchschnittseinkommen fiel um
113 ein Drittel, beinahe die Hälfte der Menschen lebt heute unter der
114 Armutsgrenze.

115

116 Arabische Medien feierten die Intifada trotz allem immer wieder als "Sieg"
117 über die Besatzung. Doch in der letzten Phase der Intifada häuften sich
118 auch kritische Kommentare wie etwa in der palästinensischen Zeitung "Al-
119 Hayat-al-Jadidah", in der es hieß: "Tapferkeit allein ist nicht genug, um den
120 Sieg zu erringen."

121

122 Die Bilanz der Gegenseite sieht nicht besser aus. Israel erlebte
123 international einen ebenso schlimmen Imageverfall wie die Palästinenser.
124 Herausgefordert durch den Terror, bediente sich Premier Sharon
125 extralegalen Tötungen, Vergeltungsaktionen an Angehörigen von
126 Suizidattentätern und kümmerte sich nicht um Rechtssprüche des

Internationalen Gerichtshofes. Auch wirtschaftlich erlebte Israel einen Einbruch. Schließlich ging die Terrorlogik der Hamas zum Teil auf, denn die israelische Bevölkerung konnte sich jahrelang nicht sicher fühlen.

Irgendwann war die Erschöpfung auf beiden Seiten größer als der Drang, es dem anderen wieder und wieder heimzuzahlen. Eine Intifada 3.0 ist vorerst nicht geplant, junge Männer wie Taha sollen sich nicht wieder nach dem Tod sehnen. Der Steinewerfer ist mittlerweile 23. Falls er die Intifada überlebt hat.

Intifada I und II

Die erste Intifada (1987-1993) endete mit dem Abkommen von Oslo, die zweite (2000-2005) mit einem formlosen Waffenstillstand. Die erste war nahezu gewaltfrei, die zweite eskalierte zu grausamem Terror.

8. Dezember 1987

Der Tod von vier Palästinensern löst in Gaza die erste Intifada aus, die bald auch die Westbank erfasst.

13. September 1993

Das Friedensabkommen von Oslo zwischen Israels Premier Jitzhak Rabin (li.) und PLO-Chef Jassir Arafat beendet die erste Intifada.

28. September 2000

Ariel Sharon besucht den Jerusalemer Tempelberg und provoziert damit die Palästinenser. Beginn der zweiten Intifada.

30. September 2000

Der zwölf Jahre alte palästinensische Bub Mohammed Aldura stirbt vor den Kameras im Feuergefecht mit israelischen Soldaten.

18. Mai 2001

Israel setzt erstmals F-16-Kampfflugzeuge gegen palästinensische Ziele in Gaza ein.

1. Juni 2001

170
171 Ein Selbstmordattentäter des Islamischen Dschihad tötet 21
172 Menschen in der Diskothek "Dolphinarium" in Tel Aviv.
173
174 29. März 2002
175
176 Die israelische Armee startet eine massive Militäroperation in der
177 Westbank. Ziel: der Kampf gegen den Terror.
178
179 16. Juni 2002
180
181 Beginn des Baus der 640 Kilometer langen Sperrmauer zwischen
182 Israel und den besetzten Gebieten.
183
184 30. April 2003
185
186 EU, UN, Russland und die USA lancieren die Roadmap, um den
187 Friedensprozess in Gang zu bringen. Ohne Erfolg.
188
189 22. März 2004
190
191 Scheich Ahmed Yassin, geistlicher Führer der Hamas, wird Opfer
192 einer gezielten Tötung durch israelische Raketen.
193
194 11. November 2004
195
196 PLO-Präsident Jassir Arafat wird in Ramallah beigesetzt. Er galt
197 in Israel als Hindernis für eine Verhandlungslösung.
198
199 8. Februar 2005
200
201 Israels Premier Sharon (li.) und der neue Palästinenserpräsident
202 Abbas vereinbaren Waffenstillstand. Ende der zweiten Intifada.

203 Bild: Ramallah, Oktober 2000 Am Anfang warf man Steine, doch es kam
204 bald schlimmer

Quelle: "profil" Nr. 9/05 vom 28.02.2005 Seite: 110
Ressort: Ausland

Ressort: AUS Ausland

Dokumentnummer:0800820790700730760952005 02281417570058

205 **Dauerhafte Adresse des Dokuments:** <http://www.wiso->
206 [net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=08008207907](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=0800820790700730760952005+02281417570058&DOKV_HS=0&PP=1)
207 [00730760952005+02281417570058&DOKV_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=PROF&DOKV_NO=0800820790700730760952005+02281417570058&DOKV_HS=0&PP=1)
208 Alle Rechte vorbehalten: provided by APA-DeFacto

LEBENS LAUF

Persönliche Daten:

Name: Silke Raßmann
Geburtstag: 09.03.1987
Titel: Bakk. phil.
Geburtsort: Wien

Schulbildung:

1993 – 1997 Volksschule Oskar Spiel Schule mit
individualpsychologischer, integrativer
Grundausrichtung, 1150 Wien
1997 – 2005 Neusprachliches Gymnasium GRg 17
Parhamerplatz 1170 Wien
Mai 2005 Matura mit Gutem Erfolg

Studium:

2005 Beginn des Bakkalaureats – Studiums für
Publizistik und Kommunikationswissenschaft,
Universität Wien
März 2009 Abschluss des Bakkalaureats – Studiums für
Publizistik und Kommunikationswissenschaft,
Universität Wien
2009 Beginn des Magister – Studiums für Publizistik
und Kommunikationswissenschaft, Universität
Wien (voraussichtlicher Abschluss April 2012)

Forschungsschwerpunkte:

- Feministische Kommunikationswissenschaft
- Die mediale Darstellung der afrikanischen Frau anhand der
Berichterstattung über weibliche Genitalverstümmelung
- Vorurteilsforschung

- Antisemitismusforschung
- Konfliktsensitiver Journalismus

Beruflicher Werdegang:

Juli -August 2005:	Contax Wirtschaftstreuhandgesellschaft mbh Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft 1010 Wien Praktikum
Seit September 2005:	P.T.M. Personal Tax Management 1090 Wien Fixes Angestelltenverhältnis
2005 – laufend	diverse Weiterbildungen in den Bereichen Buchhaltung, Personalverrechnung, Bilanzierung, Arbeitsrecht, Steuerrecht
Seit September 2011	Diplomierte Personalverrechnerin

Kenntnisse und Fähigkeiten

Deutsch – Muttersprache

Englisch - fließend in Wort und Schrift

Französisch - Grundkenntnisse

Latein – Grundkenntnisse

Microsoft

ABSTRACT

Der Nahe Osten ist seit vielen Jahren ein zentrales Topic in der internationalen Medienwelt. Der mediale Umgang mit dem Nahostkonflikt ist allerdings besonders heikel. Internationale Untersuchungen fanden immer wieder antisemitische und antiislamische Elemente in diversen Berichterstattungen.

Die vorliegende Arbeit widmet sich daher der journalistischen Praxis im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Phänomene Antisemitismus und Islamophobie. Beide stellen zentrale Felder der Vorurteilsforschung dar und werden in der jüngsten Vergangenheit auch immer wieder zueinander in Bezug gesetzt. Ihre historischen Entwicklungen, Ursachen und Motive werden im theoretischen Teil erläutert, sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten erarbeitet.

In Punkto Kriegsberichterstattung wurde eine Vorgehensweise, jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams, gewählt. Die vorliegende Arbeit ist als Forderung nach einem deeskalierenden und friedensstiftenden Journalismus zu verstehen. Es werden daher die entsprechenden Modelle des Friedensjournalismus vorgestellt, allen voran Nadine Bilkes Modell eines konfliktsensitiven Journalismus. Des Weiteren widmet sich die Arbeit vor allem den Themenbereichen Medienethik und Qualität.

Der empirische Teil umfasst eine wissenschaftliche Untersuchung der Berichterstattung über die zweite Intifada des Nachrichtenmagazins „Profil“. Mittels einer Diskursanalyse werden sechs ausgewählte Artikel auf antisemitische und islamophobe Strukturen geprüft. Ebenso untersucht werden Opfer – Täter – Diskurse und die Frage welche Akteure im Nahostkonflikt eine bedeutende Rolle spielen. Zu guter Letzt widmet sich die Forschungsarbeit der Frage, inwieweit die untersuchten Texte die Kriterien eines konfliktsensitiven Journalismus erfüllen.